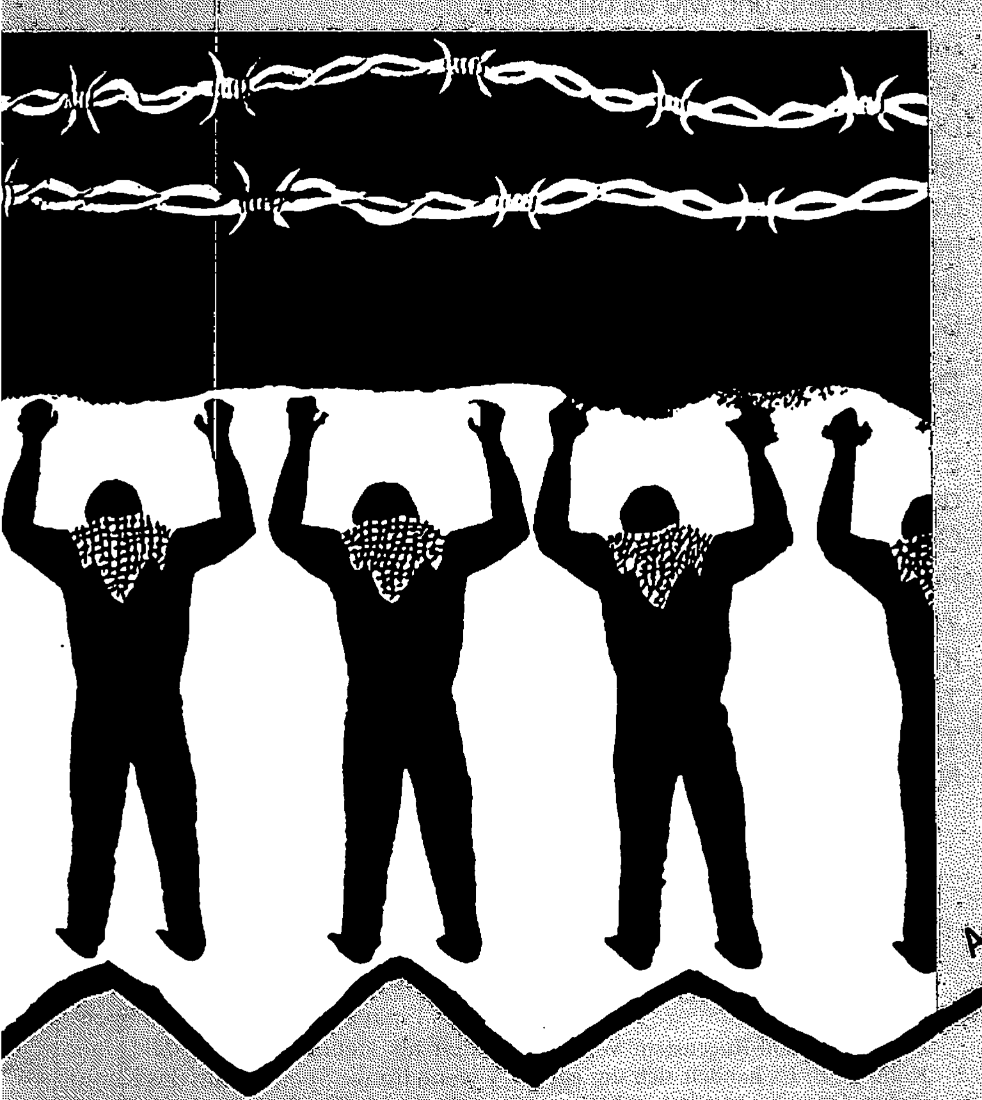
M 3477 F

blätter des iz3w

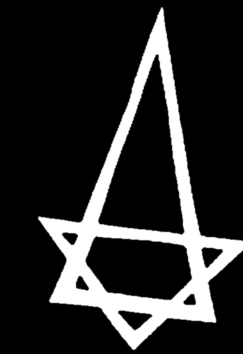
informationszentrum dritte welt - iz3w

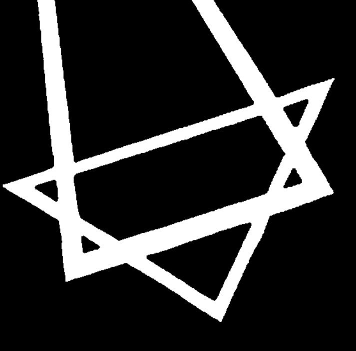


DER AUFSTAND

Antizionismus = Antisemitismus? Ein Streit

يسقط الاحتلال די לכיבוש
DOWN WITH THE OCCUPATION





150

Juni 1988 DM 5,00

Inhaltsverzeichnis

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Iris Harnischmacher, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Horst Hüncker, Anne Junk, Christa Kembichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Roland Platz, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Gerd Rieger, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Norbert Stamm, Felix Tomkat, Susanne Vollmer, Jürgen Wengler, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 151:
5. Juli 1988

Anzeigenschluß für Nr. 151:
19. Juli 1988

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Titelbild:
Die Titelbildvorlage stammt aus dem Buch „Die Palästinenser" von Georg Stein.
Copyright: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988. Es handelt sich um ein Plakat des palästinensischen Malers Tayssir Barakat.

Berichtigung
In der Mai Ausgabe der blätter des iz3w, Nr. 149 haben wir im Lay out ein Fragezeichen verloren, wodurch der Sinn verdreht wurde: Auf Seite 39 lautet die vollständige Überschrift „Garcias Wirtschaftspolitik — ein Ausweg aus der Schuldenkrise?"

Der Autor weist außerdem darauf hin, daß den Ölkonzernen „zu bisher nicht gekannten, günstigen Bedingungen" die Öl- und Gasreserven „förmlich aufgedrängt wurden" und nicht wie wir geschrieben haben „zu bisher nicht bekannten Bedingungen."
Die Redaktion

Schenkt das Geld nicht dem Finanzamt sondern uns!

Das Finanzamt erkennt Eure Spenden als steuerlich abzugsfähig an, wenn Ihr die Spenden auf das Konto 1249606 der Stadtkasse Freiburg bei der Volksbank Freiburg, (BLZ 68090000) überweist (Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg). Die Stadt leitet das Geld an uns weiter und stellt Euch die Spendenbescheinigung für das Finanzamt aus. Die Finanzämter schreiben dieses Verfahren der sogenannten Durchlaufspenden vor. Wenn Ihr Eure Spenden nicht steuerlich absetzen könnt (weil Ihr keine Steuern bezahlt), spendet direkt auf unser Konto 148239-799 bei Postamt Karlsruhe.

Viele kleine Spenden sichern unser überleben!



Aufstand in Kanaky

Das europäische Parlament wäscht seine Hände in Unschuld

Vor 135 Jahren wurden die Kanaken von Frankreich kolonisiert, in Reservaten zusammengepfercht, ihres Landes durch weiße Siedler beraubt, durch bis dahin unbekannte Krankheiten und brutale Repression ihrer Revolten von 1878 und 1917 von 60.000 auf 27.000 dezimiert und durch eine bewußt gesteuerte französische Besiedlungspolitik zur Minderheit im eigenen Lande gemacht.

Seit Freitag, dem 22. April 1988 herrscht Aufstand in Kanaky (Neu-Kaledonien). 62.000 Kanaken stehen jetzt 11.000 französische Polizei- und Militärkräfte gegenüber. Zum Vergleich: im Gazastreifen stehen den 600.000 Palästinensern 10.000 israelische Soldaten gegenüber!

Trotz des für die Kanaken derart katastrophalen Kräfteverhältnisses war der Aufstand vorauszusehen. Denn das kanakische Volk steht vor der Alternative, entweder für sein Überleben, seine Identität, seine volle Selbstbestimmung zu kämpfen oder abzudanken und wie die australischen Aborigines, neuseeländische Maoris und nordamerikanische Indianer zur „exotischen" Minderheit im eigenen Land zu werden. „Wir werden nicht die letzten Mohikaner des Pazifik sein", warnte noch kürzlich Jean-Marie Tjibaou, Präsident der provisorischen Kanakischen Regierung, in einer Botschaft an das französische Volk.

Für den 24. April 1988 jedoch hatte die französische Regierung in Kanaky gleichzeitig mit der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl, Wahlen über ein neues Statut – das 14. in wenigen Jahren – angesetzt. Durch dieses Statut sieht sich das Volk der Kanaken als Volk mit eigener Identität praktisch ausgelöscht. Dem kolonisierten Volk, seit über 100 Jahren zielstrebig in die Minderheit gebracht, soll nun definitiv der Garaus gemacht werden.

Einige Zahlen: 1853, als Frankreich Neu-Kaledonien annektierte, lebten dort seit mehreren 1000 Jahren rund 60.000 Kanaken, 1921, nach zwei mit größter Brutalität niedergeschlagenen Aufständen 1878 und 1917 waren es nur noch 27.000. Für dieses „Ergebnis" waren 1878 5.000 Polizisten und Militärs verantwortlich. Wieviele Kanaken werden jetzt, bei 11.000 Polizisten und Soldaten überleben?

Der Nickel-Boom der 70er Jahre – Kanaky verfügt über ca. 25 % der Welt-Nickel-Reserven – wurde von Frankreich zum Ausgangspunkt genommen, um durch eine gezielte Einwanderungs- und Siedlungspolitik die Kanaken endgültig, d.h. auch demographisch zur Minderheit im eigenen Lande zu machen. Premierminister Pierre Messmer brachte das in einer Direktvie vom 19.7.1972 auf den Punkt:

„Die französische Anwesenheit in Neu-Kaledonien kann außer im Fall eines Weltkrieges nur bedroht werden durch Unabhängigkeitsforderungen der eingeborenen Bevölkerung... Kurz- und mittelfristig sollte die massive Einwanderung französischer Staatsbürger aus Frankreich oder den überseeischen Départments (réunion) diese Gefahr vermeiden helfen, indem ... das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerungsgruppen verbessert wird. Langfristig sind nationale Forderungen der Eingeborenen nur zu vermeiden, wenn die nicht aus dem Pazifik stammenden Bevölkerungsgruppen demographisch die Mehrheit haben ... Zu diesem Zweck sollte insbesondere auf Zuzug und Arbeitsplätze für Frauen in Handel, Verwaltung, Sekretariat etc. gesorgt werden, um endlich, nach so vielen gescheiterten Versuchen ... in Übersee eine Operation Besiedlung erfolgreich abzuschließen".

Mit der Volkszählung von 1983 konnte erfolgreicher Vollzug gemeldet werden: rund 62.000 Kanaken bildeten nunmehr nur noch 42 % der neu-kaledonischen Be-

völkerung. Damit konnte ein sogen. „Referendum über die Unabhängigkeit" gewagt werden, dessen Ausgang bei Anwendung des Prinzips „one man, one vote" aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung von vorneherein feststand; denn 58% Nicht-Kanaken garantierten den weiteren Verbleib des Übersee-Territoriums Neu-Kaledonien in der französischen Republik. Ein solches Vorgehen widersprach allerdings klar dem UNO-Beschluß A/41/L.33 vom 2.12.1986, der deutlich feststellt, daß Neu-Kaledonien und die Kanaken zu den zu entkolonisierenden Ländern und Völkern gehört, so daß über die Unabhängigkeit allein das kolonisierte Volks, also die Kanaken, zu entscheiden hätten. Dennoch fand am 13. September 1987 ein sogen. „Referendum" statt. Vom FLNKS, der kanakischen Befreiungsbewegung zum Boykott aufgerufen, verweigerten gut 82% der Kanaken die Teilnahme an der Abstimmung. Bei einer daraus resultierenden Wahlbeteiligung von 58,9% sprachen sich 98,3% der Wählenden dafür aus, als Franzosen weiterhin Franzosen zu bleiben.

Bereits 1984 war unter einer sozialistischen Regierung der Widerstand der Kanaken an einem neuen Autonomie-Statut entflammt. Nachdem 10 Kanaken, darunter zwei Brüder von J.M. Tjibaou, bei einem mit Vorbedacht errichteten Hinterhalt von französischen Siedlern, „Caldoches" genannt, brutal niedergemetzelt worden waren, nachdem zwei Führer der FLNKS, Eloi Machoro und Marcel Nonnaro, auf Befehl von oben durch die GIGN „neutralisiert", d.h. durch Scharfschützen erschossen worden waren, legte der Vertreter Frankreichs einen Vorschlag äußerst begrenzter, neo-kolonialer „Unabhängigkeit" vor, der den rechten „Loyalisten" zu weit ging, den die Kanaken jedoch nicht als echte Unabhängigkeit akzeptieren konnten.

Dennoch: die Kanaken waren zum Dialog bereit, beteiligten sich an den Territorialwahlen im September 1985, in denen sie die Mehrheit in den drei hauptsächlich von ihnen besiedelten Regionen errangen, und setzten den Schwerpunkt ihres Engagements in der Arbeit in den neu geschaffenen Institutionen. Ihr Ziel war es, auf diese Weise auch ökonomisch die Unabhängigkeit von unten aufzubauen.

Parallel dazu arbeiteten sie auf internationaler Ebene, um zuerst beim Südpazifik-Forum, dann bei den Blockfreien und schließlich in der UNO Unterstützung und Anerkennung für die Verwirklichung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu erhalten. Zweimal, am 2. Dezember 1986 und am 28. Oktober 1987, bekräftigte die UNO mit überwältigender Mehrheit, daß Neu-Kaledonien eine Kolonie ist und ein Recht auf Unabhängigkeit hat. Die französische Regierung ließ durch Innenminister Pasqua umgehend verlauten: „Das wird nichts an (unserer) Entschlossenheit ändern... Wir werden dieser Entschließung nicht Rechnung tragen". Ihre Haltung wurde von sieben EG-Ländern aktiv unterstützt, allen voran der BRD, die bereits bei der UNO für Frankreich und gegen die Kanaken gestimmt hatten.

Vor Ort, in Kanaky, ersetzte die im März 1986 in Frankreich neu gewählte, rechte Regierung den Neo-Kolonialismus der Sozialisten durch platt-repressiven Kolonialismus schlimmster Prägung.

Polizei und Militär „nomadisierten" wie im Algerienkrieg rund um die kanakischen Stämme und Dörfer. Die lokale Rechte und Extremrechte, in der ehemalige Algerien-Franzosen eine wichtige Rolle spielen, bauten ungehindert Milizen nach dem Muster der OAS (Organisation Armée Secrète) im Algerienkrieg auf, legten Waffenlager und „Abschußlisten" an. Das kanakische Kulturzentrum wurde ebenso aufgelöst wie das Amt für Rückgabe des von den Kolonisten geraubten Landes an die Kanaken. 7.500 Bücher, Dokumente, Zeugnisse kanakischer Literatur wurden in einem riesigen Autodafé verbrannt. 47 Attentate der lokalen Rechten auf kanakische Schulen, den Justizpalast, Häuser von Mitgliedern und Sympathisanten des FLNKS, auf dessen Zeitungsredaktion und Radiosender, blieben ungestraft. Von den Mördern weißer Sympathisanten des FLNKS, wie z.B. Pierre Declercq, finden Polizei und Justiz auch nach Jahren noch keine Spur, obwohl die Täter jedermann bekannt sind... Im berüchtigten Gefängnis Camp Est sitzen neben wenigen Weißen 90% Kanaken, meist politische Gefangene ein. Einer von ihnen wurde z.B. für den Diebstahl einer Kuh zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, während im Oktober 1987 gerichtsnotorisch durch Freispruch klargestellt wurde, daß weiße Siedler das Recht haben, Straßensperren zu bauen und dann aus dem Hinterhalt heraus 10 Kanaken abzuschlachten.

Arrogant und ahnungslos zugleich leugnet der zuständige französische Minister, Bernard Pons, dann die pure Existenz des kanakischen Volkes. Der Begriff Kanakisches Volk ist für ihn „ein Abfallprodukt der marxistischen Dialektik und der Dritte-Welt-Ideologie". Infolgedessen ist der FLNKS auch nicht die Befreiungsbewegung eines (nicht existierenden) Volkes, sondern eine klare Separatistengruppe, die nur sich selbst vertritt. Die Fakten sprachen und sprechen allerdings eine andere Sprache: mehr als 80% der Kanaken sehen sich im und vom FLNKS vertreten und handeln seinen Beschlüssen, die immer im Konsens gefaßt werden, entsprechend.

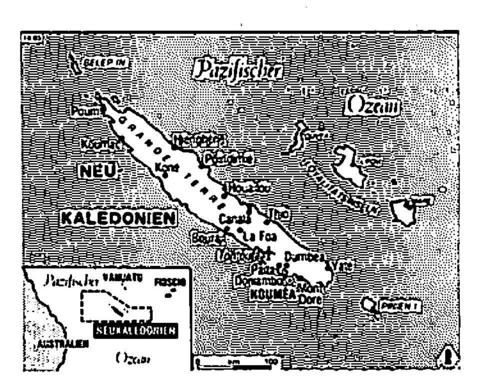
Das im Januar 1988 in Paris beschlossene „Pons"-Statut (benannt nach dem Minister, der es vorschlug) und die Territorialwahlen am 24. April 1988 sind Ausfluß dieses kolonial verblendeten Denkens, das den Kanaken nur noch die Wahl läßt, zu kämpfen oder unterzugehen. Oder mit den Worten von Djimi Oueni, Vertreter des FLNKS in Paris: „Wenn wir so weit gekommen sind, dann, weil man uns keine andere Wahl gelassen hat". Und daß ein sich selbst nachfolgender Präsident Mitterand Hoffnungsträger für Entkolonialisierung wäre, hat er selbst in seinem „offenen (Bewerbungs)Brief an alle Franzosen" von sich gewiesen. „Unabhängigkeit würde Bürgerkrieg bedeuten. Frankreich muß als Schiedsrichter bleiben." Die unendliche Verbitterung der Kanaken spricht dabei J.M. Tjibaou aus: „In beiden Fällen (Mitterand oder Chirac) handelt es sich um dasselbe koloniale Denken, mit dem kleinen Unterschied, daß Mitterand präzisiert, daß man den Ungerechtigkeiten Rechnung tragen und sie regeln muß."

Konsequenz dieses kolonialen Desasters ist es, wenn heute überall im Territorium von den Kanaken aufgerichtete Barrikaden französischen Kolonialisten und Militärs den Zugang zu Stämmen und Dörfern versperren, wenn Hochspannungsmasten fallen; wenn ein Anschlag auf den Transformator, der das Hochkommissariat und das Hauptquartier der Armee mit Strom versorgt, dort kurzfristig das Licht ausgehen läßt. Nicht „Caldoches", französische Siedler, werden angegriffen, sondern der französische Staat, repräsentiert durch Armee und Polizei, die Symbole und Werkzeuge kolonialer Unterdrückung in Kanaky, und zwar zunächst auf der Insel Ouvéa, dann an anderen Orten. Drei Gendarmen finden am 1. Tag im Handgemenge den Tod, einer später im Krankenhaus. Inzwischen sind auf beiden Seiten Tote und zahlreiche Verletzte zu beklagen. Zunächst 27, dann 15 Gendarmen, zu denen sich später sechs Mitglieder der verhaßten GIGN und ein Vertreter der Kolonialjustiz, ein Staatsanwalt gesellen, werden in einem Labyrinth unterirdischer Höhlen versteckt.

Die 22 in der Hand der Kanaken befindlichen Gendarmen etc. sind, wie der FLNKS betont, Kriegsgefangene. Denn die französische Armee hat auf Weisung des Hohen Kommissars auf Ouvéa eingegriffen, ein Patrouillenboot zerstörte eine kanakische Fischersiedlung durch Beschuß vom Wasser aus, um ein Landemanöver der Gendamerie zu „decken". Deswegen haben die Kanaken die UNO aufgefordert, eine Untersuchungskommission nach Neu-Kaledonien zu entsenden und beim Austausch der Gefangenen zu vermitteln.

Von der französischen Regierung fordern sie den Rückzug der Polizei- und Militärkräfte aus Kanaky, die Annullierung der

20.000 km von Paris



Territorialwahlen vom 24. April 1988 und die Benennung eines Vermittlers durch den französischen Staatspräsidenten und Premierminister, um die Modalitäten eines echten Referendums über die Unabhängigkeit gemeinsam mit den Kanaken festzulegen, eines Referendums das Kolonisierer und Kolonisierte, Unterdrücker und Opfer nicht durch „one man, one vote“ auf eine Stufe stellt.

Doch die französische Regierung verhandelte nicht. Stattdessen wurden militärische und polizeiliche Elitetruppen mobilisiert, die am 5. Mai 1988 die Höhle stürmten. Weder während der zwei Gefechtsrunden noch während der zwischen ihnen liegenden 5-stündigen Pause wurde auch nur einem der Gefangenen von den Bewachern ein Haar gekrümmt. Sie wurden sämtlich gesund und sicher „befreit“. 19 Kanaken dagegen wurden unter höchst dubiosen Umständen ermordet: z.B. drei Bewacher, nachdem sie sich bereits ergeben hatten, ein weiterer junger Mann, der für Gefangene und Bewacher Verpflegung gebracht hatte, jedoch dem Kommando nicht angehörte. Erstaunlicherweise gab es nur Tote, keine Verletzten... Zwei Militärs des Sturmkommandos kamen im Gefecht um.

„Es ist unser Stolz und unsere Ehre, keine einzige Geisel getötet zu haben“, erklärte nach Bekanntwerden der Schlächterei Djimi Quenei, Vertreter des FLNKS in Frankreich. Die damals noch amtierende französische Regierung, die drei Tage vor dem 2. Wahlgang zum französischen Staatspräsidenten dieses Massaker veranstalten ließ, um Wähler Le Pens zur Stimmabgabe für den bisherigen Premierminister Chirac zu gewinnen, hatte wohl einen anderen Ehrbegriff; für sie hatte Überseeminister Pons erklärt: „Es geht hier um die Ehre Frankreichs, die Ehre der französischen Armee und die Ehre der nationalen Gendarmerie.“ Was wiegt demgegenüber das Leben von 19 Kanaken, die Chirac kurz zuvor mit den Worten „die Barbarei dieser Menschen, wenn man sie überhaupt als solche qualifizieren kann“ zu Unter-Menschen abgestempelt hatte?

Es wäre zu einfach, selbstgefällig Frankreich als kolonialistische Unterdrückermacht an den Pranger zu stellen. Die Europäische Gemeinschaft, die Bundesrepublik sind Komplizen. Die über den Globus verstreuten Reste des französischen Kolonialreiches, insbesondere Französisch-Polynesien, wo die französischen Atomwaffen getestet werden, und Guyana, von wo u.a. die europäische Gemeinschaftsrakete „Ariane“ in den Weltraum gefeuert wird, sind in den Augen derjenigen, die wirtschaftlich-technologisch und dann natürlich auch militärisch-atomar langfristig eine 3. Supermacht (West-)Europa anstreben, unabdingbare Voraussetzung einer solchen Vision. Nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse seiner EG-Komplizen, d.h. um die Voraussetzungen einer „Großmacht Westeuropa“ nicht in Frage zu stellen, hält Frankreich an Neu-Kaledonien mit Zähnen und Klauen fest. Würde es unabhängig, so würden auch die anderen überseeischen Gebiete bald fallen, heißt es von französischen Politikern immer wieder. Aus dieser Logik heraus stimmten die EG-Staaten am 2. Dezember 1986 der Wiederaufnahme Neu-Kaledoniens in die UNO-Liste der zu entkolonialisierenden Länder und Völker nicht zu (8 stimmten dagegen, Großbritannien, Griechenland, Irland, Dänemark enthielten sich), nachdem darüber vorher in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit diskutiert worden war (Antwort auf meine schriftl. Anfrage Nr. 2608/86). Von bundesrepublikanischer Seite war dazu zu erfahren: „Das Auswärtige Amt hält (die von Frankreich vorgebrachten) Gründe für stichhaltig“ (Schreiben des Staatsministers Möllemann vom 27.1.87). Und ausführlicher: „Wir unterhalten zu Frankreich so etwas, was die angelsächsischen Länder als 'special relationship' bezeichnen würden. Die Einigung mit Frankreich, das Bündnis mit Frankreich ist das Kernstück der europäischen Einigung ... Frankreich hat die Neukaledonienfrage dazu erklärt, von vitalem, von lebenswichtigem Interesse zu sein. Und wenn unsere Verbündeten ein Problem zu einer vitalen... Frage erklären, dann halten wir das für überaus wichtig, und dann sehen wir uns gehalten, mit unserem Verbündeten zu stimmen.“ (Vortrag eines Vertreters des Auswärtigen Amtes bei der 14. Jahrestagung der Deutsch-Pazifischen Gesellschaft am 16.5.1987). Gegenüber der deutsch-französischen Achse als „Kernstück der europäischen Einigung“ kommt den von Frankreich vorgebrachten „sachlichen“ Argumenten, die der Vertreter des Auswärtigen Amtes vorher hastig aufzählte, offenbar eher eine Alibifunktion zu...

In sie selber betreffenden Menschenrechtsfragen folgen die EG-Staaten bekanntlich lieber dem Leitsatz „Eine Hand wäscht die andere“, als die Erfahrung „wer tritt, wird zurückgetreten“ zu machen. Doch nicht nur deshalb hat sich das Europäische Parlament zum xten Male geweigert, bei seiner Plenarsitzung im Mai '88 die Situation in Kanaky zu diskutieren und auf Frankreich im Sinne einer Lösung, die die Kanaken der Unabhängigkeit näher bringt, einzuwirken. Seine Drahtzieher im Erweiterten Präsidium, die diese Entscheidung fällten, haben damit auch die Türen für eine Entwicklung der EG zur 3. Supermacht offengehalten. Um diese Entwicklung zu legitimieren, sitzen sie schließlich, auch wenn das den meisten Wählern nicht klar ist, in diesem Parlament. **Dorothee Piermont**

Unterstützt unsere kanakischen Brüder

Appell des KOMITEES DER FAMILIEN der kanakischen politischen Gefangenen aus Ouvéa

31 Angehörige unserer Stämme und Familien in Ouvéa sind gefangen genommen worden, weil sie für die **Befreiung ihres Landes** gekämpft haben. Unter unmenschlichen Bedingungen — einige waren schwer verletzt — wurden sie von „Neu-Kaledonien“ nach Frankreich in die folgenden Gefängnisse der Pariser Region deportiert: Boix-d'Arcy, Fresnes, Fleury-Mérogis, Santé.

Sie wurden ihren Familien, ihren Freunden entrissen und sind heute von einander und von der äußersten Welt isoliert, haben kaum Kleidung, sind kulturell entwurzelt. Wir vertrauen sie Euch an. Die 31 kanakischen politischen Gefangenen aus Ouvéa brauchen moralische und menschliche Unterstützung, um selbst im Gefängnis weiter kämpfen zu können, um noch an die zukünftige Unabhängigkeit und an ein sozialistisches Kanaky glauben zu können.

Wir, das Komitee der Familien aus Ouvéa, appellieren daher an unsere Freunde in Europa, finanziell und moralisch eine „Patenschaft“ für unsere gefangenen kanakischen Brüder zu übernehmen.

Wir suchen dringend viele französische Familien, um sich unserer gefangenen Brüder durch Besuche, Unterstützung, Pakete etc. anzunehmen.

Ebenso appellieren wir an unsere europäischen Freunde. Denn das Komitee der Familien benötigt enorme Finanzmittel, um einerseits die aus der Gefangenschaft entstehenden Bedürfnisse unserer Brüder erfüllen zu können, um andererseits den Prozeß gegen den Kolonialismus und die an der Menschheit im Kanakischen Volk begangenen Verbrechen vorbereiten zu können.

Wir rufen also jeden Einzelnen ebenso wie die humanitären, demokratischen, politischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Organisationen auf, die in Frankreich eingesperrten politischen Gefangenen aus Ouvéa finanziell zu unterstützen. Danke.

Für das KOMITEE DER FAMILIEN

Djim Ounei
Vertreter des FLNKS in Europa
Kontaktpersonen in der Bundesrepublik: Dorothee und Alain Piermont, Postfach 210232, 5300 Bonn 2. Tel. 02228/1873 oder 02228/169198. Spendenkonto: A. Piermont, wg. Kanaken, Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 22002067, BLZ 38050000.

Südkorea

Präsident Roh Tae Woos regulierte „Freiheit" und das Dilemma der Opposition

Mit seiner „Acht-Punkte-Erklärung" vom 29. Juni letzten Jahres war Ex-General Roh Tae Woo mit einem Schlag der Mann der Stunde. Sie wurde als „Wunder" und er als „Demokratiebringer" gefeiert.[1] Durch die fast wortgetreue Übernahme der zentralen Forderungen der (parlamentarischen) Opposition trug er maßgeblich zu deren Paralysierung bei. Rohs Initiativen und Flexibilität gingen gar soweit, Angehörigen von Tränengasgranaten Erschossener zu kondolieren und sich dafür zu entschuldigen — eine außergewöhnliche Geste, zu der sich vor ihm kein ranghoher Politiker „herabgelassen" hatte.

Es gelang Roh Tae Woo sich als akzeptable Alternative zu präsentieren die, ließe man ihm nur genügend Zeit zur Entfaltung, die Trümmer des ancien régime beiseiteschaffen werden. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember letzten Jahres verhalf ihm dies zum Sieg über die Opposition, doch bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung Ende April hatte dieses Vorhaben an Glaubwürdigkeit verloren. Bei geringer Wahlbeteiligung verlor die Regierungspartei zum erstenmal in der Geschichte die absolute Mehrheit im Parlament. Die Oppositionsparteien der beiden Kims waren indes wieder einmal nicht in der Lage, daraus politisch Kapital zu schlagen. Stattdessen signalisieren sie dem Regime ein vorolympische Stillhalten.

Das Konzept des strahlenden Siegers der Präsidentschaftswahlen war diesmal, am 26. April 88, nicht wie gewünscht aufgegangen. Die Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) mit Roh Tae Woo an der Spitze blieb zwar stärkste Partei im Parlament, verlor jedoch die absolute Mehrheit. Sie erhielt lediglich 125 der insgesamt 299 Sitze (FEERC vom 12.5.88). Bei einer Wahlbeteiligung von 75% gewannen die Demokratische Friedenspartei (PPD) von Kim Dae Jung 70 Sitze und die Demokratische Wiedervereinigungspartei (RDP) Kim Young Sams 59 Sitze. Die zerstrittene Opposition der beiden Kim konnte zwar mit mehr Sitzen ins neue Parlament einziehen, den eigentlichen Erfolg mußte sie an einen weiteren Kim abtreten: Kim Jong Pil, Präsidentschaftskandidat der rechten Neuen Demokratischen Koreanischen Partei (NDKP). Kim Jong Pil, bis 1979 Ministerpräsident und Kronprinz des ermordeten Generals Park Chung Hee, könnte nun das Zünglein an der Waage spielen. Dies würde jedoch auch gerne Kim Young Sam übernehmen, der bei der Parlamentseröffnung Roh Tae Woo seine Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Inneren Sicherheit, angeboten hat. Präsident Roh hat sich während des Wahlkampfes weiter von seinem Vorgänger Chun Doo Hwan abgesetzt und sich als moderater, demokratischer Herrscher präsentiert, ohne allerdings mehr demokratische Freiheiten, wie Pressefreiheit, Aufhebung des Verbots von Freien Gewerkschaften etc., in die Tat umzusetzen.



Roh Tae Woo

Alle drei Kims haben sich gesprächsbereit für das Aushandeln einer gemeinsamen Oppositionsstrategie gezeigt, doch inwieweit sie sich einigen können, bleibt abzuwarten und angesichts ihrer bisherigen Auseinandersetzungen mehr als fraglich.

Präsident Roh Tae Woo verstand es, innenpolitisch brisante Vorgänge seit Herbst letzten Jahres mit taktischem Geschick für sich erfolgreich zu nutzen.

Der Aufstieg Roh's

Bis zum Herbst 1987 hatte das herrschende Militärregime sein Bekenntnis zur Demokratisierung und Liberalisierung bekräftigt, war die parlamentarische Opposition mit ihren beiden Kims in der Partei für Wiedervereinigung und Demokratie (RDP) geeint, und hatte sich die Bevölkerung in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für die Direktwahl des Präsidenten ausgesprochen.

Dann ereigneten sich zwei „brisante Vorfälle", die das innenpolitische Klima

Ergebnisse zur Parlamentswahl vom 26.4.88

Partei	Direkte gewählte Sitze	Nomminierte Sitze (1)	Insgesamt (2)
DJP	87	38	125 (160)
PPD	54	16	70 (24)
PRD	46	13	59 (55)
NPDR	27	8	35 (8)
Unabhäng.	10	0	10 (21)

(1) 75 Sitze werden nicht direkt gewählt, sondern nach einem Bonussystem unter den Parteien verteilt. Die stärkste Partei erhält obligatorisch mindestens 38 Sitze, die unter den anderen Parteien werden dann die restlichen 37 Sitze verteilt.

(2) Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Sitzverteilung im bisherigen Parlament.

Quelle: le monde vom 29.4.88

nachhaltig beeinflussen sollten. Ende November stürzte eine aus dem Mittleren Osten kommende und nahezu ausnahmslos mit Gastarbeitern besetzte südkoreanische Verkehrsmaschine über birmanischem Staatsgebiet ab. In Seoul verdichtete sich eine dumpfe Vermutung in Windeseile zur bizarren „Tatsache". Die Schuldigen wurden jenseits des 38. Breitengrades in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang gesucht. Das spätere telegene und zeitgemäße „Geständnis einer nordkoreanischen Spionin", gemeinsam mit einem Komplizen den Absturz des Flugzeugs durch einen an Bord geschmuggelten Sprengsatz verursacht zu haben, galt als ausgemachte Sache. In Seouls Straßen wurde lautstark zur staatlich sanktionierten Lynchjustiz aufgestachelt. Die Köpfe von Nordkoreas Führer Kim Il Sung und dessen designiertem Sohn-Nachfolger Kim Jong Il sollten „rollen"! Daß sie bzw. die Partei- und Staatsführung der Demokratischen Volksrepublik Korea einen mit südkoreanischen Arbeitern besetzten Jet vom Himmel schießen, mochte einen „Sinn" ergeben, wenn man das seit dem Korea-Krieg (1950–53) beharrlich gepflegte (Zerr)Bild verinnerlicht hatte, wonach in Nordkorea das schlechthin „Diabolische des Kommunismus" versteinert ist. Wer sich einmal der lohnenswerten Mühe unterzieht, die Zeitungen jener Tage durchzublättern, wird rasch begreifen, daß der Korea-Krieg nicht nur „unser" innenpolitisches Klima (z.B. in der Debatte um die Wiederaufrüstung) nachhaltig beeinflußte, sondern der hiesige Antikommunismus den Löwenanteil seiner Munition gerade aus den Bombentrichtern entlang des 38. Breitengrades bezog. Dennoch: der Flugzeugabsturz über Birma wurde vom Regime – gerade im Wahlkampf – in seinem Sinne instrumentalisiert.

Schließlich durchlebte die parlamentarische Opposition ihren eigenen „Absturz" mit unübersehbar verstreuten „Wrackteilen". Durch die wenige Wochen vor dem Termin zur Präsidentschaftswahl am 16.12.87 gegründete **Partei für Frieden und Demokratie** (PPD) hatte sich Kim Dae Jung aus der Phalanx der bis dahin geeinten Opposition ausgeklinkt und sich neben Kim Young Sam als die politische Garantie für die Beendigung der Diktatur empfohlen. Aus der Möglichkeit, den herrschenden Militärs mit dem Stimmzettel den Laufpaß zu erteilen, war plötzlich die Kontinuität der Vergangenheit zur Gewißheit geworden. Mit 35,9 % der Stimmen gelang es Roh, sich vor seine Rivalen Kim Young Sam (27,5 %) und Kim Dae Jung (26,5 %) zu plazieren.

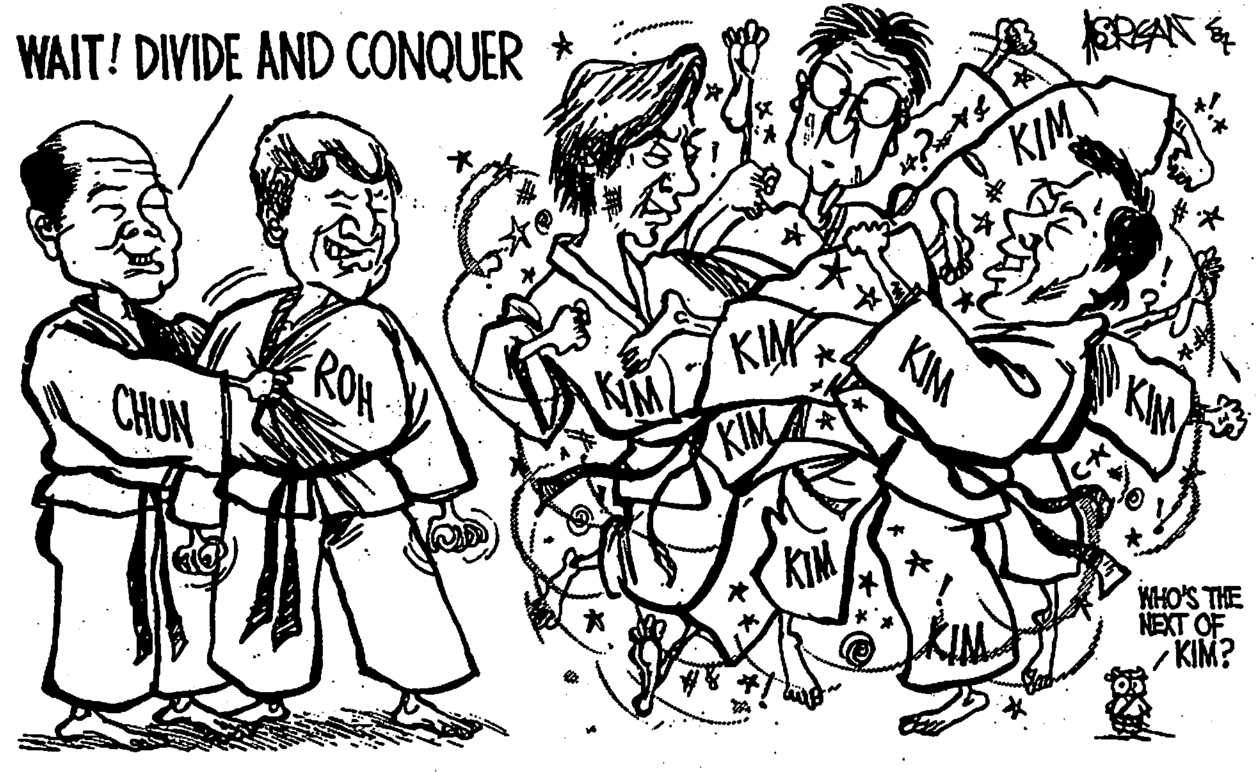
An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert.

Worin nun wurzelte dieses Desaster der Opposition? Welche Perspektiven erheben sich daraus für die politische Kultur des Landes?

Bedrängte (parlamentarische) Opposition

Mit seiner „Acht-Punkte-Erklärung" und der danach in Aussicht gestellten Liberalisierung brachte Roh die Opposition in Zugzwang, die nun ihrerseits politische Kontrapunkte gegenüber dem Regime setzen mußte. Roh vermochte zudem einen Großteil der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß nur mit ihm ein **geordneter und schrittweiser Wandel** zum Besseren möglich sei. Diese (zunächst verbale) Konzession gewann angesichts der Zersplitterung in den Reihen der parlamentarischen Opposition an Durchschlagskraft und erhielt zusätzliche Nahrung durch deren dünne **Programmatik**. Die oppositionellen Forderungen wichen ja in grundlegenden Fragen (z.B. Wahrung der exportorientierten Entwicklungs- und Wachstumsstrategie und der engen Bande zu den USA) nicht im geringsten vom Credo des Regimes ab. Im Gegenteil: sie flankierten sie eher. Und in der Frage der Freilassung aller politischen Gefangenen stand Absichtserklärung gegen Absichtserklärung, wobei hier sicherlich die Opposition mit gutem Recht größere Glaubwürdigkeit für sich reklamieren konnte. Der dem „terroristischen Norden" zugeschriebene Flugzeugabschuß bescherte Roh nach Aussagen gutunterrichteter (regimefreundlicher) Journalisten in Seoul zusätzlich ca. 1 Million Stimmen.

So sehr Roh noch im Rampenlicht steht und politischen Rückenwind genießt, so sehr werden sich die Dauerhaftigkeit und der eigenständige Aktionsradius seines Regimes erst zeigen müssen. Sein Hauptproblem liegt darin, als „Ein-Drittel"-Präsident gleichzeitig den Schatten seines Vorgängers loszuwerden. Ob er letztendlich sowohl das Militär als auch die DJP-Maschinerie geschlossen hinter sich zu bringen und zu einen vermag, ist noch nicht eindeutig entschieden. Immerhin spekuliert Chun darauf, gewisse politische Fäden hinter den Kulissen weiterzuspinnen. Als Vorsitzender der **Beratungskommission für staatspolitische Angelegenheiten** und des **Ilhae-Forschungsinstituts** (einer Art Denkfabrik des Regimes) beabsichtigt er, Rohs „Geschäfte" zumindest mittelbar zu beeinflussen. Der seit März schwelende Korruptionsskandal um Chuns Bruder und langjährigen Vorsitzenden der staatlich gelenkten **Saemaul Undong** (einer zu Beginn der 70er Jahre noch unter Park ins Leben gerufenen sog. „Dorferneuerungs-Bewegung"), Chun Kyung Hwan, wird sicherlich für Roh positiv zu Buche schlagen.[2]



Für Roh ist und bleibt sein größtes Dilemma das Abtragen der Kwangju-Hypothek.[3] Zwar wurde in diesem Zusammenhang eine **Nationale Versöhnungskommission** geschaffen. Ihre Anhörungen aber haben bislang zu wenig mehr als zu „Weißwaschungen" beigetragen. Die (Teil)Amnestie für politische Gefangene (noch dauern Folterungen an und sind ca. 1.500 Oppositionelle, einige seit den frühen 70er Jahren (!), inhaftiert!) und das Herüberretten knapp eines Drittels der bereits in der Ära Chun Doo Hwan gedienten Minister – u.a. für die Ressorts Inneres, Auswärtiges, Finanzen und Sport – geschahen mit dem Argument, angesichts der Olympischen Spiele (17.9.–2.10.88) und Wirtschaftsprobleme könne das „Risiko" einer politischen Kehrtwende nicht eingegangen werden.

Das große wie hilflose Lamento der entzweiten (parlamentarischen) Opposition nach der Wahl, einzig massive Fälschungen und Betrügereien (gar mittels „vorfabrizierter Computerprogramme") hätten dem Regime zum „Sieg" verholfen, verwechselte offensichtlich Wirkung und Ursache. Es wäre in der Tat erstaunlich gewesen, verzichtete ein militärisches Regime bei Wahlen auf eine (massive) „Einmischung" zu seinen Gunsten. Daß es dies in relativ umfangreichem Maße tun konnte, wurde erst durch die **eigenverursachte Zersplitterung** der Opposition ermöglicht. Man denke hier nur an den Marcos-Sturz vor zwei Jahren. Auf den Philippinen hatte es immerhin eine **im entscheidenden Moment im antidiktatorischen Kampf geeinte parlamentarische, gemäßigte Opposition** vermocht, sich trotz (oder gerade wegen?!) massiver Wahlschiebereien und unter den Argusaugen der internationalen Medien politisch durchzusetzen. In Seoul aber konnte im Dezember 1987 **mit** Schiebereien **aufgrund** einer uneinigen Oppositon Politik im alten Stil gemacht werden.

Nicht Machtbesessenheit und exzessive Darstellungssucht der beiden („asiatischen") Kims lieferten den Schlüssel zum Verständnis dieses Fiaskos. Das ist in nicht allzu frappierendem Unterschied auch in diesem unserem Lande Usus. Entscheidend dürften andere Gesichtspunkte gewesen sein:

(1) Beide Kims sind angesichts der langen Herrschaft verschiedener Militärregimes als quasi-charismatische Führerpersönlichkeiten zu werten, die in jeweils unterschiedlichem Grade verfolgt wurden und persönliches Leid ertrugen. Das machte und macht sie anfällig für ein Verständnis von Opposition, welches Gefolgschaft und Korpsgeist statt (selbst)kritische Diskussion, Personenkult statt Programmatik und Elite- statt Massen-Bewußtsein fördert. All das erhält zusätzliches Gewicht in einem Land, wo die über den (Neo)Konfuzianismus vermittelten traditionellen Tugenden des Sich-Fügens oder -Einordnens in stark hierarchisch gestufte soziale Verhältnisse fortwirken.

(2) Klientelismus und – damit in gewissem Maße einhergehender – Regionalismus sind deshalb ausgeprägter als qualitative politische Unterschiede innerhalb wie zwischen zwei oder mehreren Klientelen. Dies erklärt u.a. auch, warum beispielsweise Kim Dae Jung als „Programm" in seiner Heimat, der Provinz Süd-Cholla, nahezu alle Stimmen auf sich vereinigte.

(3) Beide Kims dürften mit ihren „Alleingängen" die traditionelle Mißachtung des Militärs in der koreanischen Gesellschaft und sich selbst maßlos *über*schätzt haben.

(4) Beide aber auch stütz(t)en sich auf unterschiedliche soziale Kräfte. Hatte Kim Young Sam die eingefahrene bürgerlich-parlamentarische Parteimaschinerie und eine selbst im Bürgertum stark verankerte Gefolgschaft im Rücken, so konnte sich Kim Dae Jung eher noch des Rückhalts unter dem vielschichtigen Spektrum des außerparlamentarischen Widerstands vergewissern.

Quo Vadis?

Heute geht es nicht um die Frage, ob die beiden Kims durch die weidlich strapazierte Praxis der Kollaboration oder/und Konfrontation dem Regime begegnen, sondern darum, wann und wie die gleichermaßen in der parlamentarischen Opposition und im außerparlamentarischen Widerstand als mittlerweile dringend notwendig erkannte **Programmdiskussion** geführt und dementsprechend politisch gehandelt wird. In deren Verlauf dürfte sich die Spreu vom Weizen trennen, ungeahnte Allianzen könnten sich bilden.

Im Augenblick praktiziert die Parlamentarische Opposition im Interesse „reibungsloser" Olympischer Spiele einen zweifelhaften Burgfrieden; Fragen der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft, der inneren Sicherheit und der möglicherweise modifizierten militärstrategischen Rolle der USA möchte sie erst ab Oktober wieder auf die Tagesordnung setzen.

Der außerparlamentarische Widerstand, vor allem die politisch aktive Studentenschaft, widersetzt sich einem solchen überparteilichen Konsens. Sie beharrt stattdessen auf ihre politischen Positionen und rückt mit der Wiedervereinigungs-Problematik ein Thema in den Vordergrund der innenpolitischen Auseinandersetzungen, welches das Regime als Kampfansage und die bürgerliche Opposition als Lackmustest für ihre Glaubwürdigkeit, gar ihr Überleben begreifen muß. Gelänge an diesem Punkt wider Erwarten doch noch eine Einigung zwischen Widerstand und Opposition, so vergrößerten sich die Chancen, die nacholympische Ära ohne große Blessuren zu überstehen.

Rainer Werning
(Korea-Informationsstelle, Osnabrück)

Anmerkungen:
(1) „The Economist" (London) vom 4. Juli; „Newsweek" (New York) vom 13. Juli 1987; vgl. auch: „die blätter" Nr. 144 vom Sept. 1987.
(2) „Süddeutsche Zeitung" (München) vom 31.3./1.4.88, S. 10.
(3) Näheres in: Rainer Werning (Hrsg.), „Südkorea – Politik und Geschichte im Land der Morgenstille", Pahl-Rugenstein Verlag, Köln (Mai) 1988.

Editorial

Eigentlich sollte das Thema unseres einhundertfünfzigsten (!) Heftes „Dependenztheorien" lauten. Eine Jubiläumsausgabe, so dachten wir nämlich, sei die Gelegenheit einer Bilanz.

Die unter dem Oberbegriff „Dependenztheorien" zusammengefaßten Ansätze, die für uns ebenso wie für andere Kritiker der Weltwirtschaftsordnung seit unseren Anfängen erkenntnisleitend waren, befinden sich in einer Krise. Einige Kritiker meinen sogar ihr unwiderbringliches Scheitern ausrufen zu können. Wir wollten in unserem Heft der Frage nachgehen, was an diesen Unkenrufen dran ist.

Doch die von uns angesetzte Vorbereitungszeit erwies sich als zu kurz. So wird es Herbst werden — Oktober vermutlich — bis unser Projekt steht. Aber ein ganz normales Exemplar ist auch das nun vorliegende Heft nicht geworden.

Zusätzlich zu seinem Hauptteil über die intifada dokumentiert es einen Streit, der zwar nicht neu ist, der aber mehr und mehr zu einer Spaltung der Solidarität mit den Palästinensern zu führen droht. Er dreht sich um die Frage, wie man als deutscher Linker sich zu Israel verhält. Dieser Streit wird inzwischen auch in unserer Redaktionsgruppe ausgetragen und hat schon zu einigen Zerwürfnissen geführt. Wir sehen keinen Grund, unseren Lesern dies zu verschweigen. Im Gegenteil: Die Dokumentation dieses Streites soll nicht nur unseren Lesern etwas mehr Einblick verschaffen in unsere Redaktionsarbeit. Auch uns soll sie etwas bringen. Wir erwarten etwas, was wir schon lange nicht mehr bekamen: Rückkopplung — eine wahre Flut von Leserbriefen...

Der Streit in unserer Gruppe hat sich an einem Flugblatt entzündet, welches die SB-nahe Freiburger „Initiative Sozialistisches Forum" über der Freiburger Szene ausgeschüttet hat. Es schlug bei den meisten Gruppen wie ein Donnerwetter ein. Die ISF nämlich vertritt die provokative These, hinter dem Antizionismus der meisten Palästinagruppen verberge sich ein neuer Antisemitismus. Ob mit dieser Holzhammermethode bei den anvisierten Antizionisten das Nachdenken gefördert wird, möchten wir offenlassen. Die meisten Gruppen jedenfalls haben mit Abwehr reagiert, einige sogar mit der Weigerung, sich zu äußern.

Bei uns jedenfalls wurde weiterdiskutiert. Inzwischen gab es auch einen Text der ISF, der die im Flugblatt nur eben mal provokativ dahingeknallten Behauptungen zu belegen versucht und sich ansonsten mit Hilfe von Zitaten um den Nachweis bemüht, daß viele Linke zu einer völlig unreflektierten Verwendung von Begriffen neigen.

Einige von uns lasen diesen Text vor allem als eine Kritik an der sich unter Linken breitmachenden Geschichtslosigkeit.

Andere sahen in ihm ein übles Machwerk, dem es um nichts anderes geht als darum, den Spaltpilz in die Linke hineinzupflanzen. Sie waren folglich dagegen, das Papier ohne Gegendarstellung abzudrucken.

Wir einigten uns schließlich auf folgendes Vorgehen: Die von der ISF heftig angegriffene Nahostgruppe sollte ebenso wie Leute aus unserer eigenen Gruppe Raum zur Darstellung der eigenen Position und Gelegenheit zur Kritik erhalten.

Editorial

Zwei Stellungnahmen aus dem Kreis unserer Redaktion sind bisher erschienen, im nächsten Heft werden weitere folgen. Insbesondere das Papier der Nahostgruppe, das uns leider erst kurz vor Redaktionsschluß erreichte, wollen wir nicht unwidersprochen stehen lassen.

Ansonsten bleibt nur zu wiederholen, daß wir für jede Reaktion aus dem Kreis unserer Leser dankbar sind — seien es Leserbriefe oder Artikel. Bei Artikeln bitten wir aus Platz- und Planungsgründen allerdings um kurze Rücksprache.

Die weitaus meisten Seiten des Heftes nimmt der Themenschwerpunkt über die intifada ein. Gleich drei Artikel stammen von Marianne Stern, die erst kürzlich von einer mehrwöchigen Reise nach Palästina zurückgekehrt ist. Ihre Analyse des Aufstandes und ihr Artikel zur Bedeutung des islamischen Fundamentalismus in Palästina werden ergänzt durch einen politischen Reisebericht, der Schlaglichter auf den Alltag unter der Besatzung wirft; der die Situation der israelischen Palästinenser veranschaulicht; und der schließlich versucht, die derzeitige Stimmung in Israel einzufangen.

Welche Reaktionen die intifada bei den Friedenskräften in Israel hervorgerufen hat, zeigt der Artikel von Christian Sterzing. Im Zentrum seiner Analyse steht die der Arbeiterpartei nahestehende „Peace Now" Bewegung, die während der israelischen Libanoninvasion erstmals größere Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Hat sie sich in wesentlichen Punkten von der Programmatik der Arbeiterpartei gelöst? Geht es ihr sowie den anderen Friedenskräften überhaupt um eine Solidarität mit den Aufständischen oder wollen sie lediglich Israel vor einem endgültigen Verlust des ohnehin schon angeschlagenen demokratischen Images bewahren? Dies sind die Leitfragen von Sterzings Artikel.

Ein fünfter Artikel — er stammt von Kamran Ekbal — hat nicht direkt mit der intifada zu tun. Er handelt von einem Thema, das sonst ziemlich auf der Schattenseite der Aufmerksamkeit steht: Der langfristigen außenpolitischen Strategie Israels gegenüber Libanon, Jordanien, Syrien, usw. Die Destabilisierung der arabischen Aufspaländer und ihre schließliche Aufspaltung entlang ethnischer und konfessioneller Grenzen sind die Ziele dieser Politik.

Ekbals Artikel ist von Interesse für die Diskussion um Friedensperspektiven: Solange Israel bisherigen außenpolitischen Prinzipien nicht eine völlige Absage erteilt, ist an einen Frieden im Nahen Osten nicht zu denken.

Ein Interview mit Leila Khaled schließlich gibt Aufschluß über die Position der inzwischen wieder mit der PLO vereinigten PFLP.

Editorial

Der Aufstand



Als Anfang Dezember die monatelangen Proteste vom Gaza-Streifen auch auf die Westbank übergriffen, schien alle Welt von der spontanen Erhebung überrascht: selbst viele Palästinenser und die PLO. Noch erstaunlicher waren Form und Fortdauer des Aufstandes, dessen Ende auch heute nicht in Sicht ist. Die Weltöffentlichkeit wurde endlich auf die brisante Lage in den besetzten Gebieten aufmerksam, deren Ursachen bis dahin so gern übersehen worden waren: unmenschliche Bedingungen in den palästinensischen Flüchtlingslagern, soziales Elend und wirtschaftliche Not, die Verweigerung politischer Grundrechte und nationaler Selbstbestimmung durch die Besatzungsmacht.

Neue Widerstandsformen, an denen sich das ganze Volk beteiligen kann; eine Vielzahl von Organisationen, die in Dörfern, Flüchtlingslagern und Städten verwurzelt sind, bilden die Basis dieses friedvollen, disziplinierten und doch so militanten Aufstandes um Menschenwürde und nationale Selbstbestimmung — gegen eine Besatzerpolitik, deren Repressionen und Erniedrigungen in den letzten Jahren angewachsen sind.

Schnelle Erfolge — oder gar ein palästinensischer Staat an der Seite Israels — sind allerdings in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Der Aufstand aber hat die These von der Unumkehrbarkeit der Verhältnisse in den besetzten Gebieten (Meron Benvenisti) in Frage gestellt; das deutliche „Nein" der Palästinenser zur Okkupation wird — so ist zu hoffen — die israelische Gesellschaft zum Umdenken zwingen.

Noch vor knapp einem Jahr — im Sommer 1987 — schien die Lage in den besetzten Gebieten nahezu hoffnungslos. Die Repressionen der israelischen Militärverwaltung — „Sicherheitsmaßnahmen" im Sprachgebrauch der Okkupanten — gegen die palästinensische Bevölkerung nahmen zu; Verhaftungen — oft ohne Anklage — Ausweisungen, Kollektivstrafen, tagtägliche Schikanen, Schließen von Universitäten, Institutionen und Selbsthilfeeinrichtungen häuften sich. Meron Benvenisti, der die israelische Politik in den besetzten Gebieten gründlich untersucht hat und vor Jahren feststellte, die nach dem Krieg 1967 geprägte Formel, „Land gegen Frieden" sei von den geschaffenen Tatsachen überholt und nicht mehr realisierbar, kommentierte: jede Repressionswelle in den besetzten Gebieten sei schlimmer als die vorhergehende; diese Eskalation aber liege in der Besatzung selbst begründet, für die nächste Zeit müsse gar Schlimmeres erwartet werden.

Auch die Palästinenser seien überzeugt, schrieb damals ein anderer Beobachter, daß die Repressionen in den kommenden Monaten anwachsen würden, bis zu einem gewissen Punkt allerdings nur, an dem die Lage nicht unerträglicher werden könne. Diese pessimistische Einschätzung aber sei gleichzeitig die Grundlage eines scheinbar paradoxen Optimismus in der palästinensischen Bevölkerung, doch irgendwann einmal Gerechtigkeit zu erfahren.

Tatsächlich schien bis heute die israelische Besatzerpolitik in den besetzten Gebieten unumkehrbar geworden zu sein: die geschaffenen Fakten — Landraub und Siedlungspolitik —, der politische Wille, das Land endgültig zu annektieren; die militärische Macht, diese Pläne gewaltsam durchsetzen zu können, die vielfältige Unterstützung der israelischen Politik durch die USA. In dieser nahezu ausweglosen Situation, nach den vielen Niederlagen der palästinensischen Nationalbewegung hat gerade dieser „paradoxe" Optimismus der Palästinenser — allen düsteren Prognosen zum Trotz — dazu beigetragen, die Voraussetzungen für den Volksaufstand in Palästina zu schaffen: im Lande selbst Formen des Widerstandes zu entwickeln, denen die militärisch überlegene Besatzungsmacht auf Dauer nicht gewachsen sein wird.

Die Entwicklung des palästinensischen Nationalismus unter israelischer Besatzung

Nach 1967 wuchs das palästinensiche Nationalgefühl in den besetzen Gebieten nur langsam. Erst Mitte der 70er Jahre war dort eine nationale Führungsschicht entstanden, die sich vom jordanischen Regime gelöst hatte, einen unabhängigen nationalen Staat in der Westbank und im Gaza-Streifen forderte und fortan eng mit der PLO zusammenarbeitete. Verschiedene Ereignisse begünstigten diese Entwicklung: die Niederlage des arabischen Nationalismus 1967, die fortdauernde israelische Besatzung, Israels Siedlungspolitik in der Westbank und im Gaza-Streifen, deren wirtschaftliche Ausbeutung, die politische Repression, schließlich die Vernichtung der palästinensischen Fedayin im jordanischen Bürgerkrieg 1970/71 und das Scheitern der Volkskriegsstategie.

Auch die Politik der PLO hatte sich verändert: 1974 war die Ministaat-Forderung in das PLO-Programm aufgenommen worden. Offiziell gilt diese Forderung noch heute als Zwischenschritt auf dem Wege zur endgültigen Befreiung Palästinas, sie löste aber faktisch die wenig Erfolg versprechenden maximalistischen Ziele der palästinensischen Nationalcharta ab. Innerhalb der PLO, vor allem von der PFLP (Habasch), gab es heftigen Widerstand gegen diese neue Politik, unterstützt auch von einigen arabischen Staaten.

Von der neuen nationalen Führung in den besetzten Gebieten hingegen wurde die veränderte PLO-Strategie begrüßt. Diese Kräfte arbeiteten eng nun mit der PLO zusammen, inzwischen unbestrittene Repräsentantin des palästinensischen Volkes. Die projordanische Notablen aber hatten ihren politischen Einfluß verloren.

Selbst die arabischen Staaten erklärten 1974 auf dem Gipfeltreffen in Rabat die PLO zur alleinigen Vertreterin des palästinensischen Volkes. Doch diese Anerkennung blieb ein verbales Zugeständnis, das den propalästinensischen Stimmungen in der arabischen Welt Rechnung trug: einen palästinensischen Staat an der Seite Israels befürworteten diese Regime nicht.

Nach dem Oktoberkrieg 1973 wollte die PLO-Führung an den politischen Verhandlungen im Nahen Osten teilnehmen, die zwischen Ägypten, Syrien und Israel begannen. Nicht nur Israel wußte das zu verhindern, auch die arabischen Staaten suchten die PLO auszugrenzen: das Eingreifen Syriens in den libanesischen Bürgerkrieg '76 schwächte die PLO; der Separatfrieden Ägyptens mit Israel '77 bis '79 schloß die Befreiungsorganisation von der Verhandlungslösung aus.

Repression und Annexion

In Israel war der rechte Likud-Block unter Menachem Begin 1977 an die Macht gekommen. Unerwartet schloß diese Regierung einen Friedensvertrag mit Ägypten ner politischen Infrastruktur begonnen, die und gab diesem Land die Sinai-Halb-Insel zurück. Territoriale Zugeständnisse an die Palästinenser waren freilich nicht geplant. Der israelische Ministerpräsident Begin hatte zwar in den Camp David-Abkommen einer Autonomieregelung für die Palästinenser in den besetzten Gebieten zugestimmt — nach einer Übergangsperiode von fünf Jahren gar neuen Verhandlungen über deren Zukunft in Aussicht gestellt. Die praktische Politik aber verfolgte andere Ziele: In den besetzten Gebieten beschlagnahmte die Regierung immer mehr Land, in dicht besiedelten palästinensischen Regionen gründeten Israelis provokativ neue Siedlungen.

Die nationalen Bestrebungen des palästinensischen Volkes wurden von nun an bekämpft. In den Kommunalwahlen 1976 waren Anhänger der PLO erfolgreich gewesen. Gewerkschaften, Berufsverände, Gemeinderäte und Universitäten waren entstanden und hatten mit dem Aufbau eines Überleben unter den schwierigen Bedingungen der Besatzung sichern sollte. Die Organisation lag seit 1978 beim Nationalen Führungskomitee, das diese Kräfte repräsentierte. Die Antwort der Militärregierung ließ nicht lange auf sich warten: Sie wies zwei palästinensische Bürgermeister aus; drei andere wurden Opfer von Terrorakten israelischer Siedler. 1981 schließlich wurde Menachem Milson zum Zivilgouverneur der Westbank ernannt. Milson wünschte eine Politik der „positiven" Einmischung. Israel solle die Nationalisten bestrafen, so forderte er, müsse aber diejenigen Palästinenser unterstützen, die „positiv" dächten und bereit seien, mit der Besatzung zusammenzusarbeiten. Die Vorstellungen des Zivilgouverneurs freilich konnte nur das Militär durchsetzen: Der Unterdrückungsapparat lief auf Hochtouren; Verhaftungen, häufig ohne Anklage, Ausweisungen und Haussprengungen waren an der Tagesordnung; bewaffnete Milizen von Kollaborateuren, als Dorfligen bekannt, entstanden. Neue Ländereien wurden beschlagnahmt und die Siedlungen durch Infrastukturmaßnahmen mit Israel verbunden. 1982 schließlich wurden die gewählten palästinensichen Bürgermeister abgesetzt, das Nationale Führungskomitee verboten. Nicht einmal einen Monat später marschierte die israelische Armee in den Libanon ein: Man wollte die politischen und militärischen Basen der PLO gründlich zerstören.

Dunkle Jahre

Der Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut im Sommer 1982 und deren anschließende Zerstreuung in arabische Länder schien das Schicksal des palästinensischen Widerstandes besiegelt zu haben. Die Befreiungsorganisation hatte in einem letzten arabischen Land ihre Stützpunkte verloren, ihre soziale und militärische Infrastruktur eingebüßt. Gewiß, während der Belagerung Beiruts durch die israelische Armee war die Weltöffentlichkeit auf die unerträgliche Lage der Palästinenser aufmerksam geworden; die israelische Expansionspolitik wurde deutlich kritisiert. In unmittelbare politische Erfolge aber konnte die PLO diese Niederlage nicht umwandeln. Im Gegenteil: nach der israelischen Invasion setzten auch die arabischen Staaten alles daran, den politischen Führungsanspruch der PLO im nationalen Befreiungskampf zu unterminieren. Syrien nutzte Differenzen innerhalb der PLO aus, die Befreiungsorganisation zu spalten; bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den prosyrischen Organisationen und Arafat-treuen Strömungen im Libanon besiegelten 1983 den Bruch in der PLO; der syrische Präsident Assad verwies PLO-Chef Araft und seinen Stellvertreter Abu Jihad (vor wenigen Monaten im israelischen Geheimdienst ermordet) des Landes. König Hussein hingegen suchte im jordanisch-palästinensischen Abkommen von Amman (Februar 1985) der PLO den Alleinvertretungsanspruch des palästinensischen Volkes wie-



Die Selbstversorgungsstrukturen werden weiter entwickelt

Die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung wird inzwischen hauptsächlich von den dafür zuständigen Komitees organisiert. Daneben werden n allen nur möglichen Stellen Gemüse, Obst und Getreide angepflanzt, um die Selbstversorgung zu verbessern. Alle Mittel, die nicht unmittelbar zur Versorgung der eigenen Familie notwendig sind, werden den Komitees zur Verteilung zur Verfügung gestellt.

Neben Aufrufen der Vereinigten Nationalen Führung zur Durchführung von *Tagen des Zornes* gibt es immer wieder Aufrufe, die Selbstverwaltungsstrukturen auszubauen: z.B. im Kommunique Nr. 12: *„Wir rufen alle Ingeneure und Experten im Agrarsektor auf, den Bauern ihre Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und sie zu beraten, damit sie sich gegen die wirtschaftlichen Sanktionen Israels zur Wehr setzen und unsere Selbstversorgung sicherstellen können. Wir müssen immer daran denken, daß der Streik nicht bedeutet, die Arbeit auf unserem Land ruhen zu lassen."*

Und für den 5.4.88: *„Tag der nationalen Aktion, an dem alle Firmen und Institutionen mit voller Kraft arbeiten sollen. Von dieser Arbeit sollen die profitieren, die durch den Aufstand Verluste erlitten haben: Angehörige von Gefallenen, Inhaftierte und Verwundete, die Bewohner der abgeriegelten und belagerten Gebiete und diejenigen, die dem Aufruf des Aufstandes gefolgt und von ihren Ämtern zurückgetreten sind."*

Für den 7.4.88: *„Weltgesundheitstag: Die Vereinigte Führung spricht allen Ärzten, Schwestern und Apothekern, die den Opfern des Aufstandes beigestanden haben, ihren Dank und ihre Anerkennung aus. An diesem Tag soll die Kampagne für Erste Hilfe und medizinische Versorgung überall verstärkt werden."*

Für den 11.4.88: *„Tag des Generalstreiks, an dem alle freiwillig auf den Feldern des Landes arbeiten, um die palästinensische Landwirtschaft und die heimische Wirtschaft insgesamt zu stützen."*

Im Kommunique Nr. 15 für den 4.5.88: *„Tag des nationalen Wiederaufbaus, an dem das Land bestellt wird und mit dem Wiederaufbau der von den Israelis zerstörten Häuser begonnen werden soll."*

Und für den 5.5.88: *„Zwischen 9 und 12 Uhr sollen die Lehrinstitute, die von den israelischen Behörden geschlossen wurden, den Lehrbetrieb wieder aufnehmen."*

Weitere Schritte zum angestrebten vollständigen Boykott des zionistischen Staates sind:

— die Gründung von Kommitees, die die Verwaltung übernehmen sollen.

— Steuerboykott, z.B. werden die Zusatzsteuer von 15% und die Autosteuer nicht bezahlt. Zionistische Soldaten und Polizeikräfte bestraften daraufhin alle Autofahrer, denen sie begegneten, um die Steuer auf diese Art zu kassieren. Diese Strafen werden auch nicht bezahlt.

— Saatgut wird von den Agrarkomitees verteilt mit der Aufforderung, den Boden zu beackern und zu bepflanzen. Die Agrarkomitees unterstützen die Leute dabei, informieren sie über neue Anbau- und Düngemethoden. Ihr erklärtes Ziel ist es, die durch die zionistische Besatzung weitgehend zerstörte Subsistenzwirtschaft wieder aufzubauen. Die Besatzungsmacht hat die Bedeutung, die in diesen Projekten liegt, erkannt, und vergiftete neuangelegte Felder mit Gas.

— Verletzte Demonstranten gehen nicht mehr in die Krankenhäuser, weil sie damit rechnen, dort verhaftet zu werden. Die Verletzten werden von den Gesundheitskomitees behandelt. Es werden außerdem laufend Erste-Hilfe-Kurse durchgeführt.

aus: Palästina Info der FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V., Nr. 3

der abzunehmen und Arafat zu immer neuen Kompromissen zu drängen. Ein Jahr später fühlte sich der jordanische König so stark genug, das Abkommen aufzukündigen — „auszusetzen", wie Hussein sagte — um ohne die PLO seine Kooperation mit Israel fortzusetzen.

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten hatten von außen nichts mehr zu erwarten: Die bisherige Politik der PLO war in eine Sackgasse geraten. Die arabischen Staaten hatten sich zwar noch 1982 in Fes für einen palästinensischen Staat (in den besetzten Gebieten mit Jerusalem als Hauptstadt) ausgesprochen, verwirklichen aber wollten sie diesen Staat nicht.

Neue Wege

Für Illusionen war nun kein Raum mehr, Befreiung von außen nicht länger zu erwarten. In dieser verzweifelten Situation wuchsen die fundamentalistischen islamischen Bewegungen an (Vgl. Artikel in diesem Heft) und gewannen an Einfluß. Um aber unter der Besatzung überhaupt leben zu können und der israelischen Politik langfristig zu widerstehen, besannen sich die nationalen palästinensischen Kräfte auf Widerstandsformen, die die Besatzungsmacht dort trafen, wo sie am schwächsten war: die Palästinenser begannen, ihre Rechte auch unter der israelischen Besatzung einzuklagen, freilich ohne aus den Augen zu verlieren, daß eine Verwirklichung der Menschenrechte erst nach einem Ende der Besatzung möglich sein würde.

Auf allen Ebenen entstanden neue Organisationen, die immer neue Bevölkerungsschichten einbezogen und politisierten. Institutionen wie „al-Haq" („Law in the Service of Man", 1979), die „Arab Studies Society" (1980), deren Unterabteilung „Palestine Human Rights Information Center" (1985) wurden gegründet; kleine Aktivistengruppen und Untersuchungskomitees bildeten sich zu speziellen Fragen („Family Reunion Comittee", „Comittee to Confront the Iron Fist", Gefangenenkomitees); Universitäten und die Palästinensische Presse nahmen Informationsarbeit auf; Gewerkschaften, Frauengruppen und Basisorganisationen entwickelten sich in verschiedenen Lebensbereichen. Der politische Stillstand in der Palästina-Frage nach 1982 gab diesem „Kampf um Rechte" Auftrieb — gleich ob es sich um das Recht auf Erziehung, Organisationsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit oder um das Selbstbestimmungsrecht handelte. Auf diese Weise wurde jeder noch so geringe Spielraum genutzt, den die Besatzung ließ.

„Kampf um Rechte" hieß aber nicht, die nationalen Forderungen aufzugeben. Die vielen Initiativen gingen nämlich davon aus, daß unter der Besatzung demokratische Rechte und Menschenwürde letztlich nicht einklagbar sind. Sie forderten folglich implizit nationale Rechte. Das allerdings ohne Illusion: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes oder gar die Gründung eines eigenen Staates in naher Zukunft wurden nicht erwartet. Diese Politik stand so in einem gewissen Spannungsverhältnis zur bisherigen Strategie der PLO, die nationale Rechte oder die Befreiung ganz Palästinas mit Hilfe der internationalen Diplomatie oder des bewaffneten Kampfes durchsetzen wollte.

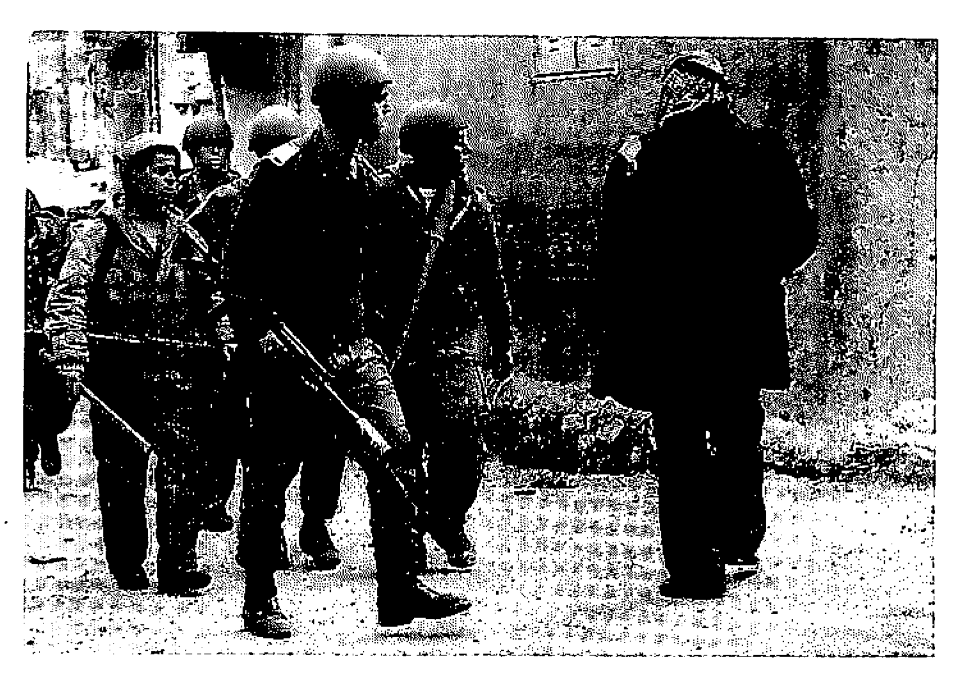
Der „Kampf um Rechte" reduzierte nur scheinbar die Forderungen des palästinensischen Volkes und der PLO — letztlich barg er eine ungeheuere Sprengkraft in sich: er richtete sich gegen die Dynamik der langdauernden Besetzung und traf die Okkupationspolitik im Kern. Er ermöglichte die Beteiligung und Organisierung aller Menschen auf unterschiedlichen Ebenen und schaffte, wie sich später erweisen sollte, wichtige Grundlagen für den Aufstand. Die Antwort der Besatzungsmacht auf die neuen Widerstandsformen ließ nicht lange auf sich warten.

Politik der „Eisernen Faust"

Ein knappes Jahr war die Regierung der Nationalen Einheit unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Peres im Amt, da verschärfte ausgerechnet ein Minister der Arbeiterpartei die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten. Während Parteigenosse Shimon Peres auf diplomatischer Ebene für die jordanische Option und eine internationale Konferenz zu werben begann, führte Verteidigungsminister Rabin am 4.8.85 die Politik der „Eisernen Faust" (Rabin über Rabin) in der Westbank und im Gaza-Streifen ein. Die wichtigsten Maßnahmen der verschärften Politik waren: Die Wiedereinführung der Administrativhaft (Gefangennahme ohne Anklage und Gerichtsverfahren, meist für einen Zeitraum von sechs Monaten, beliebig oft verlängerbar, innerhalb von zehn Monaten wurden 241 Menschen auf diese Weise in das Gefängnis gebracht); Ausweisungen politisch mißliebiger Aktivisten (in den folgenden anderthalb Jahren wurden etwa 40 Menschen des Landes verwiesen); Verhängen von Stadt- oder Hausarresten; Sprengung oder Zumauern von Häusern (102 in den Jahren 85/86); Schließen von Institutionen, Gewerkschaftsbüros und Universitäten für Wochen oder Monate (im akademischen Jahr 86/87 wurden gegen fünf Universitäten insgesamt 15 Schließungen verhängt). Wie üblich wurde die härtere Gangart mit „Sicherheitsbelangen" begründet, die Maßnahmen richteten sich indes vor allem gegen politische Aktivisten.

Anlaß für die Politik der „eisernen Fraust" war die Ermordung zweier israelischer Lehrer bei Atula — ein krimineller Akt ohne politischen Hintergrund. In der langen Geschichte der israelischen Aggressionspolitik hat es an solchen Begründungen nie gemangelt, die wahren Ziele des harten Vorgehens wurden bald offensichtlich: Die Okkupationsmacht suchte so auf neue Formen des Widerstandes zu reagie-

ren, eine nationale palästinensische Politik im Keim zu ersticken oder zumindest zu entmutigen. Sicher versprach sich die israelische Regierung auch eine Stärkung der pro-haschemitischen Kräfte und seine Belebung der wenig erfolgreichen jordanischen Option. Sicher wollte sich die Arbeiterpartei auch bei den traditionellen Likud-Wählern und der Siedlerbewegung profilieren. Doch selbst die Konkurrenz zum Koalitionspartner spielt eine untergeordnete Rolle, denn auch die Arbeiterpartei denkt nicht daran, territoriale Kompromisse zu machen — auch wenn sie manchmal davon spricht. Nationale Rechte der Palästinenser existieren für die Labour-Partei nicht, und deshalb ist für sie die PLO ebenfalls kein Verhandlungspartner.



Die Dynamik der Besatzung

Die Politik der „Eisernen Faust" beschleunigte innerhalb von zwei Jahren eine Entwicklung, die sie eigentlich seit Beginn der Besatzung zu verhindern suchte. Die politische Entschlossenheit der Bevölkerung wuchs, sich nicht mit den herrschenden Verhältnissen abzufinden, und überlagerte das Gefühl, etwas zu verlieren zu haben. Die Unruhen und Solidaritätsaktionen im Winter '86 und Frühjahr '87 zeigten die neue Qualität des Widerstandes: getragen von einer radikalisierten Jugend und besonders im Gaza-Streifen, auch von den fundamentalistischen Kräften, bezogen die Proteste nun auch andere Schichten der Bevölkerung mit ein und blieben nicht mehr örtlich begrenzt.

Anfang Dezember '86 hatten israelische Soldaten einen Kontrollpunkt am Tor der Bir Zeit-Universität errichtet, die für ihre Aktivitäten gegen die Besatzungsmacht berühmt ist. Ein durchaus „gewöhnliches" Ereignis. Gegen den Sitzstreik der Studenten und Lehrer setzten die Soldaten Tränengas ein, ein Mitglied des Lehrkörpers wurde verhaftet. Eine Stunde später protestierten die Studenten auf dem Universitätsgelände, Soldaten schossen, zwei Studenten wurden getötet, zehn andere verletzt.

Die Proteste dehnten sich aus, palästinensiche Geschäftsleute streikten drei Tage lang, internationale Medien wurden aufmerksam, israelische Friedensgruppen reagierten. Eine Welle von Demonstrationen und Protesten folgte im Frühjahr 1987.

Anlässe gab es genug: Angriffe auf Palästinenser in der Altstadt von Jerusalem (Dezember-Januar), die Belagerung der Palästinenserlager im Libanon durch die Schiitenmiliz Amal (Februar-März) und der Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen (25. März bis Mitte April). Dieser Streik wurde von Gefangenen aller politischen Richtungen gemeinsam durchgeführt. Er spielte die neue Einheit der PLO wieder, die auf dem Palästinensischen Nationalrat in Algier im gleichen Moment erreicht worden war. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten begrüßten diese Entwicklung; sie wurde Voraussetzung für die Bildung der Vereinigten Führung des Aufstandes im Dezember 1988, in der heute alle politischen Strömungen der Palästinenser repräsentiert sind.

Auch die Besatzungsmacht registrierte die neue Qualität des Widerstandes. Die israelische Armee kämpfe nicht mehr hauptsächlich gegen den Terrorismus, sondern gegen einheimische Ideologien und Ideen, schrieb der israelische Militärberichterstatter Hirsh Goodman in der „Jerusalem Post" vom 20.2.87. Der Feind habe sich gewandelt. Aus guttrainierten Eindringlingen und Saboteuren, die israelische Soldaten gut bekämpfen könnten, seien Studenten und Schüler geworden; aus Bomben und Granaten, Steine, Plakate und Parolen. Goodman sollte mit seiner Analyse Recht behalten.

Die Israelis reagierten hart. Einem stürmischen Frühling folgte ein ruhiger Sommer; der 20. Jahrestag der Besatzung verstrich ohne nennenswerte Protestaktionen.

Im Herst '87 aber war der Aufstand da. Unter den unwürdigen Verhältnissen der Besatzung herangewachsen, ohne Zukunft und voller Zorn gegen die Unterdrücker, nahmen Kinder und Jugendliche den Kampf auf: mit Steinen gegen eine hochgerüstete Armee — furchtlos. Die Kinder der Steine aber blieben nicht isoliert, die gesamte palästinensische Gesellschaft stand hinter ihnen. „Unsere Generation hat versagt", wurde eine Frau zitiert, „Es sind die Kinder, die uns zeigen, wie man kämpfen muß."

Die Flüchtlingslager im Gaza-Streifen waren die ersten Zentren der Auseinandersetzung. Anita Vitullo berichtet darüber: „An manchen Tagen ging es 'heiß' zu in Gaza. Der Himmel war schwarz vom Rauch brennender Reifen und Tränengasschwaden zogen in alle Richtungen. Erfahrene Beobachter verglichen häufig die Straßenkämpfe in Gaza, die Luft der Anarchie dort, mit Beirut — Schauspiele, die Leute aus der Westbank nur in den Fernsehnachrichten verfolgen konnten. Die Szenen dieses einseitigen Krieges im sandigen Streifen und, für einen kurzen Augenblick nur, des Sieges über verhaßte Besatzer, ließ viele Beobachter atemlos fragen: 'Sind sie in Gaza gewesen?' In den ersten sechs Wochen wurden 27 Palästinenser im Gaza-Streifen getötet, aus jedem Flüchtlingslager und aus jeder Stadt. „Wir haben nur darauf gewartet, einen solchen Aufstand zu machen", erklärten Jugendliche im Gaza-Streifen. „Jeder hier hat in seinem Herzen eine Demonstration."

Bemerkenswert sind Dauer und Kontinuität des Aufstandes, deren Ursache in den neuen Widerstandsformen, aber auch in der umfassenden und klaren Zielsetzung liegt: Ende der Besatzung, internationale Nahostkonferenz, nationale Selbstbestimmung und ein palästinensischer Staat in den besetzten Gebieten unter Führung der PLO.

Und noch etwas ist auffällig. Die Flexibilität derer, die nach dem spontanen Beginn des Aufstandes diesen zu organisieren und leiten begonnen haben. Hinter solcher Anpassungsfähigkeit verbirgt sich lange politische Erfahrung. Das alles ermöglicht, den Aufstand dezentral und trotzdem geschlossen zu führen. Trotz Repressionen, trotz der Verhaftungswelle — 11.000 Menschen sind laut offiziellen israelischen Angaben in Gefangenenlagern, davon 1.170 ohne Anklage — geht der Aufstand weiter.

Marianne Stern

Quellen:
Gespräche mit Palästinenserinnen und Palästinensern auf einer Reise nach Israel und Palästina im März/April 88;
Dan Tschirgi, A bleak year on the West Bank, The Middle East, August 1987, S. 11–16;
Penny Johnson, The Routine of Repression, MERIP-Reports 150, Jan.–Febr. 88, s. 3–11;
Rashid Khalidi, The Palestians — twenty year after, MERIP-Reports 146, May–June 87, S. 6–11;
Charles Landsmann, Westbank: „Neue Stufe in Richtung Bürgerkrieg", Basler Zeitung, 18.9.87;
Penny Johnson and Lee O'Brien, The West Bank Rises Up, MERIP-Report, No. 152, May–June, S. 4–12;
Anita Vitullo, Uprising in Gaza, ebenda, S. 18–23;
Salim Tamari, What the Uprising Means, ebenda, S. 24–30

Der islamische Fundamentalismus

Eine politische Kraft in Palästina?

Zu Beginn des palästinensischen Volksaufstandes machten erstmals seit 20 Jahren palästinensische Islamisten von sich reden, Anhänger fundamentalistischer moslemischer Ideen und Gruppen. Waren sie es, die entscheidend zur Militanz der Proteste beigetragen haben, wie zu Beginn des Aufstandes gern behauptet wurde? Oder aber wurde ihr Einfluß von interessierter Seite übertrieben, um die führende Rolle der PLO im palästinensischen Befreiungskampf zu unterminieren?

Unstrittig ist, daß die Reislamisierung, die Rückbesinnung auf moslemische Traditionen und Werte, auch die Palästinenser erfaßt hat. Diese Entwicklung begann in der Westbank und im Gaza-Streifen später als in anderen islamischen Ländern und wurde zunächst nur im täglichen Leben sichtbar: Mehr Gläubige besuchten die Freitagsgebete, junge Männer ließen sich einen Bart wachsen und Frauen kleideten sich islamischer Tradition gemäß. Mit dem Sieg der islamischen Revolution Ende der siebziger Jahre traten auch in den besetzten Gebieten moslemisch-fundamentalistische Gruppen in Erscheinung, für die der fanatisierte Islam politische Ideologie wurde. Besonders unter der Jugend und in den Universitäten gewann diese Bewegung rasch Einfluß.

Eine solche Entwicklung schien in Palästina bis dahin undenkbar und wurde deshalb zunächst ignoriert. Denn nahezu das gesamte palästinensische Volk erkennt bis heute die PLO als seine einzig legitime Vertreterin an, eine säkulare, demokratisch strukturierte Organisation, die nationale Ziele verfolgt und in der Vergangenheit Religion und Politik trennte.

Der Islam indes war in der palästinensischen Gesellschaft immer verwurzelt geblieben; auch in der PLO gab es neben palästinensischen Nationalisten, Panarabisten und Marxisten, Anhänger islamischer Strömungen, vor allem in der größten und einflußreichsten Einzelorganisation, der Fatah, deren Gründungsmitglieder selbst Moslembrüder gewesen waren oder dieser fundamentalistischen Organisation nahegestanden hatten.

Nach dem Juni-Krieg 1967 war der palästinensische Nationalismus zum entscheidenden Identifikationsmerkmal, zur wichtigsten Kraft im Befreiungskampf dieses Volkes geworden. Die Moslembrüder besaßen unter den mehrheitlichen sunnitischen Palästinensern einen gewissen Einfluß; der politische Islamismus aber blieb für den palästinensischen Befreiungskampf lange Jahre ohne Bedeutung.

Das begann sich Ende der siebziger Jahre zu wandeln: Die Signalwirkung der (schiitischen) islamischen Revolution im Iran war ungeheuer. Im Irak und in den Golfstaaten waren die Schiiten zu einer politischen Kraft, einer Bedrohung für die herrschenden Regime geworden. Im Libanon hatten die schiitischen Organisationen die palästinensischen Fedayin an Militanz und Opferbereitschaft übertroffen und schließlich die israelischen Truppen und die US-Marines gezwungen, das Land zu verlassen. In anderen arabischen Ländern konnten die sunnitischen fundamentalistischen Bewegungen Erfolge verbuchen: in Saudi-Arabien, in Ägypten, in Tunesien und einige Jahre lang auch in Syrien.

Der palästinnensiche Nationalismus indes schien perspektivlos geworden. Der Friedensvertag zwischen Israel und Ägypten 1979, die Politik der schleichenden Annexion und wachsenden Repression in den besetzten Gebieten, die Zerschlagung der militärischen Strukturen der PLO im Libanon 1982, die Spaltung der Befreiungsorganisation 1983, die Unnachgiebigkeit Israels und der fehlende Wille der arabischen Staaten, sich für eine Lösung der Palästina-Frage einzusetzen, hatten die Palästinenser isoliert und schufen eine scheinbar aussichtslose Lage: der islamische Fundamentalismus wurde nun eine politische Alternative.

Diese hoffnungslose Situation aber machte die Jugend in der Westbank und im Gaza-Streifen für maximalistische Forderungen empfänglich. Die Parolen der Islamisten fanden nur Gehör: Deren Wortführer verneinten das Existenzrecht Israels und erklärten die arabischen Regierungen für illegitim. Sie kritisierten die Kompromißbereitschaft der PLO und deren mangelnde Militanz, Fehler, die sie dem Einfluß der Linken und Kommunisten in der PLO anlasteten.

Die Rückbesinnung auf den Islam bot zudem neue Identifikationsmöglichkeiten, sie gab sozialen Halt, vermittelte ein Gefühl von Würde und schuf so eine Illusion, ein taugliches Mittel im Kampf um Unabhängigkeit zu sein, eine Alternative zu den nationalen arabischen Bewegungen, die nicht in der Lage gewesen waren, eine unabhängige nationale Entwicklung einzuleiten und auch durchzusetzen, geschweige denn fähig gewesen waren, Palästina zu befreien.

Der Einfluß der islamischen Fundamentalisten wuchs: Israel und Jordanien ließen die traditionellen Moslemführer und die neuen Islamisten zunächst gewähren. Diese Kräfte schienen nämlich geeignet, die Palästinenser zu spalten, den Einfluß der PLO zu mindern und die nationalen Ambitionen des palästinensischen Volkes zu schwächen. Die islamistischen Strömungen weisen für diese Ziele wichtige Vorteile auf: sie



Palästinensische Frauen — Islamischer Einfluß?

haben kein soziales und wirtschaftliches Konzept und sind ohne Perspektive im Kampf für die nationalen Rechte der Palästinenser.

Bei den palästinensischen Studenten fanden die Islamisten rasch Gehör: In den Studentenratswahlen 1979 gewannen islamische Listen an drei palästinensischen Universitäten die absolute Mehrheit, mit Programmen, in denen sich soziale, religiöse und moralische Forderungen mischten.

Angespornt von Wahlerfolgen 1979 griffen die fundamentalistischen, strikt antikommunistischen Moslems in den folgenden Jahren ausschließlich die palästinensischen Nationalisten und Linken an: 1980 überfielen sie den Sitz des Roten Kreuzes in Gaza, eine Hochburg der palästinensischen Nationalisten. Das Gebäude wurde geplündert und angezündet. Die wütende Menge zerstörte auf ihrem Weg Cafés und Kinos, das iranische Vorbild war nicht zu übersehen. Die israelische Besatzungsmacht ließ den Mob gewähren und griff erst Stunden später ein.

In den nächsten Jahren provozierten die Fundamentalisten auch in der Westbank Zusammenstöße mit Linken und Anhängern der PLO; sie sprengten deren Versammlungen und riefen zum Kampf gegen



die „unehrliche Linke" und zur „Jagd gegen die Feinde Gottes" auf. Wieder ließ die israelische Armee diesen Kräften freie Hand.

Der Kampf gegen Israel, den die moslemischen Fundamentalisten doch eigentlich auf ihre Fahnen geschrieben haben, geriet in diesen Jahren in den Hintergrund. Wichtigster politischer Gegner waren die Linken, das Verhältnis zur PLO und zu einem palästinensischen Staat blieb zwiespältig: Israel sei zwar der Hauptfeind des Islam und müsse deshalb zerstört werden, heißt es in Schriften von Bassam Jarrar, einem fundamentalistischen Wortführer. Das Kräfteverhältnis aber mache den bewaffneten Kampf in den besetzten Gebieten unmöglich. Ziel sei die Einheit der Umma und ein moslemischer Staat. Die palästinensische Sache betreffe folglich die gesamte Umma und könne weder von den Arabern, von den Palästinensern oder gar von gewissen Palästinensern in Beschlag genommen werden. Der Weg zum angestrebten islamischen Staat indes könne auch über einen nationalen Staat führen. Die PLO wird von Bassam Jarrar nicht anerkannt: Sie sei nicht repräsentativ für die Palästinenser, der entsprechende Beschluß des Rabat-Gipfels 1974 sei hinfällig, da von illegitimen Regierungen gefaßt. Beeinflußt von marxistischen Strömungen habe sich die PLO in ein Instrument der Negation des Islam verwandelt, soweit dieser fundamentalistische Theoretiker. In einer anderen Schrift werden al-Fatah von den Islamisten Avancen gemacht: sie sei zwischen '73 und '75 vom rechten Weg abgekommen. Damals habe sie, beeinflußt von linken Gruppen in der PLO, die nationale Souveränität über das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer aufgegeben und mit den islamischen Kräften gebrochen.

Mitte der 80er Jahre zeichnete sich eine Wende in der Politik der fundamentalistischen Gruppen ab. Diese Kräfte wußten nämlich sehr wohl, daß sie ihren Einfluß in der palästinensischen Gesellschaft nur dann festigen können, wenn sie der nationalen Bewegung Zugeständnisse machen. Umgekehrt begann die Nationalbewegung die islamischen Strömungen als Elemente des Widerstandes gegen die israelische Besatzung anzusehen und hoffte, sie für die nationalen Ziele zu gewinnen.

Die Politik der PLO-Führung bekam andere Akzente: sie wollte vom wachsenden Einfluß der fundamentalistischen Kräfte profitieren und suchte nun ihrerseits traditionelle islamische Würdenträger und Islamisten zu integrieren oder aber mit diesen Bewegungen zusammenzuarbeiten: Nach der Abspaltung der Abu Mussa-Fraktion von al-Fatah '83 wurde ein islamischer Würdenträger, Scheich Abd al-Hamid al-Sayeh, Vorsitzender des Palästinensischen Nationalrates. Im April '87 nahm der Nationalrat vier moslemische Integristen auf, von denen zwei auch im Zentralrat der PLO vertreten sind. Im Libanon verbündete sich Arafat im Dezember '83, in Tripolis belagert von prosyrischen palästinensischen Gruppen und al-Fatah-Dissidenden, mit den Milizen des sunnitischen Fundamentalisten Scheich Schaban. Als die schiitische Amal im Libanon palästinensische Flüchtlingslager angriff und einschloß, verhielten sich die proiranischen Hezbollahis neutral.

Aber auch innerhalb der PLO gibt es Sympathien für traditionelle moslemische und islamistische Kräfte, die deren Charakter zukünftig verändern könnten: mancher schien vor wenigen Monaten geneigt, die Militanz des Fundamentalismus für den eigenen Kampf zu nutzen, wenn alle anderen Methoden versagen.

Die größte Einzelorganisation in der PLO, al-Fatah, arbeitet schon heute recht eng mit islamistischen Kräften zusammen. Die militanten Aktivisten in den besetzten Gebieten, vor allem im Gaza-Streifen, gehören meist dem Jihad Islami an, einer Organisation, die — taktisch flexibler als die Moslembrüder — bereit ist, mit den konservativen Fraktionen der palästinensischen Bewegung zu kooperieren. Verschiedene Quellen behaupten gar, der Jihad Islami sei von Fatah gegründet, zumindest aber heute ein Zweig der Fatah. Die Zusammenarbeit zwischen al-Fatah und dieser fundamentalistischen Organisation jedenfalls ist vielfältig belegt: In Israel und in den besetzten Gebieten werden seit einigen Jahren Attentate und Anschläge auch gemeinsam von al-Fatah und dem Jihad Islami verübt. In der Vereinigten Führung des Aufstandes arbeiten ebenfalls islamistische Kräfte mit; weil sie ein Teil der palästinensischen Befreiungsbewegung sind, behaupten die einen, um sie zu integrieren und ihren Einfluß zurückzudrängen, sagen die anderen.

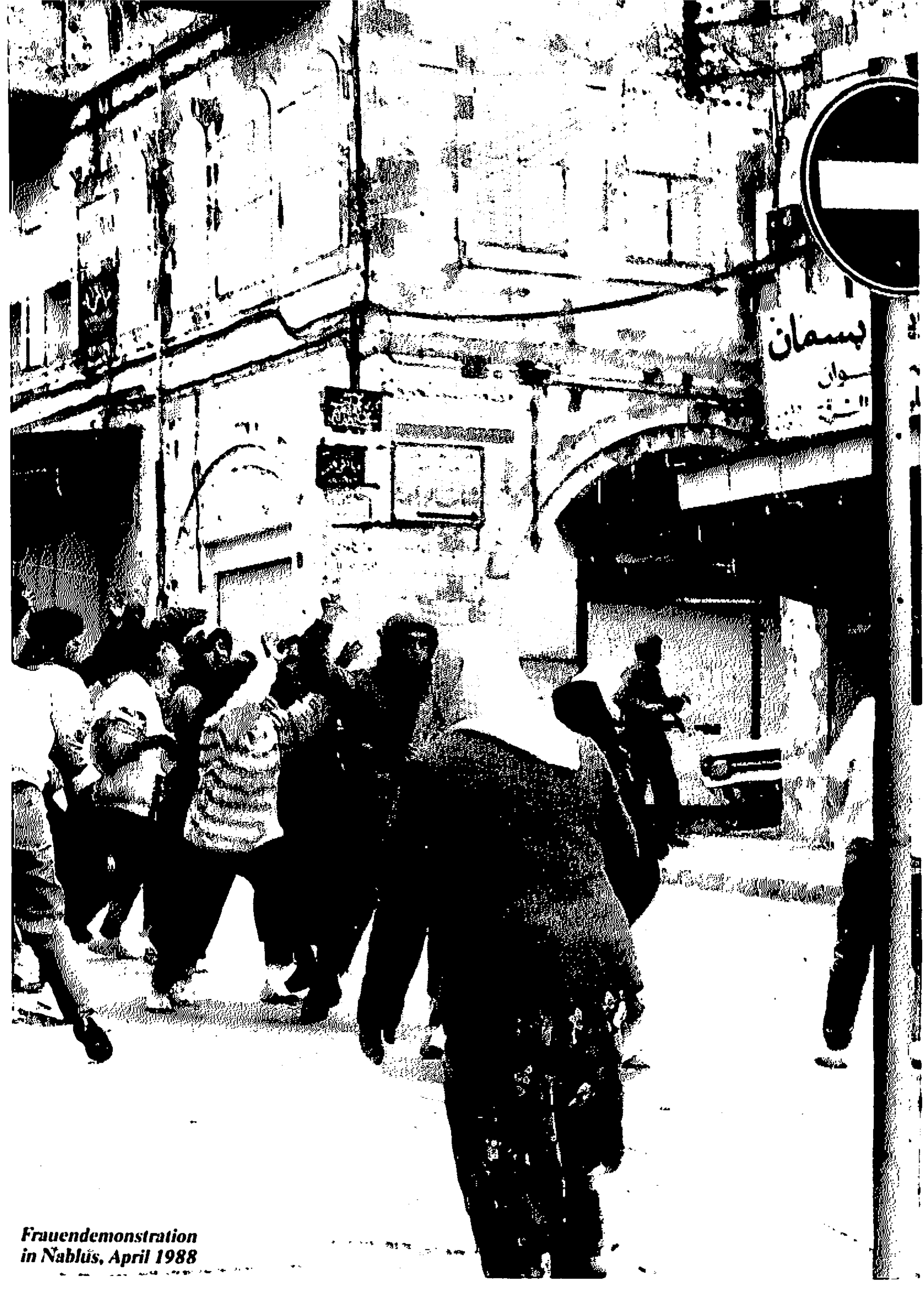
Arafat, der als gläubiger Moslem gilt, verneint für die Zukunft eine grundlegende Änderung der PLO-Politik. Seit einigen Jahren indes benutzt der PLO-Chef häufig religiöse Ausdrücke und zitiert gern Koranverse. Andere Organisationen eifern dem nach: die Heiligen Stätten von Jerusalem zierten kürzlich das Titelblatt der DFLP-Zeitung (Hawatmeh).

Die Hinwendung nationaler Kräfte zu moslemischen Strömungen scheint heute vor allem taktischen Erwägungen zu folgen. Ob diese Taktik — angesichts der Intoleranz und Unnachgiebigkeit fundamentalistischer Bewegungen — auf Dauer erfolgreich sein wird, scheint mehr als fraglich. Während des Aufstandes scheinen die islamischen Strömungen an Bedeutung verloren zu haben, der palästinensische Nationalismus wieder zu übergreifenden Kraft geworden zu sein. Was aber, wenn Israel keine Zugeständnisse macht, wenn der Aufstand den Palästinensern wenige oder gar keine Erfolge bringt?

Im Gaza-Streifen jedenfalls gewannen die Proteste gegen die israelische Besatzungsmacht von August '87 deshalb an Militanz und Durchschlagskraft, weil der Einfluß der islamistischen Strömungen im Jahr zuvor angewachsen war. Darauf könnten sich im Falle einer Niederlage viele Palästinenser besinnen.

Marianne Stern

Quellen:
Alain Gresh, The PLO: the struggle within: towards an independent Palestinian state, London, 1985
Jean-Francois Legrain, Islamistes et la lutte nationale palestinienne dans les territoires occupés par Israel, in: Revue francaise de science politique, Avril '86, Heft 2, S. 227–247;
Ann Lesh, Gaza: Forgotten Corner of Palestine, in: Journal of Palestine Studies, Autumn 1985;
Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 30.5.86 und 16.10.87;
Jerusalem Post, 5.9.87 und 21.11.87;
Al-Fajr, 25.10.87;
Le Monde, 16.10., 30.10., 31.10.87, 16.1.88 und 23.1.88; Salim Tamari, What the Uprising Means, in: MERIP-Reports, No. 152;



Nach Israel und Palästina

Bericht einer Reise

Frauendemonstration in Nablus, April 1988

Vor mehr als einem Jahr habe ich mir vorgenommen, nach Israel und in die palästinensischen Gebiete zu fahren, die seit mehr als 20 Jahren von der israelischen Armee besetzt sind. Schon damals waren — relativ unbemerkt von der Weltöffentlichkeit — die Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und der israelischen Armee angewachsen: mehr Proteste, mehr Demonstrationen und Streiks fanden statt, 21 Palästinenser waren in nur einem Jahr von der Besatzungsmacht getötet worden. Von Ruhe konnte also bereits im April 87 keine Rede sein.

Schon damals griff das Militär hart durch, nicht gegen eine Armee, sondern gegen Zivilisten, die mit friedlichen Mitteln versuchten, ihre Rechte einzuklagen: politisch aktive Menschen wurden ohne Anklage verhaftet, ausgewiesen oder unter Hausarrest gestellt, Kollektivstrafen waren an der Tagesordnung; tagtägliche Schikanen, Schließungen von Universitäten, nationalen Institutionen und Selbsthilfeeinrichtungen häuften sich. Im Mai schien die Protestwelle gebrochen, der 6. Juni, der 20. Jahrestag der israelischen Besatzung, verstrich ohne nennenswerte Zwischenfälle. Den ruhigen Sommermonaten indes folgte ein heißer Herbst. Im Dezember schließlich begann der palästinensische Volksaufstand.

Als ich Ende März dieses Jahres losfuhr; währte der Aufstand in der Westbank und im Gaza-Streifen bereits mehr als drei Monate. Nicht in Sicht war ein Ende dieses Aufstandes, den niemand erwartet, niemand angeordnet oder geplant zu haben schien. Würde es möglich sein, in die besetzten Gebiete zu fahren?

An einem Samstagabend komme ich in Tel Aviv an, meiner ersten Station. Vom Aufstand ist hier kaum etwas zu spüren; dabei sind in den ersten hundert Tagen der Proteste mehr als hundert Palästinenser getötet worden, die meisten erschossen von israelischen Soldaten. Die Zeitungen berichten bemerkenswert offen und ausführlich vom Aufstand der Palästinenser, mir aber scheint, als seien die Israelis von den Ereignissen in den besetzten Gebieten unberührt. Doch der erste Eindruck täuscht. Die Palästinenser haben deutlich „Nein" zur Besatzung gesagt. Und dieses „Nein" hat in der israelischen Gesellschaft viele Fragen aufgeworfen, die beantwortet werden müssen, so oder so. Ob es allerdings eine Lösung geben wird, die zum Frieden führt, ist auch heute höchst ungewiß: Kompromisse von israelischer Seite jedenfalls sind nicht in Sicht.

Jaffa war bis zum Ende des zweiten Weltkrieges eine arabische Stadt. Heute gehört Jaffa zu Tel Aviv; 70.000 jüdische Israelis leben hier, nur noch 10.000 Palästinenser. Sie sind inzwischen eine Minderheit. Die meisten arabi-

schen Einwohner wurden während des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948 in die Flucht getrieben. Die israelische Regierung beschlagnahmte die verlassenen Häuser. Wohnungsbaupolitik tat ein übriges. Die Behörden ließen die alten arabischen Häuser verfallen, bis sie unbewohnbar waren. Dann wurde die Altstadt über dem Hafen restauriert und zum Teil neu erbaut: Ein Künstlerviertel, touristischer Anziehungspunkt mit horrenden Preisen, entstand. In den neuen Häusern dürfen freilich nur jüdische Israelis wohnen.

Jaffa, kein Einzelfall. Selbst in Israel sind ein Drittel der nach 1948 ansässigen Palästinenser Flüchtlinge. Viele ihrer Dörfer wurden nach der Staatsgründung Israels dem Erdboden gleichgemacht. Eine Karte mit allen früheren arabischen Dörfern in Israel und den besetzten Gebieten wurde erst kürzlich von der „Arab Studies Society" neu erstellt. Die Karte hängt in der Wohnung meiner palästinensischen Freunde. Auch sie ist ein Zeichen dafür, daß die Palästinenser sich mit der Besatzung nicht abfinden wollen: ein Stück nationaler Würde wie die palästinensische Fahne, die heute in jedem Dorf weht und die, so oft wie möglich, von den israelischen Soldaten heruntergeholt wird. Eines jener nur scheinbar sinnlosen Spiele, das die Palästinenser täglich Willkür und Erniedrigung spüren ließt.

Im Bus spricht mich eine Israelin auf deutsch an, offensichtlich bin ich sofort als Deutsche zu erkennen: Sie selbst lebe seit 50 Jahren hier in Israel, jetzt aber werde im Ausland so schlecht und ungerecht über Israel berichtet. Dazu müsse sie mir ihre Meinung sagen. Die Armee könne doch gar nicht anders handeln. Die Soldaten würden mit Steinen beworfen, da müsse sich das Militär doch wehren. Ich kann das nicht verstehen, stelle mir die Situation in den besetzten Gebieten vor: Auf der einen Seite kleine Gruppen Steine werfender Jungen, Halbwüchsiger zumeist, auf der anderen Seite die gut ausgebildeten und hochgerüsteten Soldaten einer Besatzerarmee? Die Palästinenser seien im Unrecht, wenn sie die Besatzung nicht schweigend duldeten, sondern ihre Unterdrücker zwängen, unmoralisch zu handeln, zu schlagen oder zu schießen. Ich erwidere nichts. Was soll ich — eine Deutsche — dieser jüdischen Frau sagen, die noch vor dem zweiten Weltkrieg nach Israel kam und so ihr Leben vor den Nazi-Schergen rettete?

Später werde ich ein Zitat von Golda Meir lesen, das mir die Logik dieser absurden Argumentation verdeutlicht: „Eines Tages werden wir vielleicht in der Lage sein, den Arabern zu vergeben, uns getötet zu haben, aber wir werden ihnen nie verzeihen, daß sie uns gezwungen haben, sie zu töten."

Denken viele Israelis so? frage ich Hanna, eine jüdische Israelin, die in der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit mitarbeitet. Ja, sagt sie. Aber der Aufstand in den besetzten Gebieten habe auch in Israel die Proteste gegen die Besatzung lauter und entschiedener werden lassen. Mehr Wehrpflichtige verweigern den Dienst in den besetzten Gebieten. Vor einigen Jahren seien es etwa 20 gewesen, absolute Ausnahmen in einer Gesellschaft, deren Armee eine so zentrale Rolle spielt. Heute seien es weit mehr als 100. In vielen Berufsgruppen fänden sich Menschen zusammen, die gegen die Besatzung oder gegen das Vorgehen der Armee in den besetzten Gebieten protestierten. In Tel Aviv, Jerusalem und Haifa demonstrierten an bestimmten Wochentagen Frauen regelmäßig gegen die Besatzungspolitik. Das alles sei ermutigend, meint Hanna. Aber sie weiß auch anderes zu berichten. Sie ist Mitglied einer jüdisch-arabischen Organisation, die sich für ein Ende der israelischen Besatzung in der Westbank und im Gaza-Streifen einsetzt und einen palästinensischen Staat an der Seite Israels unter Führung der PLO fordert. Hannas Organisation gibt seit 1986 die Zeitung Hanitsotz/Al Sharara heraus, die in arabischer und hebräischer Sprache erscheint und deren kritische Berichterstattung besonders seit Beginn des palästinensischen Aufstandes der israelischen Regierung unerwünscht war. Seit dem 17. Februar ist diese Zeitung verboten, ein arabischer Redakteur seit Anfang März ohne Anklage in Haft. Wochen später erfahre ich, längst wieder zu Hause, daß im Mai alle Redakteure und Redakteurinnen dieser Zeitung verhaftet worden sind. Unter ihnen auch Hanna.

Jerusalem. Vormittags komme ich an. Ich möchte mir die Altstadt anschauen, von der Stadtmauer aus, die fast rundherum begehbar ist. Ich fahre zum Jaffa-Tor, dem einzigen der engen Altstadttore, neben das eine breite Einfahrt in die meterdicke Stadtmauer gesprengt wurde. Eigens für den Besuch des deutschen Kaisers, Wilhelm II, lese ich im Reiseführer. Der königliche Pilger und Imperator sollte 1898 würdig in die Heilige Stadt einziehen. Dort hatte der Kaiser gleich zwei protestantische Kirchen erbauen lassen, die er nun einweihen wollte: eine in der Altstadt und eine zweite auf dem Ölberg. Damals, zur Zeit des Osmanischen Reiches, repräsentierte Wilhelm der Zweite freilich nur eine der vier europäischen Großmächte, die als Schutzmacht von Religionsgemeinschaften in diesem strategisch wichtigen Gebiet Fuß zu fassen suchten. Frankreich schützte die Katholiken, Rußland die Griechisch-Orthodosen; Deutschland mußte eine protestantische Gemeinde gründen; England hingegen begünstigte früh die Einwanderung von Juden nach Palästina und hoffte so, den eigenen Einfluß in der Region langfristig zu sichern. Die Bedingungen für den Nahost-Konflikt wurden geschaffen. Nach dem ersten Weltkrieg war das Osmanische Reich zerfallen, Deutschland besiegt, das revolutionäre Rußland verzichtete. Paris und London teilten sich die Region. Palästina wurde englisches Mandatsgebiet, dem Aufbau eines jüdischen Staates stand scheinbar nichts mehr im Wege.

Bis 1882 hatten etwa 24.000 Juden in Palästina friedlich mit den Arabern zusammengelebt, dann kamen die ersten zionistischen Siedler hierher, mit dem Ziel, in dem arabischen Land einen rein jüdischen Staat zu schaffen. Die Verdrängung der Palästinenser war folglich nur eine Frage der Zeit. Aber schon unter den Anhängern der zionistischen Bewegung gab es damals Stimmen, die das Verhalten der Siedler kritisierten und vor den Folgen ihrer Politik warnten. Achad Haam, ein Ideologe der zionistischen Bewegung, besuchte 1891 das Land. „Wir im Ausland", schrieb er, „pflegen zu glauben, daß die Araber alle Wilde seien, die auf tierischer Stufe stehen und für all das, was um sie herum vorgeht, keinen Blick haben." Das aber sei ein großer Irrtum. Die Araber begriffen sehr wohl die „Endziele" des Zionismus, bekräftigte er. Noch fühlten



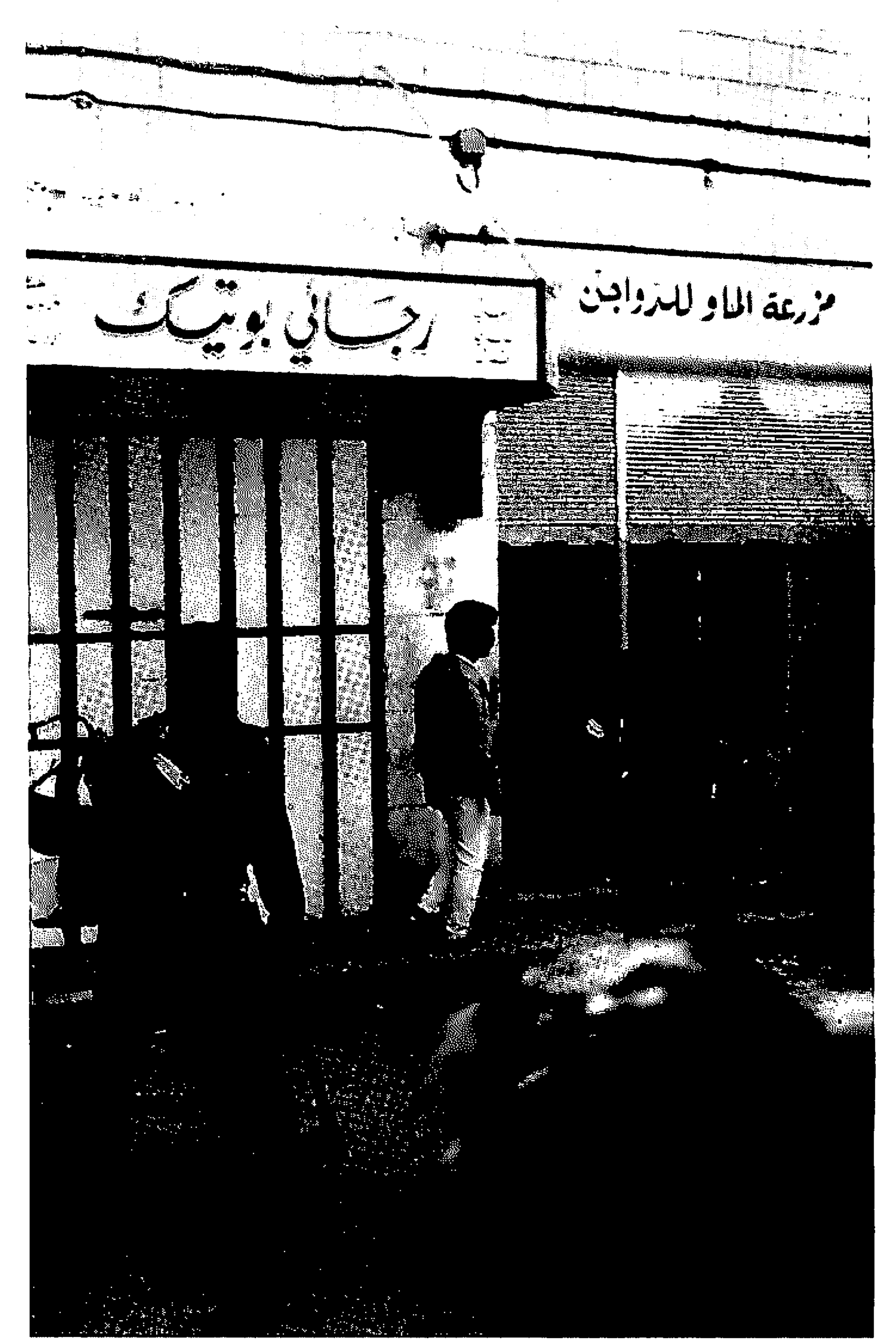
Das jüdische Viertel der Altstadt, neu erbaut

sie sich nicht verdrängt. „Wenn aber einmal die Zeit kommen wird, wo sich das Leben unseres Volkes in Palästina so weit entwikkelt hat, daß sich die Landbevölkerung mehr oder weniger beengt fühlt, dann wird sie uns nicht leichthin ihren Platz räumen."

Ich laufe durch das Gewirr der Altstadtgassen, den Souk. Schwierig, sich zurechtzufinden! Ich will in der Nähe der Salaheddin-Straße ein palästinensisches Büro aufsuchen. Ich frage einen Polizisten nach dem Weg zum Herodes-Tor. „Haben Sie denn gar keine Angst, dorthin zu gehen?" fragt er zurück. Ich bin verblüfft. Später verstehe ich die Frage. In der Nähe der beiden Tore, die zum Ostteil der Stadt führen, treffe ich immer wieder auf israelische Patrouillen; draußen vor den Toren noch mehr Militär, Mannschaftswagen, berittene Polizei. Sie markieren die Grenze zwischen zwei Gesellschaften. In der Salaheddin-Straße bin ich in einer anderen Welt.

Eine ungeteilte Stadt hatte ich mir vorgestellt, die im Laufe von zwanzig Jahren irgendwie zusammengewachsen ist. Ich finde zwei Städte. Niemand geht mehr gern von einem in den anderen Teil: Ein Jerusalem gibt es nicht. Offensichtlich habe ich zuviel Teddy Kollek gelesen, denke ich, Teddy Kollek, der weltbekannte Bürgermeister, kommt in unserer Presse häufig zu Wort. Darin beschreibt er gern die friedliche Koexistenz von Juden und Arabern in seiner Stadt. Er ist von den Segnungen der israelischen Besatzung für die Palästinenser überzeugt — und nun enttäuscht. „Wir wollten friedliche Koexstenz", sagte der Jerusalemer Bürgermeister kürzlich in einem Zeitungs-Interview. „Wir haben vielleicht zu langsam manche städtische Dienste für die Araber verbessert. Aber wir waren so liberal wie möglich: Wir haben den Arabern die israelische Staatsbürgerschaft angeboten, wohlwissend, daß 99% Jordanier bleiben würden. wir haben ihnen alle Rechte gelassen, zu beten, zu reisen, die Schulen zu führen. Wir haben ihnen das Wahlrecht gegeben, früher konnten nur Männer mit Grundbesitz wählen... Im Jahr '67 haben wir die Stadt klar verteilt. Wir haben den Arabern das Allerwichtigste gelassen, den Tempelberg. Die schätzen das nicht richtig ein. Ich glaube, sie benehmen sich mehr als undankbar..." Soweit Teddy Kollek, der, aus seiner Sicht vielleicht verständlich, die Tatsachen auf den Kopf stellt, auf den Kopf stellen muß.

Gegen Mittag kehre ich in die Altstadt zurück. Ich will noch ein wenig über den Bazar schlendern. In den belebten Gäßchen wird es schlagartig ruhiger, ein Geschäft nach dem anderen schließt. Eiserne Läden rasseln auf den Boden. Die Stadt scheint ausgestorben. Vereinzelt spielen Kinder auf der Straße, nur noch wenige Ausländer laufen durch die engen Gassen, verspätet — so meint man — lassen sich Touristengruppen durch die Via Dolorosa führen.

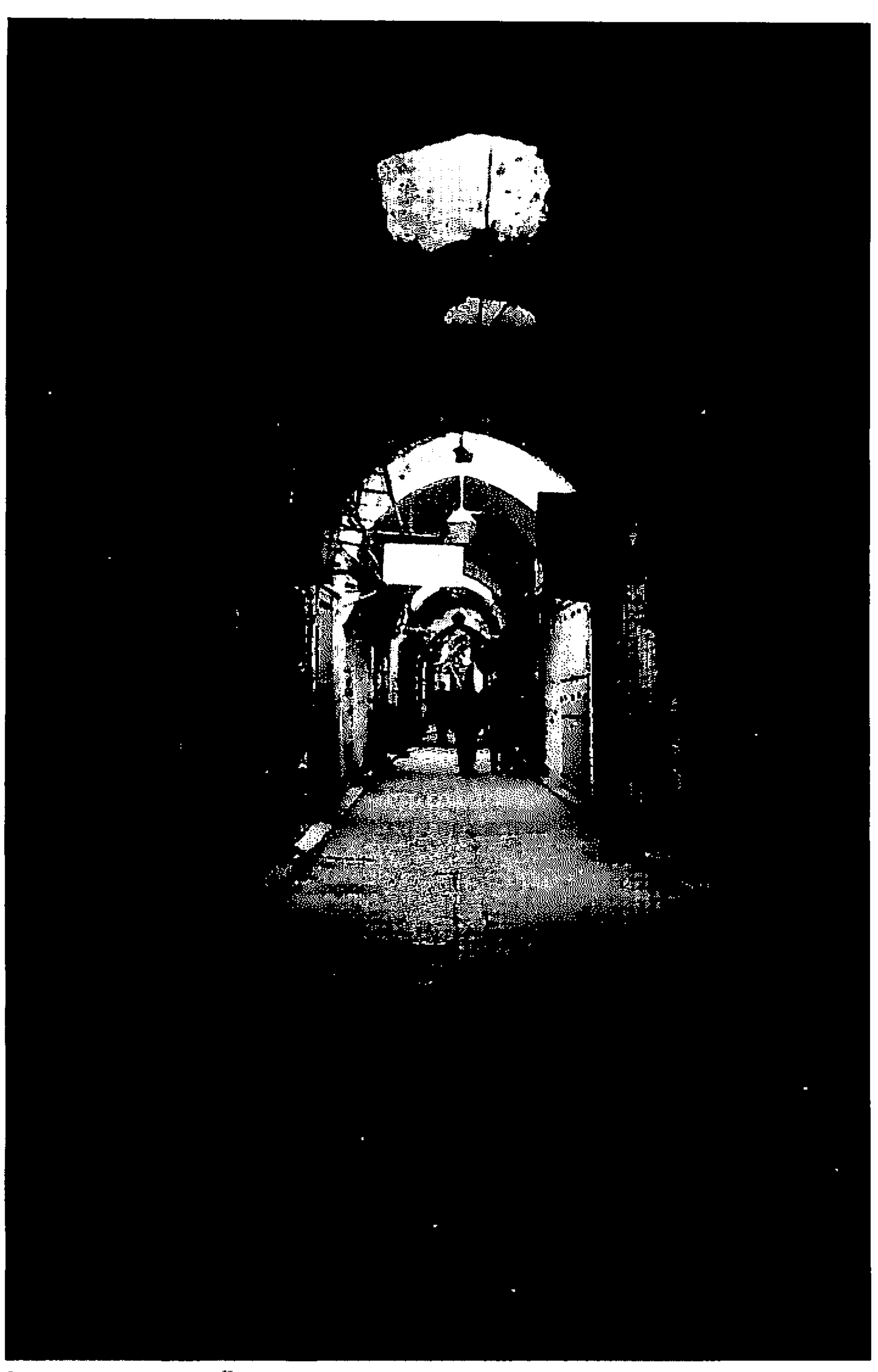


Soldaten suchen die Besitzer zum Schließen der Geschäfte zu zwingen.

Mittagspause, denke ich zunächst. Dann aber fällt mir ein: Streik! Seit Monaten Streik im arabischen Teil der Altstadt, wie in ganz Ost-Jerusalem und den besetzten Gebieten. Laut Anordnung der „Vereinigten Führung des Aufstandes" werden die Geschäfte jeden Morgen von 8 bis 11 Uhr geöffnet, dann beginnt der Streik. Den Händlern soll ein gewisses Einkommen gesichert, die Versorgung der Bevölkerung ermöglicht werden.

Jetzt bemerke ich die vielen israelischen Patrouillen, die gelangweilt an jeder Ecke sitzen oder herumstehen, scheinbar harmlos, mit auffällig großen hölzernen Schlagstöcken. Ich erinnere mich an eine Zeitungsnotiz: Mehrere tausend Schlagstöcke habe die israelische Armee vor wenigen Wochen in Auftrag gegeben, Exemplare aus besonders hartem Holz. Die Absicht beim Einsatz dieser Schlagstöcke: Knochenbrechen. Denn palästinensische Jugendliche mit gebrochenen Armen und Beinen würden wochenlang nicht in der Lage sein, zu demonstrieren oder Steine zu werfen. Heute wippen die Soldaten nur spielerisch mit den Holzknüppeln.

Hier, im Ostteil Jerusalems jedenfalls lassen sie an diesem Tag die Händler gewähren. Kein Geschäft wird gewaltsam geöffnet oder geschlossen, wie ich es Tage später in den Städten der Westbank erlebe: das täglich Katz- und Maus-Spiel. Die Vereinigte Führung des Aufstandes hat beschlossen: „Morgens Öffnung der Geschäf-



Streik in der Altstadt Jerusalems

te, nachmittags Streik!" Die Militestieren. An der Ecke ein Brotverkäufer. Wütend über die Erfolglosigkeit der Aktion, nimmt ein Soldat Brote vom Stand und wirft sie in die Menge. Ich blicke in die Gesichter der Menschen: mühsam beherrschen sie ihren Zorn. Es ist Ostersonntag in Ramallah. Tags zuvor, so wird uns berichtärbehörden befehlen umgekehrt: „Vormittags Läden schließen, ab Mittag Verkauf!" Jeden Tag versuchen die Soldaten, diesem Befehl Geltung zu verschaffen. Mit Jeeps oder zu Fuß patrouillieren sie durch die Straßen. Dort ist ein offenes Geschäft. Die Soldaten springen vom Wagen, laufen über die Straßen, zwingen den Besitzer, seinen Laden zu schließen. Kaum sind sie weg, ist die Tür wieder offen. Ein Junge wirft einen Stein, er wird festgenommen, Frauen protet, hätten die Soldaten Tränengas in die offenen Geschäfte geworfen.

Ich gehe weiter durch die Altstadt Jerusalems, sehe hebräische Schriftzeichen und Namenszüge, ich bin im jüdischen Viertel. Neue Bauten in altem Stil, Geschäfte, Talmud- und Thora-Schulen (Jeshiwot), teure Eigentumswohnungen — auch hier dürfen nur jüdische Israelis Eigentum erwerben. Palästinenser ist der Zuzug verboten. Ariel Sharon fällt mir ein, jener berüchtigte General der israelischen Armee, Verteidigungsminister während der Libanoninvasion 1982, wegen der Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila aus einem Regierungsamt entlassen, heute wieder als Handelsminister Mitglied im Kabinett, vehementer Fürsprecher der radikalen israelischen Siedlerbewegung. Ausgerechnet er mußte im Dezember letzten Jahres, zu Beginn des Aufstandes, in der Jerusalemer Altstadt provokativ eine Zweitwohnung beziehen und so die Proteste der palästinensischen Bewohner geradezu herausfordern. Die Wohnung Sharons liegt im jüdischen Viertel, doch dieses gehört — wie die gesamte Altstadt — zu Ostjerusalem. Israel annektierte noch im Juni 1967 diesen Teil und die Hügelkette östlich der Stadt, völkerrechtswidrig. Auf den Kuppen wurden eilends Neubausiedlungen errichtet, die bedrohlich das alte Jerusalem überragen. Heute wohnen etwa 100.000 jüdische Israelis in diesen Siedlungen.

Gewiß, unter jordanischer Herrschaft war jenes Viertel der Altstadt fast gänzlich verfallen. Die jüdischen Bewohner mußten es 1948 verlassen, als die arabischen Armeen Ost-Jerusalem besetzten. Nach '67 lief es dann umgekehrt: In kaum mehr als 10 Jahren wurden 5 bis 6.000 palästinensische Bewohner vertrieben, etwa 135 Häuse nahe der Klagemauer zerstört. Heute ist das jüdische Viertel doppelt so groß wie 1948. Von hier aus, so scheint es, soll ganz Jerusalem in Besitz genommen werden. Vom Tempelberg aus sind riesige Baukräne zu sehen. Neue Häuser wachsen empor, nur für Juden. Einen palästinensischen Bäcker finden wir noch im jüdischen Viertel. Jedes Jahr einmal, so sagt er uns, werde seine Backstube von jüdischen Fanatikern heimgesucht. Er bleibe, trotzdem.

Aber auch im moslemischen Teil der Stadt bringen jüdische Israelis arabische Häuser in ihren Besitz, oft halblegal oder sogar mittels illegaler Praktiken, erzählt mir Ursel, die seit Jahren in Jerusalem lebt. Sie weist auf ein Haus. „Noch vor kurzem war das eine islamische Schule, jetzt ist eine Jeschiwa dort eingezogen. Kannst Du nun die Furcht der Palästinenser verstehen, aus diesem Lande ganz verdrängt zu werden?"

In den ersten Tagen wohne ich im Westteil Jerusalems, gegenüber dem legendären King-David-Hotel, das den Briten während der Mandatszeit als Hauptquartier diente und dessen Ostflügel im Juli 46 von der jüdischen Terrororganisation Irgun Zwai Leumi in die Luft gesprengt worden war. Die Bilanz: 90 Tote. Wichtige Führer dieser Untergrundorganisation waren damals Menachem Begin und Yitzhak Shamir, beide wurden später israelische Ministerpräsidenten, beide gehören dem rechten Likud-Block an, der sich konsequent weigert, mit der PLO zu verhandeln, weil sie eine Terrororganisation sei — so lautet die offizielle Begründung.

An die Vorgeschichte dieser beiden Politikerkarrieren muß ich denken, als ich mit Sleiman, einem palästinensischen Israeli auf der Terrasse meines Hotels sitze und ihn frage, was der palästinensiche Aufstand in der israelischen Gesellschaft verändert habe. „Der Aufstand hat die Gesellschaft an den richtigen Fragen polarisiert, er hat

aber auch die Rechtsentwicklung in der israelischen Gesellschaft gefährlich verstärkt", betont Sleiman. „Niemand kann heute mehr leugnen, daß das palästinensische Volk gegen die Besatzung ist, daß es einen eigenen Staat fordert, daß es nur die PLO als seine Vertreterin anerkennt." Dafür habe sich das palästinensische Volk erhoben und darauf müßten die Israelis nun reagieren. Früher habe man darüber diskutiert, ob die PLO terroristisch sei oder nicht, ob die PLO die Palästinenser vertrete oder nicht, ob man mit Jordanien verhandeln solle oder nicht. Der Aufstand aber habe nun endlich die Kernfrage offengelegt: Erkennen wir das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes an oder nicht. „Das weiß auch die Regierung", sagt mein Gesprächspartner, „Verteidigungsminister Rabin und Außenminister Peres haben während des Aufstandes gesagt, die Anerkennung der PLO würde letztendlich zu einem palästinensischen Staat führen. Niemand in der israelischen Regierung will mit der PLO verhandeln, denn dann würde man ja das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen. Die Amerikaner indes haben zwei Bedingungen für Verhandlungen gestellt: die PLO solle die UN-Sicherheitresolution 242 anerkennen und jeglichen Terror aufgeben. Die Antwort des israelischen Ministerpräsidenten Shamir war: Das seien die Bedingungen der USA, Israel aber würde unter keiner Bedingung mit der PLO verhandeln. Du sieht", fährt Sleinman fort, „die Frage des Terrors spielt für die politischen Entscheidungen in Wirklichkeit keine Rolle, das ist eine ideologische Kategorie."

Ich blicke auf das King-David-Hotel, denke an den Terrorakt von 1946 und daran, daß sich Begin und Shamir damals als Befreiungskämpfer gefühlt haben. „Wie wird es weitergehen?" frage ich. Sleiman ist pessimistisch. „Die Armee", sagt er leise, „war immer rechts und expansionistisch, aber sie stand im Dienste der gewählten Regierung." Heute aber müsse man Angst haben vor einem Bund zwischen israelischer Armee, Siedlern und rechtsextremen Parteien.



Beerdigung von Jihad

Die Lage wird gespannter: Der Tag des Bodens, der 30. März, rückt näher. Vor zwölf Jahren haben sich an diesem Tage Palästinenser im Norden Israels, in Galiläa, gegen die Landnahme zur Wehr gesetzt. Sechs Palästinenser wurden damals von der israelischen Armee getötet.

Wird an diesem Tag der Aufstand, ein Funke zumindest, auch nach Israel überspringen? Diese Frage beherrscht die Debatte. Vorbeugende Maßnahmen werden offen diskutiert: Die Schließung der Westbank und des Gaza-Streifens für einreisewillige Journalisten, Touristen, — und natürlich für die dort ansässigen Palästinenser. Die Verhaftung mutmaßlicher Rädelsführer. Die Presse bedauert: Leider könne der demokratische Staat Israel nicht einfach mit den Aufständischen umgehen, wie er wolle.

Ich bin inzwischen nach Ostjerusalem umgezogen. Nach Einbruch der Dunkelheit sind die Straßen leer. Besuche: ein Sicherheitsrisiko. Die Angst vor Verhaftungen wächst. Einen Tag früher als erwartet riegelt das Militär die besetzten Gebiete ab, kein Journalist kommt am Tag des Bodens in die Westbank oder in den Gaza-Streifen. Telefonverbindungen werden unterbrochen. Niemand soll über das berichten, was geschieht.

In Israel sind an diesem Tag vier große Demonstrationen geplant. Wir fahren in die palästinensische Stadt Taibe, die im sogenannten Dreieck nord-östlich von Tel-Aviv liegt. Kurz vor Taibe eine Straßensperre, wir passieren ohne Probleme, alles ist ruhig. Uns bleiben einige Stunden bis zum Demonstrationsbeginn, Gelegenheit, Saleh Bransi aufzusuchen, der — inzwischen fast 60 Jahre alt — ein Leben lang für die nationalen Rechte der Palästinenser gekämpft hat. Ende der 50er Jahre war Bransi Mitbegründer von Al-Ard, der ersten national-arabischen Partei, die in Israel gegründet wurde. Obwohl legale Partei bis 1964, verfolgten die israelischen Behörden Mitglieder von Al-Ard. 1960 durfte Bransi nicht länger Lehrer sein, wurde bis 69 unter Hausarrest gestellt, in jener Zeit mehrmals ohne Anklage verhaftet. Schließlich verurteilte ihn ein Gericht zu zehn Jahren Haft wegen Gründung einer „staatsfeindlichen" Organisation. Nach seiner Entlassung 1979 durfte er ins Ausland reisen, zum ersten Mal in seinem Leben. Gleich nach seiner Rückkehr erhielt Saleh Bransi wiederum Hausarrest. Erst seit knapp zwei Jahren darf er sich frei bewegen. Heute leitet Bransi das „Research Center of Arab Heritage", das „Forschungszentrum für Arabisches Erbe". Ich frage Bransi nach den Palästinensern in Israel.

„Vieles war hier in Israel härter als in den 1967 besetzten Gebieten: in der Westbank durften sich die Bewohner nur 2 bis 3 Monate nicht frei bewegen. Wir aber standen von 1949 bis 1966 unter Militärrecht. Das wird leicht vergessen, denn offiziell gelten wir heute als israelische Bürger, aber das fühlen wir nicht.

Drei Phasen israelischer Politik haben wir seit 1949 erlebt. Alle Maßnahmen bis 1956 zielten darauf, uns zu vertreiben. Jedes unserer Dörfer war damals geschlossenes Gebiet, abgeriegelt von Militär. Wirtschaftlich ging es uns sehr schlecht, wir hatten keine Arbeit, unsere landwirtschaftlichen Produkte konnten wir nur über israelische Mittelsmänner mit großen Verlusten verkaufen. Unser Land wurde beschlagnahmt — 1948 besaßen die Israelis 7 % des Bodens, heute sind es 70 %, wir wurden erniedrigt und unmenschlich behandelt. Aber", betont Saleh Bransi, „wir beschlossen zu bleiben."

„Nach 1956 änderte sich die offizielle Politik: Die israelische Armee mußte sich nach dem Krieg 1956 auf Druck der beiden Großmächte aus dem Sinai zurückziehen; es war ihnen nicht gelungen, alle Palästinenser zu vertreiben; außerdem benötigten sie billige arabische Arbeitskräfte. Nun sollten wir vergessen, Araber zu sein. Die israelische Regierung nahm, wo es nur ging, Einfluß auf die Erziehung unserer Kinder. Unsere nationalen Organisationen wurden unterdrückt. Nein, leichter wurde unser Leben nicht. Nach 1967 dann, als die palästinensische Frage an Bedeutung gewann, sollten wir uns nicht als Palästinenser fühlen.

Denn würden sie die Existenz eines palästinensischen Volkes anerkennen, müßten die Israelis auch die Rechte unseres Volkes akzeptieren. Eben das aber wollen sie vermeiden."

Wir gehen gemeinsam zum Kundgebungsort. Einige tausend Menschen demonstrieren. Parolen werden gerufen: „Wir sind ein Volk, das nicht stirbt. — Palästina, wir werden bleiben. — Keine Angst, der Stein wurde zur Kalaschnikow. — Von Gaza kam der Beschluß: keine Reaktion und kein Kolonialismus, sondern Aufstand und

Sieg. — Gegen Deinen Willen Rabin, werden wir Palästina befreien. — Gegen Deinen Willen Shamir, kommt die Selbstbestimmung. — Gegen Deinen Willen Shamir, kommt der palästinensische Staat."

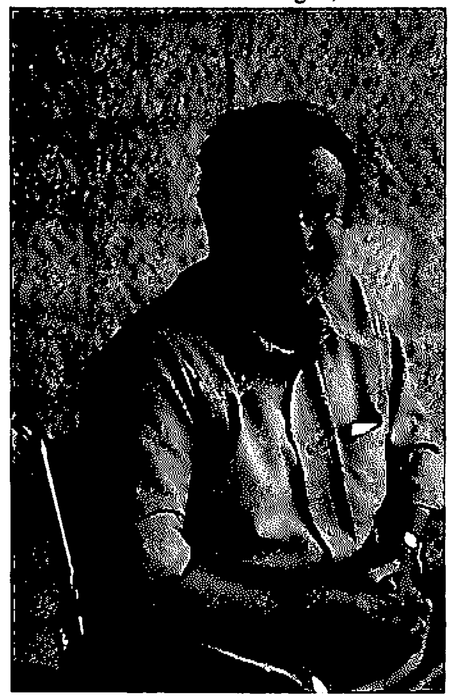
Auch die grünen Fahnen der Moslembrüder sind zu sehen. Ihr „Allah-o-Akhbar" aber kann sich im Demonstrationszug nicht durchsetzen, ein Symbol, scheint mir, für die Zurückdrängung der fundamentalistischen islamischen Kräfte während des Aufstandes. Was aber geschieht, denke ich, wenn die israelische Regierung keine Zugeständnisse macht, wenn die Palästinenser keines ihrer Ziele erreichen? Werden dann die radikalen Parolen der Islamisten mehr Gehör finden?

Die Demonstrationen in Israel verlaufen ruhig, alle Zwischenfälle — 75 — werden von den Behörden dennoch akribisch gezählt, darunter 15 mal Steinewerfen, 9 Straßenblockaden, 10 brennende Reifen, 21 palästinensische Fahnen. Polizei und Militär bleiben außerhalb der Ortschaften.

In der Westbank und im Gaza-Streifen aber beginnt die blutigste Woche des Aufstandes. Jeden Abend tauschen wir die Nachrichten aus: drei Tote, sechs Tote, fünf Tote. Die Bilanz: 30 Tote in nur einer Woche.

Mit Mona, einer Palästinenserin aus der Westbank, besuche ich am 7. April ein abgelegenes Dorf, Deir Sudan im Ramallah-Destrikt. Vor wenigen Tagen war hier bei Auseinandersetzungen mit der Armee ein Palästinenser erschossen worden. Wir wollen die näheren Umstände erkunden. Alle Rechtsverletzungen und Übergriffe des israelischen Militärs werden von palästinensischen Organisationen mühsam gesammelt und so genau wie möglich dokumentiert. Die beiden wichtigsten sind „Al Haq", „Law in the Service of Man" in Ramallah und das „Palestine Human Rights Information Center" in Ost-Jerusalem. Die Arbeit dieser Büros wird von der israelischen Besatzungsmacht auf jede nur denkbare Weise behindert; Verhaftungen von Mitarbeitern sind ein häufig angewandtes Mittel.

Bis Anfang April war Deir Sudan von der Aufstandwelle unberührt geblieben. In dem kleinen Ort leben nur etwa 1.500 Menschen, sie betreiben Landwirtschaft für den eigenen Bedarf. Konflikte mit der Besatzungsmacht habe es, so erzählen die Bewohner, in den zwanzig Jahren kaum gegeben. Gewiß, auch die Bewohner dieses Dorfes hätten die allgemeinen Leiden der Besatzung tragen müssen, die Schikanen, die vielen Militärverordnungen, die Einmischungen der israelischen Behörden in die Erziehung, aber nicht einmal von Landkonfiszierungen sei ihr Dorf betroffen gewesen, ganz im Gegensatz zu den umliegenden Orten.


Der Bürgermeister von Nablus, Bassam Shakaa

Ruhig sei es auch an jenem 2. April in Deir Sudan gewesen, als sich zwei Jeeps der israelischen Armee dem Dorf näherten. Die Jungen hätten rasch, so wird uns erzählt, aus Steinen Straßensperren errichtet, um die israelischen Soldaten daran zu hindern, in das Dorf einzudringen, wie es halt während des Aufstandes überall in den besetzten Gebieten üblich sei.

Auch in Deir Sudan geschah nun, was in diesen Monaten in vielen Dörfern — oft mehrmals — abläuft: Die Soldaten zogen ab, um wenig später mit erheblicher Verstärkung wiederzukommen. Drei Busse

Von allen Seiten seien die Soldaten in das kleine Dorf eingedrungen. „Wenn Du hier gewesen wärst, du wärst verrückt geworden", sagt Ahmed.

Die Soldaten zwangen die jungen Männer, die Straßen zu räumen. Frauen und Kinder griffen ein, Reifen brannten. Die Bewohner demonstrierten. Mit Hartgummigeschossen und scharfer Munition suchte das Militär die Proteste zu ersticken. Zwei Jugendliche wurden schwer verletzt, ein Mann wurde erschossen. Ich schreibe seinen Namen auf: Khamis Ahmed, 41 Jahre, Vater von neun Kindern. Der 149. in der Liste der Märtyrer, eines von sechs Opfern an diesem Tag.

Die Soldaten hätten jede Hilfsorganisation für die Verletzten verhindert, empören sich die Dorfbewohner. Zwei Stunden lang seien die Krankenwagen weit außerhalb des Ortes festgehalten worden, dann schließlich hätten die Ärzte kommen dürfen, zu Fuß. Selbst für die Beerdigung sei den Angehörigen nur eine Stunde Zeit gelassen worden, nicht einmal genug für einen Abschied gemäß der Tradition. Täglich fürchtet die Bevölkerung nun, die Soldaten könnten zurückkommen, nachts, um die Jugendlichen zu verhaften. Seit Tagen schlafe darum kein Junge mehr in seinem Haus.

Wir gehen nach draußen. Der älteste Sohn zeigt uns die Stelle, an der sein Vater starb. „Es war der erste Mord in diesem Dorf. So sieht die Besatzung aus. Wir müssen Opfer bringen." Im Auto des Erschossenen werden wir nach Bir Zeit gebracht, ein Neffe fährt es zum ersten Mal.


Mutter des Erschossenen

Bassam Shakaa ist einer der bekanntesten palästinensichen Bürgermeister, 1976 in Nablus gewählt. Bei einem Attentat israelischer Siedler im Frühsommer 1980 verlor er beide Beine, zwei Jahre später setzten ihn die israelischen Militärbehörden ab.

Als Bassam Shakaa auf seinem Stuhl in das Zimmer rollt, vergesse ich seine schwere Behinderung; ich blicke in das lebendige Gesicht eines Mannes, den nichts davon abbringen kann, für seine politischen Ziele zu kämpfen.

Ob der Aufstand die Palästinenser ihren Zielen näher bringen wird, frage ich Bassam Shakaa, schließlich sei die Welt doch — stärker noch als 1982 — auf das Palästinenser-Problem aufmerksam geworden. Der Bürgermeister ist pessimistisch.

„Sicher, es gibt eine gewisse Änderung in der Weltöffentlichkeit, in der arabischen

Welt. Aber das ist nicht genug, um irgendetwas zu ändern. Vielleicht sind die Möglichkeiten für eine internationale Konferenz größer geworden, vielleicht hat die PLO mehr internationale politische Anerkennung gewonnen. Als wir forderten, daß die PLO an der internationalen Konferenz beteiligt werde, träumten wir nicht, sondern wir sprachen über das wichtigste in unserem Kampf, von unserem Selbstbestimmungsrecht. Aber das wird nicht morgen in Kraft treten, auch nicht am Tag danach. Bis dahin – oder auch ohne das – wird unser Aufstand weitergehen, denn wir haben kein anderes Mittel. Die israelische Regierung wird ihre Politik nicht ändern. Bis heute hält sie unseren nationalen Kampf für gewaltsam, für terroristisch, für gesetzeswidrig, weil ihre rassistische Ideologie sie nicht fühlen, sie nicht an Andere denken läßt. Ihr Denken ist selbsüchtig. Deshalb reagiert sie nicht menschlich, nicht demokratisch, nicht objektiv auf unseren Protest. Wenn sie das könnte, hätte sie uns schon früher, zu Beginn der Besetzung verstanden..."

Nach dem Oster-Gottesdienst ist eine Aktion geplant. Die Straßen sind menschenleer. Um 11 Uhr hat, wie an jedem anderen Tag, der Streik begonnen. Auf dem Dach der Kirche, am Kreuz, flattert die palästinensische Fahne. Die Menschen verlassen die Kirche; rasch formiert sich ein kleiner Demonstrationszug. Männliche Jugendliche, viele Mädchen und Frauen. Ein paar Straßen weiter werden Felsbrocken und Tonnen auf die Straße gerollt, eine eher symbolische Barrikade. Sofort sind die Soldaten da. Ein Junge, das Palästinensertuch um den Kopf gewunden, schwingt seine Steinschleuder. Die ersten Steine fliegen. Wir gehen in Deckung. Außer Sichtweite schießt das Militär Tränengasgranaten über die Dächer. Die Demonstranten flüchten vor dem beißenden Qualm. Die Soldaten jagen die Jungen, dringen in ein Haus ein, holen einen Halbwüchsigen heraus, verhaften ihn. Seine Mutter schreit. Noch einen zweiten verfolgen sie im Laufschritt bis ans Ende des Dorfes. Wir eilen den Soldaten nach. Der Junge verschwindet in den Feldern. Unschlüssig bleiben die Soldaten stehen. Dann kehren sie um.

Was geht in ihnen vor, frage ich mich, wenn sie die unbewaffneten Jungen treiben und verhaften, deren Steine und Barrikaden ihnen kaum gefährlich werden können?

An jenem Ostersonntag kommen wir noch an einen zweiten Ort: Beit Liquia. Tags zuvor hat die israelische Armee dort einen jungen Mann erschossen. Heute soll er beerdigt werden – wenn die Armee seinen Leichnam freigibt. Auf einer Nebenstraße erreichen wir das Dorf, immer darauf gefaßt, in eine Militärpatrouille zu geraten. Kurz vor dem Dorf sehen wir Bauern und Jugendliche. Die Straße ist über eine Länge von 100 Metern mit Steinen blockiert. Wir halten. Mühsame Gesprächsversuche. Langsam schwindet das Mißtrauen. Kinder beginnen, die Felsbrocken beiseite zu räumen, wir können passieren, Hinter uns wird die Straße sofort wieder verbarrikadiert. Die Armee soll die Beerdigungsfeierlichkeiten nicht stören.

Einwohner bringen uns zum Trauerhaus. Wir treten ein, drücken der Mutter die Hand. Als ich fotografieren möchte, wischt sie, die sich öffentlich keine Trauer gestatten will, ihre Tränen aus dem Gesicht; spreizt, fast mechanisch, die Finger zum Zeichen des Sieges. Ob und wann die Beerdigung stattfinden wird, ist ungewiß. Kinder und Jugendliche umringen uns, erzählen von den Ereignissen des Vortags; ähnliche Geschichten werden wir noch in vielen Dörfern hören.

Um fünf Uhr morgens seien vier Patrouillen ins Dorf gekommen, ohne Grund hätten die Soldaten 45 Identitätskarten eingesammelt und angekündigt, mittags zurückzukehren. Sie, die Kinder, hätten natürlich Straßensperren errichtet, um das Militär eben daran zu hindern. Mit Gewalt seien die Soldaten schließlich in das Dorf eingedrungen; Tränengas und scharfe Munition hätten sie eingesetzt – gegen Steine. Es habe Verletzte gegeben, und dann sei das Unglück geschehen, als die Bewohner einen Verwundeten heimlich abtransportieren wollten. Auf dem kleinen Seitenweg habe Militär das Auto umstellt. Wieder habe es scharfe Schüsse gegeben. Die Soldaten hätten Jihad festnehmen können, aber sie schossen und trafen ihn in Mund und Brust. Anderen Dorfbewohnern sei es zwar gelungen, den Schwerverletzten gegen den Widerstand der Soldaten in einem anderen Wagen fortzubringen. Aber auch der sei von den Israelis gestoppt worden. „Erst als die Soldaten Jihad sterben sahen, haben sie das Auto fahren lassen," erzählen uns die Kinder.

Jetzt beginnt die Beerdigung. Auf dem Minarett der Dorfmoschee weht eine palästinensische Fahne, ein Posten beobachtet von dort oben die Zufahrtsstraßen; man fürchtet, die Armee könne wiederkommen. Fast alle Dorfbewohner sind auf der Straße, in einer kämpferischen Demonstration wird Jihad Assi zu Grabe getragen. Die Frauen müssen außerhalb des Friedhofes warten, bunte Kleider im Schatten der Häuser.

Qabatiya. Wochenlang war dieser Ort von der israelischen Armee abgeriegelt. Jetzt sollen die Zufahrtswege offen sein. Ungehindert gelangen wir ins Dorf. Die Bewohner sind zurückhaltend. „Bitte keine Fotos!" Damit hätten sie schlechte Erfahrungen gemacht.

Im Februar hätte die Vereinigte Führung des Aufstandes alle palästinensischen Kollaborateure Israels aufgefordert, die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht einzustellen und alle Waffen abzuliefern, die ihnen von der israelischen Armee ausgehändigt worden waren. In Qabatiya folgten diesem Aufruf fünf Männer. Sie übergaben in der Moschee ihre Waffen. Nun liefen die Menschen zum Haus des Wahrsagers der Stadt, um ihn, dessen enge Zusammenarbeit mit den Israelis bekannt war, davon zu überzeugen, ebenfalls seine Waffen abzugeben. Der Mann aber eröffnete das Feuer auf die Menge: Er erschoß ein vierjähriges Kind und verletzte dreizehn Dorfbewohner; fünf Stunden dauerte die Schießerei, bis der Schütze schließlich selber getötet wurde. Dafür übte die israelische Armee Rache. Der Tote war ein bewährter Mitarbeiter gewesen. In den folgenden Tagen sprengten die Soldaten vier Häuser, mit der Begründung, Angehörige der Besitzer seien als Angreifer auf einem Film zu sehen gewesen, den Soldaten nach der Auseinandersetzung beschlagnahmt hätten.

Mit solchen fadenscheinigen Argumenten hat die israelische Armee seit 1967 die Zerstörung vieler Häuser in den besetzten Gebieten zu rechtfertigen gesucht: eine Kollektivstrafe für die Familien von Verdächtigen – eine Strafe, die das internationale Recht verbietet. Wir sprachen mit einigen Betroffenen: Gegen elf Uhr morgens seien die Soldaten auf ihr Haus zugekommen, singend und scherzend, ohne irgendein Papier, erzählt uns eine Frau. Sie sei mit ihren kleinen Kindern allein gewesen. Der Mann und die zwei erwachsenen Söhne hätten ihr nicht einmal Zeit gelassen, das Haus zu räumen. „Geh wohin du willst, nur geh", hätten sie geschrien und alles Mobiliar auf die Straße geworfen, alle Nahrungsmittel. Am Ende sei das Haus gesprengt worden, sagt die Frau. Nichts habe man ihr gelassen.

Ein weißes Zelt steht in den Ruinen. Das Rote Kreuz hat es geliefert, gegen einen Berechtigungsschein, ausgestellt von der israelischen Armee. Jahrelang dürfen Familien ihre gesprengten Häuser nicht wiederaufbauen, und wenn, dann nur an einem anderen Ort. „Aber wovon soll ich jemals ein neues Haus bauen lassen?", sagt die Frau bitter. „Ich habe nicht einmal das Geld, um meinen Mann und meine Söhne im Gefängnis zu besuchen."

Wochenlang riegelten Soldaten den Ort ab. Jeden Tag Ausgangssperre, keine Lebensmittel, die Elektrizitäts- und Wasserversorgung abgekappt. Sie haben durchgehalten.

Den Palästinensern gilt Qabatiya heute als Helden-Dorf. Noch immer wird hier täglich demonstriert, jedesmal greift das Militär ein. Die Dorfbewohner bauen eilig kleine Barrikaden, Steine fliegen, die Soldaten werfen Tränengas, schießen mit Hartgummigeschossen, immer häufiger aber auch mit scharfer Munition. Verletzte gibt es jeden Tag, oft auch Tote. Aber die Bewohner Qabatiyas machen weiter.

Als es dunkel wird und die Tränengasschwaden verfliegen, winken ein paar Jungens den israelischen Soldaten nach: „Bye, bye", rufen sie, „we've finished now, see you tomorrow, Shalom."

Marianne Stern



100.000 Demonstranten für die Annahme des Friedensplans, März 1988

Israelische Friedensbewegung auf neuem Kurs?

Mit der Feststellung eines Rechtsrucks in der israelischen Gesellschaft ist die Entwicklung in den letzten Monaten seit Beginn des palästinensischen Aufstandes in den besetzten Gebieten nur unvollständig charakterisiert. Es ist inzwischen eine Polarisierung eingetreten, die zu einer Sammlung der Kräfte auf beiden Seiten des politischen Spektrums geführt hat. Die Zuspitzung der politischen Situation provoziert Reaktionen; auch der politisch indifferente israelische Wähler sieht sich in eine Position gedrängt, in der er sich für oder gegen eine politische Lösung des Konflikts entscheiden muß.

In den ersten Wochen nach Beginn des Aufstandes gab es nur kleinere Demonstrationen und Proteste der traditionellen Friedensgruppierungen im Lande.[1] Erst als die politische Dimension der Rebellion sich langsam abzeichnete, kam es zu einer Wiederbelebung der in den letzten Jahren weitgehend inaktiv gebliebenen Bewegung „Frieden jetzt!". Deutlich wurde jedoch auch hier wieder, daß sich eine solche außerparlamentarische Massenbewegung nur aufgrund allgemein gehaltener Friedens- und Kompromißparolen mobilisieren läßt.

Die „peace-now"-Bewegung

Die außerparlamentarische Friedensbewegung „Frieden jetzt!" hatte sich Ende der 70iger Jahre aus Anlaß der ägyptisch-israelischen Verhandlungen über einen Friedensvertrag gebildet, um durch große öffentliche Protestaktionen Druck auf die unnachgiebige Haltung der damaligen Regierung unter Ministerpräsident Begin auszuüben. Nach Abschluß des Camp-David-Abkommens wurde es ruhig um die Bewegung. Erst der breite Protest gegen den Libanon-Krieg führte zu einer Wiederbelebung des Protestpotentials. Im September 1982 kam es zur größten Demonstration der Bewegung, als 400.000 Menschen in Tel Aviv gegen die Massaker von Sabra und Schatila demonstrierten. Diese beeindrukkenden Demonstrationen der „Frieden jetzt!"-Bewegung konnte man damals nur in enger Kooperation mit der Arbeitspartei und ihren finanziellen und organisatorischen Ressourcen erreichen. Seit dieser Zeit übte aber praktisch die Arbeitspartei bei allen Aktivitäten der Bewegung ein Vetorecht aus. Dies hat dazu geführt, daß seit dem Regierungsbeitritt der Arbeitspartei 1984 die Bewegung praktisch gelähmt war, da sie Aktivitäten nur entfalten konnte, wenn diese auch den Interessen der Arbeitspartei dienten. So demonstrierte „Frieden jetzt!" für eine internationale Friedenskonferenz, als sich Shimon Peres für eine solche einsetzte. Aber nachdem der jetztige Außenminister Peres seine Initiative abbrach, verfiel auch „Frieden jetzt!" wieder in Schweigen. Dieses von „Frieden jetzt!" hinterlassene Vakuum konnte von anderen kleineren und radikaleren Gruppen nur teilweise aufgefüllt werden. Die palästinensische Rebellion in den besetzten Gebieten seit Dezember 1987 hat die Führung der Bewegung aus ihrem Dauerschlaf geweckt. Auf einer Dringlichkeitssitzung in Jerusalem vertraten einige Mitglieder der Bewegung die Ansicht: „Entweder wir werden wieder aktiv oder wir lösen uns auf!"

Dem ersten Demonstrationsaufruf der Bewegung im Dezember 1987 und Januar 1988 folgten nur relativ wenig Menschen, da diesen Demonstrationen nicht nur die Unterstützung der Arbeitspartei fehlte, sondern der Parteiapparat diese sogar zu verhindern suchte. Zum ersten Mal richteten sich diese Demonstrationen nämlich explizit auch gegen eine Politik, die von der Arbeitspartei verantwortet wird. Auch heute ist die Stoßrichtung des israelischen Massenprotestes primär auf die Unterstützung der kompromißbereiten politischen Linie des Außenministers Peres auf diplomatischer Ebene gerichtet.

Folgerichtig erhielt der Demonstrationsaufruf zur Unterstützung des amerikanischen Shultz-Planes, der auch von dem israelischen Außenminister Peres befürwortet wird, am meisten Resonanz. Die Kritik an dem Vorgehen der Armee in der Westbank und im Gaza-Streifen kann jedoch nicht unterdrückt werden. Politisch

verantwortlich für diese Politik in den besetzten Gebieten ist im wesentlichen der Verteidigungsminister der Arbeitspartei, Yitzchak Rabin. Somit ist jeder Protest gegen die Besatzungspolitik und für eine friedliche Lösung zugleich auch ein Protest gegen die Politik der Arbeitspartei. Ob diese kritische Distanz zwischen der „Frieden-jetzt!"-Bewegung und der Arbeitspartei, die in Ansätzen erkennbar ist, über die nächste Zeit hinweg anhält, muß allerdings bezweifelt werden, da die historische Erfahrung zeigt, daß im Hinblick auf bevorstehende Wahlen große Teile der Bewegung erfolgreich zu außerparlamentarischen Wählerinitiativen der Arbeitspartei als dem „kleineren Übel" gegenüber dem rechten Likud-Block umfunktioniert werden können.

Grenzen des zionistischen Selbstverständnisses

Aber ein zweites Moment hat den Protesten der „Frieden jetzt!"-Bewegung in den letzten Monaten eine neue Qualität verliehen: Die Integration der israelischen Araber. Das zionistische Selbstverständnis der außerparlamentarischen Friedensbewegung erlaubte bislang nicht das Engagement israelischer Palästinenser. Immer wieder wurde die Befürchtung geäußert, die Aufgabe des exklusiv-jüdischen Charakters der Bewegung liefere den Gegnern überflüssige Argumente. Vor diesem Hintergrund hatte die Bewegung israelische Palästinenser bislang nicht zur Teilnahme an ihren Demonstrationen aufgerufen. Zum ersten Mal jedoch haben in diesem Jahr auch Vertreter der israelischen Palästinenser und sogar auch palästinensische Repräsentanten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten an Demonstrationen teilgenommen und als Redner fungiert.[2]

Damit trug die Bewegung „Frieden jetzt!" einer Entwicklung Rechnung, die in der israelischen Gesellschaft erhebliche Befürchtungen ausgelöst hat. Die Solidarität zwischen den Palästinensern dieseits und jenseits der Grünen Linie ist bislang noch nie so manifest geworden. Der Aufruf des Komitees der arabischen Bürgermeister in Israel zum Solidaritätsstreik mit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzen Gebieten sowie die traditionellen Demonstrationen der Araber in Israel zum „Tag des Bodens" am 30. März hatten eine erstaunliche und unerwartete Resonanz gefunden. Schlaglichtartig wurde vielen Israelis die Dimension des „demographischen Problems" in einem Groß-Israel deutlich, d.h. die Gefahren, die aus dem Umstand resultieren, daß eine große palästinensische Minderheit in einem jüdischen Staat leben würde, die aufgrund ihrer hohen Geburtenrate in absehbarer Zeit zu einer Mehrheit werden könnte.

Es bestehen bisher wenig Anzeichen für eine grundsätzliche politische Umorientierung der israelischen Palästinenser. Sie wollen weiterhin in ihrer großen Mehrheit israelische Staatsbürger bleiben und kämpfen für die Gleichberechtigung in einem jüdischen Staat. Doch das Bewußtsein der Solidarität mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten und ihrem Kampf um einen eigenen unabhängigen palästinensischen Staat ist gewachsen. In dem Erfolg des Solidaritätsstreiks manifestiert sich jedoch nicht nur die Solidarität unter den Palästinensern. In wachsendem Maße scheinen sich die israelischen Palästinenser ihres politischen Gewichts im israelischen Staat bewußt zu werden. Sie begreifen sich als Faktor israelischer Innenpolitik, der durchaus Druck auf die Regierung ausüben kann. Insoweit ist die Integration des palästinensisch-arabischen Protests innerhalb Israels in die primär jüdisch geprägte außerparlamentarische Friedensbewegung von erheblicher innenpolitischer Sprengkraft.

„Peace Now"
40.000 Israelis demonstrieren für
Près des trois quarts des Israéliens favorables à un durcissement de la ré
Israel verhaftet
Drei Redakteure einer linken Ze
JÉRUSALEM
de notre correspondant
Une très large majorité d'Israéliens appelleraient à un durcissement de la répression dans les territoires occupés. A en croire un sondage publié vendredi 25 mars par le quotidien Yedioth Aharonot, 72 % des personnes interrogées estiment que l'armée devrait employer des méthodes plus musclées pour mettre un terme à la révolte des Palestiniens ; 6 % pensent le contraire et 21 % approuvent la politique actuelle.
Wenn Kinder Kindern di
sraeli wehren sich gegen den psychi
Israelis warben für Aussöhnung
Bewegung „Frieden jetzt" reiste durch das Westjordanland
ISRAEL
Le «Ghandi palestinien» menacé d'expulsion

Breites oppositionelles Spektrum ohne organisatorische Stärke

Die Ereignisse der letzten 6 Monate haben aber nicht nur zu einer Wiederbelebung der Bewegung „Frieden jetzt!" geführt. Auf Seiten der innerisraelischen Opposition kam es auch wieder zu zahlreichen Aktivitäten und zur Gründung vieler neuer Gruppen und Initiativen anläßlich des Aufstandes in den besetzten Gebieten. Gerade diese kleineren und in ihren Forderungen und Aktionsformen radikaleren Friedensgruppen kommt nicht selten eine bedeutende Katalysator-Funktion zu.[3] Sie zeichnen sich nicht nur durch kontinuierliche Aktivitäten aus, sondern verbinden ihren Protest gegen die Okkupation auch mit konkreten politischen Forderungen, die innerhalb der breiten Bewegung „Frieden jetzt!" (noch) keine Mehrheit finden. Von besonderer Bedeutung sind auch wieder Gruppierungen, die sich aus Soldaten, Offizieren und Reservisten zusammensetzen und mehr oder weniger deutlich die Verweigerung des Militärdienstes in den besetzten Gebieten propagieren. Bis April 1988 waren es bereits mehr als 400 Soldaten, die sich weigerten, bei der Niederschlagung des Aufstandes in den besetzten Gebieten teilzunehmen. Die Reaktion der Militärbehörden ist nicht einheitlich: Einige dieser Verweigerer, die keineswegs Pazifisten sind, werden inhaftiert und zu relativ kurzen Freiheitsstrafen verurteilt. Andere werden gar nicht erst eingezogen oder nur innerhalb Israels eingesetzt. Die wichtigste Kraft innerhalb dieser Opposition ist die schon während des Libanon-Krieges gegründete Gruppe „Yesh Gvul" („Es gibt eine Grenze"), die aufgrund ihrer kontinuierlichen Aktivitäten zu einem festen Bestandteil der außerparlamentarischen Opposition geworden ist. Allerdings ist aufgrund der Rolle der Armee in der israelischen Gesellschaft der von „Yesh Gvul" propagierte Aufruf zur Verweigerung des Militärdienstes in den besetzten Gebieten innerhalb der Friedenskräfte außerst umstritten. Weite Teile der



Bewegung „Frieden jetzt!" und der dem Friedenslager nahestehenden Bürgerrechtspartei und der Mapam lehnen diese radikale Form des Protestes ab.

Schon kurz nach Beginn des Aufstandes bildeten sich in den großen Städten Jerusalem, Tel Aviv und Haifa Gruppen mit dem Namen „Dai la-Kibush" („Stoppt die Besetzung"), in denen insbesondere Mitglieder der linken Parteien und Gruppierungen mitarbeiten. Die von diesen Gruppen verabschiedete politische Plattform fordert nicht nur eine „humanere Besatzungspolitik", sondern ausdrücklich ein Ende der Besatzung und die Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel als Ergebnis einer internationalen Friedenskonferenz.

Die radikalere Gruppe „Hala ha-Kibush" („Nieder mit der Besatzung") geht noch einen Schritt weiter, indem sie ein bedingungsloses Ende der Besatzung fordert, ohne daß dies an politische Lösungen gebunden werden sollte. Neben verschiedenen Demonstrationen ist diese Gruppe vor allem auch durch Sammlung von Lebensmitteln und Medikamenten für die palästinensischen Flüchtlingslager an die Öffentlichkeit getreten. Ohne politische Plattform organisiert die Gruppe „Frauen in Schwarz" ihre wöchentlichen Mahnwachen in verschiedenen Städten Israels, um auf diese Weise den Protest gegen die derzeitige Besatzungspolitik zum Ausdruck zu bringen.

Ergänzt werden diese Aktivitäten durch eine breite Opposition in intellektuellen und akademischen Kreisen, bei Psychologen und Sozialarbeitern, Künstlern und Schülerinitiativen. In verschiedenen Aufrufen und Anzeigen in israelischen Zeitungen wird besonders die Brutalisierung der israelischen Soldaten beklagt. Oft ist es hier die Sorge um die eigene Haut, nicht eine Solidarität mit den Palästinensern, die viele dieser Kritiker motiviert. Es wird die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß die Dehumanisierung der Besatzer nicht ohne Auswirkungen auf das Leben in Israel sein könne. Auch in der israelischen Presse überwiegt insgesamt die Kritik an der Besatzungspolitik, jedoch läßt sich der Protest noch nicht mit der Opposition gegen den Libanon-Krieg vergleichen. Damals, so kommentierte bissig ein israelischer Professor den Unterschied, seien es ja „unsere Kids" gewesen, die getötet wurden; „heute sind es arabische Kids". Die Invasion in den Libanon hat 1982 den nationalen Konsens erschüttert und somit eine breite Opposition möglich gemacht. Der Aufstand in den besetzten Gebieten hat eine Reaktion dieser Qualität bislang nicht ausgelöst. Die inner-israelischen „Fronten" verliefen nach dem Libanon-Krieg eindeutiger zwischen Likud-Block nebst Anhängseln auf der einen Seite und der Arbeitspartei nebst linkem Spektrum auf der anderen Seite.

Die außerparlamentarische Opposition zeichnet sich aus durch eine Vielzahl von Initiativen, Gruppen, Organisationen und Parteien. Die außerparlamentarischen Kräfte sind außerstande, sich zusammenzuschließen. Lediglich der außerparlamentarischen Friedensbewegung „Frieden jetzt!" gelingt es, unter Verzicht auf politische Eindeutigkeit die unterschiedlichen Gruppierungen zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen. Wichtig erscheint, daß die Toleranz gegenüber radikaleren Friedensgruppen, die Bereitschaft, mit diesen punktuell zusammenzuarbeiten, offensichtlich gestiegen ist.

Interessensunterschiede und politische Streitpunkte

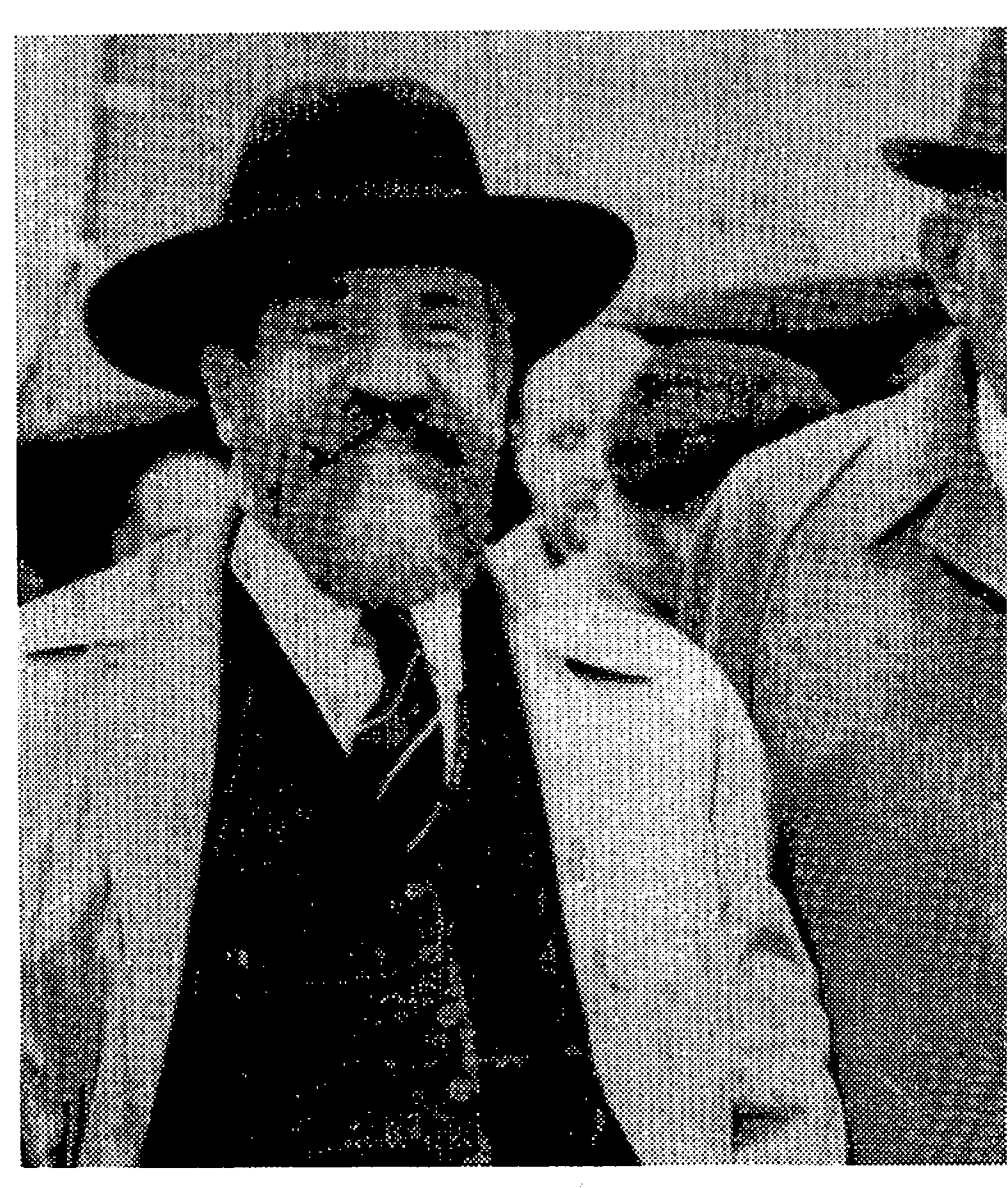
Nach wie vor bleiben viele politische Unterschiede zwischen den Gruppierungen bestehen. Zum einen geht es um die grundsätzliche Funktion des außerparlamentarischen Protestes. Nicht wenige der Aktivisten sind in politischen Parteien wie der „Demokratischen Front" (dominiert von den israelischen Kommunisten), der jüdisch-arabischen „Progressiven Friedensliste", der Bürgerrechtspartei, der sozialistischen Mapam und teilweise sogar auch in der Regierungspartei des Shimon Peres aktiv, während andere – allerdings ohne Erfolg – gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen einen Zusammenschluß aller Gruppen in einer „Friedenspartei" propagieren. Zum anderen stellt die Frage nach der Legitimität des zivilen Ungehorsames einen Streitpunkt dar, der sich z.Zt. besonders an der Frage der Militärdienstverweigerung in den besetzten Gebieten und der Kontakte zu Repräsentanten der PLO kristallisiert. Die Frage, inwieweit sich eine Gruppierung als zionistisch oder antizionistisch begreift – lange Jahre die entscheidende ideologische Trennungslinie[4] – hat dagegen an Bedeutung verloren. Zwar bestehen in weiten Teilen des Friedenslagers noch Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit nichtzionistischen Gruppierungen, doch zumindest punktuelle Kooperation ist heute durchaus die Regel. Dagegen stellt die Frage der Legitimität von Verhandlungen mit der PLO und der Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat neben Israel eine zentrale Kontroverse innerhalb der Friedensbewegung dar, auch wenn die Fronten hier zuweilen nicht mehr ganz so eindeutig erscheinen wie früher. Diese Forderungen werden heute nämlich sowohl von nichtzionistischen als auch zionistischen Gruppen vertreten.

Die treibenden Kräfte der Opposition gegen die Besatzungspolitik stellen nicht selten traditionelle Friedensgruppen dar, die seit Jahren und Jahrzehnten für eine Solidarität mit den Palästinensern, den Dialog mit der PLO und für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Schmerzhaft wird von diesen oft festgestellt, daß der wachsende Protest heute weniger der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, als vielmehr der Sorge um den Charakter des jüdisch-demokratischen Staates entspringt. Der Preis für die Aufrechterhaltung des status quo erscheint vielen zu hoch. Die Besatzung muß nach ihrer Ansicht beendet werden, um auf Dauer den jüdischen Charakter und die demokratische Struktur Israels zu retten, denn die jahrzehntelange Besatzung korrumpiert das System. Doch unabhängig von der Motivation des Protestes bleibt die Stärkung der außerparlamentarischen Friedensbewegung in Israel zu verzeichnen – trotz des Rechtsrucks. Von entscheidender Bedeutung wird aber sein, ob sich diese Opposition auch parlamentarisch umsetzen läßt. Meinungsumfragen in Israel lassen derzeit allerdings befürchten, daß es zu einer grundlegenden Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der Knesset, dem israelischen Parlament, bei den bevorstehenden Wahlen im Herbst dieses Jahres nicht kommen wird.

Christian Sterzing

Anmerkungen:

1) vgl. dazu blätter des iz3w Nr. 106 (Dez. 1982), S. 37; außerdem Daniel Wiener (Hrsg.), Shalom – Israels Friedensbewegung, Reinbek 1984 (rororo aktuell) Nr. 5136; Uri Avnery u.a., Friedenskräfte in Israel, Berlin 1981 (Band 4 der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (DIAK), zu beziehen über DIAK, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben; John Bunzl, Das andere Israel – Gespräche mit der israelischen Friedensbewegung, Hamburg 1984 (Junius-Verlag).
2) vgl. dazu „israel & palästina" Heft 1/88, Zeitschrift des DIAK, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben
3) Zu den Vorschlägen für eine politische Lösung vgl. Christian Sterzing, „Wer will verhandeln? – Konzepte für die Zukunft der besetzten Gebiete", in: Jan Metzger (Hrsg.), Auf dem Weg zur Annexion – Die Zukunft der Westbank und des Gaza-Streifens nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung", Band 13 der Schriftenreihe des DIAK (Berlin 1986), zu beziehen über den DIAK, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben
4) vgl. dazu Dan Diner, „Zionismus – Versuch einer Begriffsbestimmung" in blätter des iz3w Nr. 106 (Dez. 1987), S. 30ff.



Ben Gourion et Weizmann

Israel und die Rekonfessionalisierung des Nahostkonfliktes

Nach einer Rundreise durch den Libanon 1974 berichtete ein westlicher Journalist über die zunehmenden israelischen Luftangriffe und Kommandoaktionen und stellte fest, daß damit nach Ansicht vieler Libanesen das Ziel verfolgt würde, „die zerbrechliche politische Einheit Libanons zu sprengen, Christen und Muslime gegeneinander und die Palästinenser gegen jeden aufzubringen".[1] Der Ausbruch des Bürgerkrieges 1975 und dessen Begleitumstände in den darauffolgenden Jahren haben mittlerweile die damaligen Befürchtungen längst unter Beweis gestellt. Die rapide fortschreitende Konfessionalisierung hat inzwischen den sozialen und politischen Charakter des Konfliktes weitgehend in den Hintergrund treten lassen und eine Auflösung der libanesischen Gesellschaft in ihre religiösen und konfessionellen Bestandteile herbeigeführt. Die sich rasch ausbreitende Welle religiös und fundamentalistisch orientierter Bewegungen in Nahen und Mittleren Osten weist ebenfalls auf Tendenzen hin, die sozialen, ökonomischen und strategischen Ursachen solcher Konflikte konfessionalistisch zu verschleiern.

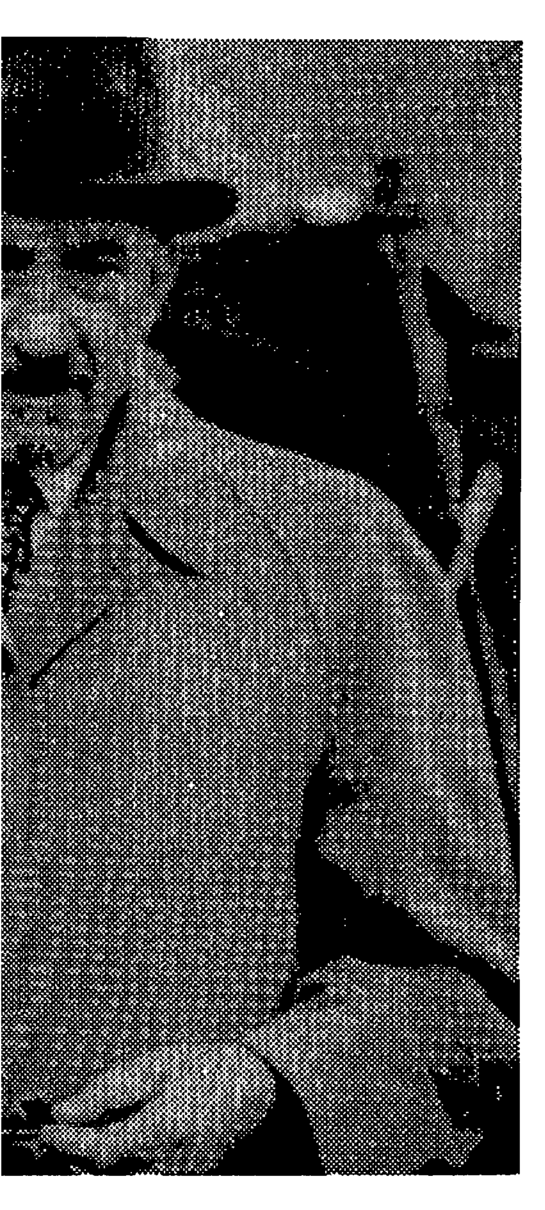
Es wäre gewiß eine grobe Vereinfachung, würde man diesen Prozeß der Konfessionalisierung des Nahostkonfliktes, losgelöst von seinen historischen Wurzeln und getrennt von seinen innenpolitischen sozio-ökonomischen Bedingungen, ausschließlich auf die exogene Einwirkung fremder Mächte zurückführen wollen. Daß die europäischen Kolonialmächte dennoch an der Herbeiführung dieser Entwicklung maßgeblichen Anteil hatten, steht außer Frage. Daß Israel andererseits, von langfristigen strategischen Überlegungen ausgehend, ebenfalls Anteil an dieser Entwicklung hat, soll im folgenden dargestellt werden.

Die Anfänge des Konfessionalismus im Libanon im 19. Jahrhundert

Der Konfessionalismus im Libanon hat seine staatspolitisch relevanten Wurzeln im 19. Jahrhundert. Das Zeitalter des Nationalismus erschütterte das Millet-System, die traditionelle Gesellschaftsordnung des Osmanischen Reiches, die die Untertanen nach ihrer religiösen Zugehörigkeit in zivilrechtlich weitgehend autonomen Religions- bzw. Konfessionsgemeinschaften – Millets – organisierte. Die sozio-ökonomischen Reformen des ägyptischen Herrschers Muhammed Ali (1805–1848), der Syrien und Libanon 1831–1840 vom Osmanischen Reich faktisch abgetrennt und die Macht der der Hohen Pforte tributpflichtigen Lokalherren gebrochen hatte, bildeten die Grundlagen der nahda, der kulturellen Renaissance des Arabischen und des damit einhergehenden Erwachens des arabischen Nationalismus.[2]

Das 19. Jahrhundert leitete ebenfalls das Zeitalter kolonialer Intervention im Libanon ein. Bereits 1840 wurden die ägyptischen Truppen auf militärischen Druck der europäischen Mächte – vor allem der Engländer – aus Syrien und dem Libanon zurückgedrängt und die osmanische Herrschaft wiederhergestellt. Die wiedereingesetzten Lokalherren suchten ihre Rivalitäten bei der Neuaufteilung des Landes konfessionell zu verschleiern. Der Konfessionalismus wurde von ihnen instrumentalisiert, um vornehmlich die sich ausweitenden Bauernaufstände zu kanalisieren und eine Solidarisierung unter den Bauern zu verhindern.[3] Die Massaker von 1845 und 1860, denen größtenteils Christen zum Opfer fielen, waren die ersten konfessionell geschürten in der Geschichte des Landes. Sie verschleierten den sozialen Charakter der Kämpfe und trugen letzten Endes dazu bei, die Herrschaft der Feudalherren wiederherzustellen und zu bewahren.

Eine aktive Rolle nahmen bereits zu dieser Zeit die diplomatischen Vertretungen der Kolonialmächte ein, die jeweils die eine oder andere Konfessionsgemeinschaft protegierten.[4] Die militärische Intervention Frankreichs 1860 führte zur Institutionalisierung des Konfessionalismus im Libanon. Mit der 1864 legalisierten Vereinbarung – dem Règlement Organique – wurde dem Land eine nach einem konfessionellen Proporzsystem organisierte Staatsverwaltung aufoktroyiert. Das Pro-



porzsystem wurde nach der Auflösung des Osmanischen Reiches von der Mandatsmacht Frankreich (1918–1943) weiter ausgebaut und diente der Nationalen Charta von 1943 als Grundlage. Nach dieser schriftlich nicht fixierten Vereinbarung zwischen den traditionellen, sich vorwiegend aus den Reihen der Lokalherren rekrutierenden Vertretern der verschiedenen Konfessionsgemeinschaften, sollte der Staatspräsidient ein Maronit, der Ministerpräsident ein Sunnit und der Parlamentspräsident ein Schiit sein. Befehlsgewalt über Armee und Polizei sollte von Maroniten ausgeübt werden. Auch die Parlamentssitze wurden nach einem Proporzschlüssel verteilt.[5]

Die unter französischer Federführung entstandene Regelung erwies sich als untauglich, den Anforderungen eines modernen Zeitalters gerecht zu werden. Das sich ständig zuungunsten der Maroniten verschiebende demographische Verhältnis und die Weigerung der herrschenden Schichten, auf der Grundlage einer Volkszählung die Proporzen neu festzulegen, beinhaltete darüber hinaus sozialen Sprengstoff, der sich jederzeit von internen, vor allem aber von externen Kräften instrumentalisieren lassen konnte.

Israel und der Konfessionalismus im Libanon

Die sich mosaikartig aus 16 Religions- und Konfessionsgemeinschaften zusammensetzende libanesische Gesellschaft lieferte und liefert weiterhin einen fruchtbaren Nährboden für die politischen Machenschaften auswärtiger Mächte. Für Israel, das sich in „religiösen" Kategorien definiert, ist die Balkanisierung des arabischen Ostens ein strategisches Ziel.[6] In einer Region, die sich nicht mehr im säkularen Sinne zur arabischen Nation gehörig definieren würde, sondern eine kleine, religiöse und konfessionelle Staatseinheiten zerfallen sollte, wäre Israel ein Staat unter vielen. Moshe Sharett, erster Außenminister Israels und von 1954–55 Premierminister, berichtet in seinen Tagebüchern über eine Sitzung vom 27. Februar 1954, an der neben David Ben Gurion und Moshe Dayan auch der israelischen Verteidigungsminister Pinhas Lavon beteiligt war. Er beschreibt: „Dann ging er (Ben Gurion) zu einem anderen Thema über. Jetzt ist es Zeit, sagte er, den Libanon zu drängen – und das heißt, die Maroniten im Land –, einen christlichen Staat auszurufen. Ich sagte, daß das Unsinn wäre. Die Maroniten sind gespalten. Die Partisanen des christlichen Separatismus sind schwach und werden nichts zu unternehmen wagen. Ein christliches Libanon würde für sie bedeuten, Tyros, Tripoli, das Beka'a-Tal aufzugeben. Es gibt keine Macht, die dem Libanon die Ausmaße aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg zurückbringen könnte und das um so mehr, weil es in diesem Fall seine ökonomische Grundlage (raison d'être) verlieren würde. Ben Gurion reagierte wütend. Er begann, die historische Rechtfertigung für einen begrenzten christlichen Libanon aufzuzählen. Wenn solch eine Entwicklung stattfinden sollte, würden die christlichen Kräfte es nicht wagen, dagegen zu opponieren".[7]

Die Forderung Ben Gurions, einen christlichen Staat im Libanon zu schaffen, geht einher mit der Territorialansprüchen im Südlibanon.[8] Sharett lehnte diese Pläne nicht ab, weil er grundsätzlich etwas dagegen gehabt hätte. Vielmehr sei er, wie er Ben Gurion in einem Schreiben mitteilte, „ja im Gegenteil der Idee wohlgesonnen".[9] Er hielt lediglich die Zeit für noch nicht reif. „Es hat keinen Sinn, von außen eine Bewegung zu schaffen, die im Inneren überhaupt nicht existiert... Es ist unmöglich, einem toten Kämpfer Leben einzuimpfen... Was die Maroniten betrifft, hat die große Mehrheit von ihnen jetzt jahrelang pragmatische Führer ihrer Gemeinde unterstützt, die schon seit langem den Traum eines christlichen Libanon aufgegeben und alle Karten auf eine christlich-moslemische Koalition im Lande gesetzt haben".[10]

Die nationale Bewegung bis Ausbruch des Bürgerkrieges 1975.

Hatten die traditionellen maronitischen Führer noch am Vorabend der Unabhängigkeit unter der Voraussetzung der Beibehaltung ihres Herrschaftsmonopols auf die „Koalition" mit den Führern der anderen Konfessionsgemeinschaften gesetzt, so erwies sich diese alsbald als nicht tragfähig. Die vor allem in den Fünfziger Jahren wiedererstarkte arabische Nationalbewegung trug maßgeblich zur Stärkung des arabischnationalen Bewußtseins bei. Ohne sich gänzlich von einer islamisch geprägten Orientierung lösen zu können, galt wie im Fürstenstadium des arabischen Nationalismus Ende des 19. Jh. auch jetzt, daß weder ethnische noch konfessionelle Zugehörigkeit, sondern allein die gemeinsame Sprache die Grundlage der arabischen Nation bildet.[11]

Im Rahmen eines solchen, vor allem von Nasser propagierten, überregionalen arabischen Nationalismus entwickelten sich spezifisch regionale Nationalismen, z.B. syrischer, irakischer, palästinensischer, algerischer, aber auch libanesischer Prägung – ohne im Widerspruch zum übergeordneten arabischen Nationalismus zu stehen. Dem Selbstverständnis nach bilden alle arabischen Völker eine gemeinsame arabische Nation.

Die prowestliche Orientierung des Regimes im Libanon und die Bestrebungen, das Land in den von den USA und Großbritannien protegierten Bagdadpakt aufzunehmen, führten 1958 zum ersten innerlibanesischen Konflikt. Die oppositionellen Kräfte vermochten zwar die erneute Kandidatur des damaligen Staatspräsidenten Camille Chamoun zu vereiteln. Die Landung von US-Marineinfanteristen verhinderte jedoch eine Reform des konfessionalistischen Staatssystems.

Neben dem arabischen Nationalismus trug vor allem die wachsende Gewerkschaftsbewegung zu einer, wenn auch bescheidenen, Säkularisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und zu einer fortschreitenden Überwindung konfessioneller Barrieren bei. Die Unfähigkeit des Regimes, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden und die zunehmenden sozialen Konflikte adäquat und auf demokratische Weise zu bewältigen, war entscheidend für die Stärkung der Gewerkschaften. Unterstützt von Massendemonstrationen brach unter der Parole „Alles Land den Bauern" im November 1970 eine Revolte der Landarbeiter und armen Bauern im Süden des Landes aus. Im Norden bildeten sich erste Bauernräte, die sich weigerten, für die Großgrundbesitzer zu arbeiten und ihnen Anteile ihrer Ernte zu überlassen. Mit dem Einsatz von Panzern wurden die Protestkundgebungen von der Armee niedergeschlagen.[12]

Hatten es die USA 1958 durch ihre militärische Intervention vermocht, das bestehende konfessionalistische Staatssystem zu erhalten, so übernahm Israel Ende der sechziger Jahre eine ähnliche Funktion. Mit dem rapiden Aufschwung der Arbeitskämpfe und der Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Widerstand machten israelische Militärs bereits 1969 ultimativ deutlich, daß sie keine politische Änderung im Libanon dulden würden.[13] Dennoch: In den Jahren 1973 bis Anfang 1975

sah das Land eine nie gekannte Ausweitung der Arbeitskämpfe und Generalstreiks.

Die Streikbewegung griff auf nahezu sämtliche Wirtschaftssektoren über. Die Streiks der Textilarbeiter und in der lederverarbeitenden Industrie, vor allem jedoch in den Ghandurwerken (lebensmittelverarbeitende Industrie), hatten Signalwirkung: Die Streiks und die damit einhergehende Solidaritätsbewegung führte Menschen unterschiedlicher Konfession in einen gemeinsamen Kampf und trug entscheidend dazu bei, die konfessionellen Schranken an der Basis zu erschüttern. Die unterprivilegierten Tabakbauern im Südlibanon setzten sich gegen die Preispolitik der staatlichen Tabakmonopolgesellschaft, Régis Libanaise zur Wehr. Ende Februar 1975, Wochen vor Ausbruch des Bürgerkrieges, kam es zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Fischern im Südlibanon und Einheiten der Gendarmerie. Die Fischer protestierten gegen die Gründung von „Protein", ein vom Ex-Staatspräsidenten Chamoun gegründetes Hochseefischereiunternehmen, das mit seinen modernen Booten die Existenzgrundlage der kleinen Fischer zu zerstören drohte. Bei dem Angriff auf den Demonstrationszug wurde der populäre nasseristische Parlamentsabgeordnete Ma'aruf Saad getötet.[14]

Die Präsenz der palästinensischen Widerstandsbewegung, die sich seit 1969 unter den Lagerbewohnern zu formieren begonnen hatte, gab dieser Entwicklung weitere Impulse, auch wenn die Palästinenser sich grundsätzlich aus den innerlibanesischen Auseinandersetzungen heraushielten. Selbst nach dem Überfall von Falangisten auf einen unbewaffneten palästinensischen Bus am 13. April 1975 und der Ermordung von 27 palästinensischen und libanesischen Insassen – der Überfall war der Auftrakt zum Bürgerkrieg – hielten sich die Palästinenser noch zurück. Erst als die Falangisten im Januar 1976 mit der Belagerung der Flüchtlingslager anfingen, begannen die Palästinenser eine militärisch aktivere Rolle zu spielen.[15] Die bewaffnete palästinensische Präsenz auf libanesischem Boden war bestenfalls ein Faktor des libanesischen Konfliktes, keinesfalls jedoch der entscheidende.

Israel und die Falange.

Speerspitze gegen die linken und progressiven Organisationen,[16] die eine Säkularisierung des politischen Systems forderten, war die Falange. Die sich ursprünglich nur aus Maroniten konfessionell zusammensetzende Organisation war 1936 durch den Apotheker Pierre Gemayel gegründet worden, nachdem dieser, beeindruckt vom nationalsozialistischen Deutschland, von der Berliner Olympiade zurückgekehrt war. Die seither paramilitärisch straff geführte Organisation verfügt heute über eine der schlagkräftigsten Milizen des Landes.[17]

Der Falange kommt nicht nur das „Verdienst" zu, mit ihrem Überfall vom 13. April den blutigen Bürgerkrieg im Libanon ausgelöst zu haben. Sie hatte maßgeblichen Anteil an der Konfessionalisierung des Bürgerkrieges. Nach dem Tode von vier ihrer Milizionäre nahmen Falangisten vom 6. Dezember 1975 200 Muslime als Geiseln und ermordeten sie anschließend.[18] Die Art, wie die Entführung durchgeführt wurde – die Muslime wurden an Straßensperren anhand ihrer Personalausweise von den Nichtmuslimen ausgesondert –, führte zu einer Schockwirkung und sollte später Schule machen. Das Ereignis ging in die Annalen des libanesischen Bürgerkrieges als der „schwarze Samstag" ein.[19] „Entführung nach dem Personalausweis" wurde zum Schlagwort.

Die auf konfessionellem Sektrierertum beruhende Praxis der Falangisten fand auf der Gegenseite anfangs nur sporadische Nachahmung. Atallah Mansour, ein angesehener arabisch-israelischer Journalist und selber Maronit, bereiste nach der israelischen Invasion den israelisch besetzten Südlibanon. Er stellte fest, daß unter allen im Libanon operierenden Milizen allein die Falange und die ebenfalls mit Israel verbündeten „Wächter der Zeder" – die Milizen der Nationalliberalen Partei Camille chamouns waren in einem relativ führen Stadium von der Phanlange niedergemacht und ihre Reste eingegliedert worden; die Marada-Milizen des ehemaligen Staatspräsidenten Sulaiman Franjieh befanden sich nach der Ermordung von Franjiehs Sohn, Toni, in offener Fehde zur Falange – eine sektierische Politik betrieben. Im Invasionsjahr 1982, also nach gut sieben Jahren Bürgerkrieg konnte er bestätigen, daß, während die Falangisten nahezu die gesamte nicht-christliche Bevölkerung aus den von ihnen kontrollierten Gebieten vertrieben hatten, in den anderen, von Linken und Muslimen kontrollierten Gebieten überall noch christliche Gemeinschaft existierten.[20]

Tatsächlich wurden relativ früh die heute von der Falange beherrschten Gebiete, so z.B. die Ost-Beirut und um Junieh, durch Vertreibung der muslemischen Bevölkerung nahezu homogen christlich, während andererseits große Teile der früher heterogen besiedelten Landesteile, die nicht von der Falange kontrolliert wurden, vor allem West-Beirut, noch lange ihren multikonfessionellen Charakter beibehielten. Auf islamischer Seite gegen Christen verübte Greuel, so bei der Erstürmung der Stadt Damour am 20. Januar 1976, hatten keinen systematischen und planmäßigen Charakter und fanden als Reaktion auf vorausgegangene Überfälle der Falangisten statt (Karantina, Tell al-Zaatar). Erst infolge erneuter Radikalisierung im Zuge der israelischen Invasion kam es zunehmend zu einer systematischen Vertreibung ganzer christlicher Ortschaften, vor allem in den von Drusen kontrollierten Schufbergen bzw. um Sidon.

Die Falange wurde von den Israelis militärisch ausgerüstet. Zunächst heimlich und dann offen erhielt sie, so nach Angaben Menahem Begins, bis 1982 militärische Ausrüstung – von Uniformen über Artillerie bis hin zu Panzern und Munition – im Werte von $ 100 Mio.; andere Quellen sprechen sogar von $ 250 Mio.[21] Begin hatte noch vor seiner Amtsübernahme als Ministerpräsident 1977 in weiser Vorausplanung angefangen, bereits im ersten Bürgerkriegsjahr 1975 Kontakte zur Falange zu knüpfen.[22]

Aber auch die Arbeitspartei verfügte über enge Kontakte zu der Falange. So waren an der logistischen Planung der Belagerung und anschließenden Stürmung des palästinensichen Flüchtlingslagers Tell al-Zaatar nicht nur israelische Militärberater beteiligt; die Falangisten benutzten darüber hinaus Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, die noch hebräische Zeichen der israelischen Armee trugen.[23]

Die zionistischen Bemühungen um eine Allianz mit den Maroniten lassen sich auf die Vorstaatlichkeitsphase zurückdatieren. Eine wichtige Rolle spielte dabei das zionistische Interesse am Wasser des Litani.[24] Bereits 1932 schlug ein Emissär der Jewish Agency bei einem Besuch in Beirut eine Allianz gegen den „gemeinsamen Feind, den islamisch orientierten arabischen Nationalismus" vor.[25] Aber auch spätere Kontakte – so die Begegnung zwischen Chaim Weizmann und dem libanesischen Präsidenten Emile Eddé 1937[26] sowie Kontakte während der Präsidentschaft Camille Chamouns 1955[27] – dienten dem gleichen Zweck.

Aus der gleichen Zeit stammt auch die Eintragung Mosche Sharetts vom 28. Mai 1954 in seinem Tagebuch. Dort heißt es: „Der Oberbefehlshaber unterstützt einen Plan, einen (libanesischen) Offizier anzuheuern, der als Marionette dienen soll, damit die israelische Armee den Eindruck erwecken kann, sie folge seinem Aufruf, den 'Libanon von den moslemischen Unterdrückern zu befreien'. ... Wir müssen versuchen, gefährliche Komplikationen zu vermeiden. Die Kommission muß mit Untersuchungsaufgaben und vorsichtigen Aktionen beauftragt werden, die darauf gerichtet sind, maronitische Kreise zu ermutigen, die dem moslemischen Druck widerstehen und bereit sind, sich an uns anzulehnen".[28]

In Gestalt des libanesischen Offiziers Saad Haddad fanden die Israelis 1978 ihre langersehnte „Marionette". Die mit israelischer Hilfe von Haddad errichtete „Südlibanesische Armee" (SLA) kontrolliert heute, von Israel besoldet und bewaffnet, den Grenzstreifen zwischen beiden Ländern. Die von Sharett eingangs zitierten „Zeiten der Wirrnis, der Revolution (und) des Bürgerkrieges" boten endlich die Gelegenheit, daß die rechtskonservativen, auf Erhalt ihrer Privilegien bedachten Kreise der maronitischen Gemeinschaft begannen, sich an Israel „anzulehnen". Über die Formen einer solchen Zusammenarbeit herrschte unter den kooperationsbereiten Maroniten keinesfalls Einigung. Amos Eran, Büroleiter des ehemaligen Ministerpräsidenten Rabin, berichtet nach einem Geheimtreffen mit maronitischen Führungspersönlichkeiten in Haifa im Februar 1976, daß diese in zwei Fraktionen gespalten waren. Während die eine, sich vor allem aus Falangisten und Chamounisten zusammenset-

zende Gruppe für ein gemeinsames militärisches Vorgehen plädierte, war die andere darauf bedacht, Libanon als Teil der arabischen Welt nicht aus den Augen zu verlieren.[29]

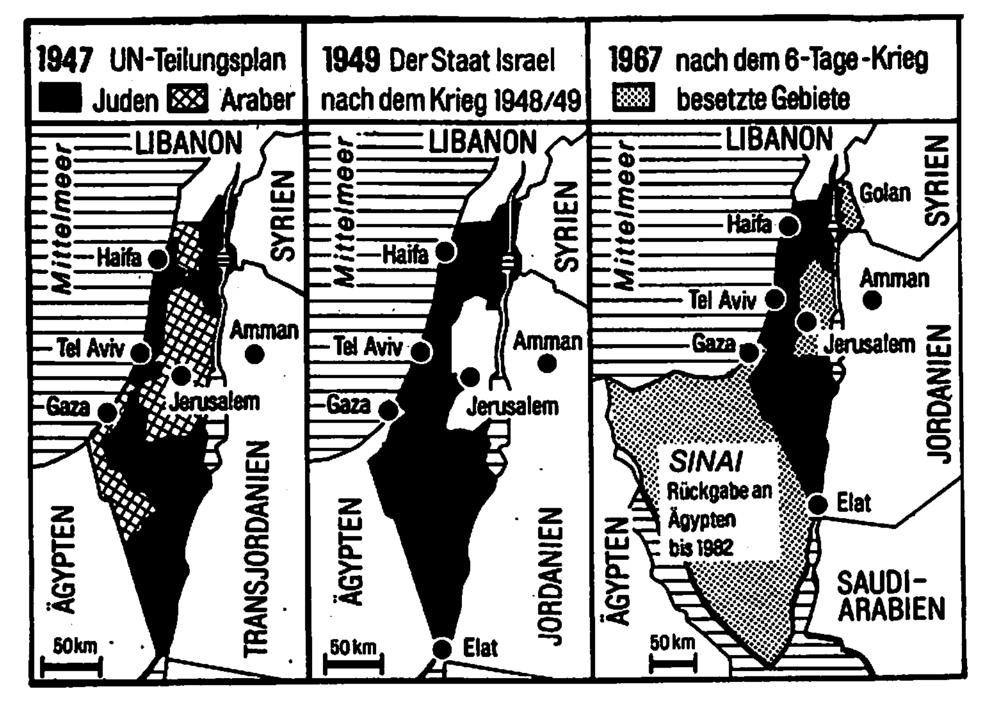
Divide et impera: das israelische Sicherheitskonzept.

Das Interesse an einer Fragmentierung des Libanon in eine Vielzahl konfessionalistischer Ministaaten fügt sich nahtlos in das übergeordnete israelische Sicherheitskonzept ein, das nach Auffassung des israelischen Verteidigungsminsters des Invasionsjahres 1982, Ariel Sharon, nicht nur „die arabischen Staaten des Nahen Ostens, das Mittelmeer und das Rote Meer" umfaßt, sondern „sich in den 80er Jahren auf Staaten wie die Türkei, Iran, Pakistan sowie Regionen wie den Persischen Golf und Afrika, insbesondere Länder Nord- und Zentralafrikas, ausdehnen" soll.[30]

Die von Israel betriebene und in dem abschließenden Dokument von uns behandelte „Zersetzungsarbeit" hatte keinesfalls nur die Maroniten im Libanon zum Adressat. Suchten sie auf der einen Seite das Interesse für einen eigenen christlichen Staat unter den Maroniten zu fördern, so belieferten die Israelis nach ihrer Invasion die Drusen im Schufgebirge mit Waffen und sahen anschließend stillschweigend zu, als diese im Rahmen der Arrondierung ihres Einflußgebietes mit der Vertreibung der dort ansässigen Christen begannen. Aber auch die Schiiten sollten eingespannt werden. Juval Ne'eman, Knessethabgeordneter der rechtsextremistischen Tehiya (Partei der „Wiedergeburt"), legte zwei Wochen nach Invasionsbeginn seine Vorstellungen von der Zukunft Südlibanons in einem langen Artikel in der Jerusalem Post dar. Darin propagierte er u.a. „die Gründung eines autonomen schiitischen Fürstentums ... auf beiden Seiten des Litani, das sich mit Israel in einer Föderation" verbinden würde. „Israel sollte sich überlegen, inwieweit die gesamte schiitische Allianz dem augenblicklich autonomen Gebiet Major Haddads einverleibt oder eine getrennte politische Einheit darstellen sollte".[31] Zwei Wochen später wurde Ne'eman von Begin ins Kabinett berufen.

Es ist die altbewährte Politik von 'divide et impera', die hier zur vollen Geltung kommt. Nach dem Rückzug der Israelis aus der Hafenstadt Sidon im März 1985 zettelten rebellierende Einheiten der Falange Artillerieangriffe gegen die Stadt an und provozierten Vergeltungsschläge der muslemischen Milizen auf die von Christen bewohnten Ortschaften, was in einer großen Fluchtwelle der Christen mündete. Der Nahostkorrespondent der Süddeutschen Zeitung, Carl Buchalla, berichtet, „daß Einheiten der Christenmiliz in das Gebiet um Sidon eingeschleust wurden und die Attacke gegen die Hafenstadt inszenierten" und stellt fest: „Ihr Nachschub kommt aus dem immer noch von der israelischen Besatzungsmacht kontrollierten Gebiet". Buchalla entlarvt zutreffend die Aktion als „ein abgekartertes Spiel zwischen Israel und den proisraelischen christlichen Milizen ... um die christliche Bevölkerung der Region zum Abwandern in den Süden zu zwingen. Die Tatsache, daß Tausende von Christen aus der Sidon-Region diesem Druck nachgaben und in den Süden flüchteten, untermauert diese Beschuldigung, die inzwischen auch von Staatspräsident Amin Gemayel, selbst ein maronitischer Christ, wiederholt wurde".[32] Auch der sunnitische Ministerpräsident Karamé vertrat die Auffassung, daß der überwiegend von Schiiten bewohnte Südlibanon „demographisch umgekippt" werden sollte, so daß christliche Flüchtlinge für Israel einen Sicherheitsgürtel entlang der Grenze bilden könnten.[33]

Bei seinem Vorhaben, die nationale Einheit des Libanon durch eine derartige Zersetzungstätigkeit zu unterminieren, steht Israel nicht allein. Im Juli 1976 gab der CIA-Direktor William Colby als Zeuge vor einem US-Senatsausschuß zu Protokoll, daß die USA „in den 50er Jahren an Christen im Libanon Waffen lieferten: im Rahmen der Unterstützung des Kampfes von religiösen und ethnischen Minderheiten gegen den Kommunismus".[34] Nach einem Bombenanschlag in einem vorwiegend von Schiiten bewohnten Stadtviertel von Beirut am 8. März 1985, bei dem mehr als 80 Personen den Tod fanden, bestätigte der stellvertretende Vorsitzende des US-Senatsgeheimdienstausschusses, Patrick Leahy, daß der Anschlag durch eine von der CIA im Libanon im Rahmen eines von Präsident Reagan genehmigten Programmes zur „Terroristenbekämpfung" aufgebauten Kommandoeinheit durchgeführt worden war.[35] Der britische Oppositionspolitiker Denis Healey, außenpolitischer Sprecher der Labour-Partei, beschuldigte die USA, „Terrorakte im Libanon" zu organisieren und warf ihr vor, mit ihrem Anschlag den schiitischen Geistlichen Muhammed Hussein Fadlallah zu töten versucht zu haben.[36] Fadlallah sprach sich in einem anschließenden Spiegel-Interview für die Abschaffung des Religionsproporzes aus.[37]



Den Nahen Osten in ethnische und religiöse Gebiete auflösen — ein israelisches Strategiepapier.

Daß Israel sich mit seiner Teile-und-Herrsche-Politik nicht nur auf den Libanon beschränkt, macht ein Aufsatz in der in Jerusalem erscheinenden Zeitschrift „Kivunim" (Richtungen) vom Februar 1982 deutlich. Der Autor, Oded Jinon, war ehemals ein hoher Beamter des Außenministeriums. Der Aufsatz ist ein Dokument israelischer Sicherheitsstragien von weitreichender und „richtungs"-weisender Bedeutung und veranschaulicht die israelischen Bestrebungen, die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens zu fragmentieren: Wortwahl, Zielsetzung und Eindeutigkeit des Dokumentes sprechen für sich und machen jeden Kommentar überflüssig:

„... In dieser riesigen, zerrissenen Welt gibt es ein paar sehr reiche Gruppen und eine gigantische Masse von armen Leuten. Die meisten Araber haben ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 300 Dollar. In Ägypten ist dies ebenso wie in den meisten Maghreb-Ländern, außer in Libyen, und im Osten überall, außer im Irak. Libanon ist ein zerbrochener, wirtschaftlich ruinierter Staat, in dem es keine Zentralgewalt mehr gibt (...) Syrien befindet sich in einer noch schlimmeren Lage (...) Die Lage Ägyptens ist am schlimmsten: Millionen leben am Rande des Hungers, die Hälfte der Bevölkerung in diesem dichtestbesiedelten Gebiet der Erde ist ohne Arbeit und ohne Behausung. Mit Ausnahme der Armee gibt es nicht einen einzigen zuverlässigen funktionierenden Bereich (...)

Die Rückgewinnung der Halbinsel Sinai mit ihren unmittelbaren und potentiellen Roh-

stoffquellen ist deshalb schon heute ein politisches Ziel allerersten Ranges, dessen Verwirklichung durch die Abmachung von Camp David und durch die Friedensverträge mit Äypten behindert wird. ... Ohne Erdöl, ohne die Einkünfte aus dessen Verkauf und mit den heutigen enormen Ausgaben dafür, werden wir die Zeit nach 1982 unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht durchstehen (...)

Ägypten ist aufgrund seiner inneren Schwäche militärisch und strategisch kein Problem, (...) was um so klarer wird, wenn wir die sich vertiefende muslimisch-christliche Spaltung in Betracht ziehen. *Ägypten territorial in getrennte geographische Bezirke auseinanderzubrechen, ist in den achtziger Jahren das politische Ziel Israels an seiner Westfront ... Die Vision eines christlich-koptischen Staates in Oberägypten neben einer Anzahl von schwachen Staatsgebilden* mit bloß regionaler ägyptischer Regierung, statt der bisherigen Zentralregierung, sind der Schlüssel zu dieser geschichtlichen Entwicklung, die durch den Friedensvertrag aufgehalten wurde, aber auf lange Sicht unvermeidbar erscheint.

Die Westfront, die auf den ersten Blick problematischer erscheint, ist in Wirklichkeit weniger kompliziert als die Ostfront, wo die meisten der für das Ausland schlagzeilenkräftigen Ereignisse stattgefunden haben. Der vollständige Zerfall des Libanon in fünf Provinzen ist der Präzedenzfall für die gesamte arabische Welt, einschließlich Ägypten, Syrien, Irak und Arabischer Halbinsel. Die *spätere Auflösung von Syrien und Irak in ethnisch oder religiös einheitliche Gebiete, nach dem Vorbild von Libanon, ist Israels langfristiges Hauptziel an der Ostfront,* während die Zerschlagung der Militärmacht dieser Staaten das heutige, kurzfristige Ziel ist. (...)

Syrien wird entsprechend seiner ethnischen Strukturen in mehrere Staaten auseinanderbrechen, genau wie es heute im Libanon geschieht. An der Küste wird auf diese Weise ein schiitischer Alawiden-Staat entstehen, im Gebiet von Aleppo ein sunnitischer Staat, im Gebiet um Damaskus ein weiterer, seinem nördlichen Nachbarn feindlicher sunnitischer Staat, und endlich die Drusen, die vielleicht einen Staat auf unserer Golan-Höhe, gewiß aber im Hauran und im nördlichen Jordanien errichten werden. ...

Irak, auf der einen Seite reich an Spannungen und latentem Haß, *ist ein sicherer Kandidat für Israels Ziele.* Die Zersetzung des Irak ist noch wichtiger als die Syriens. (...) Jede Form von innerarabischen Konfrontationen wird uns kurzfristig nützen und den Weg zum höheren Ziel abkürzen, nämlich *Irak in Sektenbereiche zu zerstückeln,* wie Syrien und Libanon. In Irak ist eine Aufteilung in Provinzen *auf ethnischer Basis* möglich, genau wie in Syrien zu ottomanischen Zeiten. So wird es rund um die drei bedeutenden Städte Basra, Baghdad und Mosul drei (oder mehr) Staaten geben, und die schiitischen Gebiete im Süden werden vom mehrheitlich sunnitischen und kurdischen Norden abgetrennt. Möglicherweise wird bereits die gegenwärtige iranisch-irakische Konfrontation diese Polarisierung verschärfen.

Die gesamte Arabische Halbinsel ist ein natürlicher und naheliegender Kandidat für Zersetzung durch inneren und äußeren Druck. Die Sache ist insbesondere im Fall von Saudi-Arabien unumgänglich, gleichgültig ob dessen auf Erdöl gegründete wirtschaftliche Macht intakt bleibt oder mit der Zeit schwindet. Im Licht der gegenwärtigen politischen Strukturen sind innere Unruhen und schließlicher Kollaps natürliche Prozesse.

Jordanien ist für die nächste Zeit eine unmittelbare strategische Zielscheibe, aber nicht für längere Zeiträume, denn es stellt langfristig, nach seiner baldigen Auflösung, nach der Beendigung der langen Herrschaft von König Hussein und der Übergabe der Machtbefugnisse an die Palästinenser, keine wirkliche Bedrohung für Israel dar.

Jordanien hat keine Chance, noch für längere Zeit in seiner gegenwärtigen Form und Struktur weiterzubestehen, und Israels Politik, sowohl im Krieg wie im Frieden, sollte *die Liquidierung Jordaniens unter dem gegenwärtigen Regime und die* Übergabe der Befugnisse an die palästinensische Bevölkerungsmehrheit herbeiführen. Die Regimeänderung östlich des Jordans wird auch das Ende des Problems mit den dicht mit Arabern bevölkerten Territorien westlich des Jordans mit sich bringen. Die Auswanderung aus den (besetzten) Gebieten, gleichgültig ob im Krieg oder unter Friedensbedingungen, verbunden mit wirtschaftlicher und demographischer Stagnation in diesen Gebieten, sind die Garanten der kommenden Änderung auf beiden Seiten des Jordans. Wir sollten aktiv an der Beschleunigung dieses Prozesses arbeiten, und zwar in allernächster Zukunft. Dem Autonomieplan darf ebenso wenig zugestimmt werden, wie irgendeinem Kompromiß, oder der Aufteilung der Gebiete, da es gemäß dem Plan der PLO und den Vorstellungen der Araber in Israel, entsprechend ihrem Schefar'am Programm vom September 1980,[38] unter heutigen Bedingungen unmöglich ist, ohne Trennung der beiden Völker weiterhin in diesem Land zu leben – was bedeutet: *Araber nach Jordanien, Juden in die Gebiete westlich des Flusses.* Wahre Koexistenz und wirklicher Friede kann in diesem Land nur herrschen, wenn die Araber begreifen, daß es ohne jüdische Herrschaft zwischen Jordan und Meer auch für sie keinerlei Existenz und Sicherheit geben wird. Eine eigene Nation und Sicherheit kann ihnen einzig und allein in Jordanien erwachsen...

Die Zerstreuung der Bevölkerung ist daher eine strategische Aufgabe von allergrößter Dringlichkeit, weil wir sonst, in welchen Grenzen auch immer, existenzgefährdet sind.[39]

Ob es Israel gelingen wird, in nächster Zukunft den Zerfall Libanons in einen „Präzedenzfall für die gesamte arabische Welt, einschließlich Ägypten, Syrien, Irak und Arabischer Halbinsel" umzuwandeln, wird sich erst noch herausstellen müssen. Diese Intention macht auf jeden Fall verständlich, wieso Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten, vor allem im Gazastreifen, ausgerechnet die fundamentalistischen islamischen Kräfte stillschweigend begünstigte und diesen sogar organisatorische Freiräume schuf, in denen sie sich formieren konnten.[40] Allerdings haben sich dort die israelischen Erwartungen, diese Gruppierungen könnten so als Gegenpol die patriotischen und linken Kräfte neutralisieren, als ein Trugschluß erwiesen und sich mittlerweile zu einem Bumerang entwickelt, der sich gegen vielmehr als bloß die israelische Besatzung richtet. Die zunehmend umsichgreifenden islamischen Slogans seit dem Ausbruch des palästinensischen Aufstandes im Dezember 1987, machen diese Tendenz zur Genüge deutlich.

Im Libanon jedenfalls hat sich der von den Feudalherren und Kolonialmächten des 19. Jahrhunderts institutionalisierte Konfessionalismus bewährt. Die sozialen und politischen Dimensionen des Konfliktes sind unter einem Riesenberg konfessioneller Gegensätze verschüttet. Der Libanon ist heute tatsächlich ein in konfessionell abgegrenzten Teilen auseinandergerissen, zerbrochenes und wirtschaftlich ruiniertes Land. Die Schufberge sind praktisch geschlossenenes Drusengebiet; der Matn und Kisrawan, gerade dort, wo in den Jahren 1958 bis 1860, noch vor der Pariser Kommune, die Bauern Libanons ihre erste Kommune ausgerufen hatten, geschlossenes christliches Gebiet; die Christen aus Sidon verdrängt, vertrieben und geflüchtet. Schlimmer als der geographische ist der gesellschaftliche Zerfall. Der zwischenmenschliche Graben scheint unüberbrückbar. Im Libanon jedenfalls hatte die israelische Intervention Methode.

Kamran Ekbal

Anmerkungen:

(1) Philip Bowring in: Far Eastern Economic Review, 9.8.1974, zit. n. Chomsky, Noam: The fateful triangle. The United States, Israel and the Palestinians, London u. Sydney 1983, S. 190.
(2) Zur Entstehung des arabischen Nationalismus und seine Interdependenz vom Islam vgl. Ekbal, Kamran: Islam, Nationalismus und Identitätsfragen. Historische, ideologische und soziale Dimensionen des irakisch-iranischen Krieges, in: Peripherie (Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten welt) Nr. 18/19 (1985), S. 85–115. ders.: Islam und Nationalismus – Vereinbarung oder Antagonismus? In: „blätter des iz3w" Nr. 146 (Dez. 1987) S. 54–58.
(3) vgl. hierzu Kischli, Muhammed: Kapitalismus und Linke im Libanon, hrsg. v. Bassam Tibi, Frankfurt a.M. 1970, S. 90 ff; Ekbal, Kamran: Die Institutionalisierung des Konfessionalismus im Libanon 1861, in: Gewissen und Freiheit 28 (1987) S. 68–73.
(4) Salibi, Kamal: The modern history of Lebanon, (repr.) Westport 1976, S. 78 f.
(5) Kischli, a.a.O., S. 102. Zu Frankreichs Bestrebungen, den Konfessionalismus im Libanon zu verankern, s. Owen, Roger: The political economy of the Grand Liban 1920–1970, in: Ders.: Essays on the crisis in Lebanon, London 1976, S. 23–32.
(6) Ekbal, Kamran: Zionismus und Bi-Nationalität in Palästina. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Der schwierige Weg nach Palästina. Zionismus, Opposition und Bi-Nationalität. Arbeitsheft 2, hrsg. v. Friedhelm Ernst, Stuttgart 1984, s. 31–44, hier S. 41.
(7) zit. n. Rokach, Livia: Israels heiliger Terror. Eine Studie auf der Basis von Moshe Sharetts Persönlichem Tagebuch und anderen Dokumenten seiner Zeit. Pfungstadt 1982, S. 47.
(8) vgl. hierzu: The Zionist Organization's Memorandum to the Supreme Council at the Peace Conference, 3 Feb. 1919, in: J.C. Hurewitz: Diplomacy in the Near and Middle East. A documentary record, vol. 2, Princeton 1958, S. 45–50, hier S. 46.
(9) Rokach, a.a.O., S. 53.
(10) ibid, S. 50, 51.
(11) Ekbal: Islam, Nationalismus und Identitätsfragen, a.a.O., S. 94.
(12) Frankfurter Rundschau, 11.11.1970.
(13) Tibi, Bassam: Zur gegenwärtigen Situation im Libanon, in: Kischli, a.a.O., S. 115.
(14) Haley, P. Edward und Lewis, W. Snider: Lebanon in Crisis. Participants and issues, New York 1979, S. 34; vgl. auch Salibi, Kamal S.: Crossroads to civil war. Lebanon 1958–1976, London 1976, S. 92.
(15) Chomsky, a.a.O., s. 184; vgl. auch Salibi: Crossroads, a.a.O., S. 97 ff.
(16) vgl. hierzu Al-Azmeh, Aziz: The Progressive Forces, in: Owen (Hrsg.), a.a.O., S. 59–72.
(17) Zur Phalange vgl. Khalaf, Tewfik: The Phalange and the Maronite community. From Lebanoism to Maronitism, in: Owen (Hrsg.), a.a.O., S. 43–57.
(18) Chomsky, a.a.O., S. 184.
(19) ibid.
(20) Ha'aretz, 27.7.1982, zit. in Chomsky, a.a.O., S. 186 f.
(21) Jansen, Michael: The battle of Beirut. Why Israel invaded Lebanon, London 1982? S. 121.
(22) ibid.
(23) Haley, a.a.O., S. 45.
24) Konkrete Hinweise auf solche territorialen Interessen enthält bereits das Memorandum der zionistischen Organisation an die Pariser Friedensverhandlungen vom 3. Febr. 1919. In: J.C. Hurewitz, Diplomacy in the Near and Middle-East, A Documentary Record, Vol. II, Princeton 1958, S. 45 ff.
(25) Chomsky, a.a.O., S. 183.
(26) Sykes, Christopher: Kreuzwege nach Israel. Die Vorgeschichte des jüdischen Staates, München 1967, S. 183 f.
(27) Rokach, a.a.O., S. 53 f.
(28) ibid, S. 55.
(29) Chomsky, a.a.O., S. 1985.
(30) zit. n.: Israel in Lebanon. The report of the International Commission to enquire into reported violations of International Law by Israel during its invasion of the Lebanon, London 1983, S. 10 f.
(31) Jerusalem Post, 24.6.1982, zit. n. Jansen, a.a.O., S. 121.
(32) Buchalla, Carl: An einem Sonntag im April fing alles an, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) 13./14.4.1984.
(33) SZ, 2.4.1985.
(34) zit. n. Rokach, a.a.O., S. 94.
(35) SZ, 14.5.1985.
(36) SZ, 5.7.1985.
(37) Der Spiegel, Nr. 27, 1.7.1985.
(38) Zur Vorbereitung eines „Arabischen Volkskongresses" für den 6. Dezember 1980 wurde auf einer Konferenz am 6. September 1980 in Shfar'am unter Leitung der israelischen KP (Rakach) der Entwurf einer „Nationalen Charta" behandelt und anschließend verabschiedet. Darin wurde festgestellt, daß die israelischen Araber „geschichtlich ein Teil des palästinensischen Volkes" seinen. Ferner wurde die Errichtung eines palästinensischen Staates auf der Westbank und im Gazastreifen an der Seite Israels gefordert. Der Kongress, der in Nazareth stattfinden sollte, wurde von den Israelis verboten. Auszüge aus dem Entwurf der „Erklärung des Arabischen Volkskongresses in Israel" in: Flores, Alexander u.a.: Araber in Israel. Deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V., Schriften Band 5, hrsg. v. Reiner Bernstein, Berlin 1981, S. 30–32.
(39) Jinon, Oded: Eine Strategie für Israel in den achtziger Jahren, in: Kivunim (Richtungen). Eine Zeitschrift für Judentum und Zionismus, Nr. 14, Februar 1982, S. 49–59. Vollständiger Text der deutschen Übersetzung von Ursula Spehl in: Pax Hebraica. Oded Jinon u.a. Die „Scharon Doktrin". Das Israel Imperium von China und der UdSSR bis Kenia und Marokko. Klartexte zum weltweiten Problem Palästina 7 (Holograph Edition), hrsg. v. Helmut Spehl, Freiburg 1982, s. 14–31; Hervorhebungen von uns.
(40) „Israel: Zweites Soweto", in: Der Spiegel, Nr. 52, 21.12.1987.



„Wir können nicht Tel Aviv vor Nablus befreien“

Interview mit Leila Khaled, PFLP

Leila Khaled ist vor rund 20 Jahren durch spektakuläre Aktionen der Volksfront zur Befreiung Palästinas berühmt geworden. Ihre Geschichte ist in dem Buch „Mein Volk soll leben. Autobiographie der palästinensischen Revolutionärin“[1] nachzulesen. Heute arbeitet Leila Khaled in der Frauenorganisation der PFLP.

Mehr als ein halbes Jahr Intifada — was ist deiner Meinung nach das mindeste, was der Aufstand erreichen wird, erreichen muß?

Als erstes ist dazu zu sagen, daß dieser Aufstand, die Intifada, wie wir ihn nennen, eine Parole hat, nämlich Freiheit und Unabhängigkeit. Alle Aktivitäten unseres Volkes sind darauf hin ausgerichtet. Nun denken wir aber nicht, daß wir dieses letzte Ziel durch den Aufstand erreichen. Der Aufstand, d.h. die Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes, hat in ihrem dritten oder vierten Aufruf 14 Forderungen aufgestellt, die gegen die Besatzung gerichtet sind: v.a. Rückzug der Armee, keine Einmischung der Israelis in die Verwaltung der Gebiete, keine Steuern etc. Wenn diese Forderungen erfüllt sind, hat der Aufstand sein Ziel erreicht. Für Unabhängigkeit, wie wir sie verstehen, braucht es eine ganze Revolution, nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern auch außerhalb. Denn die palästinensische Sache kann nicht isoliert von ihrer arabischen Umgebung gesehen werden. Außerdem ist die israelische Okkupation eine andere als die alte, traditionelle Okkupation der Imperialisten. Sie ist insofern verschieden, als die Israelis das Land zu nehmen versuchen und die Bewohner vertreiben, wie 1948 geschehen. Likud und Arbeitspartei haben in ihren Programmen immer noch das Ziel, das Land in der West Bank und in Gaza einzunehmen. Unser Kampf muß also sein, Unabhängigkeit, das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und den unabhängigen Staat zu erreichen. Der Aufstand ist ein großer und in seiner Art völlig neuer Schritt dahin.

Die Menschen in den besetzten Gebieten haben schon länger die Parole eines unabhängigen palästinensischen Staates in einem Teil Palästinas, den besetzten Gebieten nämlich, in den Vordergrund gerückt. In welchem Verhältnis steht diese Parole zu der älteren, der von der Befreiung ganz Palästinas, einer Parole, der die PFLP selbst bis 1979 anhing? Ist es richtig, die eine Parole als 'romantisch', die andere als 'realistisch' zu bezeichnen?

Revolutionen beginnen immer mit einer romantischen Idee in den Köpfen einiger Menschen. Sie beginnen zu arbeiten, bis diese Idee etwas Reales wird. Auf diese Weise haben viele Völker in der Geschichte ihre Unabhängigkeit erreicht. Grundsätzlich ist das auch mit unserem Volk so, aber in unserem besonderen Fall gibt es Unterschiede. Wie ich vorhin schon sagte, kamen die Zionisten nicht in der üblichen Art der Kolonisatoren, sondern als Siedler.

Es genügt nicht, das strategische Ziel nur zu bestimmen, wir müssen auch realistisch sehen, wie wir es erreichen. In unserem Denken ist das strategische Ziel nicht nur einen demokratischen, sondern einen sozialen Staat, ein sozialistisches Gemeinwesen zu errichten. Damit unsere Massen außerhalb Palästinas das akzeptieren, sagen wir, wir müssen das ganze Land befreien. Ich z.B. bin aus Haifa. Also muß ich dafür kämpfen, nach Haifa zurückzukehren. Nachdem wir glauben, daß das Ziel auf einmal nicht zu erreichen ist, müssen wir in Etappen vorgehen. Was ist nun einfacher für uns: Den Gazastreifen und die Westbank zu befreien, wo unsere Massen konzentriert sind? Oder Haifa, wo die Israelis konzentriert sind? In diesem Sinne müssen wir unseren Staat errichten, wo immer wir Gebiete befreien können. Jetzt tobt der Aufstand, aber auch vorher haben wir so gedacht. Im politischen Bericht der PFLP haben wir geschrieben, daß der erste Schritt zur Befreiung Palästinas die Verwirklichung unseres Rechtes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates ist. Wir wußten von vornherein, daß das

in den besetzten Gebieten sein würde. Uns war klar, daß wir nicht Tel Aviv vor Nablus befreien können.

Und unsere Massen in den besetzten Gebieten können nach 20 Jahren Besatzung auf der einen Seite die sozialen, wirtschaftlichen Bedingungen, die ganze Unterdrükkung nicht mehr ertragen. Auf der anderen Seite sind sie nun auch erfahrener. Sie wissen genau, wie sie dem zionistischen Feind begegnen können — besser als in den anderen Aufständen, in den 20er und 30er Jahren. Der Aufstand dauert auch länder als der Streik von 1936... Aber, wie gesagt, die Beseitigung der Okkupation ist eine Etappe, die ihre Art des Kampfes hat. Die anderen Etappen sollten auch ihre Arten des Kampfes haben.

Die Versöhnung zwischen Arafat und Syrien — hat sie schon Ergebnisse hervorgebracht?

Die Versöhnung zwischen Syrien und der al Fatah ist ein Ergebnis des Aufstandes. Sie wurde durch den Mord an Abu Jihad beschleunigt. Unsere Sicht der Dinge ist, daß diese Versöhnung auf einem gegenseitigen Bedürfnis beruht. Nach dem Arabischen Gipfel in Amman fand Syrien sich allein. Jordanien, König Hussein, machte seine eigenen Pläne; die Amerikaner haben Syrien nichts zu bieten; Ägypten ist an Camp David gebunden. Auf der anderen Seite al Fatah: Auch sie fand, daß der Weg über König Hussein geschlossen ist. Über Ägypten ist er auch blockiert — wegen Camp David — so blieb Syrien übrig. Die Versöhnung ist das Zusammentreffen gegenseitiger politischer Interessen. Zu den Ergebnissen — das braucht Zeit. Nach vier, fünf Jahren werden Probleme nicht auf einmal gelöst.

... Heute z.B. ist der 40. Tag nach dem Tod von Abu Jihad, ein Tag, der traditionell mit Trauerfeierlichkeiten begangen wird. Es fanden aber keine statt, weil Syrien es nicht wünschte...

Davon weiß ich nichts. Aber man kann nicht erwarten, daß alles von anfang an glatt geht. Es braucht noch mehr Verhandlungen, um die alten Probleme zu lösen.

Was erwartest du vom Arabischen Gipfel in Algiers?

Vieles. Ich hoffe, daß die Teilnehmer Syrien, Lybien, Algerien die PLO und die Volksrepublik Jemen als Block zusammenarbeiten. Wenn sie das nicht tun, ist es eine Katastrophe. Denn dieser Gipfel sollte sich die Sache des Gipfels von Rabat 1974 zu eigen machen, wo die arabischen Staaten die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannten. Nun brauchen wir ein neues Rabat. Denn 5 Jahre lang versuchten die arabischen Staaten, die PLO zu eliminieren, was sie politisch auf dem Gipfel von Amman umsetzten. Deshalb sollten die oben genannten Staaten Druck ausüben, um die PLO zu unterstützen und die legitimen Rechte der Palästinenser zu bestimmen. Alle Arabischen Staaten versichern nämlich immer, daß die Palästinenser Rechte hätten, aber ohne zu sagen, was diese Rechte sind. Ich hoffe, daß diese 4 Staaten zusammen mit der PLO diese Auseinandersetzung mit den Reaktionären gewinnen...

A propos Reaktionäre — wie beurteilst du die wechselvolle Politik König Husseins im Moment?

Bis vor 4 Monaten versuchte König Hussein der Vertreter des palästinensischen Volkes zu sein. Er verließ sich darauf, daß der Aufstand nicht weitergehe. Besonders auf den Arabischen Gipfel von Amman trat er als derjenige auf, der das Problem lösen würde. Der Aufstand war ein Wink mit dem Zaunpfahl, nachdem er sich sogar noch steigerte: Er mußte fürchten, daß die Million Palästinenser in Jordanien einen zweiten Aufstand machen würden, wenn er sich gegen die Intifada in den besetzten Gebieten wendete. Jetzt hat er Angst und muß vorgeben, er unterstütze den Aufstand. Deshalb haben wir ihn jeden Tag des vergangenen Monats im Fernsehen sagen hören, daß nur und einzig die PLO die Vertreterin des palästinensischen Volkes sein, er keinerlei Ambitionen diesbezüglich hätte, etc. Aber das sagt er nur. Im geheimen verhandelt er über etwas ganz anderes, mit Simon Perez, mit Shultz. Bei Shultz hat er die PLO nicht einmal erwähnt.

Hatte der Mord an Abu Jihad Auswirkungen auf die Einheit der PLO?

Der Mord an Abu Jihad hat eigentlich weniger mit der Einheit zu tun als damit, daß die PLO verstärkt über den Feind nachdenken muß. Wir müssen uns klar machen, daß der Feind uns nicht nur als Volk, oder als militärische Einheiten verfolgt, sondern als Individuen.

Was die Einheit betrifft, in der PLO, so denke ich, sie würde letztes Jahr in Algiers erreicht. Es gibt immer noch ein paar Organisationen, die der Einheit nicht folgen, aber das ist ihr Problem, nicht das der PLO selbst.

Aber diese Einheit muß weiter entwikkelt werden. Wir wissen sehr wohl, daß die Institutionen der PLO einer „Reparatur" bedürfen, einer demokratischen Reparatur nämlich. Besonders al Fatah braucht eine kritische Überprüfung, ob sie ihre Führung kollektiv gestaltet, von der Basis aufwärts.

Aber wir sehen es als unsere Pflicht an, die gemeinsamen politischen Anknüpfungspunkte zwischen al Fatah, der PFLP und den anderen Organisationen zu finden, um die Einheit wiederherzustellen. Nach der Spaltung der PLO war sehr bald klar, daß sie unserem Kampf sehr schadete. Nach der Wiederherstellung der Einheit in Algiers unternahmen wir Schritte, auch Syrien zu dieser Versöhnung zu bewegen.

... Und wie ist Euer Verhältnis zur DFLP im Moment

Seit dem vierten Kongreß ist es unser Ziel, die demokratischen Organisationen zu vereinen. Dieses Ziel ist auch in unserem politischen Bericht enthalten. Und wir haben Erfahrungen damit, wie die Demokratische Allianz zwischen PFLP, DFLP, Kommunistischer Partei und Palästinensischer Befreiungsfront. Obwohl es uns nicht gelungen ist, die Linke zu stärken, arbeiten wir immer noch daran. Wir sind uns bewußt, daß wir auf alle Fälle ein starker

Block werden müssen, denn um in der PLO etwas zu verändern, braucht es eine starke linke Kraft.

Wie beurteilst du die Situation im Libanon — nach der syrisch-palästinensischen Allianz, nach den Kämpfen zwischen Hizbollah und Amal?

Das ist die komplizierteste Frage. Natürlich, wie wir gegen Amals Belagerung unserer Lager waren, so sind wir auch jetzt gegen die Konflikte zwischen Amal und Hizbollah. Die einzigen, die davon profitieren, sind die Verbündeten Israels und Israel selbst. Deshalb unterstützten wir keinen von beiden. Außerdem haben wir nach 1982 gesagt, daß das libanesische Problem ein libanesisches Prblem ist, in das wir uns nicht einmischen. Aber wir unterstützen die nationalen, patriotischen Kräfte im Libanon und ihre Programm. Leider wurden die Konflikte zwischen ihnen die hauptsächlichen Konflikte, wo doch das Gegenteil der Fall sein sollte: sie sollte sich gegen die Phalangisten und die Israelis verbünden, die ja den Süden Libanons besetzt halten.

Was die Situation im allgemeinen angeht, so haben wir im Arabischen einen Ausdruck dafür: Wanderdünen. Eine Gruppe steigt auf, hat die Macht. Im nächsten Moment ist sie verschwunden. Z.B. Amal. Amal war eine Macht in Beirut, nun sind sie fertig und Hizbollah kontrolliert ihre Stellungen. In den 70er Jahren waren es die Progressiven, die die Macht hatten, nun sind sie zersplittert. Die Situation ist sehr verworren. Aber es gibt ein paar Regeln: Die allererste ist, daß die Linken sich zusammenschließen müssen, um ein nationales Minimalprogramm aufzustellen. Sonst ist das Problem nicht lösbar. Die Amerikaner können es nicht lösen. Die Israelis besetzten den halben Libanon und konnten nichts tun. Ihre Soldaten sagten dem Libanon Nimmerwiedersehen, auf keinen Fall zurück in den Libanon. Jetzt sind die Syrer im Libanon, bis jetzt haben sie auch nichts erreicht. Iran ist im Libanon.

Manche westlichen Beobachter sehen bei der starren Haltung Israels einen neuen Nahost Krieg heraufziehen — ist das wahrscheinlich?

Einen Krieg zwischen wem und wem? Syrien? Warum? Ich muß diese Frage jenen westlichen Beobachtern stellen. Warum sollten sich die Israelis in einen neuen Krieg verwickeln? Sie führen Krieg, wenn eine Bedrohung gegen sie heraufzieht. Ich glaube nicht, daß irgendein arabischer Staat eine wirkliche Bedrohung Israels ist. Libanon — wo ist da die Bedrohung? Wenn nicht wir unseren militärischen Kampf im Süden konzentrieren. Das ist eine wirkliche Bedrohung Israels, und natürlich der Aufstand. Aber darauf werden sie im Libanon mit Überfällen antworten, mit einer Invasion, aber nicht um zu besetzen. Dazu haben sie im Libanon zu viele Verluste gehabt, mehr als in den anderen Kriegen. Nein, Überfälle wie der vor einigen Wochen, und dann Rückzug ist ihre Strategie, kein neuer Nahost Krieg.

Zur sowjetischen Politik im Zeitalter von Perestroika: George Habbash sagte neulich: „Die neue Politik der SU schließt einen Wechsel in der Taktik ein, bleibt in den wesentlichen Prinzipien aber konstant". Was bedeutet das konkret?

Was die Haltung der SU angeht, so muß man hier unsere Sache und Afghanistan gemeinsam betrachten: Aus Afghanistan zieht die SU nun nach Jahren ab. Das heißt aber nicht, daß sie die Regierung und das Volk den Pakistanis überlassen, oder im Stich lassen. Ähnliches gilt für uns. Die SU unterstützt uns politisch und auf internationaler Ebene. Nun ruft sie zwar nach einer internationalen Konferenz, diese unterscheidet sich aber sehr wesentlich von der Konferenz, die Shultz propagiert. Sie soll uns die Möglichkeit geben, zu verhandeln und einige unserer Ziele zu erreichen. Das ist die Taktik. Das widerspricht nicht der grundsätzlichen Unterstützung der SU für unsere Sache.

... sie haben sogar eine konsularische Delegation in Tel Aviv, mehrere Ostblockstaaten nahmen Kontakt zu Israel auf...

Auch wenn sie eine Delegation in Tel Aviv haben, heißt das nicht, daß sie uns ihre Unterstützung entziehen.

In der westlichen Presse gab es einige Sensationsmache darum, das Gorbatchov von Arafat verlangt hätte, 'Israel' anzuerkennen. Unser Vertreter sagte uns, alles was Gorbatchov forderte war eine internationale Konferenz mit allen Gruppen und Mitgliedern, die am Konflikt beteiligt sind. Das heißt, daß die Palästinenser UND die Israelis daran teilnehmen müssen. Daraus wollten dann wohl einige Journalisten eine Sensation machen... Iche denke, das ist eher westliche Propaganda gegen Gorbatchov. Khaddoumi schrieb sogar eine Gegendarstellung in einer sowjetischen Zeitung. Auch Arafat dementierte das.

Das Interview führte Birgit Schäbler in Damaskus am 28.5.1988

Anmerkung

1) Nachdruck erhältlich bei „Das Arabische Buch", Berlin.

Zwei von dreißig

Benjamin Beit-Hallahmi: Schmutzige Allianzen — Die geheimen Geschäfte Israels, Kindler-Verlag, München 1988, 322 Seiten, 29,80 DM

Ein Aprilabend im Jahr 1976: „Ich saß in meinem Appartement in Haifa und schaute mir die Abendnachrichten des israelischen Fernsehens an. Es war nichts besondes Aufregendes passiert an diesem Tag, und so führte man den Zuschauern eine Reihe von Kurzberichten über ziemlich alltägliche Geschehnisse aus nah und fern vor. An die meisten dieser bebilderten Meldungen kann ich mich nicht mehr erinnern, aber eine fesselte sogleich meine Aufmerksamkeit und wurde für mich persönlich zu einem entscheidenden Erlebnis. Zu sehen war in diesem Bericht Balthasar Johannes (John) Vorster, Premierminister der Republik Südafrika, der an diesem Tag zu einem offziellen Staatsbesuch in Israel eingetroffen war. Was das israelische Fernsehen seinen Zuschauern an diesem Abend vorsetzte, waren Bilder vom Besuch des Herrn Vorster in Yad Vashem, der Gedenkstätte für den Holocaust in Jerusalem."

Weil das israelische Außenministerium die „Taktlosigkeit besaß, einen aktenkundigen Nazi-Kollaborateur zu einer Gedenkstätte für die Opfer des Nazismus zu führen", machte sich Benjamin Beit-Hallahmi, Psychologieprofessor an der Universität Haifa, daran, die israelische Außenpolitik kreuz und quer über die gesamte Weltkarte zu untersuchen. Das Ergebnis seiner zehnjährigen Forschungsarbeit, die jetzt auch in der Bundesrepublik veröffentlich wurde, hielt er im Buchtitel fest: „Schmutzige Allianzen".

Wer mal einen Blick in die Jahrbücher des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI geworfen hat, wußte bereits dies: Israel, in den Statistiken als Staat der „Dritten Welt" geführt, ist unter diesen zum größten Großwaffenproduzenten und Rüstungslieferanten heraufgewachsen. Es gibt rund 30 Prozent seines Bruttosozialproduktes für militärische Zwecke aus (ein Vergleich: USA 7 Prozent). Der Umfang israelischer Rüstungsexporte wird von den in den USA erscheinenden „MERIP Middle East Reports" auf eine bis zwei Milliarden Dollar jährlich geschätzt — offizielle Angaben, die einigermaßen zutreffend sind, gibt es von der israelischen Regierung ebensowenig wie von der Bundesregierung hierzulande.

Israelische Außenpolitik, außerhalb der arabischen Welt, das ist im wesentlichen Handel mit Waffen und Geheimdienst-Know-how, Hilfe bei militärischer Ausbildung und Aufstandsbekämpfung. Und die Staaten, mit denen Israel beste Beziehungen pflegt, sind zuvorderst die Diktaturen dieser Welt:

Südkorea und Thailand werden mit der Uzi-Maschinenpistole und dem Galil-Gewehr ausgerüstet, den Exportschlagern israelischer Waffenproduktion (die Uzi ist mit ca. einer dreiviertel Million Exemplaren die am meisten verkaufte MP auf der Welt). Taiwan erhielt aus Israel u.a. das Know-how für die Produktion chemischer Waffen. Für das Mobuto-Regime in Zaire bildete Israel Elite-Einheiten aus und lieferte Uzis, Galil-Gewehre und sowjetische AK-17-Gewehre, die in diversen Nahost-Kriegen erbeutet wurden. In Liberia und in Kenia sind israelische Spezialisten und der israelische Geheimdienst Mossad für die „innere Sicherheit" tätig. Für das 1980 abgelöste Siedler-Regime im früheren Rhodesien bauten israelische Techniker einen 800 km langen Minengürtel an der Grenze zu Mosambik und Sambia; die rhodesische Polizei wurde mit der in Lizenz nachgebauten Uzi ausgerüstet, das Militär mit ausgemusterten US-Kampfhubschraubern, die Israel via Südafrika an Ian Smith leitete. In den Tchad, zu den Truppen von Hissen Habré, schickte Israel Militärberater. Bokassa, als er noch Präsident und dann selbstgekrönter Kaiser von Zentralafrika war, erhielt ebenfalls israelische Waffen.

In Angola lieferte Israel in den 70er Jahren, nachdem das portugiesische Kolonialregime abgedankt hatte, zunächst Waffen an die FNLA des CIA-Zöglings Holden Roberto, dann an die gegen die MPLA kämpfende und von Südafrika unterstützte UNITA. In Mosambik rüstet Israel, z.T. in Kooperation mit Saudi-Arabien, die von Südafrika dirigierte Killertruppe der MNR (ReNaMo) mit sowjetischen Beutewaffen aus.

Mittel zur Aufstandsbekämpfung lieferte Israel an Indonesien für dessen 1975 begonnenen Krieg gegen Ost-Timor, an das philippinische Marcos-Regime, an die Jayawardene-Regierung in Sri Lanka zur Niederhaltung der Tamilen, an die äthiopische Regierung für ihren Krieg in Eritrea, an die Duvalier-Diktatur in Haiti, Anfang der 60er Jahre an die französische Geheimarmee OAS gegen den algerischen Befreiungskampf, und heute noch an das marokkanische Königreich für dessen Westsahara-Krieg gegen die Frente Polisario. König Hassan konnte bereits in den 60er Jahren mit israelischer Unterstützung einen Polizei- und Sicherheitsapparat etablieren, der seine Wirksamkeit gegenüber der innenpolitischen Opposition schon zu Zeiten des Generals Oufkir und der Ermordung Ben Barkas unter Beweis gestellt hat.

Tätige Hilfe beim Aufbau von Geheimpolizeien und Geheimdiensten hat Israel auch dem seinerzeitigen Schah-Regime im Iran, der Türkei, Äthiopien, Zaire, Chile, Guatemala, El Salvador und Honduras geleistet. Über die israelischen High-Tech-Lieferungen an Guatemala, in dem bis zum Januar 1986 eines der brutalsten Regimes in Mittelamerika an der Macht war, schreibt Benjamit Beit-Hallahmi: „Es kursieren (...) Berichte über die Existenz eines (...) von Israelis aufgebauten computerisierten Überwachungssystems, das in der Lage sein soll, 'verdächtige Aktivitäten' aufzuspüren, indem es feststellt, in welchen Haushalten nachts ungewöhnlich viel Strom verbraucht wird. Solche Techniken sind von den Israelis für die 'Verwaltung' der besetzten Gebiete entwickelt worden."

Mittel- und Südamerika sind ohnehin die bevorzugten Adressaten israelischer Außenpolitik. Als US-Präsident Carter 1977 bekanntgab, daß seine Regierung nunmehr Menschenrechtspolitik betreiben und deswegen die Wirtschafts- und Militärhilfe an etliche lateinamerikanische Diktaturen einstellen wolle (was Reagan dann 1981 widerrief), hielt Israel allen davon betroffenen Regimes eine unverbrüchliche Treue. Die israelische Regierung fühlte sich ihnen engstens verbunden, wie der damalige stellvertretende Premierminister Mordechai Zippori 1978 während eines Besuchs bei Pinochet bekannte: „Wenn ich mir mein Urteil über die Lage in Chile nur aufgrund von Fernsehbildern und Rundfunknachrichten bilden müßte, würde ich nicht nach Chile kommen, weil ich denken würde, hier gäbe es Tag für Tag Schießereien und Straßenschlachten. Dasselbe widerfährt dem israelischen Staat: Durch die Brille der Kommunikationsmedien gesehen, kämpfen die palästinensischen Terroristen im Dienst einer gerechten Sache und werden dafür von Israel verfolgt. Allein, weder das von Chile noch das von Israel gezeichnete Bild ist zutreffend."

So wurde Israel nach 1977 nahzu alleiniger Waffenliferant für Guatemala; vereinbarte 1982 ein Militärabkommen mit Honduras; lieferte den wechselnden Militärdiktaturen 1976 bis 1983 in Argentinien unter anderem Shafir- und Gabriel-Raketen; half dem Pinochet-Regime in Chile mit Helmen, Wasserwerfern, Munition und Leichtwaffen bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Land und lieferte technische Ausrüstung und technisches

Wissen für die Produktion von Splitterbomben; rüstete die Leibwache des Generals Stroessners in Paraguay aus; erkannte zusammen mit lediglich acht anderen Staaten 1980 das Putschisten-Regime von Luis Garcia Meza in Bolivien an und koopierte bei der dorthin gehenden Militärhilfe mit Südafrika; bestritt 80 % der Rüstungsimporte von El Salvador (unter den Lieferungen sollen auch Napalm-Bomben gewesen sein, die nach Aussagen des salvadorianischen Luftwaffenobersten Rafael Bustillo Ende der 70er Jahre gegen die Guerilla eingesetzt wurden); und lieferte dem Somoza-Regime in Nicaragua unter anderem die Avara-Transportflugzeuge, die im Juni 1979 zum Abwurf von Bomben auf die Elendsquartiere in Managua eingesetzt wurden. Was Nicaragua betrifft, so sind die Empfänger israelischer Artilleriegeschütze, Minen, Handgranaten usw. jetzt nicht mehr Regierungsstellen, sondern die Contras.

Daß umgekehrt lateinamerikanische Diktaturen mit Israel noch lieber als mit den USA zusammenarbeiten, erklärt ein namhafter guatemaltekischer Politiker so: „Die Israelis lassen nicht zu, daß Menschenrechte die Geschäfte verderben."

Nur mit dem Rassisten-Regime in Südafrika unterhält Israel intensivere Beziehungen als mit den lateinamerikanischen Diktaturen. Die Haltung, die die israelische Regierung zum Apartheid-Staat einnimmt, läßt sich am besten durch Äußerungen ihrer Repräsentanten charakterisieren:

Itzhak Rabin, ehemaliger Premierminister, heute Verteidigungsminister Israels, 1976: „Gemeinsam ist unseren Ländern das Problem, daß wir, jeder in seinem Teil der Welt, unter den Bedingungen einer von außen gesteuerten Instabilität und Skrupellosigkeit die Initiative zum Dialog, zur Koexistenz und zur Stabilität ergreifen müssen."

Itzhak Unna, israelischer Botschafter in Südafrika, 1979: „Man muß sehen, daß Südafrika besondere Werte für die freie Welt verkörpert — die von den Arabern heute bereits erpreßt und als Geisel gehalten wird, wenn wir an Erdöl und Energie denken... Es wäre eine Katastrophe, wenn Südafrika als konstruktives und aktives Mitglied der Gemeinschaften der freien Völker verlorenginge."

Gideon Patt, israelischer Industrie- und Handelsminister, 1982: „Israel und Südafrika sind zwei der dreißig demokratisch regierten Länder der Erde."

General Rafael Eitan schließlich, ehemaliger Stabschef der israelischen Streitkräfte und heute einer der Sprecher der israelischen Rechten, bezeichnete die südafrianische Politik in und gegenüber Bantustan 1983 als ein „mögliches Vorbild für die Lösung des Palästinenser-Problems in Israel."

An Südafrika liefert Israel nahezu alles, was die eigene Rüstungsindustrie hergibt: Es ist dreimal so viel wie an Argentinien, das auf Platz 2 der israelischen Kundenliste steht. Etliches südafrikanische Kriegsgerät ist zudem ein Lizenznachbau israelischer Originale: unter anderem das R-1-Gewehr (alias Galil), die Scorpion-Schiffsrakete (alias Gabriel) und der Cheetah-Düsenjäger (eine Kopie des israelischen Kfir-2, der wiederum nach Blaupausen der französischen Mirage-5 konstruiert wurde, die der Mossad 1969 in seinen Besitz brachte).

Ähnlich wie zuvor in Rhodesien wirkten israelische Techniker an der Errichtung eines Sicherungssystems entlang der südafrikanischen Grenzen mit. Bei der Vorbereitung der südafrikanischen Luftangriffe Mitte Mai 1986 auf die Hauptstädte von Zimbabwe, Sambia und Botswana, und beim südafrikanischen Flottenangriff zwei Wochen später auf den Hafen Namibre im südlichen Angola sollen israelische Berater ebenfalls zur Seite gestanden haben. Israelische Erfahrung scheint das Rassisten-Regime auch auf einem anderen Sektor zu schätzen: Seit Anfang der 80er Jahre trafen bei im Exil lebenden Führern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Paket- und Briefbomben ein, wie sie der Mossad in den 70er Jahren an die PLO-Repräsentanten abgeschickt hatte.

Das bestgehütete Kapital israelisch-südafrikanischer Zusammenarbeit aber trägt die Überschrift 'Atomtechnik'. Seine atomtechnischen Lehr- und Wanderjahre hat Israel unter Anleitung der französischen Regierung absolviert, die in den Jahren 1957 bis 1960 beim Bau des Reaktorkomplexes Dimona im Nuklearen Forschungszentrum Negev (NRCN/KAMAG) half. Unmittelbar danach, 1961, begann Südafrika mit der Errichtung seines Atomforschungszentrums in Pelindaba. Südafrika mit seinen reichhaltigen Uran-Vorkommen war von vornherein für fast alle Atom-Staaten von größtem Interesse. Bei dem besonderen Verhältnis, das Tel Aviv und Pretoria seit den späten 50er Jahren untereinander pflegten, gewann die Atom-Kooperation immer größere Bedeutung. Beide Staaten gehören zu den Ländern, die sich geweigert haben, den Atomwaffensperrvertrag von 1968 zu unterzeichnen, was auch bedeutet, daß ihre nuklearen Anlagen von der internationalen Atomenergie-Behörde nicht inspiziert werden dürfen.

Daß Israel (und Südafrika) bereits im Besitz der Atomwaffe seien, wurde mehrfach behauptet. Nicht nur von Mordechai Vanunu, der wegen seiner Tätigkeit im Dimona-Komplex einer derjenigen ist, dem man ein tatsächliches Wissen zutrauen kann. Seine Entführung durch den Mossad, die Art des anschließenden Militärprozesses gegen ihn und seine jetzige Verurteilung zu 18 Jahren Gefängnis deuten an, wie sehr die israelische Regierung daran interessiert ist, den Entwicklungsstand ihrer Atomtechnik geheim zu halten. Schon 1980 aber wurde von der US-Fernsehgesellschaft CBS berichtet, daß im September 1979 ein erster israelisch-südafrikanischer Atomwaffentest auf offener See unweit der Südspitze Südafrikas stattgefunden habe. Dabei soll es sich um den Test einer Atom-Granate gehandelt haben, die eine verhältnismäßig „kleine" Sprengkraft von zwei Kilotonnen besitzt und aus einer Haubitze oder einer Schiffskanone abgefeuert werden kann. Tatsächlich würde angesichts ihrer geographischen Lage sowohl für Südafrika als auch für Israel lediglich eine „kleine" Atomwaffe zwecks Abschrekkung der Nachbarstaaten von Interesse sein. Zur Enteignung und Entrechtung der einheimischen palästinensischen bzw. schwarzen Bevölkerung — dem Hauptanliegen beider Staaten — wäre sie untauglich.

Jürgen Reents

erstmals erschienen im Konkret 5/88

Dokumentation

ANTIZIONISMUS – EIN NEUER ANTISEMITISMUS VON LINKS

Für eine andere Palästina-Solidarität

Die Solidarität mit dem Aufstand der Palästinenser gegen die Militärdiktatur in den von Israel besetzten Gebieten sowie die Solidarität mit dem Protest der Israelis palästinensischer Herkunft gegen ihre Diskriminierung sind eine Notwendigkeit des linken Internationalismus. Allerdings treibt sie unter deutschen Linken merkwürdige Blüten.

Wir haben den bestimmten Verdacht, daß die unter der Parole des 'Antizionismus' organisierte Solidaritätsarbeit weniger um der Palästinenser willen geschieht, als vielmehr der günstigen Gelegenheit wegen, antisemitische Gefühle und Absichten unter politischer Bemäntelung endlich ausleben zu können.

Unmittelbarer Anlaß dieser traurigen Feststellung ist ein in Freiburg unter der Hand kursierendes »Kampfblatt für den Aufstand« mit dem Titel »Immer rebellieren«. Unter der Überschrift **»Das zionistische Staatengebilde 'Israel' muß verschwinden!«** verbreitet das Blatt die trübe These einer Wesensgleichheit von Zionismus und Faschismus und behauptet, Nazis und israelische Staatsgründer hätten bei der Selektion der Opfer wie auch bei der Vertreibung der Palästinenser Hand in Hand gearbeitet. Der von Faschisten oft geäußerte Satz, die Juden sollten Hitler doch dankbar sein, kehrt hier in antiimperialistischer Aufmachung wieder.

Wie kommen deutsche 'Linke' dazu, einem israelischen Staat die Vernichtung anzudrohen? Warum soll Israel der einzige Staat sein, der ausradiert gehört? Wie kommt es zu einer Forderung, die man noch keinen Antiimperialisten etwa in Bezug auf Irak und die Kurden hat verlautbaren hören? Sonst fordert der empörte Antiimperialist den Sturz der Regierung, den radikalen Wandel der Politik usw. usf. – wenn es um Israel geht, dann soll allein die Tilgung von der Landkarte helfen. Wie das? Woher kommt das besondere Engagement in Sachen 'Antizionismus'?

Man hat sich daran gewöhnt, die sog. 'Antiimperialisten' bzw. die Freunde des bewaffneten Kampfes, von der Revolution und vom Widerstand so reden zu hören wie die Blinden vom Regenbogen und die Tauben von der 'Internationale'. Man darf sich nicht daran gewöhnen, wenn sich nun antiimperialistischer Verfolgungswahn und Verschwörungspsychose an denen sich ausleben, die knapp davonkamen. Man hat sich daran gewöhnen müssen, daß der antiimperialistische Habitus aus Schützengraben- und Frontromantik, aus Chauvinismus und Intellektuellenhaß zusammengeflickt wurde. Dies sind die klassischen ideologischen und psychologischen Formen reaktionärer Gesinnung. Jetzt verdichten sie sich zum Antisemitismus und haben darin ihr ideales Objekt gefunden. Daran darf man sich nicht gewöhnen.

Bislang konnte man annehmen, es sei für Linke selbstverständlich, gegen den Judenhaß einzutreten. Bislang war daher der Schlachtruf 'Die Juden sind unser Unglück' einzig und allein in Nazipostillen zu lesen. Jetzt scheint die 'Wende' auch nach links ausgeschlagen zu haben. Wo aber der gewendete Konservative zum rabiaten Deutschnationalen wird, da wird der gewendete Linke zum Stalinisten und ergänzt das Arsenal seiner revolutionären Phrasen um die Parole des 'Antizionismus'. Wir stellen daher fest:

Nicht jeder, der gegen das Kapital agitiert, ist deshalb schon links

Die intellektuelle Verwahrlosung der Linken hat dazu geführt, daß das marxistische Vokabular zur Rechtfertigung eines jeden beliebigen Schwachsinns taugt und herhalten muß. Davon lebt auch die revolutionär sich gebende Rede vom 'Antizionismus'. Man darf sich aber vom rebellischen Wortgeklingel nichts vormachen lassen.

Auch Adolf Hitler war gegen das 'Kapital'. Auch er war ein 'Antikapitalist' von hohen Graden, der stets starke Worte gegen das »raffende Kapital« fand, das die Schaffer und Malocher ums Beste brachte. In 'Mein Kampf' agitiert er gegen die dekadenten Bürger, gegen die »Pfeffersäcke« und ihre »egoistische Interessenvertretung«, gegen die Spekulanten und gegen den Wucher. Und als Verkörperung der Spekulation erschien der Jude, der Geldgierige schlechthin, dessen intellektuelle Fraktion zuvor das Volk mit ihren 'abstrakten', 'blutleeren' und 'abgehobenen' Reden um das Beste gebracht und seine 'nationale Identität' zersetzt hatte.

Es sind diese Elemente eines schiefen und verlogenen 'Antikapitalismus', die auch der 'antizionistischen' Agitation von heute zur Legitimation dienen. **Mit dem Unterschied nur, daß der moderne Antisemitismus, der Judenhaß nach Auschwitz, vor allem als Antizionismus sich artikulieren muß.** Nach Wesen, Ziel und Methode mit dem Antisemitismus identisch, richtet der Antizionismus sein Augenmerk auf den 'Judenstaat'. Wie dem Judenhasser die bloße Existenz des Juden ein Ärgernis ist, so dem Antizionisten die bloße Existenz Israels. Aber gehen wir ins Einzelne der Argumente von 'Immer Rebellieren':

Es wird behauptet...

... »'Israel'« sei ein »zionistisches Staatengebilde«.

Wir fragen:

Seit wann ist es unter Linken legitim, von Israel so zu reden wie Reaktionäre von der sog. 'DDR'? Die scheinbar polemische Formel will suggerieren, dieser Staat sei ein 'künstliches' Produkt – im Unterschied wohl zu 'organischen' Staaten wie Syrien oder Saudi-Arabien. Darin lebt die antisemitische Zwangsvorstellung vom 'wurzellosen Volk' weiter, von Ahasver, dem 'ewig wandernden Juden', der nicht aus Blut und Boden schafft, sondern immer nur Machwerke, Konstrukte, 'Gebilde' zuwege bringt. Die infame Wendung vom 'Gebilde' bezweckt, der Wahnidee Futter zu geben, noch nicht einmal einen ordentlichen Staat, einen Staat des ganzen Volkes, brächten die Juden zuwege. Israel sei nur die Verkörperung einer Ideologie, eben des 'Zionismus', eines abstrakten Gedankens also, der sich den Boden Palästinas einverleibt habe. Die Vernichtungsphantasie speist sich aus dem Haß des Organischen gegen das Abstrakte, aus der Wut des Konkreten gegen den Geist: Es sind die Liquidationswünsche von Blut und Boden an Aufklärung und Vernunft.

Es wird behauptet...

... Israel verstehe sich als »Staat aller Juden«.

Wir fragen:

Was wäre denn schlimm daran, wenn's so wäre? Wie ist denn der Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß es Israel gibt, und jener, daß es seit 1945 kaum noch Pogrome gegeben hat? Lag denn nicht die Leichtigkeit der Ausgrenzung erst aus dem rechtlichen, dann aus dem wirklichen Leben auch daran, daß kein Staat die Juden beschützte? Hatte Andrej Gromyko etwa Unrecht, als er zur Begründung der sowjetischen Unterstützung für die Gründung Israels 1948 vor der UNO genauso argumentierte? Was können die Juden dafür, daß im imperialistischen Zeitalter der Mensch gar nichts, der Staatsbürger aber immerhin etwas gilt? Warum sollen in einer Zeit, in der gilt: »Völker wollen Befreiung und Nationalstaat« (frei nach Mao) gerade die Juden keinen haben? Der Zionismus ist die nationale und politische Emanzipationsbewegung der Juden, deren konkreter Ausdruck der Staat Israel ist – und weil dies so ist, entlarvt sich die jedem Antizionisten geläufige Unterscheidung von bösen Zionisten und guten Juden als Lippenbekenntnis, als bloßer Vorwand. Die guten Juden sollen immer die sein, die nicht in Israel leben – aber können sie nicht allein deshalb anderwärts aushalten, weil sie wissen, daß es eine Alternative gibt, daß ihnen jederzeit ein israelischer Paß zusteht?

> **Diskussionsveranstaltung**
>
> **Mittwoch, 9. März, 20 Uhr**
>
> **Fabrik, Habsburgerstr.9**

Es wird behauptet...

... Zionisten und Faschisten hätten bei der Vernichtung der Juden kooperiert – und daraus ergäbe sich die Einheit ihres Wesens: Zwei Seiten einer Medaille.

Wir fragen,

seit wann es unter 'Linken' gängig ist, den Begriff des Faschismus mittels einiger wüst zusammengemanschter Fakten zu entwickeln. Die genannten Daten und Fakten sind im Einzelnen unbestreitbar: Tatsächlich haben die Nazis zu Beginn ihrer Herrschaft die Auswanderung nach Palästina gefördert und tatsächlich haben sie sich der Judenräte als eines ihrer Mittel bedient, die Selektion reibungslos durchzuführen. Aber diese Fakten sprechen im Ganzen für das genaue Gegenteil der antizionistischen Behauptung. Am Gebrauch der Fakten wird das Wesen und die Methode des modernen Antisemitismus deutlich:

Über die 'antizionistische' Methode

Da dem Antisemiten der Jude durch seine bloße Existenz schon schuldig ist, kommt es auf die Fakten eigentlich gar nicht an. Die dümmste Lüge ist gerade gut genug; Fakten sollen nicht einen Beweis antreten – sie sollen die längst vorgefaßte Meinung bloß illustrieren und akzeptabel machen. Das Beweisziel steht fest, bevor noch irgendein Faktum bekannt ist. So wird die Geschichte erzählt, Goebbels habe zum Gedenken der 'Auswanderung' deutscher Juden nach Palästina »eine Medaille anfertigen lassen, die auf der einen Seite das Hakenkreuz, auf der anderen Seite den Davidstern zeigte«. Das stimmt – aber was beweist es? Der abgeleitete Schluß ist so falsch, daß noch nicht einmal das Gegenteil wahr ist. Zum Beispiel:

Wer sich nur flüchtig mit der Geschichte Palästinas befaßt, dem ist die Politik des religiösen und politischen Führers der palästinensischen Nationalbewegung in den 30er und 40er Jahren, Hadsch Amin el-Husseinis, des Muftis von Jerusalem, bekannt. Um 1930 schon führte die Jugendbewegung seiner 'Pästinensisch Arabischen Partei' den Namen 'Nazi-Scouts', orientierte sich an der SA und gab Flugblätter mit Hakenkreuz heraus. Husseini führte einen regen Briefwechsel mit Heinrich Himmler und dem Auswärtigen Amt; er bot den Nazis an, einen palästinensischen Beitrag zur Endlösung zu leisten. Auf seinen Kundgebungen wurde der Führer bejubelt. 1941 floh er nach Berlin, wo er mit den Faschisten kollaborierte, wo er im Kontakt mit Eichmann versuchte, die Auswanderung nach Palästina zu stoppen. Regelmäßig hielt er antisemitische Reden im deutschen Rundfunk. Auf seine Veranlassung wurden gar islamische Freiwilligenverbände der SS aufgestellt. 1945 entkam Husseini, dem wohl das Nürnberger Tribunal sicher gewesen wäre, nach Kairo, wo er als Führer der palästinensischen Bewegung begrüßt wurde. Als am 1. Oktober 1948 der palästinensische Nationalrat in Gaza zusammentritt, führte Husseini den Vorsitz und wird Präsident der Exilregierung.

Soweit die 'Fakten'. Wollte man die antizionistische Methode auf die Geschichte Husseinis anwenden, dann könnte man schließen, daß der palästinensische Widerstand zu Zeiten der Gründung Israels faschistisch gewesen sei. Zumindest wird aus den 'Fakten' verständlich, warum Ben-Gurion bereit war, mit jedem anderen zu verhandeln als mit Husseini.

Davon ist in keiner der antizionistischen Schriften die Rede und auch nicht in den Quellen, aus denen sie ihre Erkenntnisse abschreiben:

Die Quellen des Antizionismus

Das antiimperialistische 'Kampfblatt für den Aufstand' bezieht sein Wissen aus 'Al Karaman, Zeitschrift für die Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und dem der drei Kontinente'. Hier findet sich ein längerer Artikel 'Zionismus und Faschismus – Zwei Seiten einer Medaille'. Es ist eine Art Protokoll einer 'Pressekonferenz des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit' von Oktober 1984. Natürlich erklären die Redner zu Beginn und zu Ende ihrer Suada »mit aller Bestimmtheit, (nie würden sie) ein Gleichheitszeichen zwischen den Begriffen Zionist und Jude gesetzt haben oder setzen«. Das gehört zum Spiel: Für die Großzügigkeit beim Umgang mit Begriffen entschädigt man sich im gnadenlosen Umgang mit Menschen.

Das 'Antizionistische Komitee' wittert überall die zionistische Weltverschwörung, die zeitgemäße Fassung des alten 'Weltjudentums'. Die Juden sind an allem schuld, so z.B. daran, daß in den 30er Jahren die 'Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus' geschwächt wurde, an der Stalin so energisch mittels der Moskauer Prozesse arbeitete. Usw. usf.

Drehen wir auch hier die Methode um: Als Ribbentrop, Hitlers Außenminister, im August 1939 nach Moskau fuhr, um den Hitler-Stalin-Pakt zu unterzeichnen, war der Rote Platz von Hakenkreuzfahnen geschmückt und eine Kapelle der Roten Armee spielte das Horst-Wessel-Lied. Stalins Außenminister Molotow hielt eine Lobrede auf das »friedliebende Deutschland« und meinte: »Man kann die Ideologie des Hitlerismus, wie auch jedes andere ideologische System, anerkennen oder ablehnen, das ist eine Sache der politischen Anschauungen. Doch wird jedermann anerkennen, daß man eine Ideologie nicht durch Gewalt vernichten kann«. Faschismus ist also Meinungssache. Die Nazis warfen die Rede Molotows über den Stellungen der französischen Armee ab – sind also realer Sozialismus à la Stalin und Faschismus 'zwei Seiten einer Medaille'?

Natürlich kommt dies dem 'Antizionistischen Komitee' nicht in den Sinn. Es ist dies eine Vereinigung antisemitischer Slawophiler, heute in der Sowjetunion auch als Gruppe 'Pamjat' bekannt, die Stalin dafür lobt, daß er dem Juden Trotzki den Garaus bereitete.

Dies sind die Methoden und die Quellen des antiimperialistischen 'Antizionismus', wie er in Teilen der Solidaritätsbewegung vertreten wird.

Das Resultat steht im Voraus schon fest:
'Anti-Zionismus = Anti-Faschismus'

Das heißt nichts anders als:

Weil der moderne Antisemitismus nach Lage der Dinge genötigt ist, als Antizionismus aufzutreten, wiederholt er an Israel das altbekannte Schema der Projektion auf den Juden: was man selber will, wozu man aber vorläufig unfähig ist, das wird den Juden als Absicht und Tat unterstellt. Daraus erklärt sich die Behauptung des 'Kampfblatts für den Aufstand', die arroganten und elitären Juden begriffen sich als 'auserwähltes Volk', an dessen Wesen die Welt genesen soll. Die Juden sollen es sein, die die Gleichheit verweigern, während der Antisemit sich selber für den Nabel der Welt hält, aber niemand ihm Beachtung und Anerkennung gewährt. In der Denunziation, die Juden seien elitär, kommt zu Tage, man selber sei zu Höherem berufen. Der Antisemit will die Welt seinem Wahn praktisch unterordnen, aber diese Welt spielt nicht mit. Daher muß den Juden als geheime Natur ihres Wesens untergeschoben werden, was der Antisemit selber erstrebt. Sie haben, *was er will.* Sie verhindern, daß er es bekommt: nationale Identität, Gemeinschaft im Volk, fraglose Einheit als Eigenschaft von Natur und Rasse. Die von ihrer Gesellschaft um den Verstand gebrachten und atomisierten Einzelnen sehnen sich nach ihrem Untergang und ihrer Verschmelzung im repressiven Kollektiv, das endlich Ruhe, Ordnung und Übersicht schafft. Was diesem Verlangen entgegentritt, wird ebenso falsch wie exemplarisch im Pogrom vernichtet.

Zur Projektion gesellt sich ebenso logisch wie legitimatorisch der Verfolgungswahn, die politische Paranoia. Wer sich in Vernichtungsangst einmal hineingesteigert hat, der braucht im weiteren um Begründungen für Notwehr nicht verlegen sein. Der Antisemit fühlt sich beständig in der Defensive, belauert von unheimlichen Mächten, die zu allem fähig sind. Die Juden sind ihm die Gegenrasse (Hitler). Sie sind das bucklig Männchen, das immer schon da ist, wo man selber erst hin will, gegen das es keine Chancengleichheit gibt. Der moderne Antisemitismus ist so ein Judenhaß nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz: er wird ihnen Auschwitz nie verzeihen und nie ihnen vergeben, daß sie ihn um den Gegenstand seiner Sehnsucht, um die Volksgemeinschaft gebracht haben. In allem, was nationale Identität verhindert, wittert der Antisemit die Sabotage der 'Gegenrasse'. Was er aufbaut, das reißt sie nieder; was er bejaht, das verneint sie; wo er sich bekennt, da bekrittelt sie und negiert. Der Antisemit wähnt sich verfolgt vom »Dämon des ewigen Verneinens« (Rosenberg), vom Geist der Kritik, der ihm das Leben sauer macht. So lügt sich die Mordlust zur Notwehr um und rechtfertigt ihre Vernichtungslust durch Vernichtungsangst.

Projektion und Paranoia beherrschen die Lebenslügen des Antizionismus. Am Kampf der Palästinenser glauben sie, ihr Objekt gefunden zu haben. In einem Flugblatt 'Die Verteidigung der Lager liegt auf dem Weg nach Palästina' heißt es: Die Imperialisten und Zionisten »zerstören die sozialen Zusammenhänge der Menschen von Menschen und vertreiben sie von Land und Boden. Damit vernichten sie ihre Würde und Identität. Die völlige Entwurzelung und die Eingliederung in den Verwertungsprozeß der Herrschenden bedingen und garantieren sich gegenseitig«. Damit gehe die »Identität als Volk« verloren. Hier geht es nicht um die Palästinenser, die wohl schon vor der israelischen Staatsgründung Lohnarbeit und Kapital kannten, die sich von anderem auch ernährten als von »Land und Boden«. Hier ist die antisemitische Projektion an der Arbeit: was einem im Leben laufend in die Quere kommt, die ebenso abstrakte wie überaus wirksame Macht Kapital, wird auf die 'entwurzelten' Mächte von Geist und Geld reduziert und in der Gestalt des Juden personalisiert. Dem Antisemiten ist der Mensch eine Pflanze.

Wir erklären daher,

daß der antisemitische Verfolgungswahn die wirkliche Motivation des Antizionismus ausmacht. Auschwitz darf er nicht erinnern, will er mit dem Vorwurf, Israel sei faschistisch, die Juden als Urheber ihrer eigenen Vernichtung hinstellen können. So raffiniert sollen sie gewesen sein und alles nur, um den Identitäts- und Gemeinschaftssüchtigen eins auszuwischen. Das ist die Logik des Antisemitismus, gegen die mit Argumenten wohl kaum etwas auszurichten ist. Während die anderen Völker eine Art Bonus und Gutschrift erhalten, der sie in der Staatspolitik nicht aufgehen läßt, der ihnen die Staatspolitik nicht restlos als ihren eigenen Willen zuschreibt, während also 'normalerweise' die Agitation zwischen Volk und Staat einen kleinen Unterschied macht, darf dies für Israel und für die Juden nicht gelten. »Der zionistische Staat dient als Werkzeug für die Durchsetzungen dieser (imperialistischen) Herrschaftsinteressen«, sekundiert ein Flugblatt, das zu Veranstaltungen der Freiburger Nahostgruppe aufruft und folgert, es gelte, »den Zionismus als Ausdruck des Imperialismus zu zerschlagen« und das »zionistische Gebilde« zu vernichten.

Wir fragen:

Wann werden die Antiimperialisten die 'Protokolle der Weisen von Zion' zur offiziellen Schulungsgrundlage erklären? Wann werden sie erkennen, daß diese Protokolle, ein Machwerk der zaristischen Geheimpolizei, die objektive Theorie ihres Denkens ist?

Es wird weiterhin behauptet...

... Israel sei ein faschistisches Regime: »Die demokratische Maske des Regimes sitzt schief. Die häßliche Fratze des Faschismus kommt zum Vorschein«.

Wir fragen:

Was soll das für ein Faschismus sein, in dem 100.000e gegen das Besatzungsregime demonstrieren, in dem die KP legal ist, in dem arabische Israelis ins Parlament gewählt werden? Etwa ein parlamentarischer Faschismus?

Es wird behauptet...

... daß Israel faschistisch sei, käme besonders an der Bewegung des Rabbi Kahane zum Ausdruck.

Wir fragen:

Was ist das für ein Faschismusbegriff, dem es schon gar nicht auf den Widerspruch ankommt, die Nazis als einerseits längst Herrschende, andererseits als kleine Bewegung darzustellen? Den Autoren ist der Faschismus immer schon überall präsent, bevor er überhaupt nur irgendwo auftritt – und wenn er dann auftritt, bestätigt er nur, daß er immer schon da war. Aber dem Antisemitismus kommt es auf einen Widerspruch mehr oder weniger nicht an, er hat kein Gewissen und kein Gedächtnis, sondern ein Interesse.



Es wird behauptet...

...Israel betreibe in den besetzten Gebieten eine Vernichtungspolitik.

Wir fragen:

Gibt es im Gaza-Streifen ein neues Treblinka? Wo auf der Westbank ist Sobibor? Liegt Auschwitz auf den Golanhöhen?

Wir erklären:

Die Unfähigkeit, zwischen den Repressionsmaßnahmen Israels einerseits und der Ausrottungspolitik des deutschen Faschismus andererseits zu unterscheiden, ist mehr als nur eine Dummheit. Die arabischen Staaten haben Israel nie anerkannt und folglich befindet sich Israel im Krieg. Ein Staat ohne Anerkennung ist genausoweit souverän, soweit seine bewaffnete Macht reicht und soweit er seine strategischen Grenzen sichern und ausbauen kann. Innerhalb dieser fatalen Logik bewegt sich Israels Politik ganz im Rahmen dessen, was sich noch jeder bürgerlich-demokratische Staat mittels Ausnahmerecht erlauben kann. Es ist dies ein ganz normaler bewaffneter Nationalismus. Aber der Antiimperialismus muß dies faschistisch nennen, weil er Vorwände zum Kampf auf Leben und Tod sucht. Es versteht sich, daß Leute, denen beim millionenfachen Massaker in Kambodscha nie der Faschismus einfiel, auch nicht auf die einfache Idee dessen kommen, wofür die Solidaritätsbewegung einzutreten hätte: Für die Anerkennung der PLO durch Israel, für die Anerkennung Israels durch die PLO und die arabischen Staaten. Aber die Unterscheidungsfähigkeit der Antiimperialisten ist von der Qualität eines Amokläufers. Seine Unfähigkeit ist nicht Zufall, nicht Irrtum, nicht Unwissen – sie ist Methode.

Die Methode des Antiimperialismus...

ist politisierender Verfolgungswahn nach der Methode »Schwein oder Mensch: ein Drittes gibt es nicht« (Holger Meins). Was Meins im Hungerstreik unter Todesdrohung schrieb, das ist denen, die in Freiheit sind und ohne Genossen im Knast keinen Genuß im Kampf haben mögen, zur Propagandaparole verkommen. Das Problem ist aber: Auch die 'Schweine' sehen wie die Menschen aus; sie grunzen nicht, sie reden. Der antiimperialistische Mensch lebt in der permanenten Gefahr, von Schweinen in Menschenhaut hinters Licht geführt zu werden.

Es muß also ein Kriterium her, um den Untermenschen vom antiimperialistischen Menschen zu unterscheiden. Die Begeisterung für den 'Anti-Zionismus' speist sich daraus, endlich einen pseudo-linken Vorwand gefunden zu haben, nach Rasse und Blut zu fahnden. Der Antiimperialismus schafft sich seine Juden. Wer sich schon in der BRD nicht erklären kann, warum die Leute hinter den Schandtaten ihrer Regierung stehen, wer schon hier nichts besseres weiß als überall Manipulation und Verrat zu wittern – wer also schon in der BRD überall Verschwörung sieht, der hat an Israel endlich die Gelegenheit, sich abzureagieren.

Die Methode des Antiimperialismus...

mündet in der objektiven Solidarität mit den Deutschnationalen, die die Vernichtungspolitik der Nazis als bloßen Betriebsunfall abtun wollen. Wer im antiimperialistischen Slang vom Faschismus redet, der sollte auch vom Kapitalismus schweigen. Der Begriff des Faschismus ist erst vom Ende her, von Auschwitz, zu begreifen und nicht als einfache Steigerung des 'Grundwiderspruchs von Kapital und Lohnarbeit'. Dies aber tun die Antiimperialisten in schlechter Tradition und Harmonie mit der stalinistischen Komintern und der Rede Dimitroffs von 1935: Faschismus wird zur besonders tyrannischen Herrschaft, Auschwitz zum besonders grausigen Pogrom. Die Unfähigkeit zum dialektischen Faschismusbegriff, der Unwille, der Opfer als sinnloser Opfer wirklich eingedenk zu sein, das daraus folgende permanente Gequassel von der 'Faschisierung' lähmt die Linke geistig längst bevor sie praktisch geschlagen ist. Das Schweigen über Auschwitz setzt die Antiimperialisten mit der 'Nationalzeitung' ins rechte Verhältnis. Was das 'Kampfblatt für den Aufstand' vorbringt, ist vom Schlage der Argumente eines Nolte oder Hillgruber.

Die Propaganda des Antiimperialismus...

... besteht praktisch in der Intrige und ideologisch in der Verbreitung von Gerüchten: Es wird schon etwas hängen bleiben. Wir wissen nicht, wer dieses Blättchen geschrieben hat, wollen es auch gar nicht wissen – aber wir stellen fest: Die Anonymität der Autoren, die sich als sehr gefährlich und subversiv einschätzen, die ihre Verleumdungen unter dem Deckmantel von Konspiration verbreiten, die den Eindruck erwecken wollen, es sei revolutionär, Nazi-Argumente zu drucken und es sei gefährlich, gegen die Juden etwas zu sagen – diese Heimlichtuerei ist bloßer Vorwand und Inszenierung, Mittel ihrer Propaganda. Wir wissen auch nicht, wer dieses Schmierblatt wo und in welcher Auflage verbreitet. Es mag sein, daß einer alleine es geschrieben hat. Es mag auch sein, daß selbst unter Antiimperialisten diese Auffassungen marginal sind. Aber darum geht es nicht: Wie etwas nicht dadurch wahr wird, daß alle es glauben, so sind Lügen auch nicht dadurch widerlegbar, daß nur einer sie glaubt.

(Bewaffneter) Linksnationalismus, Antisemitismus, Palästina

Die Antiimperialisten leisten der Sache der Palästinenser einen Bärendienst. Nicht mit ihnen sind sie solidarisch, sondern mit ihnen nur als Paradeexemplaren des bewaffneten Kampfes für die 'nationale Identität'. Unter Imperialismus verstehen sie nur Fremdherrschaft. Daher geht es ihnen auch nicht um Freiheit und Recht für Palästina, sondern einzig um die gute Gelegenheit, jetzt, wo der Aufstand aktuell ist, ihren politisch notdürftig kaschierten Antisemitismus unter die Leute zu bringen.

Das hat Geschichte. Wie es am Anfang des bewaffneten Kampfes nicht, wie in Italien, gegen die Fabrikgesellschaft, sondern gegen die Kaufhäuser ging, so ging es gleich drauf gegen die Verkörperung des Wuchers, nicht gegen die Institutionen der Ausbeutung. Pünktlich zum Jahrestag der Reichskristallnacht 1969 verübte eine Vorläufergruppe des '2. Juni' einen Brandanschlag auf eine Synagoge in Westberlin. Die Juden wurden für den Sechs-Tage-Krieg Israels in Sippenhaft genommen. In dieser fatalen Logik lag es auch, daß Westdeutsche unter jenen palästinensischen Guerilleros waren, die 1976 bei der Flugzeugentführung nach Entebbe israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität selektierten und als Geisel nahmen.

Auch die Denunziation Israels als faschistisch gehört seit Ulrike Meinhof zum ideologischen Repertoire der Antiimperialisten. Unter der Parole 'Die Rote Armee aufbauen!' war in der Erklärung der RAF zur 'Aktion des Schwarzen September' und zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes schon 1972 von 'Israels Nazi-Faschismus' die Rede. Seit den Anfängen der RAF hat sich die Verschwörungstheorie immer wieder, ideologisch und praktisch, zum Antisemitismus von links verdichtet. Die französische Schwesterorganisation der RAF, die 'Action Directe' unternahm 1982 unter dem Vorwand des Protests gegen die israelische Libanon-Invasion Anschläge auf koschere Restaurants in Paris – dem antizionistischen Weltbild ist jeder greifbare Jude auch unmittelbar mit seinem Leben für Israel haftbar.

Beim Umschlag der Palästina-Solidarität in antiimperialistischen Antisemitismus handelt es sich nicht um ein Freiburger Lokalkuriosum, sondern um eine bundesweite Tendenz innerhalb dieser Bewegung. Als der Kommunistische Bund sich weigerte, den Aufruf zu einer Palästina-Demonstration Mitte Januar in Hamburg zu unterschreiben, erklärte er: »Im Aufruf wird bewußt vermieden, den Staat Israel zu erwähnen, der ... das Selbstbestimmungsrecht von 3,3 Millionen jüdischen Israelis verkörpert. Stattdessen ist lediglich die Rede von einem 'zionistischen Gebilde'«. Der KB folgert, dahinter könnten sich »abenteuerliche Lösungsvorschläge verbergen, bei denen die jüdische Bevölkerung Israels irgendwann, irgendwie und irgendwohin 'verschwindet'«. Bewußt spiele der Aufruf mit Zweideutigkeiten und verbreite eine Kauft-nicht-bei-Juden-Stimmung.

Es ist diese Stimmung, die nun auch in Freiburg umgeht. Dafür ist 'immer rebellieren' in seiner gefährlichen Armseligkeit ebenso Indiz wie die Flugblätter der Freiburger Nahostgruppe. In ihren Stellungnahmen – etwa zur Palästina-Demonstration vom 10. Februar – findet sich die ganze Litanei des Antizionismus im Stil von 'immer rebellieren'. Daß im Repertoire allein der explizite Faschismusvorwurf fehlt, darf als eine taktische Sprachregelung bewertet werden. Die Nahostgruppe fordert die Zerschlagung des »illegalen Gebildes« Israel und fügt als Lippenbekenntnis dazu, die Juden seien nicht gemeint. Der formellen Distanzierung folgt prompt die Behauptung, hierzulande sei es unsäglich »schwierig, Antizionist zu sein, zum einen, weil dieser Begriff heute auch von neonazistischen Gruppen als Synonym für Antisemitismus mißbraucht wird und zum anderen, weil die beiden Begriffe bewußt von der politischen Reaktion vertauscht werden«. Daß Linksnationalisten mit Nazis um Begriffe streiten und Heimat für radikal halten ist nicht neu. Man kennt dies aus der 'linken Deutschlanddiskussion' und es ist ein altes Erbe der maostalinistischen Bewegung, den Rechten die 'nationale Frage' wegzunehmen. Daß es aber schwierig und gefährlich sei, etwas gegen die Juden zu sagen, weil Herrschaft sie schützt, indem sie die Begriffe 'vertauscht', das gehört zu den Stereotypen antisemitischer Agitation: Die Juden sind überall, auch und gerade in der Presse. Alles hat 'das System' in der Hand – das Wahre und Echte, 'Land und Boden' werden dazu mißbraucht, getauscht zu werden.

Es versteht sich, daß die Freunde eines rabiaten Linksnationalismus jede Debatte darüber totschweigen und verhindern wollen. Zu sehr müssen sie mit den Neonazis um deren Parolen kämpfen, als daß sie mit Zwischenfragen sich noch aufhalten ließen. Als anläßlich der Premiere des neuen Films der Medienwerkstatt 'Projekt Arthur' in der Gießereihalle die Rede auf Entebbe kam, vertrat eine der grauen Eminenzen des Freiburger Antizionismus denn auch die Auffassung, über Selektionen könne nur reden, wer dabei gewesen sei. So reden die Nazis von Auschwitz auch: wenn niemand mehr lebt, dann gibt es auch nichts zu reden.

***

Es hat dem linken Internationalismus – von den Aufstandsbewegungen der 3. Welt ganz zu schweigen – noch nie genutzt, seine Träume und Hoffnungen in den Befreiungsnationalismus anderer Völker hineinzuprojizieren. Während es aber in der Vietnam-Solidarität wenigstens noch Hoffnung auf Emanzipation waren, müssen nun der gewendeten Linken die Palästinenser als Stellvertreter eines neuen Antisemitismus herhalten. Linke Solidarität mit Antisemiten darf es nicht geben, auch wenn deren Parolen von ferne an revolutionäre Theorie erinnern (sollen). Es gibt eine Grenze. Hier ist sie.

***

Wir fordern daher Öffentlichkeit. Wir fordern die Nahostgruppe auf, sich zu erklären. Wir fordern, daß sich die Antiimperialisten dieser Kritik stellen und sie in Zukunft gegenstandslos werden lassen.

***

Wir laden ein zur Diskussion am Mittwoch, den 9. März, um 20 Uhr in den Theatersaal der 'Fabrik', Habsburgerstr. 9.

Archiv für soziale Bewegungen
Matthias Deutschmann
Initiative Sozialistisches Forum
Stadtzeitung für Freiburg
U-Asta-Pressereferat
UFA - Unabhängige undogmatische FachschafterInnen

Dokumentation

Nationale Identität und soziale Amnesie

— Eine Abrechnung mit der antizionisti schen Linken.

Von Jochen Bruhn, ISF Freiburg

Im Juli 1967 schrieb Ulrike Meinhof einen Kommentar zum Sechs-Tage-Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten. Unter der Überschrift „Drei Freunde Israels" begründete ihr Leitartikel im linken Monatsmagazin „Konkret", warum allein die Sympathie der europäischen Linken „unbeirrbar", „rational" und „ehrlich" seien:

„Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein".

Dies, das Bewußtsein der Geschichte, unterscheide die Linke vom Kartell der bloßen Interessenten und bürgerlichen Philosemiten. Während es dem US-Imperialismus einzig um die strategische Funktion Israels im Nahen Osten gehe und seine Unterstützung daher bloßer Reflex der politischen Konjunktur sei, ginge es der Linken bei aller Kritik der Funktion in erster Linie um die Unabdingbarkeit der Existenz Israels. Noch perfider seien die Sympathien des Philosemitismus aus dem Hause Springer. Der BILD-Zeitung wurde der Sechs-Tage-Krieg zum Beweis der gelungenen bürgerlichen Verbesserung der Juden. Die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten rechtfertige sich, so die implizite Suggestion, vom Resultat her als brachiale Form wohlmeinender Pädagogik: Anders hätten es die Juden wohl kaum von ihrer freischwebenden Funktion als Vermittler von Ideen und Waren zu bodenständigen Produzenten und wehrhaften Soldaten gebracht. Was die Rechte unterm jüdischen Lernprozeß verstand, resümierte Ulrike Meinhof:

„Hätte man die Juden, anstatt sie zu vergasen, mit an den Ural genommen, der zweite Weltkrieg wäre anders ausgegangen."

Während also die falschen Freunde Israels ihre Sympathien vom künftigen Wohlverhalten abhängig machen, sei die linke Solidarität bedingungslos und unabhängig vom politischen Kräfteverhältnis:

„... die Politik der westeuropäischen Linken könnte nicht araberfreundlich im Sinne der Araber sein, müßte ihnen den Verzicht auf Palästina abverlangen, die Bereitschaft zur Koexistenz mit Israel."[1]

1967 war des der (Neuen) Linken noch möglich, Israel seiner Funktion wegen zu kritisieren, ohne sein Existenzrecht zu negieren. Von heute her fällt vor allem die unverkrampfte Haltung auf, mit der Ulrike Meinhof ihre Argumente entwickelt. Zwanglos souffliert sie die Kategorien marxistischer Polit-Ökonomie mit militantem Humanismus und radikalem historischen Eingedenken. Der internationalistischen Linken verstand es sich von selbst, daß der Staat Israel weniger aus der Perspektive Theodor Herzls sich erklärt als vielmehr aus der Vernichtungspolitik Adolf Hitlers, daß also Israel weniger ein „zionistisches Staatengebilde" ist, sondern allererst ein Asyl der Davongekommenen und Überlebenden. Israel wurde von Auschwitz her begriffen, nicht vom Basler Zionistenkongreß.

Vom Internationalismus zum Befreiungsnationalismus

Wenige Jahre später war dieser ebenso radikale wie nüchterne Standpunkt vergessen, als wäre er nie gewesen. Unterm zunehmenden und selbsterzeugten Zwang, politische Identität ausbilden zu wollen, machte sich soziale und historische Amnesie breit. Heute hat die revolutionär sich gebärende geschichtslose Unschuld an Israel einen neuen Universalfeind gefunden und am „Zionismus" einen ideologischen Passepartout. Mit zunehmender Leidenschaft polemisiert sie gegen den „Juden-Terror"[2], verkündet die Auffassung, „der Staat Israel (verkörpere) nicht das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes"[3] und agitiert gegen das Existenzrecht Israels, das einzig ein „zionistisches Staatengebilde"[4] sei.

Auch Ulrike Meinhof und die Rote Armee Fraktion machten den Schwenk vom Internationalismus zum neuen Befreiungsnationalismus mit. 1972, anläßlich der Gefangennahme der israelischen Olympiamannschaft durch ein palästinensisches Kommando in München und des Massakers von Fürstenfeldbruck, erklärte die RAF, Moshe Dayan sei der „Himmler Israels", dort herrsche ein „Moshe-Dayan-Faschismus" und der Staat Israel habe „seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden — Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik."[5]

Aus den Juden, so tönte es plötzlich von links, seien die modernen Faschisten geworden, die Palästinenser seien die Juden der Juden usw., usf. Plötzlich hatte die Linke die Front gewechselt: Im Maße, wie die maoistische Parole „Völker wollen Befreiung" Anklang fand, riß eine neue Begeisterung für Volk, Nation, Staat ein und im gleichen Maße trat antizionistische Agitation an die Stelle sozialistischer Kritik.

Es war dies ein Prozeß, der ziemlich alle Fraktionen der ehemals antiautoritären Bewegung ergriff, die Stadtguerilla ebenso wie die unzähligen maostalinistischen Aufbauorganisationen.
Auch vor den Spontis machte die neue Geschichtslosigkeit nicht halt. Ein Beispiel ist die in Berlin erscheinende Untergrundpostille AGIT 883, das damals in einer Auflage von nahezu 20.000 Exemplaren erschien. Als die Gruppe „Tupamaros Westberlin" — ein Vorläufer des „2. Juni" — pünktlich zum Jahrestag der Reichskristallnacht einen Brandanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Westberlin verübte und damit, nach dem Prinzip von Sippenhaft, jeden Juden für die Politik Israels haftbar machte, erklärte sie in AGIT 883 vom 13. November 69:

„Die israelischen Gefängnisse, in denen nach Zeugenaussagen entkommener Freiheitskämpfer Gestapo-Polizeimethoden angewandt werden, sind überfüllt... Wieder einmal weiß die deutsche Öffentlichkeit von nichts. Springer läßt sich in Tel Aviv mit Ehrendoktorwürden behängen und baut Moshe Dayan zum Volkshelden à la Rommel auf... Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit 'Shalom und Napalm' und 'El Fatah' beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Verarbeitung des Nahost-Konflikts ist Produkt des deutschen Bewußtseins: 'Wir haben eben die Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren'. Die neurotische historische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus. Der wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin."[6]

Bommi Baumann, der noch Jahre später in seinem Kultbuch „Wie alles anfing" das Flugblatt abdruckte und lobte[7] und mit ihm die anderen „Tupamaros Westberlin" (u.a. Dieter Kunzelmann, Georg von Rauch und Tommy Weißbecker), kamen gar nicht auf die Idee, es mit ihrer 'internationalen sozialistischen Solidarität' bei einer israelischen Botschaft zu versuchen. Die Aktion bezeugte vielmehr das neue antiimperialistische Bewußtsein, daß die Juden als Kollektiv dort schuld seien, wo es einem Volk dreckig geht. Der spontaneistischen Version des bewaffneten Kampfes war von Anfang an ausgemacht, daß Israel ein unrechtmäßiger Staat sei, und daß Unrecht per se als Faschismus zu denunzieren und zu bekämpfen sei.

Nachdem im folgenden Heft von AGIT 883 versucht wurde, den antiautoritären Terroristen die wirkliche Sachlage zu erklären, antwortete die neue antisemitische

Unschuld aus dem Untergrund in Gestalt Dieter Kunzelmanns. Er gab vor, aus Amman zu schreiben:

„Hier ist alles sehr einfach. Der Feind ist deutlich. Seine Waffen sind sichtbar. (...) Was hier alles so einfach macht, ist der Kampf. Wenn wir den Kampf nicht aufnehmen, sind wir verloren. Diese Erkenntnis ist sehr konkret. (...) Eines steht fest: Palästina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? DER JUDENKNACKS."

Und weiter:

„Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie des Zionismus zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch die klare und eindeutige Solidarität mit Al-Fatah, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von gestern und heute und seine Folgen aufgenommen hat."[8]

Kein Drittes sollte es noch geben zwischen „simplem Philosemitismus" und antiimperialistischem Antisemitismus. Der „Judenknacks" galt nun als Ausdruck von Neurose und als „hilfloser Antifaschismus". Einer Linken, der schon die Notstandsgesetzgebung als Wiederkehr des Nationalsozialismus erschienen war und nicht als normale Politik einer bürgerlichen Demokratie, die sich die Mittel ihrer Souveränität zurechtlegt, wurde Faschismus zum Synonym für das 'Unrecht' schlechthin. Moral, das Bedürfnis nach vorbehaltloser Identifikation und restloser Transparenz, traten an die Stelle des 1968 weniger erworbenen als vielmehr ermöglichten dialektischen Bewußtseins. Wo die Philosemiten von rechts den Israelis den Lernerfolg aus Auschwitz bescheinigten, da wußten die neuen Antisemiten von links gerade dessen Ausbleiben zu beanstanden.

Aus Auschwitz nichts gelernt

Im genauen Maße, in dem die Neue Linke ganz von vorne, d.h. spätestens mit dem 29. Januar 1933, anfangen wollte, verdrängte sie Auschwitz und behandelte die Massenvernichtung bestenfalls als Metapher des äußersten Unrechts und als bloßes Symbol für existentielle Bedrohung. Darin verlängerte sie bewußtlos den spontanen Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft, dessen Grundannahme heute darin besteht, die Vernichtung müsse sich doch irgendwie gelohnt haben, müsse einen Sinn gehabt haben. Vegetativ wird der Standpunkt des christlichen Antijudaismus zur allseits geteilten Geschäftsgrundlage. Auf die Frage, „wie man nach Auschwitz noch Theologie treiben kann", antwortete der evangelische Reichsbruderrat schon 1948 mit dem 'Darmstädter Wort':

„Daß Gott nicht mit sich spotten läßt, ist die stumme Predigt des jüdischen Schicksals, uns zur Warnung, den Juden zur Mahnung, ob sie nicht bekehren möchten zu dem, bei dem auch allein ihr Heil steht."[9]

Die Linke behandelte die Frage, wie man nach Auschwitz noch Revolution machen

[redacted]

[redacted]

kann, nach zunehmend theologischem Schema.

Wenn, wie die RAF 1972 konstatierte, „der Imperialismus sein faschistisches Wesen nur (vorzeigt), wenn er auf Widerstand stößt"[10], dann, so die theologisch-revolutionäre Folgerung, gehört Auschwitz nicht zum Begriff des Faschismus, weil es dort einen Widerstand nicht gab. Der ausbleibende Widerstand bezeugt, daß bei den Juden die „Mahnung" nicht ankam. Sie bekehren sich nicht zur Revolution und sind deshalb Fleisch vom Fleische des „Dritten Reiches von gestern und heute" (Kunzelmann). Getreu dieser fatalen Logik eines moralisierenden Existentialismus („Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch") erfanden große Teile der Linken den Antisemitismus deshalb von Neuem, weil Auschwitz so gar nichts gefruchtet hatte, weil die Juden trotz aller Opfer keine besseren und gar revolutionären Menschen geworden waren, sondern sich in Israel als ganz normale nationalistische Staatsbürger organisiert hatten.

Diese als Philosemitismus so scheinbar menschenfreundliche Haltung schlug in der mittlerweile grün gewordenen Linken anläßlich der israelischen Invasion des Libanon 1982 endgültig um. Ein „Grüner Kalender" meinte 1983 unter der Überschrift „Israel, die Mörderbande":

„Angesichts der zionistischen Greueltaten verblassen jedoch die Nazigreuel und die neonazistischen Schmierereien, und nicht nur ich frage mich, wann den Juden ein Denkzettel verpaßt wird, der sie aufhören läßt, ihre Mitmenschen zu ermorden...".[11]

Damals ließ „die tageszeitung" vom „umgekehrten Holocaust" schreiben und offenbarte damit, was es mit ihrem Untertitel „taz überregional" auf sich hat: Zusammenaddiertes Stammesbewußtseins von Alemannen, Friesen und Heimatvertriebenen. In Leserbriefen war davon die Rede, Israel bereite die „Endlösung der Palästinenserfrage" vor, usw., usf.: Derlei Belege könnten endlos aufgeführt werden und wer meint, das sei doch willkürlich 'aus dem Zusammenhang gerissen', kann in Henryk M. Broders Aufsätzen und in seinem Buch „Der Ewige Antisemit" nachschlagen.[12]

Woher kommt die Gleichsetzung Israels mit Nazideutschland? Was hat es für gesellschaftliche, sozialpsychologische und ideologische Gründe, den „hilflosen Antifaschismus" ausgerechnet mit Antizionismus kurieren zu wollen? Warum muß sich der moderne Antisemitismus hauptsächlich als Antizionismus artikulieren?

Solidarität mit den Palästinensern als Vorwand

Es ist offenkundig, daß es dieser Sorte „Antifaschismus" überhaupt nicht um Solidarität mit den Palästinensern geht. Ihr Kampf ist den Antizionisten **bloßer Vorwand** und **bloße Gelegenheit** zur Propaganda. Darum geht es hier auch nicht um die aktuelle Lage in Palästina oder um die Geschichte des jetzt eskalierenden Konfliktes, sondern um die Ideologiekritik dessen, was deutsch gewordene Linke in diesen Kampf und in diesen Konflikt hineinprojizieren. Noch der Versuch, dieser Kritik eine Art Eintrittskarte in Gestalt vorgängiger Betrachtung der Lage in Israel und Palästina verschaffen zu wollen, gibt der antizionistischen Lüge Futter, an der Projektion müsse doch irgend etwas dran sein. Der **sozialistische Internationalismus** betrachtet den Konflikt mit der Perspektive der notwendigen **gegenseitigen Anerkennung** der PLO durch Israel, Israels durch die arabischen Staaten und durch die PLO. Der **Befreiungsnationalismus**, wie er unter Freunden des bewaffneten Kampfes und anderen Antiimperialisten handelsüblich ist, solidarisiert sich dagegen vorbehaltlos mit dem palästinensischen Nationalismus und kennt gute und schlechte „Völker". Der **Ideologiekritik** des antiimperialistischen Antizionismus geht es nicht um die Meinung, sondern um die Bedeutung, nicht um die Absicht, sondern um das Ergebnis und die Funktion des Antizionismus.

Internationale Solidarität also als Vorwand — für was? Es fällt auf, daß in der Gleichsetzung Israels mit Nazideutschland das nationalsozialistische Bild der Realität seitenverkehrt wiederholt und reproduziert wird.

Damals war die Rede von der jüdischen Weltverschwörung, der „goldenen Internationale", die sich gleichermaßen hinter den Kapitalisten und hinter den Kommunisten versteckt, sich ihrer als Mittel zum Teutozid bedient und gleichermaßen in der Wall Street und im Kreml zu Hause sein kann, weil die Juden an sich heimatlos und „wurzellos" seien. Der Faschismus projizierte auf die Juden, was er selbst plante; ihnen wurde als Absicht unterstellt, was die Nazis gerade organisierten. Die Deutschwerdung des Menschen veranstaltete sich als Entmenschung der Juden. In einem NS-Flugblatt von 1941 zur Einführung des Judensterns heißt es:

„Achtzig Millionen hochstehende, fleißige, anständige deutsche Frauen und Männer sollen ausgerottet werden. Das ist die Forderung, die der amerikanische Jude Theodore Nathan Kaufman, Präsident der amerikanischen Friedensvereinigung, als Sprecher des Weltjudentums in seinem Buch 'Germany must perish' offen erhebt. (...) Daß der grauenvolle Plan des Weltjudentums ... niemals Wirklichkeit wird, dafür sorgt die deutsche Wehrmacht".[13]

Dokumentation

Damals sprach sich die nazistische Aggression als die reine Notwehr aus: Verhindert werden sollte, was die „Weltplutokratie" angeblich mit der proletarischen Nation Deutschland vorhatte. **Heute** erscheint in der Gleichsetzung und in der Rede von der „faschistischen Ideologie des Zionismus" umgekehrt das, was die Deutschen bereits getan haben. Wiederum eine Projektion — aber diesmal nicht zur Legitimation von Notwehr und daher im voraus, sondern zur Bereinigung von Geschichte. Die Juden werden wiedergutgemacht und der deutschen Volksgemeinschaft angeschlossen: Wenn selbst die beschönigend als Opfer oder gar Kinder der Opfer titulierten Israelis zu Nazis geworden sind, dann kann es damals so einzigartig und außergewöhnlich nicht hergegangen sein.

Bereinigung der Geschichte

Wo die Rechten den Vergleich nach hinten ziehen — „bekanntlich" haben ja die Engländer das concentration camp erfunden —, da ziehen nun Linke den Vergleich nach vorne — „bekanntlich" haben ja die Israelis die Lager einfach nachgemacht. Die **durchaus verschiedene Intention** läuft aufs gleiche Resultat hinaus — auf die **Wiedervereinigung der deutsch gewordenen Linken**, wahlweise der sich entdeutschenden Rechten, **mit ihrer Geschichte.** Wo es einem Ernst **Nolte** darum geht, mit der These der Vergleichbarkeit „die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins"[14] zu kritisieren und so **den rechten Philosemitismus abzubauen** — da geht es einem gestandenen Antizionisten wie Karam Khella darum, den „entnazten Nazis"[15] etwa des Kommunistischen Bundes das neurotische Schuldgefühl zu nehmen, ihnen die Differenzierung von „Antizionismus" und „Antisemitismus" beizubringen und so nach und nach **einen linken Antisemitismus aufzubauen.** Von verschiedenen Richtungen arbeitet man sich in **antagonistischer Kooperation** zum gleichen Ergebnis vor, und es steht zu vermuten, daß man sich im Zeichen entsorgter Schuldgefühle auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einer „nationalen Identität" begegnen wird, die dann jede Fraktion nach Maßgabe der Bedürfnisse ihrer jeweiligen Klientel wahlweise links und antiimperialistisch oder rechts und nationarevolutionär verkaufen kann.

Unter der Etikette des Antizionismus kommt die Rehabilitierung Deutschlands durch Linke zu ihrem ebenso trostlosen wie allerdings konsequenten Ende: Der Antizionismus ist so eine Art Bilanz des Historikerstreiks durch die revolutionäre Unschuld. Das chronisch gute Gewissen dieser Ausgabe von Antiimperialismus beruft sich umstandslos auf Yassir Arafat, der ja, als Befreiungsnationalist, nur recht haben

[redacted]

kann, wenn er erklärt, „die Nazis haben keine Menschen lebend begraben, den Leuten nicht die Knochen gebrochen und keine schwangeren Frauen umgebracht."[16] Was aus der Perspektive Arafats bestenfalls verständlich, darum aber noch lange nicht richtig ist, das wird deutschen Linken zum Persilschein: Im Konflikt der Nationalismen beziehen sie umstandslos Partei fürs gute Volks und machen sich nichts daraus, wenn der gleiche Arafat einen Waldheim für seinen mutigen Widerstand gegen die Verleumdungen der „zionistischen Weltpresse"[17] lobt.

Am Ende: Nationale Identität

Die Gleichsetzung Israels mit Nazideutschland ging der alternativ betriebene Rollentausch der Deutschen mit den Juden voraus. Jahrelang galten die Deutschen als die wirklichen Opfer. Ökopazifistisch wurde die Rede vom „Holocaust" zur linken Gesinnungsbrosche, wurde der Holocaust zum ebenso abstrakten wie unmittelbar verfügbaren Gleitmittel politischer Identitätsfindung. Noch die letzte Bürgerinitiative gegen Straßenbau stellte Schilder auf wie jenes in Freiburg/Ebnet: „Hier werden unschuldige Menschen vergast" und noch die letzte Aktionsgruppe für Frieden und Gewaltlosigkeit wußte genau, daß der „atomare Holocaust" droht. Während Alice Schwarzer die Frauen zu den Juden von heute erklärte, hefteten sich um Amt und Würde gebrachte linke Lehrer den gelben Stern mit der Aufschrift Opfer des „Berufsverbots" ans Revers. Man erklärte sich zum Opfer und die gleichen Leute, die den Faschismus für vergangene deutsche Steinzeit hielten, wußten merkwürdig genau über die Pershing II und ihren Bunkerbrechkoeffizienten bescheid. Man halluzinierte sich regelrecht in einen Angstrausch hinein und suchte verzweifelt nach irgendeinem Stimulans, das die Menschen durch alle Fassaden des Konsums und der Manipulation hindurch zur widerständigen Gemeinschaft brächte.

Die Suche nach einer „Identität", die man dem Teutozid entgegensetzen konnte, grassierte, und je mehr man sich als Opfer halluzinierte, desto mächtiger wurde der Traum einer Sache, von der man dann nur noch den Begriff brauchte, um sie wirklich zu haben: **Nationale Identität.**[18] Jetzt ist es heraus und der ökopazifistische Mittelstand gesteht freudig, was er damals nicht einmal ahnen wollte. Alfred Mechtersheimer offenbart sich:

> **„Für mich war immer klar... : Eigentlich geht es gar nicht um eine Raketendiskussion, sondern um die deutsche Frage."[19]**

Der Antiimperialismus vollzieht mit der PLO als der Projektionsfläche seiner eigenen Begeisterung für Volk und Heimat nur nach, was ihm die bürgerliche Friedensbewegung am Beispiel Pershing vorexerzierte. Hier darf man wieder vom Volk reden und somit endlich zum Eigentlichen kommen. Ein Flugblatt der Freiburger antiimperialistischen Nahost-Gruppe spricht wie selbstverständlich von der „Identität im Volk", von der „nationalen Identität" — vorerst noch in Palästina — und kritisiert die israelische Politik in gut völkisch-deutscher Manier: „(Die Imperialisten) zerstören die sozialen Zusammenhänge der Menschen und verteiben sie von **Land und Boden.** Damit vernichten sie ihre **Würde und Identität.** Die **völlige Entwurzelung** und die Eingliederung in den Verwertungsprozeß der Herrschenden bedingen ... sich gegenseitig."[20] Dem Antiimperialisten ist der Mensch — sieht man vom Vorwand Palästina einmal ab — eine Pflanze mit Standortschutz und die Gesellschaft ein Biotop, oder eben: Heimat. Lange wird es wohl nicht mehr dauern, bis auch sie ihren Mechtersheimer finden.

Die Palästinenser sind die bloße Gelegenheit für die antiimperialistische Suche nach nationaler Identität, die eben in Deutschland — Nolte, Hillgruber Stürmer machen es vor — ohne die Relativierung von Auschwitz zum bloßen Symbol menschlich — allzumenschlicher Grausamkeit nicht zu haben ist, ein Nationalismus, der überdies ohne Bedienung antisemitischer Parolen nicht zu haben ist.

Es ist dann nur allzu konsequent, daß sich in antizionistischen Texten nirgends auch nur die harmloseste Kritik am Nationalismus der PLO findet. Nirgends findet sich etwa eine Kritik des Artikels 4 der immer noch gültigen Nationalcharta der PLO vom Juli 1968, die heute noch gilt und in der es heißt:

> **„Die palästinensische Identität ist ein echtes, essentielles und angeborenes Charakteristikum; sie wird von den Eltern auf die Kinder übertragen."[21]**

Es ist dies eine Definition von Identität als Erbkrankheit, aus der sich ein Begriff von Volk ableiten läßt, der auch dem Schlesierverband keine Schande machen würde. Ein Antiimperialismus, dem dies nicht zum Problem wird, läßt schon durchblicken, daß er unter „Imperialismus" bestenfalls Fremdherrschaft verstehen möchte und so den Kampf für den mit sich identischen, rassisch homogenen Volkskörper zu legitimieren gedenkt.

1967 hatte die BRD-Linke einen sympathischen Geburtsfehler: Sie begann nicht nur zu ahnen, wohin sie wollte, sondern wußte überdies genau, woher sie kam. Heute will sie nicht mehr wissen, daß sie im Hause des Henkers lebt und verlangt daher

nach nationaler Identität und politisch auf radikal getünchter Volksgemeinschaft.

Mit Argumenten und Gründen ist dies Bedürfnis wohl kaum widerlegbar – es geht hier nicht um Reflexion, sondern um Interesse.

„Wer Antisemit ist, nimmt die Argumente, die ihm gerade am nächsten sind. Wenn er keine findet, wird es ihn auch nicht bekehren. (...) Wenn es keine Juden gäbe, müßten die Antisemiten sie erfinden", schrieb Hermann Bahr schon 1894.[22]

Diesem Bedürfnis beizukommen, ist eine Machtfrage, keine der Diskussion. Über den Antisemitismus läßt sich nicht im strengen Sinne diskutieren, darüber kann man sich nicht vereinbaren, keine Mehrheitsbeschlüsse fassen und keinen Konsens herstellen. Der Antisemitismus ist eine absolute Grenze der Kommunikationsgemeinschaft und keine wie immer geartete Erklärung, keine noch so feinfühlige, gar therapeutische Kritik des antisemitischen Subjekts, keine noch so raffinierte soziologische Ableitung vermag den Skandal zum Verständnis zu verfälschen.

„Der Bekehrungsversuch am Amtisemiten ist im Grunde ein Widerspruch in sich. Dessen muß jedes Unternehmen heute eingedenk sein, das Verständigung sich zum Ziele setzt. Es richtet sich, von den schon Gewonnenen, die der Ermutigung bedürfen, an solche, denen es im Grunde mit der Wahrheit ernst ist" (Max Horkheimer).[23]

Joachim Bruhn, ISF Freiburg

Anmerkungen:

1) Ulrike Marie Meinhof; Drei Freunde Israels, zuerst in: Konkret 7/1967, zitiert nach: Dies., Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, Berlin 1980, S. 100 ff.
2) „Der Juden Terror", in: MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit 2/88, s. 33–36. Vgl. auch den Artikel „Der Antisemitismus der Marxistischen Gruppe", in: Arbeiterkampf Nr. 282 v. 4. Mai 1987, S. 35
3) „Der Staat Israel verkörpert nicht das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes. Stellungnahme zur Erklärung des KB zur Nichtteilnahme an der Palästina-Demonstration in Hamburg", in: Arbeiterkampf Nr. 291 v. 8.2.88, S. 37 f.
4) So z.B. die Flugblätter der Freiburger Nahost-Gruppe „Die Verteidigung der Lager liegt auf dem Weg nach Palästina" und „Der Zionismus und der Volksaufstand in Palästina."
5) RAF: Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes (Nov. 1972), in: GNN (Hg); Ausgewählte Dokumente zur Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland ./. Rote Armee Fraktion, Köln 1987, S. 31 ff, hier S. 38
6) Zitiert nach Tilman Fichter; Der Staat Israel und die neue Linke in Deutschland, in: Karlheinz Schneider/Nikolaus Simon (Hg): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin 1985, S. 81–98, hier S. 94
7) Bommi Baumann; Wie alles anfing, Duisburg 3/1986, S. 79f
8) Zitiert nach Fichter, a.a.O., S. 95
9) Zitiert nach Karl-Alfred Odin; Wie kann man nach Auschwitz noch Theologie treiben? Eine Tagung im Konfessionskundlichen Institut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1.3.88
10) RAF; Die Aktion des Schwarzen September..., A.a.O., S. 33
11) Zitiert nach Eike Geisel; Alle sind Sieger. Die Wiedergutwerdung der Deutschen, in: Ders., Lastenausgleich, Umschuldung; Berlin 1984, S. 21
12) Henryk M. Broder; Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt 1986. Vgl. auch Ders., Antizionismus – Antisemitismus von links?, in: beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 24/76 v. 12.6.1976 und Ders., Linke Tabus, Berlin 1976, S. 38–78
13) Zitiert nach Leon Brandt; Menschen ohne Schatten. Juden zwischen Untergrund und Untergang 1938 bis 1945, Berlin 1984, S. 55
14) Ernst Nolte; Vergangenheit, die nicht vergehen will, zuerst in: FAZ v. 6.6.1986, zitiert nach: „Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 41
15) Karam Khella; Der Imperialismus sitzt in den Köpfen der Linken. Oder: Warum die entnazten Nazis Israel unterstützen und die Solidarität mit dem palästinensischen Volk verweigern, in: Arbeiterkampf 292 v. 7.3.88, S. 32
16) Frankfurter Rundschau v. 20.2.1988, S. 1
17) Pflasterstrand v. Januar 1988
18) Vgl. Initiative Sozialistisches Forum (Hg); Frieden – Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung, Freiburg 1984
19) Zitiert nach Bruno Schoch; Türöffner für andere, in: Links. Sozialistische Zeitung Nr. 212, November 1987, S. 11
20) Flugblatt „Die Verteidigung der Lager...", a.a.O. (Fn 4)
21) Zitiert nach Susann Heenen-Wolff; Erez Palästina. Juden und Palästinenser im Konflikt um ein Land, Frankfurt 1987, S. 147
22) Zitiert nach Paul W. Massing; Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1986, S. 109
23) Max Horkheimer, Über die deutschen Juden (1961), in: Ders., Gesammelte Schriften Band 8, Frankfurt 1985, S. 173

Zum Kampf des palästinensischen Volkes

Nahostgruppe Freiburg

In der zionistischen Propaganda erscheint der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes. In Entsprechung dazu kann seine Kritik nur Antisemitismus sein. In den letzten Monaten sind nun in der BRD von vormals Linken einige Breitseiten losgelassen worden, die antizionistische Linke sei in Wirklichkeit antisemitisch. Solche Begleiterscheinungen sind nicht neu, sie sollen den Kampf um Palästina und die revolutionäre Arbeit in den Metropolen denunzieren.[1]

Diese Propaganda beschreibt die Gründung und Existenz Israels als einzige Alternative zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Aus dieser Gleichsetzung zionistischer Interessen mit denen aller jüdischer Menschen wird die Bestimmung abgeleitet, jegliche Kritik an Israel könne mit der Bezeichnung 'antisemitisch' belegt werden, insbesondere von 'Deutschen'.[2]

Von seinem Ursprung her ist Zionismus allerdings nicht als Bewegung verfolgter Jüdinnen und Juden anzusehen, sondern Ausdruck einer sozialen Schicht, die das Schicksal der Verfolgung (als solches überwiegend auch empfunden) zur Realisierung eigener Machtinteressen ausnutzte – bis heute.

Er ist das Produkt eines Teils der kleinbürgerlichen (jüdischen) Intelligenz, deren Beeinflussung durch die Ideen der bürgerlichen Revolution und dem europäischen Nationalismus der imperialistischen Epoche. Diese Tendenz stand mit dem gesellschaftlich diskriminierenden kleinbürgerlichen Antisemitismus in unauflösbarem Widerspruch, der sich im 19. (und zu Beginn des 20.) Jahrhundert(s) als Funktion der Herrschaft der Bourgeoisie offenbarte.[3]

Mit einer Denunzierung des Antisemitismus allein ist der NS-Faschismus nicht zu fassen und sind strategische und ökonomische Operationen nicht zu bestimmen. Der Kausalzusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus ist nicht zu fassen, wenn die Judenverfolgung von imperialistischer Bevölkerungspolitik abgetrennt wird (Ausmerzung „unnützer Esser").

Absichtlich aber wird hierbei auch unterschlagen, welches Ausmaß an **ideologischer** Verwandtschaft zwischen dem Antisemitismus des NS-Faschismus und dem Zionismus bestand.

Vom Ursprung her ist der Zionismus eine kleinbürgerliche, chauvinistische, rassistische, machtorientierte Ideologie. Hier genügt es, sich auf Th. Herzl zu beziehen („Der Judenstaat", 1896), auf die Vorstellung, einen „Wall gegen Asien" zu bilden und den „Vorpostendienst der Kultur gegen die Barberei" zu übernehmen. Solche Angebote machte Herzl bereits dem Sultan des Osmanischen Reiches. Die auf dem 1. Zionistischen Weltkongress in Basel 1897 verankerte „Heimstätte in Palästina" öffnete den Weg für die Kolonialisierung, ohne Rücksicht auf dort lebende Menschen.[4]

Trotzdem schien die zionistische Bewegung bis in die Mitte der 30er Jahre zum Scheitern verurteilt. Die zionistischen Juden blieben eine kleine Minderheit. Was dem Zionismus zum Überleben verhalf

und zu einem zweifelhaften Erfolg, waren die Interessen des Imperialismus an einem Wachhund für seine Investitionen und Profite im Vorderen Orient, die Hetze und Verfolgung in Europa (die in der Wannsee-Konferenz gipfelte), nicht zuletzt aber auch die zionistische Theorie und Praxis selbst.

Kurz nach der faschistischen Machtübernahme 1933 bot die zionistische Vereinigung (ZVfD) die Zusammenarbeit an. Die Parole „Juden raus" paßt ins zionistische Konzept, aus der Tragödie politische Vorteile zu ziehen (vlg. C. Sykes „Kreuzwege nach Israel").

Zwei Beispiele sollen andeuten, daß es dabei um keine einzelnen Erscheinungen ging.

Die „Paltreu"-Stelle: Nach dem Ha'avara-Abkommen (1933) hatten jüdische Menschen für die Auswanderung zu zahlen. Mit den Einzahlungen wurden Waren nach Palästina transferiert, deren Erlös für die Ansiedlung der AuswanderInnen benutzt wurde. Ein gigantischer Raubzug: 10% wurden transferiert, den Rest sackte der faschistische Staat ein. Zugleich wurden deutsche Waren nach Palästina exportiert. Das Abkommen entsprach den Klasseninteressen der zionistischen Führer: fast nur Angehörige der (jüdischen) Bourgeoisie konnten auswandern.

Unterstützung des faschistischen Geheimdienstes: Nach dem Aufstand in Palästina gegen die Kolonialisierung (1936) nahmen zionistische Führer mit der SS direkten Kontakt auf. Polkes, Abgesandter der Haganah (Geheimdienst der Zionisten) erschien in Berlin und besprach sich mit Eichmann. Er wollte die Mithilfe der SS bei der Austreibung jüdischer Menschen aus Deutschland gewinnen, dafür im Gegenzug Spionage für die Nazis treiben. Eine Information betraf z.B. die KPD, die angeblich — laut Polke — mit einem mobilen Sender von Luxemburg aus illegale Sendungen abstrahlte.

Auch diese Information belegt das Klasseninteresse der zionistischen Organisation.[5]

Führer wie Jabotinsky (ein Bewunderer Mussolinis) und Ben Gurion leiteten in Palästina die Vertreibung und Liquidierung der palästinensischen Bevölkerung (Deir Yassin).

Auch nach '45 wurden bei der Einwanderung nach Palästina junge Menschen bevorzugt, die „die gesundheitlichen Voraussetzungen erfüllten — andere, die das KZ überlebt hatten, waren für die zionistische Bewegung von geringem Interesse.[6]

Die zionistische Bewegung hat nicht der Widerstand gegen den NS-Faschismus interessiert (auch Shamir bot sich Hitler im Kampf gegen die britische Kolonialmacht an). Als Demonstrationen und Boykottaufforderungen gegen den NS-Faschismus zunahmen, „war die Stimme des Zionismus nicht zu hören".[7] Aus diesen Fakten jedoch abzuleiten, hier würde einem reaktionären Ideologen wie Nolte das Wort geredet, zeugt im Interesse der Kritik. Ihr ist die biologistische Variante eines Henryk Broder („Der ewige Antisemit") näher als die Sprengung rassistischer und nationalistischer Kategorien.[8]

Die antizionistische israelische Organisation MATZPEN erklärte bereits in früheren Jahren die zionistische Praxis: „Wenn sich dem Zionismus die Alternative zwischen dem jüdischen Volk und dem jüdischen Staat stellte, wählte er ohne zu zögern den letzteren." Folgerichtig lehnten sie den Zionismus aus grundsätzlichen Erwägungen ab, „weil er eine kolonisatorische Bewegung ist, die von ihrem Anbeginn unter der Schirmherrschaft des Imperialismus und seiner Bündnispartner ist." Ihre Solidarität versteht sich demnach auch als eine Solidarität „mit dem Kampf eines beraubten, unterdrückten und ausgebeuteten Volk gegen den Weltimperialismus, seine Bündnispartner und hiesigen Agenten".[9]

Oder Israel Shahak in „Al Fajr", wo er scharf die sogenannten Dialoge zwischen „Linkszionisten" und palästinensischen Funktionären kritisiert. Dabei könnte nur eine Kollaboration mit der bestehenden Herrschaft herauskommen.[9a]

Solche Ansichten sind nicht nur in Israel minoritär, auch das Spektrum in der BRD, das sich dazu verhält, ist nicht gerade gewaltig. Dennoch ist eine Überlegung dazu notwendig, welche Möglichkeiten eine antiimperialistische Solidaritätsbewegung in den Metropolen hat, um sich ein Verständnis des Befreiungskampfes zu erarbeiten.

Die Politik des Zionismus im Arabischen Raum, insbesondere gegen die palästinensische Bevölkerung in den okkupierten Gebieten, ist nicht aus dem Verständnis herauszutrennen, welche Funktionen Israel als Brückenkopf des US-Imperialismus hat. Dies muß ebenso die Politik Israels in Afrika (insbesondere Südafrika), sowie in Zentral- und Südamerika einbeziehen.

Mit Politik des US-Imperialismus ist nicht allein die reaktionäre Politik der verschiedenen US-Administrationen gemeint, sondern gleichfalls — im wesentlichen — synonym jene der BRD, die sich wie folgt definieren läßt: Sicherung der Interessen des Imperialismus, das „besondere Verhältnis" zu Israel, Verschleierung der eigenen Rolle in der Zerschlagung revolutionärer Bewegungen.

Diese Stichworte müssen hier zunächst genügen.[10]

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für eine anti-imperialistische Bewegung, von einem weltumspannenden System der Herrschaft auszugehen, welches sich ebenso erst in einer umfassenden Konfrontation zerschlagen läßt (um hier noch einmal auf die Botschaft an die Völker der Welt, Havanna 1966, zu verweisen).

In diesem Verständnis ist zum einen klar, daß Unterdrückung, Erniedrigung und Ausbeutung keine Zukunft haben dürfen. Zum anderen ist klar, daß diejenigen, die am deutlichsten ein Interesse an der Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen haben, zugleich diejenigen sind, die noch nie die Wahl hatten zwischen (relativem) Wohlstand und ständiger Erniedrigung. Das beschreibt die Schwierigkeit für Menschen in den Metropolen, ihre eigene Entfremdung zu erkennen, dagegen anzugehen und sich über diesen Weg gemeinsam mit den Befreiungsbewegungen der drei Kontinente weiterzuentwickeln. Die Perspektiven (nicht nur) der palästinensischen Revolution liegen nicht in einem nach Quadratkilometern umschriebenen Land, sondern in der Befreiung der Menschen, der Wiederherstellung ihrer Würde und Identität als freie Menschen, und in einer Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Verantwortung gegenüber der Natur orientiert.

Und in dieser kurz umrissenen Perspektive liegen die Gemeinsamkeiten der Befreiung aller Menschen, liegen die Verbindungen zwischen Nicaragua, Palästina, Azania, Vietnam und zur anti-imperialistischen Solidarität in den Metropolen.[11]

Warum aber gerät diesem Verständnis gegenüber in der BRD eine in sich heterogene Fraktion ehemaliger Linker bisweilen sogar ins Toben, wenn es um die Solidarität mit Befreiungskämpfern geht?

Vorab ist hier wohl kaum die Wahrheit ein Motiv, weil diese günstiger für die palästinensichen Menschen ausfallen würde. Hier versuchen einstweilen noch Hof-Ideologen, ihre Fälschungen anzubringen. Dazu lassen sie auch kaum eine Möglichkeit aus (Dan Diner, Micha Brumlik, Henryk Broder etc.).[12]

Motiv oder „erkenntnisleitendes Interesse" wird wohl dort liegen, wo sich bei ihnen ein alter Begriff von Normalität festsetzen kann. Wo ihre Vergangenheit und Zukunft inzwischen durch die makabre „Einsicht" geprägt scheint, es lasse sich im Imperialismus und mit dem Zionismus doch auch leben. Ihre Kapitulation vor diesen Realitäten versuchen sie — passend angepaßt — möglichst öffentlichkeitswirksam zu verkaufen.

Die anti-imperialistische Kritik wird immer wieder mit Denunziationsversuchen konfrontiert sein, mit zynischen und polemischen. Ihnen allen kommt objektiv die Aufgabe zu, Unrecht zurechtzubiegen.[13]

Es ist klar, daß mit dieser Ignoranz keine Übereinstimmung mit der Realität zu erreichen ist. Ebenso klar ist, daß die Vorstellungen dieser Kritiker vom „Dialog" und von „gegenseitiger Anerkennung" die Unter-

drückung zementiert und für die „Verdammten dieser Erde" die bekannten Brotkrümmel bereithält. Kaum eine andere Frage entlarvt so deutlich diese kleinbürgerliche Intelligenz wie ihr Verhältnis zum (palästinensischen) Befreiungskampf.

Nahostgruppe Freiburg

Anmerkungen:

1) Vgl. B. Rothschild: „'Linker Antisemitismus' – ein Gerücht über die Linke und ihre Moral", in: „WIDERSPRUCH" 12, Dez. 86, Schweiz
„Der Nahost-Konflikt und die Grünen", Jürgen Maier in „Al Karamah" Nr. 7, s. 47–51
vgl. „Arbeiterkampf" Nr. 291–294
vgl. ISF Freiburg, Auszug im vorliegenden Heft
2) Vgl. W. Abendroth „Zur Entwicklung der Beziehungen BRD-Israel", in ASAAL, Marburg 1973
3) Vgl. z.B. Ernst Bloch „Das Prinzip Hoffnung", 2. Band, 1959
David Balakan „Die Sozialdemokratie und das jüdische Proletariat", Czernowitz 1905;
Karl Kraus „Eine Krone für Zion", Wien 1898
S. Häcker, „Über den Zionismus", Neue Zeit 1894/95
4) Th. Herzl „Der Judenstaat", 1896, in: Gesammelte Zionist. Werke, Bd. 1
vgl. Herzls Tagebücher, Berlin 1923
vgl. B. Heimbrich „Aspekte und historische Fakten zur aktuellen Auseinandersetzung mit dem Zionismus" in Al Karamah Nr. 8, s. 37–44
Livia Rokach „Israels heiliger Terror", 1982, 3. Auflage
5) Vgl. Mario Offenburg: „Überlegungen zu Politik und Geschichte des Antisemitismus in Deutschland", in: Irland-Info 17/18, 1983;
Klaus Polkehn „Zionismus im Komplott mit dem Faschismus" in Horizont 29, 3/1970;
vgl. Yigal Elam „Einführung in eine andere zionistische Geschichte", Tel Aviv, 1972;
H. Spehl, „Die Fortsetzung des Behemoth", Freiburg 1978;
6) J. Wetzel „Jüdische Leben in München 1945–1951", Dissertation, Stadtarchiv München, 1987
7) vgl. Yigal Elam, a.a.O.
vgl. K. Polkehn, a.a.O.
8) Vgl. FAZ vom 6.6.86; Süddt. Ztg. 21.4.88; FR 5.11.87; Henryk Broder „Der ewige Antisemit", 1986;
vgl. „Arbeiterkampf" Nr. 277
9) vgl. diskus, frankfurter studentenzeitung, Heft 5/1972
vgl. J. Taut, „Judenfrage und Zionismus", 1986
9a) vgl. „Arbeiterkampf" Nr. 282 vom 4.5.87
Al Fajr vom 25.12.86
„Israel – Demokratie und Menschenrechte", zum Besuch von Israel Shahak in der BRD, ESG Stuttgart 1975
10) Für weiteres Material: u.a. NACLA: Report on the Americas, The Israeli Connection, Guns and money in Central-America, März/April 1987; Middle East Report, Mai/Juni 1986; E. Olms/D. Schulze-Marmeling „Militärmacht Israel" AIB 9/87; Jane Hunter, „Undercutting Sanctions, Israel, the U.S. and South Africa, Washington 1986; ISSA, März 1983, etc.
11) vgl. PNC-Beschlüsse, Al Karamah Nr. 5, S. 16–18
12) vgl. auch IZ3W Nr. 107, 150 (z.b.)
13) Inserate z.B. der Gesellschaft Schweiz-Israel im Tagesanzeiger Zürich/Basler Zeitung vom 26.3.88; Flugblatt des „Verbandes jüdischer Studenten" in Zürich zum 1. Mai 88; Flugblatt des Landesverband Jüdischer Studenten und Jugendlicher in Baden (Süd), als Beispiele für die Verdrehung der Realitäten und als provokative Denunziation des palästinensischen Widerstands, vgl. auch TAZ Hamburg vom 31.3.88; TAZ 25.5.88;

Antizionismus = Antisemitismus?

Bemerkungen zum Flugblatt der ISF

Auch wenn es nicht mehr so erscheint: Es war der Aufstand des palästinensischen Volkes, der die Linke in Freiburg, und in Reaktion darauf das ISF veranlaßte, über Palästina, die von Israel besetzten Gebiete und Solidarität mit den Palästinensern zu reden. Doch die Emotionalität des ISF galt nicht den gefangenen und gefolterten, den erschlagenen und erschossenen Palästinensern und deren Angehörigen, sie galt nicht den Leiden des Volkes, das seit 40 Jahren vertrieben und geschunden ist. Sie galt auch eigentlich nicht der israelischen Politik, deren Gewalt- und Besatzungspolitik gegenüber dem geknechteten palästinensischen Volk nur halbherzig verurteilt wird. Nein. Die Polemik des ISF galt vielmehr dem Selbstverständnis deutscher Linker in diesem Konflikt und ihrem Umgang mit der deutschen Vergangenheit – einer Vergangenheit zumal, die durch den Mord an sechs Millionen Juden und durch die Integration der Henker, der Kriegsverbrecher und furchtbaren Richter belastet bleibt.

Dem Staate Israel kann eine solche Auseinandersetzung nur recht sein, läßt sich doch mit dem Hinweis auf den deutschen Massenmord an Juden und der angeblichen Geistes- und Tatverwandtschaft der Neuen Linken mit den Nazis und Neonazis, das Erschlagen und Erschießen, das Foltern und Quälen von palästinensischen Kindern und Jugendlichen, das Knochenbrechen, die Willkürverhaftungen, die Kollektivbestrafungen, der Landraub, der Siedlungsbau ..., wenn nicht rechtfertigen, so doch in den Hintergrund drängen und die Frage nach Solidarität vergessen. Den Palästinensern wird indirekt vorgeschrieben – sollen sie überhaupt verhandlungswürdig sein – dem bewaffneten Kampf zu entsagen. Das ISF ordnet den Rechtsbegriff der palästinensischen Selbstbestimmung dem bestenfalls noch psychologischen Trauma vom israelischen Sicherheitsbedürfnis unter und schreibt eine Lösung der Palästinafrage generell nur für die Palästinenser vor, die heute unter israelischer Besatzung leben. 60% des Palästinensischen Volkes aber leben im Exil. Und die meisten von ihnen würden lieber heute als morgen in ihre Heimat zurückkehren.

Natürlich lautat die Quintessenz des ISF auf stringent verbale Ausgewogenheit: Israel's Recht auf Existenz zu sichern, wie auch das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Aber solange die historischen Fakten des israelisch-palästinensischen Konfliktes sowenig zur Kenntnis genommen werden wie vom ISF in seiner Polemik, solange werden auch ihm die Augen davor verschlossen bleiben, das Israel existiert – in viel zu großen Grenzen, – den Palästinensern die Selbstbestimmung aber verweigert wird – mittels nackter militärischer Gewalt. Vielleicht ist es dem ISF gar nicht aufgefallen: Aber es gibt kein Recht auf Besatzung. Besatzung ist Unrecht, ob sie nun israelisch, deutsch, englisch, französisch oder wie immer auch heißt.

Die Vergangenheit der Väter des ISF oder wie sie in Projektion meinen, der der Linken, wird nicht entlastet wie so manche befürchten, wenn Recht als Recht erkannt wird und Unrecht als Unrecht. Das Besondere palästinensischer Geschichte heißt ja nicht Antisemitismus oder Holocaust, das Besonder ist die Erfahrung der zionistischen Eroberung Palästinas, der Okkupation, der Negation palästinensischer Rechte, palästinensischer Existenz überhaupt.

Neben Verständnis, Kenntnis und historischem Wissen fehlt es dem ISF am Mut den Israelis gegenüber, und am Mut, sich der historischen Wahrheit in diesem Konflikt zu öffnen. Es ist nicht zu überlesen: Historische Wahrheiten zu bewältigen ist nicht gerade eine Paradedisziplin des ISF.

Antizionismus – Ein neuer Antisemitismus von Links
Für eine andere Palästina-Solidarität

Eine ehrlich Überschrift, ohne Anführungszeichen und Fragezeichen.

Hier wird postuliert: Antizionismus = Antizionismus, und über all die Seiten werden eklektisch Argumente zusammengesucht um das unsägliche Konstrukt als Realität darzustellen. Neben dieser vom wissenschaftlichen, den Schreibtischtätigen des ISF ja nicht fremden Standpunkt her als unverantwortlich zu betrachtenden Methode, bedienen sich die Schreiber eines einfachen aber erfolgversprechenden Taschenspielertricks: Sie definieren weder den Begriff des Zionismus noch den facettenreicheren Antizionismus (z.B. viele Gruppen in Israel begreifen sich als Antizionismus), geschweige denn den Begriff Antisemitismus, den sie durch die „neu" Zuordnung schon für ausreichend schlagkräftig halten. Dann konstruieren sie den Gesamtantiimperialisten – von SB bis RAF – und suchen sich nun, unhistorisch, beliebige Zusammenhang-Aussagen einzelner stark unterschiedlicher Gruppierungen, um damit die Gesamtlinke zu treffen. Wohlwollend betrachtet, hat die Art des Herangehens zumindest gar nichts mit dem als Worthülse dastehenden Begriff „Palästina Solidarität" zu tun. (Was ist das eigentlich? Solidarität mit den Palästinensern ja wohl nicht. Sollte hier der vom ISF so vehement bekämpfte Nationalismus aus ih-

rem Innersten sich Bahn gebrochen haben?)

Vielleicht weil Solidarität für sie wirklich nur eine Hülse ist. Denn: Es werden keine Probleme, Fragen aufgeworfen um eine konstruktive Diskussion zu führen oder die Möglichkeit dafür zu eröffnen. Es wird nicht um die Linie in der Solidarität mit den Palästinensern gerungen. Es wird postuliert: Antizionismus = Antisemitismus, nach Schubladen kategorisiert und dann der Deckel des anfänglichen Postulats draufgesetzt: Antizionismus = Antisemitismus = Faschismus.

Bewußt oder Unbewußt. Die Solidarität ist zerstört und das Thema umgelenkt.

Geißler und Dregger werden vor Neid erblassen, daß ihnen nur der Vergleich der Linken (Chaoten — wer erinnert sich noch, daß dieses Wort ursprünglich von der DKP für die Spontis und K-Gruppen eingeführt wurde?) mit der SA eingefallen ist. Auf dieser Ebene fällt mir zynisch nur der Stichwortgeber und Steigbügelhalter ein.

Kenner der Freiburger Szene meinen nun, das soll doch nur eine Provokation sein um Diskussionen in Gang zu setzen. Gut, aber Diskussionen in welche Richtung? Dabei verwirft doch das ISF — nach **seinem** Verständnis — die Methode z.B. der RAF, den Faschismus durch Provokation herauszukitzeln. Die höchste Form der Perversion wäre es ja nun, provokant den Faschismus der Linken herauszukitzeln. Nun, genug der Polemik. Im folgenden will ich mich auf einige Einzelpunkte des Flugblattes beschränken:

Voraussstellen möchte ich noch kurz: Das Problem des Antisemitismus auch innerhalb der Linken der BRD ist ein wichtiges im Kontext der Auseinandersetzung in der BRD zu diskutierendes Thema. In der Frage der Solidarität mit den Palästinensern ist es in seiner Gewichtigkeit das falsche Thema am falschen Ort mit den falschen Argumenten und Kriterien.

Vom Anspruch des ISF her könnte man verlangen, daß bestimmte Fragen und Kriterien bei der Erarbeitung eines Themas angelegt werden: Bei der Einschätzung eines Staates bzw. Staatengebildes die Frage nach seiner äußeren und inneren (taucht im Flugblatt überhaupt nicht auf) Opposition: — die Klassenfrage; — die Frage nach Anspruch und Wirklichkeit; — die Frage, inwieweit das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt und verändert (hat); — die Frage nach historischen Entwicklungen, Grundlagen (in welcher Zeit entwikkelten sich welche Ideen), Veränderungen; — die Frage nach Schein und Wesen, nach subjektivem Meinen und objektiven Handeln; — die Frage nach einer konkreten Analyse einer konkreten Situation.

Statt dessen: Nix von alle dem, man begibt sich auf die Ebene bürgerlicher Ideengeschichte und ihrer Betrachtung. Das ISF selbst begeht die fatale Gleichsetzung von Zionismus- und Judentum — der Unterschied zwischen Weltanschauung und dem Juden als Mensch wird eingeebnet.

Es wird nicht hinterfragt, daß diese Ideologie nur von einem Teil der Juden und auch nur von einem Teil der Israeli vertreten wird. Es werden nicht die verschiedenen Strömungen historisch und konkret erwähnt. Es wird nicht darauf hingewiesen, daß es in Israel eine Reihe von, sich explizit antizionistisch begreifenden Gruppen gibt. Es wird unterschlagen — wohl aus falscher Geschichts- und Schuldaufarbeitung - daß es vor dem Holocaust und seit der Gründung Israels Kapitalisten, Feudalisten, Proletarier, Bauern, Handwerker, Kleinbürger gegeben hat, daß es politisch Reaktionäre, Faschisten, Monarchisten, Marxisten, Sozialisten, Anarchisten gegeben hat, und gibt. (Bei der dt. Geschichte versucht man ja auch die bürgerl. Darstellung des 20. Juli zu differenzieren. Wer die programmatischen Verlautbarungen der Männer des 20. Juli analysiert, weiß, daß die Vorstellungen von Strauß und Dregger sich nur unwesentlich davon unterscheiden.)

Das zionistische Staatengebilde wird als Staat der Juden präsentiert. Kein Wort darüber, daß dieser Staat als einziger dieser Erde seine Grenzen nicht definiert. Kein Wort darüber, was der Unterschied zwischen der ursprünglichen zionistischen (nicht jüdischen) Forderung nach Heimstatt und diesem Staat ist. Kein Wort über den imperialistischen Charakter dieses Staates.

— Nach Außen: Wirtschaftliche und militärische Unterstützung der reaktionärsten Regime, z.B. Südafrika, Chile, Südkorea,

— Nach Innen: Klassenverhältnisse, Rassismus gegen orientalische Juden, Kriegsdienstverweigerer. Stattdessen diese fatale Gleichsetzung des berechtigten Rechts der Juden auf eine Heimstatt, auf einen Zufluchtort, mit diesem Zionistischen Gebilde. Kein Wort darüber, daß Teile der Opposition folgende Forderungen erheben:

Vollständigen, bedingungslosen Rückzug der israelischen Armee aus allen besetzten Gebieten, Verteidigung der Rechte der Palästinenser, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und Rückkehr, Anerkennung der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes und Beseitigung aller diskriminierenden Gesetze und Strukturen in Israel selbst.

Die Israelische Sozialistische Organisation, besser bekannt unter dem Namen ihrer Zeitschrift „matzpen" (Kompaß) kommt zu dem Ergebnis, daß der Staat Israel das Produkt eines „zionistischen Kolonisationsprozesses" sei und das dies grundlegend den Charakter des Staates bestimme.

Kein Wort darüber, daß es eine Mär ist, der PLO in den letzten 20 Jahren zu unterstellen, sie wollten die Juden ins Meer treiben. (Selbst bei früheren anderen Stellungnahmen haben die semitischen Araber nicht von Semiten, sondern von Israel geredet.)

„Wir sind dazu bereit mit Juden zusammenzuleben, auch mit jenen, die nachträglich eingewandert sind, vorausgesetzt unsere Rechte werden respektiert. Die Palästinenser wollen den zionistischen Staat als rassistische und kolonialistische Struktur zerschlagen; das heißt nicht, daß die Juden vertrieben werden. Zum Vergleich: Kaum jemand wird ernsthaft bestreiten, daß das südafrikanische Apartheid-Regime verschwinden muß. Die Beseitigung dieses Regimes heißt nicht, alle weißen Südafrikaner auszurotten oder zu verjagen. Es geht darum, eine Herrschaftsform zu errichten, in der Schwarze und Weiße die gleichen Rechte haben. Das gleiche gilt für das zionistische Regime, weil es ebenso eine Form von Rassismus ist." (Generalunion palästinensischer Studenten in Frankreich).

Wer noch so unfrei ist, den konkreten Täter nicht Täter zu nennen, es aber fertigbringt (richtigerweise) z.B. Kommunisten, die auch verfolgt, ermordet, vertrieben wurden, für das zu kritisieren, was sie heute, jetzt, konkret z.B. in Polen, Rumänien, ... betreiben wird unglaubwürdig, versucht anderen seine Komplexe aufzuhängen. Wer so wenig die historischen Fakten kennt oder zur Kenntnis nimmt, sollte Fragen stellen, problematisieren und nicht die elitäre Arroganz des Abstempelns benutzen.

Diese vom ISF beschwörend, verschwörerisch postulierte Negation der Schuldgefühle (und nicht die Negation der Negation) der Neuen linken Juden gegenüber scheint mir eher das eigene Unverständnis des ISF zu sein. Das drückt sich auch in der absoluten Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus aus. Nochmals, keiner — weder die zu Faschisten gestempelte Neue Linke, noch die PLO und die Palästinenser — machen Juden das Recht auf Heimat streitig. Angegriffen wird nur das zionistische Staatengebilde und die es tragende herrschende Klasse sowie die rassistische, expansionistische herrschende Staats- und Gesellschaftsideologie, nicht einmal andere Formen des Zionismus.

Warum das ISF altdeutsche Weisheiten für seine Argumentation bemüht, bleibt unklar: „Einmal Opfer immer Täter." Bei anderen Problemen ist es doch auch so frei zu realisieren, daß aus früheren Unterdrückten Unterdrücker und Henker geworden sind. Hinzu kommt, daß Leute wie z.B. Begin von Faschisten als Juden gesucht, eingesperrt und ermordet wurden.

Daß sie aber als politisch handelnde Subjekte nicht erst heute wahre Terroristen, Unterdrücker, Rassisten sind, müßte doch einsichtig sein.

Die Unterstellung — aufgrund des unsäglichen Konstukts Antizionismus = Antisemitismus — besonders die Antiimperialisten seinen Faschisten, ist eine groteske Anmaßung. Wer nun wenigstens etwas deren Praxis und Diskussionsprozesse kennt, weiß, wer den Kopf hinhält, wenn es gilt, Faschistentreffen zu verhindern, dem Abbau

bürgerlicher Rechte entschieden entgegenzutreten, das Apartheidsystem in Südafrika zu verurteilen, in Wackersdorf zu sein, in den VOBOS zu arbeiten, die IWF Kampagne mitzutragen, usw. Er weiß, wer sich tagtäglich in seiner Lebensvorstellung und -form am deutschen, noch vorhandenen alltäglichen Faschismus auf der Straße und im Betrieb reibt.

Es ist schwer zu begreifen, warum eine Völkergemeinschaft (nicht die herrschende Klasse), die tausend Jahre als Minderheit gedemütigt, verbannt, ermordet wurde, — kaum daß sie sich in einem eigenen Staat organisiert hat — mit ähnlichen und oft identischen Methoden gegen Minderheiten, oft wehrlose Menschen, vorgeht. Dabei sind die Israelis keine Ausnahme. Auch ein großer Teil der Siedler in den Staaten z.B. floh aus unterdrückerischen Verhältnissen in der alten Welt, um eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Die Siedler machten das auf den Leichen der Indianer...

„Eure Sehnsucht war so zu werden, wie die Völker Europas, die Euch mordeten. Nun seid ihr geworden wie Sie." Erich Fried, „Höre Israel".

Es ist Zeit konstruktiv zu streiten, wenn es darum geht, wieder eine Basis zu schaffen für Solidarität im Ringen um eine freie, menschenwürdige Gesellschaft. JüWe

Bemerkungen zum Antizionismusstreit in der Freiburger Linken

Einige Wochen nach der Hamburger Auseinandersetzung zwischen KB und dem „Aktionsbündnis Palästina 88" haben nun auch die Freiburger Gruppen ihren Streit um eine „richtige" Palästinasolidarität. Ausgelöst hatte ihn ein Flugblatt einer antiimperialistischen Kampfgruppe, in dem völlig unbekümmert die Beseitigung des „zionistischen Staatengebildes Israel" gefordert und ansonsten locker mit Plattheiten wie Antizionismus = Antifaschismus hantiert wird. Es folgte eine überaus scharfe, den Antisemitismusvorwurf erhebende Polemik der Freiburger Initiative Sozialistisches Forum (ISF), die allerdings nicht nur gegen die einfältigen Gemüter der Autoren des „Kampfblattes" zielte, sondern auch ein Seitenhieb an die Adresse der Freiburger Nahostgruppe und an sonstige Adressen war.

Die Nahostgruppe distanziert sich zwar von den größten Plattheiten des Kampfblattes. Doch auch sie besticht nicht gerade durch einen besonders sensiblen Umgang mit dem Thema Israel. Bis vor kurzem war das Wort Israel in ihren Flugblättern ganz dezent mit zwei kleinen Anführungszeichen versehen...

Auffällig an den Flugblättern des gesamten autonomen Spektrums ist das äußerst beschränkte Interesse an historischen Details. Die unbestrittene Tatsache, daß die zionistische Besiedlung Palästinas und die Gründung Israels mit der brutalen Vertreibung der Palästinenser verbunden war, veranlaßt die genannten Gruppen, der Existenz Israels die Anerkennung zu verweigern. Andere historische Fakten, etwa daß zwischen dem Basler Zionistenkongress und der Staatsgründung immerhin auch Auschwitz lag, werden großzügig übergangen...

Diese **historische Amnesie**, das Vergessen von Auschwitz, wird übrigens auch von der ISF heftig kritisiert. Und die Kritik trifft nicht nur Nahostgruppe, Autonome usw., sondern viele Antizionisten.

Ich möchte daran erinnern, mit welcher Besessenheit sich so manche Linken auf den Zionismus gestürzt haben: Akribisch haben sie seine Geschichte studiert, um nachweisen zu können, daß der Zionismus von Anbeginn an auf Expansion angelegt war. Mit Zitaten von Herzl und anderen Zionisten haben sie belegt, daß die Zionisten nie etwas anderes wollten als die Vertreibung der arabischen Bevölkerung. All das ist übrigens richtig. Und jede Kritik am zionistischen Exklusivitätsanspruch und an zionistischer Vertreibungspolitik ist berechtigt. Nur gerät den besessenen Antizionisten leider aus dem Blick, was überhaupt keiner Begründung bedarf: Nach Auschwitz kann keinem Juden in der Welt eine Haltung verwehrt werden, die Dan Diner protozionistisch genannt hat: Die Betrachtung Israels als Rückversicherung, als potentielles Asyl für den Fall neuer Pogrome, wo auch immer in der Welt.

Der besessene Antizionist aber läßt diese Haltung nicht gelten: Ganz im Gegenteil gilt seine Sympathie jenen Juden, die mit Israel nichts zu tun haben wollen. Sie sind für ihn die „guten" Juden, deren Existenz er in oberlehrerhafter Manier den „schlechten", israelverbundenen, angeblich paranoiden Juden vorhält.

Auch der unter autonomen und sonstigen Antizionisten übliche Umgang mit dem Staat Israel gibt zu denken: Israel als ganzes wird behandelt wie sonst die herrschende Klasse eines Landes — von einer Unterscheidung in einen machtausübenden und einen politisch eher machtlosen Teil der Bevölkerung keine Spur! Vermutlich halten viele Antizionisten Israel für die Musterdemokratie, in der tatsächlich das Volk an den Schalthebeln der Politik sitzt...

Ich denke übrigens nicht, daß die Gründe für diesen merkwürdigen Umgang mit den Juden und mit Israel dort zu finden sind, wo die ISF sie vermutet: in einem bruchlos von der Eltern- auf die Nachkriegsgeneration übergangenen Antisemitismus. Auf der richtigen Fährte scheint mir eher Gunnar Heinsohn (in „links" Nr. 181, April 1985) zu sein, dem zufolge sich hinter dem vehementen Antizionismus eine Abwehraggression der Nachkriegslinken verbirgt: Sie haben es satt, ständig mit den Untaten ihrer Eltern konfrontiert zu werden, mit denen sie politisch und meist auch persönlich längst gebrochen haben. Aus dieser Abwehraggression folgt, so Heinsohn, eine „unersättliche Gier nach jüdischen Untaten"... „eine rastlose Suche nach Gründen, die die Juden nicht gut aussehen lassen, in und außerhalb Israels, um eben von diesem Vorwurf, der ja unsere Generation ungerecht trifft, in irgendeiner Weise herunterzukommen." Mit jeder Untat nämlich, so diese Psycho-Logik, schwindet den Israelis ein Stück ihrer vermeintlichen Berechtigung, mit dem erhobenen Zeigefinger deutschen Israelkritikern gegenüber zu treten.

Die Alternative zu dieser aggressiven Abwehrhaltung kann übrigens nicht die von vielen schuldgeplagten liberalen Konservativen geforderte deutsche Demutshaltung Israel gegenüber sein. Israelkritik steht an, zumal die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten mit jedem Tag Politik der „eisernen Faust" unerträglicher wird, und nur von äußerem Druck auf Israel ein Kurswechsel zu erhoffen ist.

Abgesehen davon verbirgt sich hinter solchen liberal-konservativen Appellen eine fragwürdige Position zur deutschen Geschichte: man glaubt Vergangenheit moralisch bewältigen zu können — und läßt die gegenwärtige Gesellschaft unangetastet stehen. Es gab ja einen Neuanfang...

Diese Position ist genauso falsch wie die von Nolte, Hillgruber usw., die die besondere Bestialität des deutschen Faschismus leugnen und durch eine solche Relativierung die Voraussetzungen für einen neuen deutschen Nationalstolz schaffen wollen,

In die richtige Richtung weist folgende Haltung: Die Einzigartigkeit des Vorgefallenen und damit die Unzulässigkeit von Vergleichen zwar anzuerkennen; aber darüber nicht müde werden zu zeigen, daß die gesellschaftlichen Faktoren, die Auschwitz hervorbrachten, fortbestehen.

Angesichts der noch immer drohenden faschistischen Gefahr ist es ein Unding, wenn Antizionisten jene Juden in der BRD und anderswo als paranoid abstempeln, die nur mit Israel im Rücken ruhig schlafen können. isar

Aufstandsbekämpfung mittels Landreform?

Agrarreform in El Salvador

Mit einer Fläche von 21.000 qkm und einer Bevölkerung von 5 Mio. entspricht das mittelamerikanische Land El Salvador dem Bundesland Hessen. Die Industrie des Landes ist wenig entwickelt. Es gab zwar in den letzten Jahrzehnten Versuche einer Industrialisierung, die jedoch nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben: die Betriebe sind relativ klein und international kaum konkurrenzfähig. Produziert werden hauptsächlich Konsumartikel. Die internationalen Konzerne, die sich besonders in den 60er Jahren in El Salvador niederließen, haben sich seit der Krise 1979 wieder zurückgezogen.

Trotz der recht langen Küste ist das Fischereiwesen kaum entwickelt. Es gibt weder eine moderne Fangflotte, noch eine ausgebaute Fischverarbeitung, abgesehen von einer begrenzten Krabbenverarbeitung für den US-Markt.



Trinkwasser Transport — *Foto: Wolfgang Seiß*

Damit ist die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme eng an die Entwicklung in der Landwirtschaft gebunden. Statt auszugleichen, verschärfen die Landbesitzverhältnisse die sozialen Spannungen. 1980, zu Beginn des Bürgerkrieges, ist trotz der sehr hohen Bevölkerungsdichte von 215 Einw. je qkm die Verteilung des Grundbesitzes extrem ungleich: 0,02 % der Bevölkerung besitzen 39,5 % des Landes, 1,9 % besitzen 57,5 % des Landes während die große Mehrheit (91,4 %) nur über 22 % des Landes verfügen. Hinzu kommt, daß die Kleingrundbesitzer i.d.R. über die schlechtesten Böden verfügen.

Während die Kleinbauern hauptsächlich Grundnahrungsmittel für den nationalen Markt erzeugen, produzieren Großgrundbesitzer die Güter für den Export. 80 % des Exportes entfallen auf die drei Produkte Kaffee, Baumwolle und Zucker.

Da die Preise dieser Produkte auf dem Weltmarkt starken Schwankungen ausgesetzt sind und in der Tendenz fallen, verschärft die Lage auf dem Weltmarkt die ohnehin schwierige Situation im Inland.

Die Geschichte der Agarreform

Die ungerechte Agrarstruktur hat wiederholt zu Konflikten um eine Landverteilung geführt. So Ende der 20er Jahre, als das Agrarexportmodell aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der Kaffeeüberproduktion gänzlich versagte. In El Salvador wurde derzeit ein Präsident gewählt, der eine Agrarreform versprach. Daraufhin putschten die Militärs. Die enttäuschten Bauern und Landarbeiter erhoben sich. Ihr Aufstand wurde 1932 blutig niedergeschlagen.

Die Agraroligarchie, die seitdem de facto die Macht ausübt, verbot aus Furcht vor neuen Aufständen jegliche gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter. Heute ist El Salvador das einzige Land Lateinamerikas, in dem Landarbeitergewerkschaften noch verboten sind.

In den 60er Jahren unterzeichneten die mittelamerikanischen Länder einen Vertrag zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes. In diesen Jahren des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs zeichnete sich in El Salvador eine Industrialisierung ab.

Immerhin war die entstandene Leichtindustrie konkurrenzfähig genug, um die Märkte von Honduras und Nicaragua zu „erobern". Diese wirtschaftliche Überlegenheit führte 1969 auf dem Hintergrund einer chauvinistischen Mobilisierung in Honduras zum „Fußballkrieg" zwischen den beiden Ländern. Mitverantwortlich waren auch innere Spannungen in Honduras, wo eine versprochene Landreform nicht durchgeführt wurde und man die Schuld salvadorenischen Emigranten zuschob, die z.T. zu Landbesitz gekommen waren.

Honduras als Verlierer des Krieges wies daraufhin ca. 1/4 Mio. Salvadorener aus und annullierte den Vertrag über den Gemeinsamen Markt. Schlagartig verschärften sich damit die Widersprüche in El Salvador: Die Rückkehrer mußten in die Landwirtschaft integriert werden. Mit dem Verlust des Marktes ging gleichzeitig die industrielle Produktion zurück, so daß die Industrie nicht nur keine Rückkehrer integrieren konnte, sondern sogar Arbeitskräfte entließ.

Der vor dem „Fußballkrieg" zu verzeichnende wirtschaftliche Aufschwung in den 60er jahren hatte eine Liberalisierung der politischen Verhältnisse möglich gemacht. Zusammen mit den anders gelagerten Interessen besonders der ausländischen Konzerne ergab sich hier ein politischer Spielraum dafür, daß nun nach der Krise seit 1969 die Probleme der Landwirtschaft öffentlich diskutiert werden konnten.

Obwohl vom Gesetz her weiterhin verboten, wurde in beschränktem Maße eine gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter toleriert. Diesen politischen Freiraum nutzten die Rückkehrer, die auf den Plantagen in Honduras Erfahrungen mit Gewerkschaften gesammelt hatten. Gleichzeitig wuchs zu Beginn der 70er Jah-

re die Anzahl und die Macht weiterer Organisationen wie linker Parteien, Industriegewerkschaften, Studentenverbände, christlicher Basisgemeinden etc., die mit zunehmender Schärfe grundlegende Veränderungen forderten.

Um einen politischen „Erdrutsch" zu verhindern, wurde an einer Agrarreform gearbeitet. Da die Argaroligarchie weiterhin die mächtigste Gruppe innerhalb der Herrschenden des Landes stellte, erließ die Militärregierung 1976 nur ein halbherziges Gesetz. Trotzdem reagierte die Agraroligarchie heftig. Sie erreichten, daß der Unternehmerverband wöchentlich bis zu 13.000 US-$ für eine Kampagne gegen die Agrarreform ausgab. Diese Kampagne, die ein bisher unbekanntes Maß an Widerstand innerhalb der Herrschenden dokumentierte, führte dazu, daß die Agrarreform praktisch unwirksam blieb.

Im Rahmen des Gesetzes zur „Transformation Agraria" wurden nur 4 % des Landes unter 12.000 Familien verteilt.

Agrarreform made in USA

Die enttäuschten Erwartungen und die öffentliche Diskussion führten bei der anhaltenden sozialen Ungerechtigkeit zum weiteren Anwachsen besonders der militanten Organisationen der armen Bevölkerung. Als dann 1979 in Nicaragua die Sandinisten die Macht errungen, gingen die USA zur massiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten von El Salvador über. Die US-Politik gegenüber El Salvador bekam drei Grundbestandteile:

a) die rechte, wenig reformwillige Militärregierung von Carlos Humberto Romero durch reformfreudigere Kräfte zu ersetzen,

b) die Macht der Oligarchie zurückzudrängen, um Reformen zu ermöglichen und

c) von oben her eine technokratische Agrarreform, begleitet von massiven Repressionen, durchzuführen.

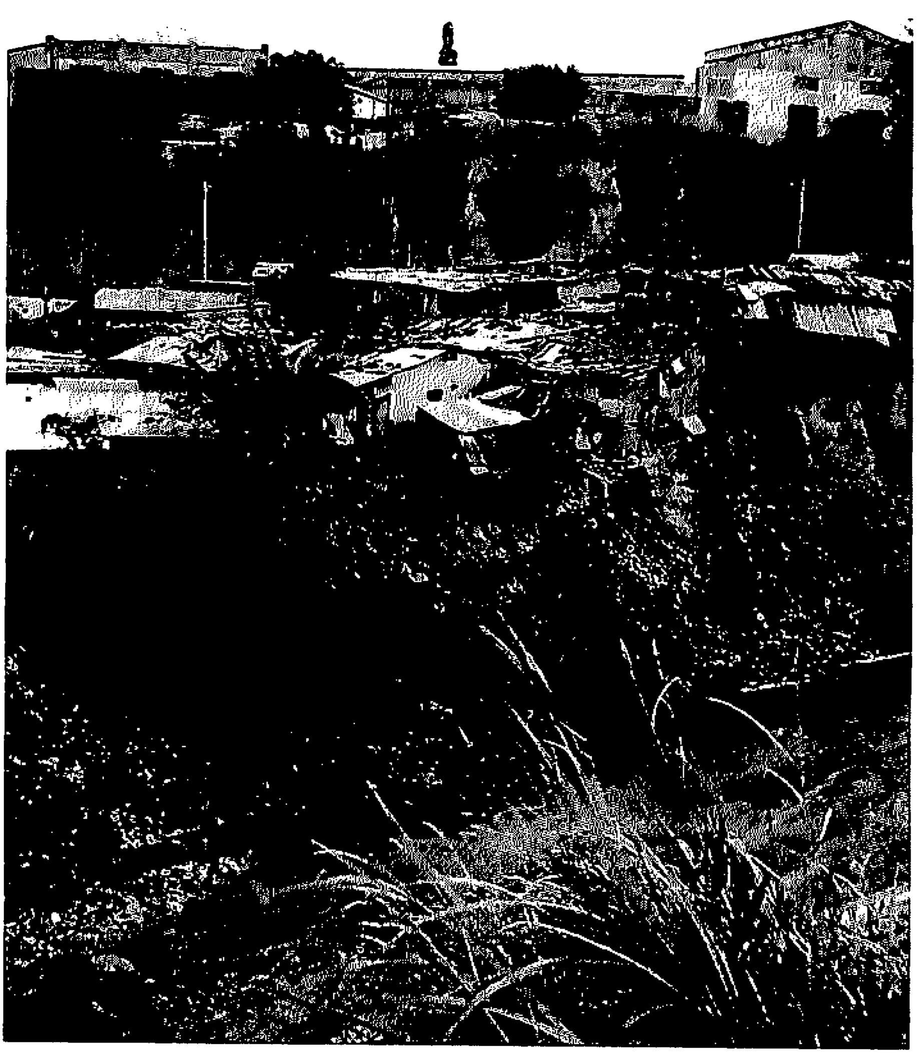
Am 15. Okt. 79 putschten sich die „Jungen Militärs" an die Macht. Sogleich wurden Agrarreformen versprochen. In Zusammenarbeit mit dem AIFLD (CIA-naher Gewerkschaftsverband aus den USA), der US-Botschaft und — als wichtigstem Berater — mit Roy Prostermann wurde das Agrarreformgesetz ausgearbeitet. (R. Prostermann war verantwortlich für die Agrarreform in Vietnam. Die gleichen Konzepte bis hin zu Parolen wie „Das Land den Landarbeitern" übernahm er für die Agrarreform in El Salvador.)

Schon am 6. März 1980 trat das „Gesetz der Agrarreform" in Kraft. Insgesamt waren 3 Schritte vorgesehen:

Phase 1 Alle Güter über 500 ha der Großgrundbesitzer werden enteignet, mit Ausnahme von 150 ha, die der Besitzer selbst auswählen und einbehalten kann. Auf dem enteigneten Land sind Genossenschaften zu bilden. 238 Großbetriebe mit insgesamt 218.000 ha (= 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, LNF) wären davon betroffen gewesen.

Phase 2 Alle Betriebe von 100 ha bis 500 ha sollen enteignet werden. 100 ha nach eigener Auswahl verbleiben dem Besitzer. Mit diesem Gesetz wurde das „Herzstück" der Exportlandwirtschaft betroffen, da 60 % dieser Ländereien Kaffeeplantagen sind.

Phase 3 Von Kleinbauern gepachtetes Land soll von ihnen erworben werden können, höchstens jedoch 7 ha.



Slum in San Salvador *Foto: Wolfgang Seiß*

Entschädigt werden die Eigentümer vom Staat zum geringeren Teil in Form von Bargeld und hauptsächlich per Schuldverschreibung mit langer Laufzeit. Die Begünstigten haben den Kaufpreis in Raten an den Staat abzuzahlen.

Für die USA war die Agrarreform von vordringlicher Bedeutung. Dies nicht nur, um die Politik gegenüber El Salvador innenpolitisch zu legitimieren, sondern auch um einen weiteren Sieg einer Befreiungsbewegung in Mittelamerika zu verhindern. Ein weiterer Sieg wäre nach Einschätzung der US-Entwicklungsbehörde „eine große Katastrophe für die US-Außenpolitik" gewesen.

Die Phase 3 entsprach im besonderen Maße den US-Vorstellungen. Der Sekretär für zentralamerikanische Politik der US-Regierung, Thomas Enders, drückte es 1982 so aus: „Niemand zweifelt daran, daß landbesitzende Bauern ein starkes Bollwerk gegen marxistisch-leninistische Subversion sein werden."

Doch gab es auch in den USA Widerstände von rechts gegen die Agrarreform, die die Bildung von Genossenschaften, wie in Phase 1 vorgesehen, als radikal und marxistisch orientiert ablehnten. Die entscheidende Phase 2 wurde nach Aussage von Thomas Enders weder von der Carter- noch von der Reagan-Administration unterstützt.

Gerade die Phase 2 war es, aufgrund derer in El Salvador die in der FDR organisierte linke Opposition das Agrarreformprojekt anfangs noch unterstützte. Mit der Durchführung der Phase 2, so hoffte die Opposition, würde sich die Macht der Agraroligarchie brechen lassen.

Durchführung der Agrarreform

Phase 2

Napoleon Duarte, als Zivilist 1980 Präsident der Militärjunta, kündigte nach der Verabschiedung des Agrarreformgesetzes an, daß die entscheidende Phase 2 erst in 5 Jahren abgewickelt werden sollte. Das gab der Oligarchie Zeit, sich gegen das Gesetz zu organisieren. Aufgrund ihres Einflusses innerhalb der Verfassungsgebenden Versammlung ließ die Oligarchie das Agrarreformgesetz in die Verfassung aufnehmen, wobei sie die Untergrenze der zu enteignenden Betriebe auf 245 ha heraufsetzte. Die anfänglich von Phase 2 betroffenen Ländereien reduzierten sie damit von 24 %

der LNF auf vier bis sechs %. Die Durchführung der Phase 2 wurde auf 5 Jahre, d.h. auf 1987, hinausgeschoben. Dies gab den Großgrundbesitzern genügend Zeit, den Besitz formell unter Familienmitgliedern aufzuteilen.

Im Dezember 1987 wurde nun das neue Argarreformgesetz zur Phase 2 verkündet. Der christdemokratische Präsident Duarte nutzte damit die Chance, das stark angeschlagene Ansehen seiner Partei mit diesem Vorhaben aufzuwerten. Für die Kommunal- und Parlamentswahlen im vergangenen März sollte die Phase 2 als „Wahlgeschenk" dienen. Das Gesetz wurde so kurz vor den Wahlen erlassen, damit all die Mängel seiner Durchführung vor der Wahl noch nicht ersichtlich sind.

Doch die Bevölkerung hatte sich aufgrund der vielen leeren Versprechungen von den Christdemokraten abgewandt. Bei den 33,5 % der Wahlberechtigten, die gewählt hatten, ging die ultrarechte ARENA, (Partei der Agraroligarchie) als Sieger hervor. Eigentlicher Verlierer der Wahlen sind die USA, die mit den Christdemokraten über treue „Stadthalter" in El Salvador verfügten, um ihr Konzept „Zuckerbrot und Peitsche" dort durchzuführen. Mit ARENA, die ganz auf Repression als Mittel der Problemlösung setzt, werden die USA zumindest vorerst Schwierigkeiten haben. Da inzwischen mehr als die Hälfte des Staatshaushalts von El Salvador von den USA finanziert wird, sind den USA genügend Mittel an die Hand gegeben, ARENA gefügig zu machen.

Wie weitgehend auch immer der US-Einfluß gehen wird, für die Phase 2 der Agrarreform ist dies weitgehend bedeutungslos; die US-Administration hat die Phase 2 nicht unterstützt. Rechtzeitig und in ihrer ursprünglichen Form durchgeführt hätte die Phase 2 die Macht der Agraroligarchie gebrochen. Nach so vielen Jahren und in der jetzigen Form muß sie ohne große Auswirkungen bleiben. Die durch ihren Wahlsieg einflußreich gewordene ARENA wird die praktische Durchführung auf allen Ebenen zu torpedieren versuchen. Was letztlich von der Phase 2 bleibt, wird gerade das sein, was den Herrschenden für ideologische Indoktrinierung der Hungernden und zum Schüren falscher Hoffnungen nützlich erscheint.

Phase 1

Die Phase 1 war praktisch bis zum Herbst 1980 abgeschlossen. Die Entschädigungssumme errechnete sich auf der Grundlage der Steuererklärungen der Jahre 1976 und 1977. Die enteigneten Maschinen, Viehbestände etc. wurden zum Zeitpunkt der Enteignung geschätzt. Der Staat entschädigte die Eigentümer weitgehend mit Schuldverschreibungen von 20 bis 30 Jahren Laufzeit bei einer Verzinsung von 6 % (weit unter der Inflationsrate, die 1987 über 20 % betrug).

Enteignet wurden 224.000 ha (ca. 16 % der LNF). Auf diesem Land wurden 14 % des Kaffees, 31 % der Baumwolle und 24 % des Zuckerrohrs von El Salvador produziert. Begünstigt wurden ca. 32.000 Familien d.h. etwa 8 % der Bauernfamilien.

Wirtschaftlich war die Phase 1 ein Fehlschlag:

- Sofort nach der Bekanntgabe der Agrarreform hatten viele Besitzer ihre Betriebe entkapitalisiert, indem sie die beweglichen Werte aus den Gütern herausnahmen. Da die Mehrheit der Kooperativen, die darauf angesiedelt wurden, keinen Zugang zu Krediten bekam, konnte die Produktion dort nur in geringerem Umfang weitergeführt werden. Dies ging so weit, daß sogar einige Kooperativen Land brach liegenlassen mußten.
- Das brachliegende Land durften sie nicht verpachten, da das Agrarreformgesetz ihnen Verpachtungen verbietet. Auch den alten Pächtern, die abgelegenes oder mit Maschinen schwer zu bearbeitendes Land gepachtet hatten, mußte nach der Reform gekündigt werden.
- Das Gesetz verbietet diesen Kooperativen auch die Aufnahme neuer Mitglieder. Eine Auswertung der Mitgliederzahl (wie auch Verpachtungen) würde nicht nur weiteren Familien ein Einkommen verschaffen, sondern den jeweiligen Kooperativen auch eher die Möglichkeit geben, das Geld für die Bezahlung des Landes zusammenzubekommen.
- Die meisten Kooperativen haben jedoch zu wenig Land. Im Durchschnitt bieten die Kooperativen ihren Mitgliedern für 180 Tage Arbeit im Jahr. (Aufgrund fehlender Bewässerungsanlagen kann nicht das ganze Jahr über angebaut werden.) Damit sind die Lebenshaltungskosten nicht zu decken.
- Die Produktion ging durch mangelnde technische Beratung zurück. Das Institut für Agrarreform (ISTA) verfügt nicht über das ausreichende Personal, um die Beratung zu gewährleisten.
- Bei der staatlichen Aufkaufgesellschaft, IRA, erhalten die Bauern höhere Preise. Doch nimmt die IRA nur einen Teil der Produkte ab und bezahlt diese erst Monate später. Bis dahin fehlt das Geld für das tägliche Leben, die Rückzahlung der Kredite und für die neue Aussaat.
- Hinzu kommen noch die Folgen des Krieges und die Trockenheit, von der ganz Mittelamerika seit 3 Jahren betroffen ist. Im Trockenlandbau gingen 90 % der letzten Reis- und Bohnenernte verloren.

Das Ergebnis ist, die meisten Kooperativen haben nicht genug, um den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Nach Angaben des ISTA verschuldet sich 1/3 der Kooperativen zunehmend, 1/3 kann sich kaum noch halten und nur das letzte Drittel ist in der Lage zu investieren.

Die Phase 1 war im Sinne der Aufstandsbekämpfung ebenfalls kein Erfolg. Die Begünstigten der Phase 1 waren vorher auf den jeweiligen Gütern fest angestellt und damit wirtschaftlich privilegiert. Das Verhältnis zum ehemaligen Besitzer war von Vertrauen bestimmt. Sie waren relativ konservative Bauern. Diejenigen, die der Befreiungsbewegung FMLN am nächsten standen, und aus deren Reihen sie sich hauptsächlich zusammensetzt, d.h. die Bauern ohne Land, waren von der Phase 1 ausgeschlossen.

Phase 3

Der als Phase 3 bezeichnete Teil der Agrarreform sieht vor, daß kleinbäuerliche Pächter bis maximal 7 ha ihres Pachtlandes erwerben können. 80 % der verpachteten Parzellen sind jedoch nicht größer als 2 ha.

Besondere Bedeutung hatte die Phase 3 für die Bergregionen, wo das Land schlecht und für die Großgrundbesitzer uninteressant ist, es sei denn es ist für den Kaffeeanbau geeignet. Dort lebt der größte Teil der Landbevölkerung. Aufgrund der dort herrschenden Armut sind dies auch die Gebiete, in denen die Befreiungsbewegung am stärksten ist. Mit der Phase 3 erhoffte man sich, hier eine Schicht von landbesitzenden Kleinbauern zu schaffen, die soziale Spannungen weitgehend neutralisieren. Für die USA war die Phase 3 damit das Kernstück der Agrarreform.



Landarbeiter beim Pflügen *Foto: Wolfgang Seiß*

Bei der Durchführung gab es wesentliche Schwierigkeiten:

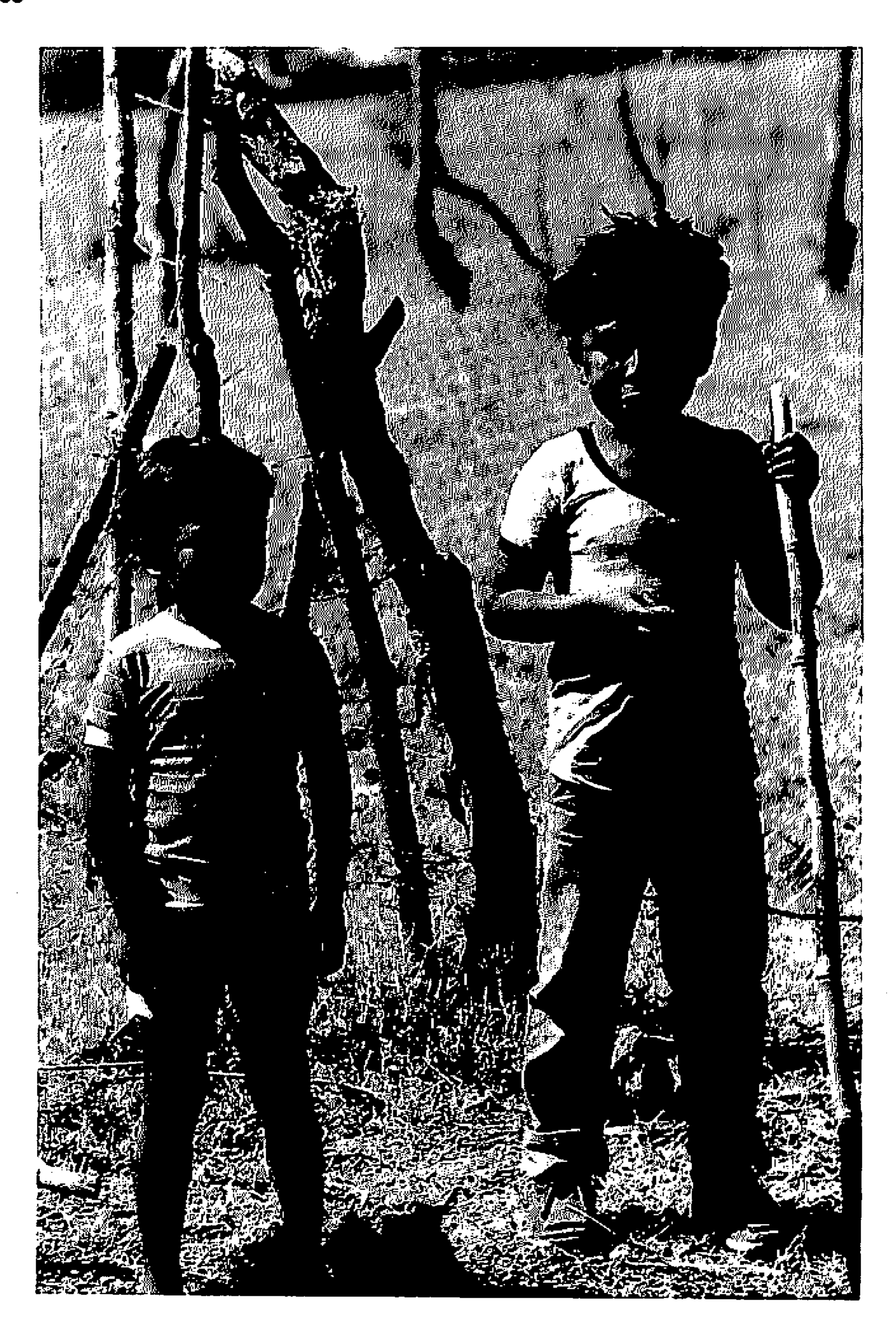
- Aufgrund des 1980 einsetzenden Bürgerkrieges ging das Militär in den Hauptkonfliktgebieten (den Bergen) zu Massakern an der Zivilbevölkerung über. Hinzu kamen Flächenbombardierungen und große Militäroperationen zur Vertreibung der Zivilbevölkerung. Die Felder wurden abgebrannt, um der Guerilla die Ernährungsgrundlage zu nehmen.
- Außerhalb der Hauptkonfliktzonen, dort wo die Militärs und die Großgrundbesitzer die Kontrolle ausübten, wurde bei Bekanntgabe des Gesetzes vielen Pächtern gekündigt, damit diese die Enteignung des Pachtlandes nicht beantragen konnten.
- Dort, wo die Phase 3 letztlich zum Tragen kam, gehorchte sie parteipolitischen Interessen. Die Christdemokraten als größte (offizielle) Partei konnte die Mehrzahl der Verwaltungsposten mit ihren Leuten besetzen. Bei der Flut der Anträge wurden die bearbeitet, die von Mitgliedern der christdemokratischen Partei gestellt wurden.

Das Ergebnis ist, daß wiederum die politisch bewußten Bauern ausgeschlossen blieben, d.h. die Integration der Opposition in das System nicht erfolgte. Doch auch den von der Phase 3 begünstigten Bauern geht es wirtschaftlich schlecht. Aufgrund des zu geringen Landbesitzes können sie die Familie nicht ernähren. Nach Untersuchungen der Universidad Catolica, UCA, haben sie im Durchschnitt nur für 48 Tage Arbeit auf ihren Parzellen. Auch sie können keinen Überschuß erwirtschaften, um das Land abzubezahlen. Durch die Trockenheit ist auch ihre Ernte weitgehend verloren.

Von der Agrarreform (Phase 1 und 3) wurden nur 28 % der ökonomisch aktiven Landbevölkerung begünstigt. Da das erhaltene Land nicht ausreicht, um davon zu leben, sind sie gezwungen, auf den Plantagen der Oligarchie zu arbeiten. 40 % von ihnen finden dort jedoch keine Arbeit. Rechnet man die „versteckte" Arbeitslosigkeit hinzu, erhöht sich die Zahl auf 60 %.

Um die Arbeit auf den Plantagen stehen sie in Konkurrenz mit der großen Masse der landlosen Bauern. Dort, wo fast ausschließlich Exportkulturen angebaut werden, dauert die Erntezeit ca. 3 Monate. Der von der Regierung empfohlene Tageslohn für Landarbeiter liegt bei 8 Colones (1 US-$ = 5 Colones; eine Coca Cola kostet 1 Col., eine Packung Zigaretten kosten heute auf dem Land 3 bis 4 Col.). In der arbeitsintensiven Kaffeernte wird kein Tageslohn bezahlt, sondern nach geernteter Menge entlohnt. Die von der Regierung empfohlene Entlohnung ist trotz Inflation seit 1979 gleich geblieben.

Seit dem Beginn der Agrarreform hat sich die allgemeine Situation in der Landwirtschaft verschlechtert. Nach einer vertraulichen Studie der FAO (UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung) ging das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1981 und 1986 jährlich zurück, insgesamt um 17 %. Im gleichen Zeitraum gingen die Investitionen um 32 % zurück. Die Ausgaben der Regierung für die Landwirtschaft fielen von 20 % des Staatshaushaltes von 1978 auf 17 % im Jahre 1984 zurück. 1986 hatten 68 % der Bevölkerung ein Einkommen, das nicht einmal ausreichte, um die Nahrungsmittelkosten zu decken. Eine Politik zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung des Landes gibt es nicht. Die Landwirtschaftspolitik ist auf die Exportproduktion ausgerichtet. Nicht verschweigen konnte die Regierung, daß im wichtigsten Exportprodukt, dem Kaffee, ein Rückgang der Produktion zu verzeichnen war. Die Ernte 87/88 ist im Vergleich zum Vorjahr um 25 % gesunken.



Kinder auf Kooperative in Ahuachapan *Foto: Wolfgang Seiß*

Fazit:
Die Agrarreform hat die Lage der Bauern insgesamt nicht verbessert. Das war auch nicht das angestrebte Ziel. Geplant wurde sie als **Maßnahme zur Aufstandsbekämpfung**. Durch die Entschädigung der ehemaligen Besitzer sind diese wirtschaftlich nicht geschwächt worden. Auch die entscheidende Phase 2, die nun nach den Wahlen im März durchgeführt werden soll, kann die Macht der Oligarchie nicht brechen, da sie inzwischen die betroffenen Güter innerhalb der Familie formal aufteilen konnte. Zudem wird ARENA nun mit Erfolg alles versuchen, die Phase 2 zu torpedieren. Der seit 1980 andauernde Krieg schaffte und schafft einen zunehmenden Rechtsrutsch der staatlichen Organe und eine Militarisierung der Gesellschaft. Als eigentliche Kraft der Ultrarechten ist die Oligarchie nach all diesen Jahren mächtiger als vor dem Krieg. Eine Lösung der sozialen Probleme ist, wenn überhaupt, nur von der (illegalen) Opposition zu erwarten.

Jürgen Bernhardt

Arbeitskampf um Lunafil verschärft sich

Der folgende Bericht über eine Betriebsbesetzung in Guatemala, die sich am 9. Juni zum ersten Mal jährt, erschien bereits Anfang des Jahres in der US-amerikanischen Wochenzeitung „The Guardian". Wegen der zentralen Bedeutung dieses Arbeitskampfs für die wiedererstarkende guatemaltekische Gewerkschaftsbewegung haben wir uns entschlossen, ihn hier abzudrucken.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage in Amatitlan noch weiter verschärft. Die bestreikte Firma ließ den beschriebenen Maschendraht durch eine hohe Mauer ersetzen — dadurch sind die Betriebsbesetzer jetzt von der Außenwelt (auch von ihren Familien!) abgeschnitten. Anonyme Drohungen und Polizeiaktionen gegen die Streikenden häufen sich.

Aufgrund der unerwarteten Standhaftigkeit der Besetzer und der wachsenden einheimischen und internationalen Solidarität kehrten die Kaptialeigner inzwischen an den Verhandlungstisch zurück und haben ihre ursprüngliche Absicht, den Betrieb endgültig zu schließen, offenbar fallengelassen. Allerdings weigern sie sich weiterhin, alle Streikenden wieder einzustellen — eine Lösung des Konflikts ist daher bisher (Mitte Mai 1988) noch nicht in Sicht.

Von den ursprünglich 91 Beschäftigten, die am 9. Juni 1987 den Streik aufgenommen hatten, sind 39 weiterhin aktiv. 29 davon sind innerhalb des Fabrikgeländes eingeschlossen, und zehn weitere haben ein improvisiertes Lager außerhalb des Haupttors aufgeschlagen. Die Eingeschlossenen können das Gelände jederzeit verlassen, aber der bewaffnete Werkschutz würde ihnen dann die Rückkehr verweigern. Die Geschäftsführung möchte die Besetzer loswerden, um den Betrieb wiederaufnehmen zu können. Die Streikenden ihrerseits halten die Besetzung, die den normalen Geschäftsablauf stört, für ihr bestes Druckmittel in den längst überfälligen Tarifverhandlungen.

Finanzielle Not und die emotionale Belastung, von ihren Familien getrennt zu sein, haben die Zahl der Streikenden verringert. Allerdings ist es bemerkenswert, daß seit dem 2. November alle bei der Stange geblieben sind. „Diejenigen von uns, die immer noch hier sind, werden noch lange durchhalten", sagt einer hinter dem Zaun.

Der Streik begann, als die Arbeiter versuchten, mit der Firma einen Tarifvertrag auszuhandeln. Wegen erhöhter Nachfrage hatten die Fabrikeigner 12-Stunden-Schichten an Samstagen und Sonntagen (ohne Überstundenzuschläge!) verlangt. Jeder Arbeiter sollte außerdem für mehrere Maschinen gleichzeitig zuständig sein. Über die Sonderschichten sollte am 9. Mai abgestimmt werden, wobei beide Seiten sich verpflichteten, das Ergebnis anzuerkennen. Der Tatsache bewußt, daß die guatemaltekische Verfassung den Normalarbeitstag auf acht Stunden begrenzt, lehnten die Beschäftigten die Sonderschichten mit überwältigender Mehrheit ab. Daraufhin erklärte die Geschäftsführung ohne Umschweife das Abstimmungsergebnis für „gefälscht" und ordnete — bei angedrohter Entlassung — die zwölfstündigen Schichten an.

Ein nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Oswaldo Divas, weigerte sich, die neue Schicht schriftlich zu akzeptieren, und wurde sofort entlassen. Am Abend des 8. Juni 1987 trafen sich die Lunafil-Beschäftigten und verabschiedeten ihre Forderungen:

- Anerkennung der Abstimmung über die Sonderschichten
- weiterhin nur eine Maschine pro Arbeiter
- Wiedereinstellung von zwei Entlassenen
- Entlassung von Vorarbeitern, die von den Arbeitern einen Verzicht auf Überstundenzuschläge verlangt hatten
- sowie eine Lohnerhöhung von umgerechnet 5 auf 8 DM pro Tag (!)

Die Weigerung der Geschäftsführung, diese Forderung zu akzeptieren, führte dann zum Streik.

Die Fabrikeigner haben auf verschiedenste Weise versucht, den Zusammenhalt unter den Arbeitern zu brechen. Strom- und Wasserversorgung in der Fabrik wurden unterbrochen. Praktisch alle Streikenden wurden entlassen, und die Eigner drohen damit, die Fabrik endgültig stillzulegen. Den Betriebsbesetzern wurden Bestechungsgelder angeboten, um sie zum Verlassen des Fabrikgeländes zu bewegen.

Unterstützung für den Streik kam bisher in erster Linie von anderen Gewerkschaften, vor allem vom Dachverband „Gewerkschaftseinheit der Arbeiter Guatemalas" (Unsitragua) (...). Arbeiter einer benachbarten Fabrik versorgen die Streikenden mit Wasserfässern. Anderes nötiges Material, wie Lebensmittel und Feuerholz zum Kochen, wird von Unterstützern über den Zaun gereicht.

Die Moral der Betriebsbesetzer bleibt hoch. Die Auseinandersetzung ist zu einem der wichtigsten Anstöße für Guatemalas wiedererwachende Gewerkschaftsbewegung geworden.

Kurz vor Weihnachten wurde befürchtet, die Kampfmoral der Streikenden könnte nachlassen, weil sie die Feiertage ohne ihre Familien verbringen mußten. Die Geschäftsführung versuchte, dies auszunutzen und bot am 21. Dez. den Arbeitern auf 6 Monate rückwirkende Löhne an, falls sie ihr selbst gewähltes Gefängnis verlassen würden.

Dieses „Angebot" hatte jedoch die entgegengesetzte Wirkung: die Besetzer verpflichteten sich, bis zum Erfolg des Streiks auszuharren. „Uns geht es nicht so sehr ums Geld. Uns geht es darum, bei der Arbeit mit Würde behandelt zu werden", sagte ein Arbeiter.

Am 22. Dezember trafen sich Lunafil-Gewerkschafter, Unsitragua-Funktionäre und Repräsentanten anderer Gewerkschaften mit Guatemalas Präsident Vinicio Cerezo. Cerezo versprach, sich der Angelegenheit persönlich anzunehmen. Diese Zusage, verbunden mit üppigen Geschenkkörben des Präsidenten an alle Streikenden, ließen vorsichtigen Optimismus entstehen. (Dieser Optimismus blieb aber bis heute, Ende März 88, enttäuscht; Anm. des Übersetzers).

Der Streik ist ein Meilenstein für die guatemaltekische Gewerkschaftsbewegung, weil er die Lähmung zu überwinden scheint, die durch den politischen Terror der letzten 10 Jahre verursacht worden war. In diesem Zeitraum waren 15.—20.000 Guatemalteken, darunter viele Gewerkschaftsmitglieder, von Militärs und Todesschwadronen ermordet worden. Andere wurden entführt oder ins Exil getrieben.

(...) Nach den Worten eines jungen Gewerkschaftsaktivisten: „Im Moment kommt es uns vor allem darauf an, den Leuten zu helfen, ihre Furcht zu überwinden". (...) Die Lunafil-Arbeiter haben sich bisher vor allem auf einheimische Unterstützung verlassen müssen. Ihre Standhaftigkeit zeigt, daß die guatemaltekische Arbeiterbewegung stark genug ist, auch einen langen Streik durchzuhalten. Mit zunehmender Streikdauer gewinnt die internationale Unterstützung jedoch an Bedeutung — wichtig sind neben Solidaritätserklärungen und materieller Hilfe an die Gewerkschaft UNSITRAGUA vor allem Briefe an den guatemaltekischen Arbeitsminister, in denen er zu einer konstruktiven Vermittlung des Lunafil-Konflikts aufgefordert werden soll.

Anschrift:
Lic. Rodolfo Maldonado
Minstro de Trabajo
Su despacho
Palacio Nacional
Guatemala City, Guatemala
Kopien bitte an:
UNSITRAGUA
lla Calle 8—14
Zona 1
Guatemala City, Guatemala

(Übersetzt aus „The Guradin", New York, 3. Februar 1988)

Am Freitag, den 27.5., kam ein Kommando der Bereitschaftspolizei (Antimotines) mit 200 Polizisten zur Fabrik Lunafil, um die sich dort noch befindliche Baumwolle aus dem Gelände herauszuholen. Die streikenden Arbeiter wehrten sich dagegen, allem Anschein nach gelang es aber nicht, den Abtransport zu verhindern. Julio Coj, einer der Verantwortlichen der Lunafil-Gewerkschaft, wurde dabei durch ein Plastikgeschoß leicht verletzt.

Die Baumwolle als Material ist neben der ganzen Maschinerie ein wichtiges Kampfmittel der Arbeiter in diesem Streik. Allem Anschein nach wollen die Unternehmer sich eine bessere Ausgangsbasis für die neu einsetzenden Verhandlungen verschaffen. In der Nacht zum Samstag erschienen 20 bewaffnete Männer in Zivil, z.T. mit maskierten Gesichtern und zerstörten von den Arbeitern angelegte Abwehrvorrichtungen. Das Auftauchen dieser bewaffneten Einheit in Zivil muss als massive Bedrohung gewertet werden.

Bitte schreibt Telegramm, Telexe oder Briefe an:
Excm. Señor Presidente
Vinicio Cerezo Arévalo
Palacio Nacional, Zona 1
Ciudad de Guatemala, Guatemala
Tel. 00502-2-21212
Telex 5331 CAPRES GU

Lunafil S.A.

Raul Herrera Ceballos
9 Calle 5–39
Ciudad de Guatemala, Guatemala
(Er ist der Hauptaktionär von Lunafil S.A.)

Telex oder Briefbeispiel:

Excelentísimo Señor Presidente
Hemos recibido con gran preocupación las noticias de los últimos sucesos en la fábrica Lunafil, Amatitlán.
El 27 de mayo vinieron 200 policias Antimotines para sacar el algodón, que todavía se quedó dentro del area ocupado por los trabajadores en huelga. En esta acción uno de los responsables del sindicato de Lunafil fue levemente herido por una bala de plástico. Además aparecieron en medianoche 20 hombres fuertemente armados – en parte con cara escondida – para amenazar a los huelguistas.
Estos son medidas para debilitar a los trabajadores y atemorizarlos para que ya no insisten en sus justas demandas de un trabajo digno y de un sueldo justo.
Le pedimos a Ud. que interceda con autoridad de tal manera que se pueda resolver este conflicto laboral por los caminos de diálogo y de comunicación, es decir por via democrático.
Apoyamosa todas las iniciativas en las que el derecho de los huelguistas a la igualdad sea respetado. Atentamente

Telegrammbeispiel:
Expresamos preocupación últimos sucesos en Lunafil

Übersetzung:

Sehr geehrter Herr Präsident,
Wir haben mit großer Besorgnis die Nachrichten von den letzten Ereignissen in der Textilfabrik Lunafil aufgenommen.
Am 27. Mai kam ein Kommando mit 200 Bereitschaftspolizisten, um die Baumwolle herauszunehmen, die noch innerhalb der Fabrik lagerten, die von den Arbeitern besetzt ist. In dieser Aktion wurde einer der Verantwortlichen der Lunafil-Gewerkschaft leicht verletzt. Außerdem erschienen um Mitternacht 20 schwer bewaffnete Männer – zum Teil mit verdeckten Gesichtern –, um die Streikenden zu bedrohen.
Dieses sind Mittel, um die Arbeiter zu schwächen und sie einzuschüchtern, damit sie nicht weiter auf ihren gerechten Forderungen nach würdiger Arbeit und gerechtem Lohn bestehen. Wir bitten Sie, mit Ihrer Autorität einzuschreiten, damit man diesen Arbeitskonflikt mittels des Dialogs und der Kommunikation lösen kann, d.h. auf demokratischem Weg.
Wir unterstützen alle Initiativen, in denen das Recht der Streikenden auf Gleichheit respektiert wird.

(Übersetzung: Wir sind besorgt über die letzten Ereignisse in Lunafil.)

BMZ

Parkinson im BMZ

oder ein Lehrstück bürokratischen Imperialismus

Ein Paradestückchen Parkinson'schen Wachstums proben zur Zeit unter der Regie des Minister Hans Klein die Dritte-Welt-Beamten. Nachdem der Minister in der großangelegten Umorganisation seines Hauses endlich ein Frauenreferat einrichten und mit einem routinierten Verwaltungsbeamten kurz vor der Pensionierung besetzten konnte, folgt im Sommer die nächste Premiere.

Das BMZ wird eine Zentral- bzw. Beratungsstelle für NGO's einrichten. Seit Jahren widmen sich fünf Beamte den Anträgen der NGO's zur Förderung ihrer Hilfsprojekte. Sie prüfen, bewilligen und versuchen, recht großzügig und verständnisvoll für die Unwägbarkeiten der Projekte in den fernen Ländern, eine planmäßige Abwicklung zu erreichen. Ihr Drehbuch ist die Bundeshaushaltsordnung. Neben den großen und bekannten Hilfswerken wie der Welthungerhilfe, der Andheri Hilfe, terre des hommes oder anderen Mitgliedern des Bensheimer-Kreises, nehmen auch kleine und unbekannte NGO's das Geld des Steuerzahlers gerne. Denn mit bescheidenen Spendenmitteln können dann Projekte in vielfacher Größenordnung gestartet werden. Das BMZ gibt 75 % Zuschüsse und ist sogar bei der Berechnung der Eigenleistung großzügig.

Weil aber viele Projektanträge von den Richtlinien des Finanzministers nicht bestehen können, sollen künftig die privaten Träger (außer den Kirchen und den Parteistiftungen) von einer Beratungsstelle mit den Erwartungen der Bürokratie vertraut gemacht werden. Die fünf Beamten schaffen es nicht, allen Antragstellern das Zuwendungsrecht zu erläutern. Rund 70 gemeinnützige juristische Personen zählen zu den Kunden dieses Fördertopfes – Tendenz steigend. Da geht den Beamten die Luft aus. Genügend Geld, fast 30 Mio. DM, wäre vorhanden, um weitere Entwickungsprojekte zu fördern. Diese Unfähigkeit der Regierung das vom Parlament bewilligte Geld für die Dritte Welt auszugeben, hat schon seit vielen Jahren zu kritischen Fragen im Bundestagsausschuß geführt. Aber erst die Mahnungen des Bundesrechnungshofes brachten die Beamten in Bewegung. Der übliche Weg jedoch, die Effizienz der Verwaltung durch die Beschäftigung von mehr Personal zu steigern, ist verbaut. Neue Stellen billigt der Finanzminister nicht.

In dieser Situation weist Parkinson den Ausweg: Wenn keine neuen Planstellen eingerichtet werden dürfen, um die wachsenden Aufgaben zu erledigen, bedient man sich aus dem verfügbaren Titel und kreiert außerhalb der gesicherten und privilegiengepolsterten Stellen des Ministeriums eine kleine, nachgeordnete Institution. Sie soll irgendwie einen Teil der Arbeit erledigen. Außerdem können die Beamten sich nun endlich wie die Mitarbeiter einer obersten Bundesbehörde fühlen. Die lästigen, direkten Kontakte mit den Bürgern übernimmt dann als vorgeschobener Posten die Beratungsstelle. So entstehen neue Arbeitsplätze, von denen bekannterweise nicht nur in der Dritten Welt zuwenig vorhanden sind.

Es war nicht schwer, den Parlamentariern zu erläutern, warum die Arbeit der kleinen neuen Institution mit rund 700.000 DM aus den reichlichen Mitteln der Klein-Projektförderung – zweckentfremdet – bezahlt werden darf. Indem die Abwicklung der Projektanträge durch die Vorprüfung in der neuen Beratungsstelle vereinfacht und beschleunigt wird, wachsen Qualität und Quantität der Hilfe für die Ärmsten der Armen in der Dritten Welt. Weil die korrekte, haushaltsrechtlich notwendige Kontrolle über den Abruf des Geldes, seine Verwendung und gegebenenfalls erforderliche Rückmeldungen endlich von Leuten erledigt werden, die sich nicht in den Polstern der Unkündbarkeit vor Arbeit schützen können – die also arbeiten müssen, kann sich das Ministerium endlich auf seine hoheitlichen Funktionen konzentrieren.

Solche Vorstellungen hat das BMZ dem AWZ präsentiert und niemand hat zu fragen gewagt, ob denn die Beamten auch wirklich richtig arbeiten. Oder ob die BHO

das geeignete Instrument zur Unterstützung der privaten Entwicklungshilfe sei.

Eine konzeptionelle Rolle bei der Zusammenarbeit mit den privaten Trägern soll die Beratungsstelle nicht spielen dürfen. Kein Gedanke daran, die Beteiligung der privaten Träger auch in Hinblick auf die entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung zu stärken. Keine Vorstellungen über europäische Kooperation oder auch die Gestaltung der Zusammenarbeit mit den NGO's in den Ländern der Dritten Welt. Keine Spur einer Idee zur gemeinsamen Interessenvertretung des sehr heterogenen Grüppchens oder gar einer Beteiligung der NGO's an Richtlinien-Entwürfen des Ministeriums.

Klipp und klar ist es geschrieben: eine Verbesserung oder Erleichterung der Antragstellung soll mit der Beratungsstelle für die Privaten Träger nicht geboten werden. Sie bleiben gegenüber Kirchen und Parteistiftungen benachteiligt.

Auf dem Arbeitsmarkt warten fähige und bereitwillige Leute, die sich für eine abgesenkte BAT Besoldung und ohne Ministerialzulage mit Engagement zwischen die Stühle setzen. Denn das scheint sicher: weder das Ministerium noch die NGO's werden mit der neuen Zentralstelle gücklich. Immerhin können die Vertreter des Bensheimer Kreises, wenn sie überhaupt eine gemeinsame Linie finden, und das Ministerium ihre Hände nun auf dem Rücken der Beratungsstelle austragen.

Die fünf Beamten aber werden nun endlich so gemächlich arbeiten, wie es ihrem Stand entspricht: bei 100 bis 150 Antragstellern entfallen auf jeden von ihnen rund 30 „Kunden". Das läßt sich auch bei verkürzter Arbeitszeit schaffen, wenn all die lästigen Rückfragen und Unstimmigkeiten zuvor in der Zentralstelle geklärt wurden. Und wenn tatsächlich die Arbeit überhand nehmen sollte, weil die Zentralstelle so erfolgreich arbeitet mit dem Computer, und weil die privaten Träger keine Probleme mit den unbürokratischen Mitarbeitern der Zentralstelle haben — dann besteht aufs neue der Ausweg, die Arbeit an die nachgeordnete Einrichtung zu delegieren und dafür vielleicht sogar neue Stellen zu bewilligen. Mindestens drei Beratungsstellen könnten dann in der Bundesrepublik dem Minister zuarbeiten. Nach Ablauf der Erprobungsphase sollen die privaten Träger die Kosten der Beratungsstelle selber tragen.

Es ist was dran an dem Vorwurf, daß Entwicklungshilfe vor allem uns nutzt.

Nachsatz:
Für alle privaten Träger, die aus vielerlei Gründen mit der Beratungsstelle nicht zusammenarbeiten wollen, bleibt der Weg offen, den schon heute die erfolgreichen Antragsteller vorziehen: Ihre Förderanträge gelangen auf dem Umweg über den Bundestagsabgeordneten, den Staatssekretär oder sogar den Minister in das zuständige Referat. Das lohnt sich immer. Die schnelle Beratung und die Bewilligung ist auch ohne Beratungsstelle ziemlich sicher. Denn der Regisseur Hans Klein inszeniert am liebsten sich selbst — das Ministerium ist die Bühne, die Beamten und privaten Träger sind die Statisten und die Dritte Welt die Kulisse.

aa

Weltwirtschaft/Verschuldung

Neue Privatisierungswelle in hoch verschuldeten Ländern

Auf massiven Druck von IWF und Weltbank hin findet derzeit in Afrika und Lateinamerika eine große Umverteilung staatlichen Kapitals statt. Um ihren Schuldendienst an die Gläubigerländer leisten zu können und ihr Haushaltsdefizit abzubauen, privatisieren die Regierungen/Machteliten vieler Länder zunehmend Staatsbetriebe oder ihre staatlichen Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen des Landes. Die Beteiligungen werden in- und ausländischen Kapitalinhabern angeboten.

Auf eine halbe Mrd. DM lassen sich die Unternehmensbeteiligungen der Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) veranschlagen, die seit kurzem zum Erwerb durch private Investoren im In- und Ausland angeboten werden. Ausschlaggebend für die Entscheidung zur Privatisierung ist die anhaltende Finanzkrise im Staatshaushalt, die sich aufgrund der massiven Exporterlösrückgänge bei den Hauptausfuhrgütern Kaffee und Kakao eingestellt hat. Betroffen sind ca. 53 % der staatlichen Firmen, insgesamt 66 Unternehmen. Interessant insbesondere für die internationale Lebensmittel- und Agroindustrie sind mehrere Unternehmen der Kaffee- und Kakaoverarbeitung, Speiseölproduktion, Fischkonservenherstellung (siehe Nordsee) und Tierzucht. Günstig zu erwerben sind weiterhin Unternehmen der Textil- und Chemieproduktion, sowie Hotels, Transportunternehmen u.a.

• Nigeria

Die nigerianische Regierung will insgesamt 96 Unternehmen zur Privatisierung freigeben. Vollständig privatisiert werden sollen 49 Unternehmen, vorwiegend landwirtschaftliche Unternehmen, Versicherungen und Brauereien. Partiell privatisiert werden Nigeria Airways und Nigerian Shipping Co. Kommerzialisiert werden Nigerian Railway Corp., National Electric Power Authority, Stahlfirmen etc. etc.

• Marokko

In Marokko sollen etwa 500 der 2.000 öffentlichen Gesellschaften in den Privatsektor überführt werden. Zu den Unternehmen, die privatisiert werden sollen gehören u.a. die Textilfirma Cotef sowie ein Teil der Elektrizitäts- und Wasserversorgung und Eisen-, Kohle- und Bergbauunternehmen. Privatisiert wurden bereits einige Zuckerfabriken, eine Kupfermine und die Busdienste von Casablanca. Die Zeit der günstigen Stadtrundfahrten ist vorbei.

• Kolumbien

Die kolumbianische Regierung will sich von einem großen Teil ihrer Beteiligungen an inländischen Wirtschaftsunternehmen trennen. Von der Aktion sind insbesondere 16 große Unternehmen betroffen, u. das Kohleunternehmen Carbocol, der Nickelproduzent Cerro Natoso sowie das KFZ-Montageunternehmen Sofsa-Renault.

Der Verkauf afrikanischer Unternehmen an Interessenten in Industrieländern ist dabei nur mit zusätzlichen finanziellen Anreizen möglich, da die meisten Länder Afrikas von Unternehmerseite her als Investitionsländer praktisch abgeschrieben sind. 1987 wurde von Seiten bundesdeutscher Unternehmen nur noch in Südafrika (2,33 Mrd. DM), Nigeria (1,6 Mrd. DM), Ägypten (700 Mio. DM) und Libyen (400 Mio. DM) investiert. Die gegenwärtige „Wirtschaftsliberalisierung" könnte diesen Trend vielleicht umkehren, wenn die Unternehmensanteile billig genug zu erwerben sind. Eine Folge der erzwungenen Liberalisierung ist bereits sicher: Die Privatisierung der Unternehmen wird zwangsweise Massenentlassungen zur Folge haben und die ökonomische Situation der Bevölkerung in diesen Ländern weiter schwächen sowie die Preise steigen lassen. Während so die Zahlungsfähigkeit der ärmsten Länder kurzfristig sichergestellt wird, erhalten die internationalen Konzerne und Banken Gelegenheit, die aus den Traumgewinnen der letzten Jahre angesammelte Liquidität zum günstigen Einkauf im Ausland zu nutzen.

Die Wirtschaftspolitik von IWF und Weltbank war auf der ganzen Linie erfolgreich. In Berlin wird es Grund zum Feiern geben.

Sierra Leone vom IWF abgeschrieben

Für Neukredite des Internationalen Währungsfonds ist Sierra Leone nicht mehr „qualifiziert". Der IWF begründet dies mit dem Zahlungsrückstand von 54 Mio. $. Sierra Leone gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Von 1.000 geborenen Kindern sterben 176 im ersten Lebensjahr. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 38 Jahren. Es ist die niedrigste auf der Erde. Auswirkungen auf die kommerziellen Kredite wird der Schritt des IWF im Gegensatz zu anderen Ländern allerdings nicht haben, da in den letzten Jahren ohnehin kein privates Kapital ins Land geflossen ist. Sierra Leone hat im ersten Halbjahr 1987 für 3.634.000 DM Nahrungsmittel (Kakao, Kaffee, gefrorene Garneelen) und für 28.180.000 DM Rohstoffe (Rohdiamanten, Bauxit, Gold) in die BRD exportiert. Leider sind jedoch die Exporterlöse des Landes nach 60,8 % im Jahre 1986 auch letztes Jahr wieder gesunken. Unter anderem deshalb, weil der Leone (Le) auf ausländischen Druck um 58 % (achtundfünfzig) abgewertet wurde, außerdem tragischerweise der Weltmarktpreis für Kaffee 1987 um 48,9 %, für Kakao um 12,5 % fiel. Der Export von Rohdiamanten erholte sich zwar (+ 38,3 %), jedoch mußte das Land auch hier wegen dem scharfen Rückgang des Durchschnittspreises um 73,5 % (dreiundsiebzig,5) schwere Einnahmeverluste hinnehmen. Die offizielle Güterversorgung verschlechtert sich in Sierra Leone laufend. Ein Sack Reis, der zum offiziellen Preis von 348 Le nirgendwo aufzutreiben ist, auch nicht im landwirtschaftlich genutzten Hinterland, kostet auf dem Schwarzmarkt 600–800 Le. Außerhalb der Städte bleibt die offizielle Reisversorgung trotz fruchtbarer Böden unzureichend. Die wegen fehlender Devisen lange stockende Benzinversorgung konnte erst im November 1987 durch die Bezahlung einer nigerianischen Tankerladung wieder aufgenommen werden. Nach der jetzt verhängten Kreditsperre wird demnächst wieder Schluß sein mit dem Autofahren.

Ähnliche wirtschaftliche Strafaktionen verhängte der IWF in der letzten Zeit gegenüber dem Sudan, Sambia, Liberia, Peru, Guayana und Vietnam.

uh

Material zur IWF-Kampagne

Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik Stuttgart hat eine Ton-Dia-Serie über die Zusammenhänge zwischen
KAFFEE UND VERSCHULDUNG DER '3. WELT'
erstellt.
Die Serie kann ausgeliehen (DM 30,-) oder gekauft (DM 60,-) werden über:
AK Entwicklungspolitik Stuttgart
im BdKJ, Schwabstr. 10 A,
7000 Stuttgart 1

Ausstellung:

DRITTE WELT IM SCHULDTURM

Was geht uns das an?

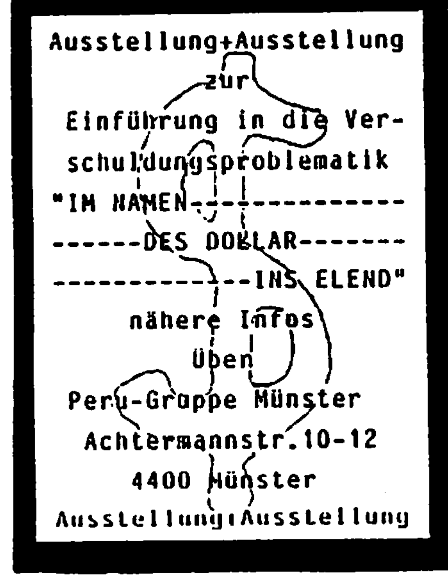
„Dritte Welt im Schuldturm" ist eine aus 27 Tafeln bestehende Ausstellung über Zusammenhänge von Wirtschaft, Politik und Sozialem rund um den 'Teufelskreis' der Verschuldung.

Die Ausstellung hat die Schwerpunkte:

- **Internationaler Währungsfonds**
- **Weltbank**
- **IWF- und Weltbank Politik am Beispiel von Peru und Ghana**
- **Bundesdeutsche Entwicklungspolitik**
- **Was geht uns das an?**

Die Ausstellung wurde 1987 von der terre des hommes-Gruppe Stuttgart erstellt und im Februar 1988 von der Oberhausener tdh-Gruppe aktualisiert und vervielfältigt.

Anfragen sind zu richten an: terre des hommes Arbeitsgruppe Obernhausen, Michael Pauly, Ebertstr. 75, 4200 Obernhausen 1; Tel.: 0208/80 53 97 oder Max Schürmann, Stöckmannstr. 31, 4200 Obernhausen 1; Tel.: 0208/85 35 24.



Tschernobyl macht's möglich – Cäsium gegen den Hunger in Afrika?

Um die in Schwarzafrika bis 40% ausmachenden Ernteverluste durch nachträglichen Verderb zu verringern, sind die Möglichkeiten der Nahrungsmittelbestrahlung mit Kobalt- und Cäsium 137-Isotopen auf einem internationalen Seminar diskutiert worden, das von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), der FAO und dem afrikanischen Forschungsinstitut für angewandte Technologie (CRAT) durchgeführt wurde. Dabei kam heraus, das bereits seit 1986 in acht afrikanischen Ländern praktische Forschungsarbeiten stattfinden, die sogar in ein Regionalprogramm zum Ernteschutz münden sollen. Nach Ansicht der Internationalen Atomenergiebehörde ist die vorschriftsmäßige Bestrahlung von Lebensmittel ungefährlich. die IAEO sieht auch Vorteile für den Export der bestrahlten Nahrungsmittel in die Industriestaaten, die für die Behandlung von Nahrungsmittel bestimmte alternative „Desinfektionsmittel" wegen ihres Giftgehaltes verbieten. Ob die schädlichen Nebenwirkungen radioaktiver Bestrahlung auf die bundesdeutsche chemische Industrie in den Forschungsarbeiten berücksichtigt wird, wurde bisher nicht bekannt. 30 Staaten, überwiegend sogenannte Entwicklungsländer, haben angeblich bereits dieser radioaktiven Bestrahlung ihrer Nahrungsmittel zugestimmt, für 40 verschiedene Produkte.

Kampagne gegen Raubbau am tropischen Regenwald

Fast die Hälfte des tropischen Regenwaldes ist bereits vernichtet. Hält die gegenwärtige Zerstörungsrate an, wird in wenigen Jahren nichts mehr von diesem uralten Öko-System vorhanden sein. „Nach Angaben der Weltbank werden bei gleichbleibender Abholzrate in den nächsten 10 Jahren 56 Länder ihren Waldbestand (incl. Mangroven- und Trockenwälder) nahezu verbraucht haben" (zitiert nach Flugblatt der AG Dritte Welt der GRÜNEN).

An dieser Entwicklung sind internationale Gläubigerbanken und Entwicklungsbehörden wie die Weltbank maßgeblich beteiligt. Mit ihren Geldern werden großangelegte Industrialisierungsprojekte wie Staudämme, Straßen, Minen, land- und forstwirtschaftliche Exportprojekte in den Tropen mitfinanziert. Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) fördert mit bundeseigenen Mitteln die Ausbildung von Sägewerkspersonal.

Verschiedene Umweltschutzverbände und die Grünen fordern angesichts dieser Lage die Bundesregierung auf, keine weiteren Weltbankprojekte zu unterstützen, und der Vergabe eines weiteren Weltbankkredites an Brasilien in Höhe von 500 Mill. Dollar nicht zuzustimmen. Außerdem soll in Zukunft auf die Verwendung tropischer Hölzer in bundeseigenen Einrichtungen verzichtetet werden. Ähnliche Anträge können in Gemeinden und Städten eingebracht werden.

Briefe zwecks Verhinderung eines neuen Weltbankkredites sollen an den bundesdeutschen Gouverneur der Weltbank, Minister Hans Klein, Karl-Marx-Str. 2–4, 5300 Bonn 1 gerichtet werden.

Weiteren phantasievollen Aktionen vor Holz- und Baumärkten etc., die tropische Hölzer vertreiben, sind keine Grenzen gesetzt.

(Informationen aus dem Flugblatt der AG Dritte Welt der Grünen „Raubbau am Regenwald")

„Adoption nur in Einzelfällen nötig"

In diesem Artikel über den Handel mit Adoptivkindern aus der Dritten Welt (Blätter des iz3w, Nr. 148) wies Rolf P. Bach darauf hin, daß die Ausbeutung der psychischen Not kinderloser Ehepaare in der Ersten und das materielle Elend der Kinder und ihrer Eltern in der Dritten Welt ein lukrativer Geschäftszweig für professionelle Menschenhändler geworden ist. Terre des hommes faßte vor rund einem Jahr aus diesem Grunde den Beschluß, nur noch in besonderen Einzelfällen eine Auslandsadoption zu vermitteln und stattdessen Projekte zu fördern, die auf die Hilfe für verlassene und verwahrloste Kinder sowie auf die Unterstützung lediger Mütter aus der Dritten Welt zugeschnitten sind. Desweiteren werden Inlandsprogramme, durch die verwaiste Kinder an Eltern aus ihrem Heimatland vermittelt werden, aufgebaut.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz forderten der Vorsitzende von terres des hommes, Klaus Schmidt und der Leiter der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle für die vier norddeutschen Länder, Rolf P. Bach die Bundesregierung auf, bilaterale Verhandlungen mit den Herkunftsländern der Kinder aufzunehmen, um fachkundige Adoptionsverfahren sicherzustellen.

Kinder dürfen nur über anerkannte Vermittlungsstellen in die BRD kommen. Darüberhinaus empfahlen sie „als kurzfristige Maßnahme gegen Privatadoption, daß die Jugendämter ihre Sozialberichte über potentielle Adoptiveltern – in denen deren Eignung für eine Adoption bestätigt wird – den Ehepaaren nicht auszuhändigen, da dieses Papier in zahlreichen Ländern den Behörden für eine Adoptionsgenehmigung ausreiche, wodurch den 'wilden' Adoptionen Tür und Tor geöffnet werde."

(Zitiert aus einer Presseerklärung von terres des hommes, 24.5.1988)

Kurz Belichtet

Polizeihilfe an Kolumbien

Die Bundesregierung plant die Vergabe von Polizeihilfe an Kolumbien. In der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 13.4.88 teilte die Bundesregierung mit, daß zwei Regierungsbeamte in der Sommerpause zwecks Evaluierung des Vorhabens nach Kolumbien reisen werden.

Erfahrungen aus der Vergangenheit (Polizeihilfe an Guatemala) und regierungsoffizielle Stellungnahmen zur Situation in Kolumbien legen den Schluß nahe, daß es regierungsintern bereits zu einer positiven Übereinkunft über die Vergabe von Polizeihilfe an Kolumbien gekommen ist, und die anstehende Erkundungsreise statt des 'ob' das 'wie' der Abwicklung erruieren soll.

Die Bundesregierung hat „ein hohes Interesse an der Unterstützung der kolumbianischen Behörden in der Rauschgiftbekämpfung", so daß u.a. mit einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und den kolumbianischen Behörden auf diesem Gebiet zu rechnen ist. Seit 1984 bildete das BKA in drei Kursen für jeweils 13 Monate zwei kolumbianische Polizeibeamte in dem Bereich aus. Für die Jahre 1988—90 sind für die Rauschgiftbekämpfung unter Federführung des BMI 120.000 DM bereitgestellt.

Die derzeitigen Planungen der Bundesregierung zielen offensichtlich auf die Aufnahme Kolumbiens in den generellen Förderkatalog des Auswärtigen Amtes über die Ausstattungshilfe, dem Kolumbien bisher nicht angehört.

Argumentativ bereitet die Bundesregierung die Legitimierung der Vergabe von Polizeihilfe an Kolumbien bereits seit 1987 vor. Sie bedient sich dabei einer vereinheitlichten Sprachregelung. Auf Nachfragen von Abgeordneten und Initiativen über die Situation der Menschenrechte und die Zunahme politischer Morde in Kolumbien antworten Regierungsstellen stets wie folgt: „Die kolumbianische Regierung hat unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie sich ihrer rechtsstaatlichen Verpflichtung im Rahmen der demokratischen Verfassung des Landes bewußt ist. Strukturelle und materielle Schwächen der staatlichen Institutionen erschweren jedoch die Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen." (Staatsminiter H. Schäfer am 9.12.87, Herv. d. Verf., fast gleichlautend die Erklärungen der Bundesregierung am Unterausschuß Menschenrechte des Auswärtigen Ausschusses am 2.12.87, sowie Brief des Bundeskanzleramtes vom 21.1.88, Brief des Auswärtigen Amtes vom 23.2.88 an nichtstaatliche Institutionen und v.a.m.).

Laut Bundesregierung kann die kolumbianische Regierung nicht für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden, da sie durch politisch motivierte private Gewalt verursacht werden. Falls die Bundesregierung Verantwortliche ausmachen kann, so erwähnt sie die Guerilla und die Rauschgiftmafia, wobei im letzten Fall keinerlei Bezüge zu offiziellen Instanzen wie Militär, Polizei und Regierung hergestellt werden. „Ob einzelne Mitglieder oder einzelne Einheiten der Streitkräfte bei militärischen Auseinandersetzungen mit der kolumbianischen Guerilla Menschenrechtsverletzungen begangen haben, konnte die Bundesregierung mit den ihr zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen bisher weder bestätigen noch ausschließen." (Auswärtiges Amt am 23.2.88)

Völlig andere Informationen hingegen liegen amnesty international vor. „Tausende von Menschen sind in den letzten Jahre getötet oder 'verschwunden' — Opfer von Militär, Polizei und ihren Hilfstruppen", so ai in einer Presseerklärung vom 20.4.88. Im Jahresbereicht 1987 stellt ai fest, daß „in den ersten sechs Monaten des Jahres 1986 mehr als 600 Kolumbianer von den Streitkräften, der Polizei oder von Mördern in Zivil entführt und anschließend getötet ... worden waren." (S. 244). AI verweist in ihrem Jahresbericht darauf, daß „Folter", 'Verschwindenlassen' und extralegale Hinrichtungen offensichtlich Teil einer generellen Politik der kolumbianischen Streitkräfte zur Subversionsbekämpfung darstellen." (S. 245)

In der im April 1988 erschienenen Broschüre „Kolumbien — ein Land im Ausnahmezustand" dokumentiert ai eine Fülle von Folterungen und politischen Morden, die unter der jetztigen Regierung Barco von Angehörigen der Streitkräfte und der Polizei verübt oder von ihnen gedeckt wurden. Im Gegensatz zur Bundesregierung spricht ai nicht von 'privater Gewalt', sondern hebt die Verwicklung von Todesschwadronen mit Polizei- und Sicherheitskräften hervor.

AI ist kein Fall von Verurteilung von Angehörigen der Sicherheitskräfte und der Polizei bekannt, dies, obwohl in vielen Fällen die Beweislast ausreichend ist. AI führt dies auf den Umstand zurück, daß die strafrechtliche Verfolgung von Angehörigen von Militär und Polizei in die Zuständigkeit der Militärgerichte fällt.

Da die sogenannten Zivilverteidigungsgruppen, die auch unter dem Namen Todesschwadrone operieren, nicht nur als Hilfsgruppen der regulären Polizei- und Militäreinheiten agieren, sondern deren Existenz zumindest vom Verteidigungs- und Justizministerium gebilligt wird, fallen die Menschenrechtsverletzungen nach Ansicht von ai durchaus in den Verantwortungsbereich der kolumbianischen Regierung.

Die Deutsche Komission für Menschenrechte in Chile e.V. lehnt die Vergabe von Polizeihilfe ab, da ein solches Vorhaben angesichts der Verwicklungen von Polizei und Militär in die Menschenrechtsverletzungen nur als politisch verantwortungslos bezeichnet werden kann. Selbst wenn nicht alle Menschenrechtsverletzungen staatlichen Ordnungskräften angelastet werden können, so kann dennoch die systematische Beteiligung an politischen Morden von Polizei und Militär nachgewiesen werden, wobei staatliche Konsequenzen stets ausgeblieben sind. Eine finanzielle und organisatorische Hilfe für die Polizei durch die Bundesregierung kann auf diesem Hintergrund nur den Charakter der Kumpanei mit den Killern in Uniform erhalten; dies zumal dann, wenn die Bundesregierung nicht mal gewillt ist, dokumentierte Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Ordnungskräfte in Kolumbien zur Kenntnis zu nehmen.

Gaby Gottwald

Elektroheizung für Florida

Auf den Bahamas soll das größte Kohlekraftwerk der Welt entstehen — allerdings vorwiegend zur Versorgung Floridas. Der Grand Bahama Freeport bietet dem US-Unternehmen Middle South Utilities, das den Bau von zwei kohlebefeuerten 800.000 kw-Anlagen plant, vielfältigste Vorzüge. Nicht nur die Nähe zum US-Markt und die Tiefseehafeneinrichtungen zum Bunker, sondern darüber hinaus die günstigen steuerlichen Bestimmungen sowie das Fehlen jeglicher Umweltvorschriften. Da spielt der technologisch ungelöste riesige Energieverlust in dem benötigten 70-Meilen Unterwasserkabel in die USA eher eine untergeordnete Rolle.

„Low intensity conflict"

ist der Name für die neue Strategie, mit der in den 80er und 90er Jahren die politischen Ziele der USA in der Dritten Welt durchgesetzt werden sollen.

Die Erfahrungen des Vietnamkrieges, der die Öffentlichkeit so stark polarisierte, daß er den außenpolitischen Spielraum der USA erheblich einschränkte, der sehr kostspielig war und verloren wurde, sollen sich nicht wiederholen.

Konflikte niedriger Intensität werden als „die Kriegführung der Zukunft gepriesen".

Unter dem Sammelbegriff der Strategie LIC fallen so unterschiedliche Konfliktformen wie: Counterinsurgency, Counterterrorism, Counterrevolutionary forces.

LIC ist ein politisch-ökonomisch-militärisches Vorgehen zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele in so unterschiedlichen Szenarien wie Mittelamerika, Libyen, den Philippinen oder Angola.

Beim öffentlichen Hearing der Grünen zu „Low intensity conflict" werden führende US-Experten wie Michael T. Klare und John Stockwell die Strategie vorstellen und anhand der genannten Regionen analysieren.

Zur Vorbereitung wird ein Reader herausgegeben.

Ort:	Gustav Heinemann Haus, Waldenburgerring 44, 5300 Bonn
Zeit:	1. Juli und 2. Juli 1988
Beginn:	18.00 Uhr
Anmeldung:	P. Wasel/Büro A. Beer, Bundeshaus HT, 5300 Bonn (Postkarte)

Tagung

Viertes Vernetzungstreffen gegen Sextourismus und Frauenhandel vom 27.5.–29.5.88 in Frankfurt

Die Teilnehmerinnen des 4. Vernetzungstreffens ließen sich von Ratten, die friedlich und ohne jegliche Scheu unmittelbar vor dem Fenster ihr Unwesen trieben, nicht ablenken. Das umfangreiche und durchaus interessante Programm nahm ihre Aufmerksamkeit völlig in Anspruch. Jo Gabriel vom FIZ (Fraueninformationszentrum) in Zürich berichtete über die Arbeit in der Schweiz (dies kann im IZ3W, Nr. 148 nachgelesen werden), und die Vertreterin von „Gabriela“ — Dachverband philippinischer Frauengruppen — informierte über die politische Konzeption der Gruppe. Am Nachmittag tagten Arbeitsgruppen, und für den darauffolgenden Tag stand die Mitgliederversammlung auf der Tagungsordnung.

Neben den Beratungsstelle und Initiativen gegen Frauenhandel und Sextourismus (FIZ-Stuttgart, agisra-Regionalgruppen, Stiftung gegen Frauenhandel — Den Haag, terre des femmes etc.) waren auch Solidaritätsgruppen wie IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen), Dritte-Welt-Gruppen, Frauenhäuser, Flughafensozialdienst oder die Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten aus Berlin vertreten.

Die Erfahrungsberichte dieser Gruppen machten zwar deutlich, daß sie mit den unterschiedlichsten Problemen konfrontiert werden. Wenn es aber um rechtliche Fragen geht, klagten alle Gruppen dasselbe Leid: Die Rechtlosigkeit ausländischer Frauen mache jede wirkliche Hilfe unmöglich. „Man kann eigentlich gar nichts tun“, war immer wieder zu hören. Aber keine der Anwesenden ließ sich dadurch entmutigen, im Gegenteil: eine Arbeitsgruppe plante Aktionen, eine andere beschäftigte sich mit einem Forderungskatalog, der nicht nur Solidaritätsgruppen, sondern auch verantwortlichen Politikern zugeschickt werden soll. Eile war geboten, weil die Teilnehmerinnen befürchteten, daß ihre Forderungen kein Gehör mehr finden werden, wenn CSU-Abgeordnete Männle die angekündigte Gesetzänderung in die Tat umsetzt.

Der Forderungskatalog soll aber nicht nur möglichst schnell fertiggestellt werden, er soll sich auch deutlich von parteipolitischen Bestrebungen abgrenzen und weitergehende Ziele benennen. Das ist eigentlich keine schwierige Aufgabe, aber für Gruppen, die praxisorientiert arbeiten, ergaben sich Probleme. Denn schließlich sollten die Forderungen auch umsetzbar sein. Das hat aber zur Folge, daß man/frau sich nur im Rahmen der bürgerlichen Gesetzgebung bewegen kann und sich nicht mehr von Aktivitäten der Parteien (die SPD beabsichtigt erneut eine „Große Anfrage“) unterscheidet. Die Idee, dieses Problem damit zu lösen, daß dem Forderungskatalog eine Präambel vorangestellt wird, in der langfristige politische Ziele formuliert werden, ließ sich leider nicht verwirklichen, weil eine entsprechende Arbeitsgruppe nicht zustande kam. Sie mußte verschoben werden.

Zu den einzelnen Forderungen: Es bestand Einigkeit darüber, daß ein begrenztes Aufenthaltsrecht — wie es in Holland bereits besteht (bis zum Prozeßende) — für die betroffenen Frauen bei weitem nicht ausreicht. Die Teilnehmerinnen fordern dagegen ein uneingeschränktes „Bleiberecht“, das Ehefrauen wie Prostituierten alle Staatsbürgerrechte zusichert, wenn sie sich von ihren deutschen Männern scheiden lassen oder Zuhälter anzeigen.

Prostitution soll als „selbständige Erwerbstätigkeit“ anerkannt werden. Daß christliche Parteien diese Forderung aus moralischen Gründen ablehnen werden, ist zu erwarten. Wenn es finanziell jedoch etwas zu holen gibt, werden sie schon ein Tarnmäntelchen finden, das es erlaubt, die Prostitution zu besteuern ohne sie anzuerkennen.

Vor Eigentoren wurde gewarnt. So lehnten die Anwesenden beispielsweise ein generelles Verbot von sexistischer Werbung ab, weil Prostituierte dann auch nicht mehr für ihren Körper werben können.

Um sich im Paragraphendschungel bewegen zu können, leisteten zwei Rechtsanwältinnen juristischen Beistand. Dies war notwendig, weil die Teilnehmerinnen nicht immer wußten, welches Gesetz wie geändert werden könnte oder ob der Gesetzesspielraum bislang überhaupt ausgeschöpft wurde.

Wie so oft ließ sich auch auf dem 4. Vernetzungstreffen der Widerspruch zwischen pragmatischen Forderungen und globaleren Zusammenhängen nicht lösen. Daß Frauenhandel mit dem Nord-Süd-Zusammenhang zu tun hat, blieb ebenso Lippenbekenntnis wie die Kritik der bundesdeutschen Entwicklungspolitik. Von daher ist es nicht nur Zufall, daß die Präambel-Arbeitsgruppe nicht zustande kam.

CK

Graphiken zur Unterstützung der Kulturarbeit
Hamburger als Pilze vor grauer Stadt — ein Postkartenmotiv von agil

Die Arbeitsgruppe interkulturelles Lernen Troisdorf e.V. (agil) vertreibt Postkarten mit Graphiken von Brigitte Schneider zu verschiedensten Themen der 3. Welt Problematik, wie Apartheid, Verschuldung.
Mit dem Kauf der Postkarten soll die Kulturarbeit vor Ort unterstützt werden.

Preis: 16 Karten (1 Satz) DM 7,—
Bezug: agil, c/o Holzbrecher, Bismarkstr. 5, 5210 Troisdorf

Zeitschriftenschau / Tagungshinweise

AIB Dritte Welt Sonderheft 3/88 „Bezahlt wird nicht"
Verschuldung kein Modethema; Das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas; Die moderne Geißel Afrikas; Die Rolle von IWF und Weltbank; Alternativen zur Verschuldungskrise; Dokumentation von Lösungsvorschlägen; IWF-Kampagne; Bücher und Materialien
Preis: 2,50 DM, Bezug: AIB Dritte Welt, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

---

epd-Entwicklungspolitik 9/10/88:
Infos: Kolumbien: Demokratie im Ausnahmezustand; Leitlinien zu neuem Lomé-Abkommen; Sanktionsforderungen gegen Südafrika; Analyse: Der IWF und Uganda; Bolivien-Modell für Schuldenrückkauf; Narmada-Staudamm neue Umweltpolitik der Weltbank; Bundestag berät Schuldenkrise; Rüstungsfirmenprotrāt ZF und Renk; Dokumentation: Das neue Denken in der sowjetischen Dritte Welt Forschung
Preis: 5,50 DM, Bezug: epd Vertrieb, Friedrichsstr. 2–6, 6000 Frankfurt 1

DED-Brief 1/88
Schwerpunkt Südafrika: Eindrücke aus Südafrika; Apartheidpolitik und deren Auswirkungen auf Frontstaaten, Überwindung von Apartheid; kostenlos, Bezug: DED, Kladower Damm 299, 1000 Berlin 22

Forum 127/128
Schwerpunkt: Gegen die Macht des Geldes – Vorbereitungsmaterialien zum 12. BUKO; Übersicht Arbeitsgruppen, Rechenschaftsberichte, Resolutionen; IWF-Kampagne; Protokoll der 3. Aktionskonferenz; Kritische Bemerkungen zur Kampagne und zum taz-Symposium; Nachtgespräch mit Fidel
Preis: 3,– DM, Bezug: Forum, Lingener Str. 9, 4400 Münster

---

informationsdienst südliches Afrika Nr. 2 April/ai 88
Schwerpunkt: Kohle und Stahl – Die Marionetten putschen: Rote Zahlen für südafrikas Kohle; Steigerung der Edelstahlproduktion; Militärcoup in der Transkei; zum Putsch in Bophuthaswana; Inkathas Rolle, Buthelezis Stellvertreterkrieg; Pretorias Killer-Kommandos; Lehrergewerkschaft in Südafrika
Preis: 5,– DM, Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

Querbrief 4/87
Flüchtlinge: kann Entwicklungshilfe die Flüchtlingsprobleme lösen? Ein provokativer Einstieg in eine notwendige Diskussion auch im Weltfriedensdienst – Beendet Südafrikas Krieg gegen die Nachbarstaaten: Aufruf zur Mosambik-Kampagne 1988 – Ebrahim Ismail. Ein Brief von Phyllis Naidoo an uns alle – Zimbabwe: noch mehr zum Thema „Einmischung" – „Coming home e.V." der Beginn eines neuen Rückkehrerverein.
Preis: DM 2,-
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 1 Berlin 61

Auf die Dauer ohne Power? – Frauen in der Dritten Welt, am 25./26.6.88 in Neckargerach, Seminar der Gesellschaft für Politische Ökologie. Anmeldung: Ges. für Polit. Ökologie, Gutbrodstr. 33, 7000 Stuttgart

---

Pestizide im Paragraphen-Dschungel am 24.–26.6.88 in Bonn. Anmeldung: PAN, Gausstr. 17, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 39 78

---

2. Bundeskongreß der Initiative gegen Arbeitslosigkeit und Armut, am 17.–19.6.88 in Düsseldorf. Infos: Zentrales Organisationsbüro, Am Eller Forst 49, 4000 Düsseldorf 12

---

2. Aachener Dritte Welt Fest am 2. Juli 1988 im Aachener Westpark an der Gartenstraße. Bei Regen in der Mensa

---

Direkte Demokratie – Brücke Ost-West und Fundament für Das 'Haus Europa'? vom 25. Juni bis 3. Juli 1988. Anmeldung: Internationales Kulturzentrum, 8991 Achberg, Tel. 08380-500

II. Symposium Kultur und Psychosoziale Situation in Lateinamerika am 8./9. Juli 1988 in Hamburg. Anmeldung: Seminar für transkulturelle Psychiatrie, UKE, Martinstr. 52, 2000 Hamburg 20, tel. 040/468 22 29



Flüchtlingsrecht – Flüchtlingsalltag, Bestandsaufnahme zur Situation von Asylbewerbern und de-facto-Flüchtlingen am Beispiel Nordhessen – am **23.–24.9.88** an der Akademie Hofgeismar.
Anmeldung: Evang. Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar, Tel.: 05671/8810

Realistische Strategien
Rali ice Strat ien gegen die ökologische und soziale Verwüstung der Erde am 1.–3. Juli 1988 in Internationales Kulturzentrum um Achberg. Anmeldung: Humboldt-Haus, Panoramastr. 30, 8991 Achberg-Esseratsweiler

---

Indien – Arbeiten und Leben in dem unbekannten Indien am 25.–26. Juni 1988 in Wernau. Anmeldung: DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg, Willi-Bleicher-Str. 20, 7000 Stuttgart 1

Der Islam in Politik und Gesellschaft am 29.6.–1.7.88
Frauen und Islam am 29.6.–1.7.88
Erfahrungsaustausch mit Sozialarbeitern/Mitarbeitern der Jugendarbeit aus Tansania und Sambia: Vorbereitungsseminar am 14.–16.7.88. Anmeldung: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho

---

Das neue Ausländerrecht – Symposium am 24.–26. Juni 88 in Tutzing. Anmeldung: Evang. Akademie, Postfach 227, 8123 Tutzing

---

GenALLtag – Biotopia, Zukunft zwischen High-Bio-Tech und Ökotopia. Kongreß zur Gentechnologie vom 1.–3. Juli 1988 in Köln. Kontaktadresse: Genkongreß-Koordination, c/o BBU, Prinz-Albert-Str. 43, 5300 Bonn 3, Tel. 0228/21 40 32/33

Internationale Tropentagung am 6.–8. Juli in Bordeaux, Kontaktadresse: Föderation Internationale des Tropiques, 12, Place de la Bourse, F-33076 Bordeaux Cedex

---

Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus der Grünen: **Palästina/Israel,** 26.–28. August 1988, Kontaktadresse: Gerd Busmann, Grefestr. 20, 1000 Berlin 61, tel. 030/692 32 89

Hier Bauernot – dort Hungertod – Agrarpolitik und Dritte Welt, 24.–25. September 1988 in Burggaststätte Waldenstein, 7062 Rudersberg

---

Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei am 9.–11. September 1988, Kontaktadresse: Türkei Informationsbüro, c/o R. Öncan, Postfach 910843, 3000 Hannover 91

Qualifizierung und Beschäftigung im Informellen Sektor. Analyse von Projekten in Afrika, Asien und Lateinamerika, 15.–18. September 1988 in Bad Boll (Ev. Akademie), Kontaktadresse: TU Berlin Sekr. 4–8, Franklinstr. 28/29, 1000 Berlin 10

Neuerscheinungen

Walter Gröh — **Freiheit der Meere** — Die Ausbeutung des „Gemeinsamen Erbes der Menschheit", 216 Seiten, Bremen 1988, Edition Con

Cathie Draine, Barbara Hall — **Kulturknigge: Indonesien**, Nördlingen 1988, Seiten 192, Preis: 24,80 DM, Verlag Simon und Magiera

Pestizid-Aktionsnetzwerk (Hrsg.) — **no more Bophal**, Alternativen sind vorhanden/Auswege aus dem Irrweg der Agrarchemie, Hamburg 1987, Seiten 44, Preis: 4,- DM, Bezug: PAN, Gausstr. 17, 2000 Hamburg 50

Michael Löwy — **Marxismus in Lateinamerika**, 1909 bis 1987, Frankfurt 1988, Seiten 108, Preis: 14,80 DM, Bezug: isp Verlag, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

Richard Rottenburg — **Die Lemwareng-Nuba**, ein Beispiel kultureller Akkreszenz im heutigen Nil-Sudan, Berlin 1988, Seiten 51, Preis: 15,80 DM, Bezug: Arabische Buch, Wundtstr. 13—15, 1000 Berlin 19

Christoph Sigrist — **Kummunalfinanzen und Politik in Santo Domingo**, eine Studie zu städtischer Dienstleistungsfinanzierung in der Dritten Welt, München 1987, Seiten 278, Preis 49,— DM, Weltforum Verlag

Herbert Kemmler (Hrsg.) — **Behinderung und Dritte Welt**, Annäherung an das zweifache Fremde, Frankfurt 1988, Seiten 206; Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Postfach 900965, 6000 Frankfurt 90

Volker Matthies — **Kriegsschauplatz Dritte Welt** — München 1988, Seiten 234, Preis: 19,80 DM, Becksche Reihe

Krisztina Kehl — **Die Tahtaci**, Vorläufiger Bericht über eine ethnisch-religiöse Gruppe traditioneller Holzarbeiter in Anatolien, Berlin 1988, Seiten 70, Preis: 16,80 DM

Ingeborg Baldauf — **Die Knabenliebe in Mittelasien**: Bacabozlik, Belrin 1988, Seiten 116, Preis: 24,50 DM

Eberhard Kienle — **Ethnizität und Ma h konku r n in inter-arabischen Beziehungen**: Der syrisch-irakische Konflikt unter den Ba'th-Regimen, Berlin 1988, Preis: 16,80 DM, Seiten 61

Texte zur Agrargesetzgebung in der islamischen Republik Iran, kommentiert und annotiert von Asghar Schirazi, Berlin 1988, Seiten 381, Preis: 54,— DM
Bezug dieser vier Veröffentlichungen: Das Arabische Buch, Wundtstr. 13—15, 1000 Berlin 19

SID (Hrsg.) — **Neue Technologien in den Entwicklungsländern** — ein Beitrag zur Armutsbekämpfung oder Verfestigung technologischer Abhängigkeiten? DOK der SID-Workshops vom 24.—25.4.87, Bezug: DSE, Rauchstr. 25, 1000 Berlin 30, Seiten 161

epd-(Hrsg.) — **Die Bescheidenheit ist vorbei** — koreanische Frauen wehren sich gegen Ausbeutung und ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen, Frankfurt 1988, Seiten 108, epd-extra, Materialien III/88, Bezug: epd, Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt 1

Horst Hamm/Wolfgang Jung/Heidi Knott — **Flucht nach Deutschland**, Lebensberichte, Freiburg 1988, Seiten 165, Preis: 19,80 DM, Dreisam Verlag

AKAFRIK (Hrsg.) — **Strahlende Geschäfte**, Der Tanz auf dem Welturanmarkt, Münster 1988, Seiten 128, Preis: 9,50 DM, Bezug: Schmetterling Verlag Stuttgart

Rainer Werning (Hrsg.) — **Südkorea**, Politik und Geschichte im Land der Morgenstille, Köln 1988, Seiten 278, Preis: 14,80, Pahl Rugenstein Verlag

Christian Scherrer — **Tourismus und selbstgemachte Entwicklung — ein Widerspruch**, Das Fallbeispiel Tansania, Berlin 1988, 270 Seiten, Preis: 48,— DM, Bezug: Dietrich Raimer Verlag, Berlin

Ernest Mandel/Winfried Wolf — **Börsenkrach & Wirtschaftskrise**, isp Verlag Frankfurt, März 1988, Seiten 138, DM 16,80

Praktikumsstelle frei

Im Informationszentrum Dritte Welt haben wir eine Praktikumsstelle, die z.Zt. nicht besetzt ist.
Tätigkeitsbereich: Mitarbeit bei der Redaktion, allgemeine Verwaltungstätigkeit, Mithilfe im Archiv, entwicklungspolitische Informationsarbeit, Gestaltung, Graphik, Layout, je nach Eurem Interesse oder Studienschwerpunkt.
Wir können Euch leider nur eine geringe Aufwandsentschädigung bezahlen. Dafür gibt's kollektive Büroarbeit, günstige Arbeitsbedingungen, entwicklungspolitische Weiterbildung.

Meldet Euch bei: iz3w, Kronenstr. 16 HH 7800 Freiburg, Tel.: 0761-74003

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

ISSN 0933-7733